Mittwoch, 10. August 1983 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 184 - 32.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Garantie ohne Risiko: Die Regierung der „DDR" hat als Sicherheit für den Milliarden-Kredit westdeutscher Banken ihre Forderungen an die Bundesregierung aus dem Transitabkommen schriftlich abgetreten. Bis 1989 stehen der „DDR" jährlich 525 Millionen Mark an Transitpauschale zu. Diese Summen könnten von der Bundesregierung, die ihrerseits den Kredit gegenüber den Banken garantiert hat, bei Zahlungsverzug Ost-Berlins einbehalten werden.

Dollar schwächer: Der Dollar-Kurs hat sich gestern leicht abgeschwächt; der Mittelkurs stellte sich auf 2,6873 Mark gegen 2,6994 Mark am Vortag. Die Aktienbörse verzeichnete allerdings weitere Kursverluste. Belastend wirkte die Ungewißheit vor der ersten Zentralbanksitzung nach der Sommerpause morgen.

Kampf gegen Links-Guerrilla: Der neue guatemaltekische Präsident General Mejia Victores hat einen unnachgiebigen Kampf gegen die linken Rebellen im Lande angekündigt. Gleichzeitig deutete er die Aufhebung des seit Monaten geltenden Ausnahmezustandes und die Abschaffung von geheimen Militärgerichten an. Mejia gilt als USA-freundlich.

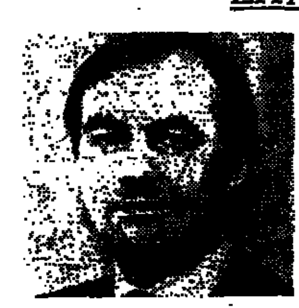
Schwierige Vermittlung: Der amerikanische Sonderbotschafter McFarlane stößt bei seinen Vermittlungsversuchen im Libanon-Konflikt auf Schwierigkeiten. Er konferierte gestern mit König Hussein von Jordanien. – Libanon fordert einen Zeitplan für den Abzug der Truppen Israels und Syriens.

Walesa kündigt Aktionen an: Der Führer der verbotenen Gewerkschaft „Solidarnosc", Walesa, hat gegenüber AFP für den Protesttag am 31. August Boykott der Nahverkehrsmittel und der Parteipresse angekündigt.

Grünen-Skandal: Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Klaus Hecker, soll als Vorsitzender des Forschungsausschusses zurücktreten und außerdem sein Mandat niederlegen, weil er Fraktionsmitarbeiterinnen sexuell belästigt hatte. Diese Entscheidung traf gestern die Fraktion mit 18 gegen vier Stimmen nach stundenlanger Diskussion hinter verschlossenen Türen. Hecker wurde eine Bedenkfrist von 14 Tagen eingeräumt.

Heute: Die US-Mittelamerika-Kommission unter Leitung Kissingers beginnt ihre Arbeit. – Genscher setzt Rumänien-Besuch fort. – Vollversammlung des ökumenischen Rates der Kirchen geht in Vancouver zu Ende. – Benzinpreis wird in Frankreich angehoben.

ZITAT DES TAGES



» Man kann nicht auf der Straße umdrehen, was die Mehrheit der Bevölkerung auf demokratisch legitimiertem Wege für eine Zeit einigen als Auftrag in die Hand gelegt hat. «

Der Parlamentarische Staatssekretär im *Verteidigungsministerium*, Peter Kurt Würzbach, zum Protest der „Friedensbewegung".

FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

WIRTSCHAFT

Benzinpreis: Auch Esso und Aral wollen nach BP und Texaco um drei Pfennig teurer werden.

Steuerbegünstigung: Die höhere Absetzung für Modernisierungen und Instandsetzungen von Gebäuden in Sanierungsgebieten (Paragraph 82 g) wird bis 1987 verlängert, teilt Bauminister Schneider mit.

Funkausstellung Berlin: Minister Lambsdorff und Schwarz-Schilling nehmen teil, 350 Aussteller und 200 weitere Firmen angesagt.

Erdgasverbrauch: In der Bundesrepublik 1982 um 8,2 Prozent auf 54,4 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten zurückgegangen.

Berliner Bank: Bilanzsumme im ersten Halbjahr um 4,4 Prozent *auf* 10,7 Milliarden DM gestiegen.

NordLB: Teilbetriebsergebnis im ersten Halbjahr gegen Vorjahresniveau um ein Drittel auf 90 Millionen DM gesteigert.

Grundig: EG-Kommission überprüft Grundig-Vertriebssystem in Deutschland auf Kartellverstöße.

Versicherung: R+V-Gruppe sieht deutliche Belebung: 7,3 Prozent mehr Beitragseinnahmen im ersten Halbjahr gegen Vorjahresniveau.

Börse: Trotz schwächeren Dollars setzte sich der Abwärtstrend am deutschen Aktienmarkt – allerdings mit gedrosseltem Tempo – fort. WELT-Aktienindex 139,2 (140,3). Auch am Rentenmarkt hielt der Abgabedruck an. Dollar-Mittelkurs 2,6873 (2,6994) Mark. Goldpreis je Feinunze 413,00 (408,50) Dollar.

KULTUR

„Financial Times": Die britische Wirtschaftszeitung ist am Dienstag nach zehnwöchigem Streik erstmals wieder erschienen.

Festspiel: Glanzvoller Auftakt beim Klavierfestival in La Roque d'Atheron mit Ivan Pogorelich und den Brüdern Kontarski.

Pop-Verbot: Seit Tschernenkos Kritik im Juni wurden viele Popgruppen in der UdSSR aufgelöst oder mit Auftrittsverbot belegt.

SPORT

Leichtathletik: Trotz schlechter Wechsel konnte sich die deutsche 4×100-m-Staffel der Männer bei der Weltmeisterschaft in Helsinki für das Halbfinale als Dritter des Vorlaufs qualifizieren.

Schach: Anatoli Karpow (UdSSR) kam bei der Internationalen Deutschen Meisterschaft in Hannover im dritten Spiel zum ersten Sieg. Der Weltmeister siegte gegen Helmut Pfleger (München).

AUS ALLER WELT

Spielbank geplündert: Eine internationale Bande hat die Spielbank in Bad Wiessee angeblich um 6 Millionen Mark betrogen.

Berg-Unfälle: Zwei deutsche Bergsteiger, die dreizehn Tage in der Eiger-Nordwand hingen, starben im Krankenhaus. Zwei weitere Deutsche sind an der Dufourspitze tödlich abgestürzt.

Wetter: Es bleibt überall sonnig und warm, teilweise heiß. Temperaturen bis 30 Grad. Spaniens Urlaubszonen melden Regen.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Milliardenkredit: Ost-Berlin trat die Transitpauschale ab

Als Sicherheit für die Bundesregierung, die Banken gegenüber garantiert

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung trägt bei der Absicherung des Bankenkredits an die „DDR" in Höhe von einer Milliarde Mark kein finanzielles Risiko. Denn Ost-Berlin hat der Bundesregierung – wie zuverlässig bekannt wurde – in dieser Höhe schriftlich Forderungen auf Zahlung der Transitpauschale abgetreten.

Die „DDR" hat nach den bestehenden Verträgen bis 1989 Anspruch auf Zahlung einer Transitpauschale von jährlich 525 Millionen Mark. Da die im Juli zwischen einem Bankenkonsortium aus der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Außenhandelsbank AG (Ost-Berlin) geschlossenen zwei Kreditverträge in Höhe von je 500 Millionen Mark eine fünfjährige Laufzeit haben, liegen beide Fälligkeiten vor der letzten Bonner Zahlung der Transitpauschale am 31. März 1989.

Damit wird zugleich die neuerdings erörterte Frage nach dem Charakter und der „Härte" der Bonner Gewährleistung für den Kredit – also Bürgschaft oder Garantie – relativiert. Zwar kann sich das deutsche Bankenkonsortium, sollte es zu Rückzahlungsschwierigkeiten beim Ostberliner Kreditnehmer kommen, unmittelbar an die Bundesregierung halten, da diese eine „Garantie" gegeben hat, während das Konsortium im Falle einer „Bürgschaft" gezwungen gewesen wäre, zunächst den Klageweg zu beschreiten. Angesichts der bestehenden Absicherung jedoch erscheinen diese Feinheiten bedeutungslos. Denn die Bundesregierung kann durch Zurückhaltung der Zahlungen unmittelbar zu dem Geld kommen, das sie bei Inanspruchnahme der Garantie den Banken zu zahlen hätte.

Da ein solches Verhalten der Ostberliner Bank dem Ruf der „DDR" als Schuldner erheblich schaden würde, wird mit einer solchen Entwicklung nicht gerechnet.

Angesichts dieser offenbar „wasserdichten" Absicherung der Bonner Garantieerklärung verlagert sich das öffentliche Interesse zunehmend auf die Frage nach den Ostberliner Gegenleistungen vor allem politischer Art. Auch wenn die Kredit-Milliarde Bonn keinen Pfennig Zinssubvention kostet, so hat die Bundesregierung der „DDR" dennoch aus einer akuten Klemme geholfen und erwartet hierfür Gegenleistungen.

Die Tatsache, daß Bonn sich mit dem „Prinzip Hoffnung" begnügt, hat schon eine Welle der Kritik – auch am „Einfädler" Strauß – ausgelöst. SPD-Fraktionsvize Ehmke sprach jetzt vom „dilettantischen Vorgehen beim DDR-Kredit". Nicht nur mit Blick auf die öffentliche Kritik, sondern auch, um nun tatsächlich Gegenleistungen einzukassieren, wird derzeit im Bundeskanzleramt eine Liste von Forderungen über die gewünschten Ostberliner Konzessionen zusammengestellt, die voraussichtlich Staatsminister Jenninger selbst der „DDR" präsentieren wird. Das Hauptinteresse Bonns gilt einer Senkung des Zwangsumtauschs.

Auch wenn Konzessionen bisher nicht fixiert sind, sieht sich Bonn in guter Verhandlungsposition, da Ost-Berlin Interesse an weiteren Krediten – und „Bonner Bürgschaften" hierfür – hat. Bevor es zu einer zweiten Transaktion dieser Art kommen könnte, müßten die Gegenleistungen Ost-Berlins für das erste Geschäft in jedem Falle erbracht sein.

Andropow will Parteiränge säubern

Rechenschaftsberichte und Wahlen angeordnet / Straffere Kontrolle unterer Instanzen

AFP/DW. Moskau

Weniger als neun Monate nach der Machtübernahme hat der sowjetische KP-Chef Jurij Andropow für den Winter Wahlen angeordnet, die für die unteren und mittleren Parteiinstanzen ein „Großreinemachen" bedeuten dürften. Laut einem Politbüro-Kommuniqué haben sämtliche Parteiorganisationen – angefangen von den 400 000 Parteizellen mit ihren 18 Millionen Mitgliedern über Stadt- und Stadtteilkomitees bis zu den zwölf Distriktkomitees und den sechs Komitees der autonomen Territorien – Tätigkeitsberichte vorzulegen und Wahlen abzuhalten.

Das Ziel dieser „bedeutenden politischen Kampagne" ist klar definiert: Die Ränge der Partei und ihre führende Rolle zu stärken. Das heißt konkret: Sie von Elementen zu säubern, die die Kohäsion schwächen und die ideologische Reinheit untergraben.

In eingeweihten sowjetischen Kreisen wird nicht verhehlt, daß es darum geht, die Partei straffer in die Hand zu bekommen, nachdem Jurij Andropow seit November und vor allem in den letzten Wochen schon Dutzende von Säuberungen vornahm.

Von den einzelnen Parteiinstanzen wird nunmehr erwartet, daß sie eine Jahresbilanz ziehen, Selbstkritik üben, die Aktivität ihrer Betriebe analysieren und konkrete Maßnahmen zur „bedingungslosen" Verwirklichung des Fünf-Jahres-Planes 1981–85 treffen, der nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Industrie erheblich zurückblieb.

In denselben Moskauer Kreisen wird vermerkt, daß Jurij Andropow „notfalls hart vorgehen" wird, damit seine Politik vor allem in den regionalen KPdSU-Verbänden als den Hauptmittlerorganen befolgt wird.

Jeder, der aus Unfähigkeit, Opportunismus, Lethargie oder Verantwortungslosigkeit pflichtvergessen sei, habe Sanktionen zu fürchten, die im Parteiausschluß gipfeln könnten. Auch „Widerspenstige", die sich allzu „tolerant" gegenüber den täglichen in der Presse angeprangerten Übeln – Korruption, Disziplinlosigkeit, Schlendrian, Verschwendung öffentlicher Gelder – zeigten, sähen unsicheren Zeiten entgegen.

Etliche Regionalverbände wurden in den vergangenen Monaten an den Pranger gestellt, weil „sie die Entscheidungen der Partei ignorierten". Ein führendes Mitglied der KPdSU schätzte, daß bis zum Auftakt der Wahlen die Kritik serienweise weitergehen wird. Somit dürfte das „Großreinemachen" schon teilweise vor der „Kampagne" im Herbst abgeschlossen sein. Informierte sowjetische Kreise erwarten eine echte Umwandlung zahlreicher Führungsgremien im KPdSU-Apparat. Die Parteikader könnten nicht wie früher auf automatische Wiederwahl bauen.

Über zwei Beispiele von „Nachlässigkeit" berichtete gestern die sowjetische Parteizeitung „Prawda". Danach verrotten derzeit auf Verladebahnhöfen infolge schlechter Planung „Tausende Tonnen von Getreide". In großen Industriezentren hätten sich außerdem in den letzten Tagen Tausende von Lastkraftwagen mit verderblichen Waren gestaut, die nicht entladen worden seien.

Bayern stellt Bonner Pläne in Frage

Widerstand im *Bundesrat* gegen soziale Einschränkungen

GISELA REINERS, Bonn

In den Beratungen des Arbeits- und Sozialausschusses des Bundesrates will Bayern nicht nur Front machen gegen die geplanten Einschränkungen beim Mutterschaftsurlaub und -geld, sondern auch gegen Teilregelungen bei der Einschränkung von Renten wegen Erwerbs- und Berufsunfähigkeit. In einem Kabinettsbeschluß vom 12. Juli hat sich der Freistaat festgelegt, entsprechend im Bundesrat vorzugehen.

Am 17. August wird der Arbeits- und Sozialausschuß des Bundesrates sich mit der bayerischen „Opposition" beschäftigen, am 2. September wird in einer Sondersitzung der Bundesrat seine Stellungnahme zum Haushaltsbegleitgesetz 1984 festlegen. Finanzminister Stoltenberg wird am 7. September den Etat im Bundestag einbringen, die Erste Lesung ist für den 8. und 9. September vorgesehen. Nach der Beratung in den Ausschüssen und der 3. *Lesung* wird sich der Bundesrat Anfang Dezember abschließend mit dem Gesetz befassen müssen. Da das Gesetz aus mehreren Artikeln besteht, die *zustimmungspflichtig* sind, ist das Votum des Bundesrates für das Inkrafttreten erforderlich. Es ist fraglich, ob Bayern das gesamte, wichtige Gesetz, das Einsparungen in Milliardenhöhe bringen soll, wegen der Einschränkung von Mutterschaftshilfen und des Themas Berufsunfähigkeitsrenten scheitern lassen wird.

Wie sich die übrigen unionsregierten Bundesländer verhalten werden, ist offen. Baden-Württemberg, das, ebenso wie Niedersachsen, auf dem Gebiet der Familienpolitik selbst aktiv ist, *möchte in der Tendenz den* Regierungsplänen loyal gegenüberstehen. Es ist jedoch nicht auszuschließen, daß sich der Sozialminister *in den Ausschußberatungen* Bayern anschließen wird. Einen Kabinettsbeschluß wird es erst am 29. August geben. Schleswig-Holstein *neigt dem Vernehmen nach zu strikter* Loyalität gegenüber dem Finanzminister und früheren Ministerpräsidenten dieses Bundeslandes. Wie *sich Rheinland-Pfalz* verhält, *ist noch* offen.

Sollte der Bundesrat eine Prüfungsempfehlung dem Gesetz mit auf *den Weg geben, kann die Regierung* diesen ignorieren. Die Fraktion jedoch kann sie aufgreifen und eigene Vorschläge machen.

Die Regierung will den Mutterschaftsurlaub um einen Monat und das -geld von 750 auf 600 Mark im Monat kürzen. Das soll eine Einsparung von 320 Millionen Mark bringen. Die Rentenversicherung soll entlastet werden durch eine Einschränkung der Möglichkeit von Renten wegen Erwerbs- und Berufsunfähigkeit. So sollen die Antragsteller in den letzten fünf Jahren vor Antragstellung mindestens drei Jahre lang versicherungspflichtig beschäftigt gewesen sein. Für Frauen rechnen sich pro Kind jeweils fünf Jahre dazu. Hier will Bayern sich nur gegen eine Übergangsregel wenden, die vorsieht, daß diejenigen bessergestellt werden, die zwar nicht versiche*rungspflichtig gearbeitet*, aber freiwillige Beiträge entrichtet haben. Dies stellt Hausfrauen schlechter und soll deshalb von Bayern abgelehnt werden. *Am* 25. August sollen die CDU-Ministerpräsidenten in Bonn vom Finanzminister und Kanzler auf eine gemeinsame Linie eingeschworen werden.

Der Dollar notierte etwas schwächer

Schweiz intervenierte zugunsten der DM / Aktienbörsen: Kursverluste auch in USA

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Lage an den internationalen Devisenmärkten hat sich gestern etwas entspannt. Der Höhenflug des Dollars, der am Montag mehrfach kurzzeitig die Marke von 2,70 DM übersprungen hatte, setzte sich nicht fort. An der Frankfurter Devisenbörse wurde der „Greenback" mit 2,6873 um mehr als einen Pfennig niedriger notiert als am Vortag (2,6994 DM).

Bei anfangs noch sehr lebhaftem, später aber ruhigerem Geschäft schwankte der Dollarkurs zwischen 2,6840 und 2,6930 Mark. Die Bundesbank verkaufte zum Marktausgleich an der Börse lediglich 27 Millionen Dollar. Demgegenüber soll die Schweizerische Nationalbank mit D-Mark-Käufen versucht haben, den Kurs der Mark gegenüber dem Franken weiter anzuheben.

Die bereits seit einiger Zeit erwartete und am Montagabend bekanntgegebene Erhöhung der Prime Rate von 10½ auf elf Prozent durch Großbanken in den USA hatte auf den Devisenmarkt gestern eher eine beruhigende Wirkung, hieß es in Händlerkreisen; obwohl nicht ausgeschlossen wurde, daß auch der Diskontsatz in den USA noch angehoben wird.

Die leichte Entspannung am Devisenmarkt und der *geringfügige* Kursrückgang des Dollars wurden auf Gewinnmitnahmen zurückgeführt. Nachdem es am Montag trotz mehrfacher Versuche nicht gelungen war, den Dollar längere Zeit über der als psychologisch bedeutsam angesehenen Marke von 2,70 DM zu halten, sind nach Einschätzung von Händlern vermutlich spekulative Dollar-Haussepositionen aufgelöst worden.

An der Wall Street *hatte die Erhöhung* der Prime Rate allerdings am Montagabend noch einen starken Kursrutsch ausgelöst. Der Dow-Jones-Index, das populäre New Yorker Kursbarometer, sank um 20,23 Punkte auf 1163,06, den tiefsten Stand seit Mitte April. Auch am US-Anleihemarkt war die Tendenz schwächer. Gestern zeichnete sich bei Börsenbeginn eine technisch be*dingte Erholung ab*.

Die deutsche Aktienbörse wartete gestern ebenso wie einige internationale Effektenmärkte mit weiteren Kursverlusten auf, die bis zu drei Mark, vereinzelt auch mehr erreichten. Festverzinsliche verloren bis zu einem Prozentpunkt. Belastend wirkte die Ungewißheit vor der morgigen Sitzung des Zentralbankrates.

Seite 9: Dollarsorgen

DER KOMMENTAR

Mehr Klarheit?

HERBERT KREMP

Die Diskussion über den Milliardenkredit an Ost-Berlin beruhigt sich nicht, weil letzte Klarheit fehlt. Die in Bonn verantwortlichen Politiker schweigen aus Gründen der Sommerpause oder der in deutsch-deutschen Kontakten erforderlichen Diskretion. Andere, in Bonn nicht verantwortliche Politiker haben schon so viel geredet, *daß Diskretion* nicht mehr möglich ist. Die Sprecher der Bundesregierung sind zur Diskretion veranlaßt, müssen aber reden, um unscharfen Begriffen und mißverständlichen Vorstellungen entgegenzutreten. So erhält sich der Eindruck der Konfusion.

War sie unabwendbar? Verwirrung stiftete zunächst das Wort Bürgschaft. Tatsächlich hat die Bundesregierung den Milliarden-Kredit der Banken nicht mit einer Bürgschaft abgedeckt, sondern – in der Sprache des Haushaltsgesetzes – mit einer Garantie. Dennoch sprach die Regierung nach der Kabinettssitzung *vom 29. Juni von* „Bürgschaft". Warum? Im Falle der Garantie müßte der Bundesfinanzminister sofort einspringen, wenn Ost-Berlin in Zahlungsverzug kommen sollte. Wollte man diese Optik vermeiden? Am 7. Juli ließ sich dann das Bundesfinanzministerium den Wurm aus der Nase ziehen: Ja, es handle sich in Wirklichkeit um eine Bundesgarantie.

Die erste Mitteilung, die „DDR" habe finanzielle Forderungen als Sicherheit an die Bundesrepublik abgetreten, stammte von Strauß. Über diese finanzielle Rückversicherung der Bundesgarantie schweigt die Regierung betreten, jedenfalls diskret. Jetzt spricht sie von einer „handfesten, sachlichen Vereinbarung" mit Ost-Berlin, *die den Steuer*zahler vor dem Einspringen bewahre. Aber sie sagt immer noch nicht klar, daß die „DDR" in schriftlicher Form die Transitpauschalen abgetreten habe, was tatsächlich der Fall ist. Mit über 500 Millionen Mark per annum bürgt die „DDR" also gewissermaßen für sich selbst. Aus Gründen der Diskretion und Rücksichtnahme hält die Bundesregierung damit zurück. Inzwischen wird offen und öffentlich darüber geredet.

Währenddessen rückt die Frage nach politisch-menschlichen Gegenleistungen der „DDR" in den Vordergrund. Die Regierung arbeitet an einem Forderungskatalog, will aber Diskretion bewahren. Das *geht nicht*, weil *darüber* schon zu lange politisch debattiert wird. In der ganzen Angelegenheit hat die Regierung einen Kunstfehler begangen: Sie hätte die deutsch-deutsche Strategie in der eigenen Hand behalten müssen. Das zum mindesten.

BKA-Präsident verteidigt neuen Personalausweis

rtr/AP, Köln/Bonn

Der Präsident des Bundeskriminalamts (BKA), Heinrich Boge, hält den Verzicht auf den neuen, maschinell lesbaren Personalausweis für nicht vertretbar. Boge verwies darauf, daß der *fälschungssichere* Ausweis „die Begehung von Straftaten und das Untertauchen" erschwere. Er widersprach damit der Kritik des Chefs des Hamburger Verfassungsschutzes, Christian Lochte, der die für November 1984 geplante Einführung der neuen Karte kritisiert hatte.

Nach Boges Ansicht müsse Straftätern die mißbräuchliche Verwendung des Personalausweises entsprechend heutigem Technikstand so weit wie möglich erschwert werden, zumal gegenwärtig 491 123 Personalausweise von der Polizei gesucht würden und 23 379 Fahndungen nach Blanko-Ausweisen bestünden.

Nach Ansicht des neuen Datenschutzbeauftragten der Bundesregierung, Reinhold Baumann, wird mit der Einführung des geplanten fälschungssicheren Personalausweises ein „Beitrag zur Datensicherheit" geleistet. Ein entsprechendes Gesetz sei unter intensiver Mitwirkung der Datenschutzbeauftragten entstanden, erklärte Baumann gestern

Im Hinblick auf die überraschende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gegen die Volkszählung hat der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor dafür plädiert, auch mit Einführung des neuen Personalausweises abzuwarten, bis das Bundesverfassungsgericht Grundsätzliches zum Datenschutz verkündet habe.

Seite 2: Die Einschlägigen

Guatemala will Verhältnis zu USA verbessern

DW. Guatemala-Stadt

Der durch einen Putsch an die Macht gekommene neue Staatschef Guatemalas, General Oscar Humberto Mejia Victores, hat die Abschaffung der im Ausland heftig kritisierten geheimen *Militärgerichte* verfügt. Zugleich kündigte der als kompromißloser Antikommunist geltende General jedoch an, daß der Kampf gegen die linke Guerrilla noch entschiedener geführt werde. Unklar war gestern noch der Verbleib des gestürzten Präsidenten Efraim Rios Montt. Mejia Victores sagte, dieser sei ein ganz normaler Bürger und pensionierter Militär geworden.

Nach seinen Angaben sollen die meisten Regierungsbeamten in ihren Ämtern bleiben. Die Wahltermine, vor allem die für den 1. Juli 1984 vorgesehene Wahl einer Verfassunggebenden Versammlung, würden eingehalten.

Mejia Victores äußerte die Erwartung, daß sich die gestörten Beziehungen Guatemalas zu den USA nun „verbessern" würden. Dem gestürzten Präsidenten warf er vor, von übersteigertem „persönlichen Ehrgeiz" besessen gewesen zu sein.

Der neue Machthaber hatte vor seinem Putsch offenbar das Einverständnis entscheidender Stellen eingeholt. Am Wochenende war er in Tegucigalpa mit dem honduranischen Militärkommandeur General Gustafo Alvarez, dem salvadorianischen Verteidigungsminister General Eugenio Vides, dem US-General Fred Woerne zusammengetroffen. Bei dem Putsch hatte es acht Tote und etwa 25 Verletzte gegeben.

Seite 5: Das „neue Guatemala"

Schweizer Offiziere unterstützen Volksbegehren

Regierung gegen Einführung eines zivilen Ersatzdienstes

rtr. Bern

Mit einer Zeitungsanzeige für die Einführung eines Zivildienstes auch in der Schweiz haben 184 Offiziere die politische Sommerruhe in der Eidgenossenschaft gestört. Generalstabschef Jörg Zumstein bemerkte dazu auf einer Bundesfeier knapp, daß in der Schweiz Eigennutz oft vor Gemeinnutz gehe.

Der Aufruf ist zeitlich allerdings überholt, da *dem Parlament ein* Volksbegehren zur Einführung des Zivildienstes bereits seit 1979 vorliegt. Die Regierung hat sich zu dieser Initiative, für die *100 000 Unterschrif*ten nötig waren, ablehnend geäußert. Nach ihrer Einschätzung laufe ein solches Gesetz, das erst durch Volksabstimmung zustande kommt auf die freie Wahl zwischen Militärdienst und Zivildienst und damit auf die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht hinaus. Auch der Ständerat als Vertreter der einzelnen Kantone im Parlament schloß sich im März dem Nein der Regierung an.

Eine erste Volksabstimmung über die Einführung des Zivildienstes hatte bereits 1977 bei den Bürgern keine Mehrheit gefunden. „Solange die Kriegsgeneration Volksabstimmungen entscheiden kann", sei eine „befriedigende Lösung des Zivildienstes nicht möglich", schätzt ein bürgerlicher Parteipolitiker die Lage ein.

Anfang Juli legte ein Komitee, dem *auch hohe Militärs angehören, einen* Vermittlungsvorschlag vor: Wer erklärt, den Militärdienst mit seinem Gewissen nicht vereinbaren zu können, soll danach einen doppelt so langen Zivildienst leisten. Parlamentarier wollen diesen Vorschlag im Herbst vor den Nationalrat, die Schweizer Volksvertretung, bringen. Die weiterhin aktuelle Frage der Dienstverweigerung kann mit einem *einfachen „Nein" auch nach Auffas*sung der Regierung nicht gelöst werden.

Nach Angaben des schweizerischen Verteidigungsministeriums kamen vergangenes Jahr 410 000 „Wehrmänner" ihrer Dienstpflicht nach, 730 standen wegen Verweigerung vor Gericht. Sie erhielten Freiheitsstrafen von drei bis sechs Monaten.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nachdenken über Managua

Von Günter Bading

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat einen Kurswechsel in der Nicaragua-Hilfe angedeutet. Jürgen Warnke sieht die Voraussetzung für weitere Entwicklungshilfe an Managua zunehmend in Frage gestellt. Diese Voraussetzungen sind politischer Pluralismus, gemischte – also auch marktwirtschaftliche – Wirtschaftsform und wirkliche Blockfreiheit.

Sie tauchen in der Präambel zu allen Entwicklungshilfe-Abkommen mit diesem Land auf. Angesichts der inneren Entwicklung dort allerdings muß man sich fragen, ob sie das Papier wert sind, auf das diese Selbstverpflichtungen der nicaraguanischen Comandantes gekritzelt worden sind. Wenn konkrete Zusicherungen verlangt werden – wie zu Jahresbeginn, als sich Wiederaufbau-Minister Jarquin auf Bettel-Tour in Bonn befand –, dann ziehen es die Sandinisten vor, ganz auf die angeblich so notwendige Hilfe zu verzichten. Derzeit sind vierzig Millionen Mark an bereitgestellten Mitteln für Nicaragua nicht abgerufen worden, weil konkrete Projekte aus Managua nicht benannt worden sind.

Wie friedlich auch die einzelnen von Bonn geförderten Projekte sein mögen – sie setzen zumindest indirekt Mittel frei, die die Comandantes dann in die Überrüstung ihres kleinen Landes stecken.

Aus sozial-liberaler Zeit hat sich im Auswärtigen Amt die Ansicht gehalten, man müsse im Falle Nicaragua abwarten, wait and see. Auch andere Entwicklungsländer hätten einst zum kommunistischen Lager gehört, seien aber wieder zum Westen zurückgekehrt. Ghana wird als Beispiel genannt und Ägypten. Allerdings lagen diese Länder nicht quasi in Gewehrschußweite vor der Haustür unseres verläßlichsten Verbündeten, der USA. Was würden denn jene mit so viel Verständnis für die „progressive" Entwicklung Nicaraguas ausgestatteten Beamten wohl sagen, wenn Washington in puncto Berlin eine Politik des Wait-and-see betrieben hätte oder betreiben würde? Festigkeit der USA in Europa verlangt Klarheit unserer Politik in Mittelamerika.

Minister Warnke beginnt endlich, die deutliche Sprache zu reden, die allein bei den Marxisten in Managua verstanden wird. Auch Genscher sollte sich wenden.

Die Einschlägigen

Von Enno v. Loewenstern

Im Herbst soll es heiß werden. Aber im Sommer ist es schon heiß. Das merkt man an manchen Äußerungen gegenüber dem „Spiegel". Der Präsident des Bundesgerichtshofs, Pfeiffer, behauptete, Zimmermanns Pläne zum neuen Demonstrationsrecht könnten dazu führen, „daß es einem Dutzend radikaler Gewalttäter gelingt, Tausenden friedlicher Demonstranten ihr Demonstrationsrecht zu nehmen" – so, als könnten die Friedensbewegten, die bekanntlich allein Deutschland vor dem Krieg schützen können, sich nicht vor einem Dutzend gewalttätiger Mitmarschierer schützen. Und nun meint der Chef des Hamburger Verfassungschutzamtes, Lochte, es wäre „jenseits aller Verhältnismäßigkeit, wenn der Staat 30 Millionen Bürger mit einem neuen Ausweissystem überzieht, nur weil er maximal 30 Terroristen sucht".

Da sah sich schließlich der Chef des Bundeskriminalamtes, Boge, zu einer vernichtenden Bemerkung über Lochtes Mangel an „Vertrautsein mit Erscheinungsformen der Kriminalität" getrieben: Es werden nicht maximal 30 Terroristen gesucht, sondern derzeit 673. Und nicht nur sie. Bei Ausweiskontrollen wurden allein im ersten Halbjahr 1983 insgesamt 13 644 polizeilich gesuchte Personen festgestellt – ohne jede elektronische Lesung.

Faktisch wird denn auch gegen den neuen Ausweis nichts vorgebracht als dies: daß die Kontrolle in Zukunft schneller geht und daß der Reisende irgendwo „protokolliert" werden könnte. Aber der Bürger weiß, daß das erstens auch bisher möglich war, daß es sich zweitens eingrenzen läßt – und daß es ihm drittens gleichgültig ist, ob wirklich ein Polizeiamtmann mit heißen Backen über der Auskunft sitzt, daß besagter Bürger voriges Jahr in Mallorca und heuer in Teneriffa war.

Wenn jemand Angst haben muß, dann die Kriminellen, die der „Beobachtenden Fahndung" (Befa) ausgesetzt sind. Der „Spiegel" fürchtet, bei Demonstrationen könnten „binnen Sekunden . . . jene herausgefunden und sodann durchsucht oder beschattet werden, die bereits einschlägig in Erscheinung getreten sind". Einschlägig, ja – beim Einschlagen auf andere. Wäre das nicht Pfeiffers Traum, sie rechtzeitig zu isolieren? Boge wiederum erinnert taktvoll daran, daß man auch die Terroristen Klar und Schulz dank der Befa einfing. Wer aber war es, dem Klar und Schulz seinerzeit in Hamburg durch die Lappen gingen? So schließt sich der Kreis wieder zum Kritiker Lochte.

Arbeit schreckt ab

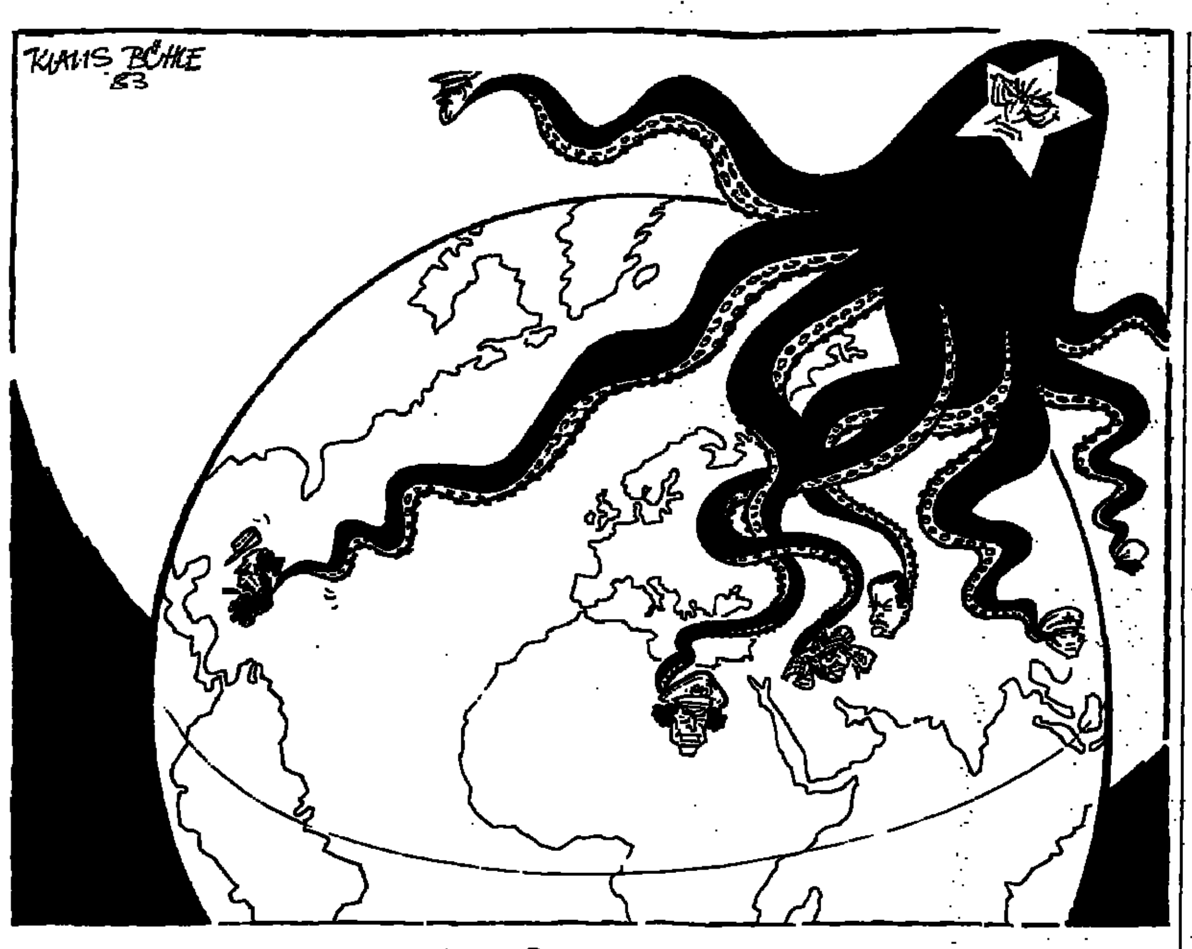
Von Eberhard Nitschke

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) unterhält in Bonn ein sehr ansehnliches Büro. Aus diesem Hause ist jetzt ein erstaunlich schriller „Erfahrungsbericht" über die Asylpolitik der Bundesrepublik Deutschland hervorgegangen.

Deutschland, das sich 1980 einem Asylbewerberstrom von 108 000 Menschen gegenübersah, in das auch 1982 noch 37 500 Asylsuchende kamen, das im Urteil namhafter Juristen eine „einzigartige Asylrechtsregelung" besitzt – Deutschland wird vorgeworfen, „in Europa einmalige Abschreckungsmaßnahmen" gegenüber Asylanten anzuwenden. Dazu wird die Heranziehung zu gemeinnütziger Arbeit der in Lagern monatelang auf Entscheidung ihrer Fälle wartenden Ankömmlinge aus aller Welt gezählt, die Sozialhilfe erhalten und deren Fälle im Schnitt von den Verwaltungsgerichten in 18monatiger Arbeit bewältigt werden.

Die Verfasser des Berichtes, zwei Damen von UNHCR aus Bonn und Genf, die eine Informationsreise durch sieben deutsche Lager machten, zitieren auch den Leiter des Zirndorfer Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Norbert v. Nieding, der gesagt habe, die deutsche Asylgesetzgebung sei „vor allem für Deutschstämmige und eventuell andere Europäer" gedacht. Diese Absurditäten (deutschstämmige Aussiedler sind keine Asylanten und haben nichts mit Zirndorf zu tun) weist v. Nieding scharf zurück.

Es ist interessant, daß der Bonner UNHCR-Stützpunkt in seinem letzten Informationsbrief die europäischen Länder und ihr Asylrecht ausdrücklich lobt. In vielen Ländern, so heißt es hier noch, zeichneten sich durch die Asylflut der letzten Jahre restriktive Maßnahmen ab. Dies sei „wahrscheinlich eine unvermeidliche Reaktion"; es müsse nur vermieden werden, daß negative Auswirkungen auf Bona-fide-Asylsuchende entstehen. Vielleicht hätten die beiden aufgeregten Damen erst ihre eigene Behördenaussage nachlesen sollen.



Octopussy

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Das weltweite Eingreifen

Von Heinz Barth

Ob es wirklich nur an den höheren Zinsen liegt, daß der Dollar steigt und steigt? Einen merkwürdigen Zufall darf man es jedenfalls nennen, daß zur gleichen Zeit auch etwas anderes steigt – das amerikanische Engagement in Übersee.

Es ist noch nicht so lange her, seit Richard Nixon und Henry Kissinger sich gezwungen sahen, die globalen Verpflichtungen der USA auf einen Umfang zu reduzieren, der zu damaliger Zeit den amerikanischen Kräften angemessen war. Die pragmatische Adjustierung des weltweiten Überengagements war vor der Beendigung des Vietnam-Krieges unvermeidlich. Seither hat sich manches geändert. Die Amerikaner haben vieles von ihrer Vietnam-Neurose ausgeschwitzt. Noch im ersten Jahr der Reagan-Administration war es unvorstellbar, daß Washington dem Kubaner in Mittelamerika und dem Libyer in Afrika so energisch entgegengetreten wäre, wie es der Präsident neuerdings tut.

Zweierlei ist daran bemerkenswert. Einmal, daß es der Kongreß, der bisher bei jedem Anzeichen von amerikanischem Überengagement in Panik verfiel, es diesmal nicht wagt, Reagan in den Arm zu fallen, obwohl das Wahljahr 1984 mit seinen demagogischen Verlokkungen näherrückt. Noch mehr sagt aber, zweitens, die Reaktion der unmittelbar Betroffenen. Man kann nur staunen, wenn man liest, daß Fidel Castro und seine Comandantes in Nicaragua die Tür für Verhandlungen über einen Isthmus-Frieden behutsam und mit leise knarrendem Geräusch Spaltbreite um Spaltbreite öffnen.

Nachdenklich stimmt auch, daß man im Weißen Haus alle Schuld an der Tschad-Invasion Khadhafi gibt, aber den Sowjets mit verblüffender Kulanz bestätigt, von der Bewaffnung des Libyers abgesehen, seien sie nicht am Expansionismus in der Sahel-Zone beteiligt.

Wie reimt sich das? Wie kommt es, daß der Capitaine Sankara, der neue Machthaber in Obervolta, der bisher als Gefolgsmann Khadhafis galt, diesen „höflichst" bittet, ihn doch mit einer Luftbrücke zu verschonen, und hinzufügt, das erste Frachtflugzeug mit Waffen sei ihm ungefragt geschickt worden? Auf diese erfreuliche Offenheit reagierte Amerika prompt mit dem Angebot, gute Beziehungen zu Obervolta herzustellen. Obervolta wiederum hat seinerseits dem prowestlichen Präsidenten der Elfenbeinküste die Bereitschaft zu gutem Einvernehmen notifiziert.

Fürwahr, einiges ist in der Dritten Welt in eine Bewegung geraten, die in entgegengesetzter Richtung als bisher zu fließen scheint. Das liegt nicht nur an dem, was manche die Kanonenboot-Diplomatie Reagans nennen. Es sind nicht Kanonenboote, sondern Flugzeugträger, die vor den Küsten Libyens und Zentralamerikas kreuzen. Neu ist vor allem die sich jetzt rasch verbreitende Erkenntnis, daß der Präsident entschlossen ist, die Risiken auf sich zu nehmen, die sich mit der Stabilisierung der Situation in den sogenannten bündnisfreien Ländern unvermeidlich verbinden.

Der Putsch in Guatemala, wo der Verteidigungsminister Oscar Mejia Victores, ein als gemäßigt geltender General, die Macht ergriff, dürfte gleichfalls zur Stabilisierung beitragen. Es fällt auf, daß er zwei Tage vor dem Umsturz mit seinen Kollegen in Honduras und El Salvador beraten hatte. Das weist eindeutig auf eine bessere Koordination zwischen den drei Ländern hin, die sich der sandinistischen Revolution widersetzen.



Hoffnung auf Stabilisierung: General Mejia Victores FOTO: UPI

Man versteht schon, warum die Comandantes gern verhandeln möchten. Die Versorgungslage Nicaraguas ist nicht dazu angetan, den Subversionskrieg in El Salvador unbeschränkte Zeit durchzuhalten. Auf sechs bis acht Monate, so heißt es jetzt in washington, wollen wie Vereinigten Staaten die jetzigen Manöver mit der Armee von Honduras ausdehnen.

Das ist kein „Manöver" mehr, sondern eine militärische Präsenz. Es muß die Sandinisten tief beunruhigen, daß sich dagegen in den Vereinigten Staaten nur geringer Widerspruch erhebt, nicht zu vergleichen mit den Stürmen der Entrüstung, die ehedem Amerikas Rolle als „Weltpolizist" auslöste. Der Präsident kann es sich leisten, zwei Awacs-Aufklärer nach Sudan zu schicken und die erforderliche Eskorte von Abfangjägern dazu, um Khadhafi in Tschad auf die Finger zu schauen. Begreiflich, daß diese ungewohnte Bewegungsfreiheit den Aufwieglern der Dritten Welt nicht ins Konzept paßt. Sie waren es bisher gewöhnt, die öffentliche Meinung Amerikas auf ihrer Seite zu wissen, wenn sie eine Aktion des Weißen Hauses abwürgen wollten.

Nun stellt sich mit einem Mal heraus, daß diese Technik des Propagandakrieges bei der großen Mehrheit der Amerikaner nicht mehr funktioniert. das bedeutet die Demobilisierung der stärksten Bataillone der Weltrevolution. Es bedeutet noch mehr, nämlich eine entscheidende Verlagerung des Gleichgewichtes der Kräfte zwischen West und Ost.

Der Bewegungsraum der Sowjetführung ist in der Phase des Überganges zur Nach-Breschnew-Ära beschränkt. Im Nahen Osten ist der syrische Satellit blockiert. Afghanistan erschütterte das Vertrauen vieler Sowjetfreunde in der Dritten Welt. Ein weiteres Problem für Moskau ist die so gut wie unangreifbare Position Ronald Reagans, der bei seinen außenpolitischen Entschlüssen weniger Rücksicht auf seine Wiederwahl zu nehmen braucht als jeder seiner Vorgänger seit Franklin Roosevelt.

Mit dem amerikanischen Wahlbonus, von dem der Kreml alle vier Jahre profitierte, kann er diesmal nicht rechnen. Ein neues Spiel mit neuen Würfeln hat in Afrika wie in Mittelamerika begonnen.

IM GESPRÄCH Aleksandar Grlickov

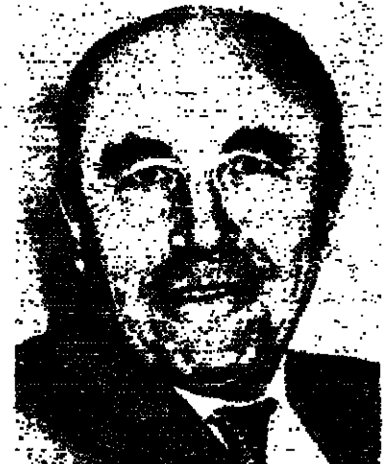
Für moralische Reform

Von Carl Gustaf Ströhm

Wir müssen an die Stelle der gegenwärtigen Auffassung ‚Wer nicht für uns ist, ist gegen uns', die neue Parole setzen: ‚Wer nicht gegen uns ist, ist für uns'." Diese für Kommunisten ungewöhnliche Forderung hat sich – nach Janos Kadar in Ungarn – nun ein führender jugoslawischer Funktionär zu eigen gemacht: Aleksandar Grlickov, Mitglied des ZK und des Präsidiums der jugoslawischen Partei.

Grlickov – der Name wird etwa „Girlitschkow" ausgesprochen – ist Mazedonier. 1923 wurde er im Städtchen Stip geboren, besuchte das Gymnasium, studierte in Belgrad Volkswirtschaft, wurde 1941 Jungkommunist, zwei Jahre später Parteimitglied, war Partisan und Politkommissar im Zweiten Weltkrieg. In Mazedonien, wo sich der rauhe Balkan gegenüber der milden griechischen Ägäis öffnet, wohnt ein weltoffener, gescheiter Menschenschlag, der sich seit vielen Jahrhunderten gegenüber wechselnden Mächten und Einflüssen zu behaupten wußte.

Grlickov machte als junger Mann nach der kommunistischen Machtübernahme in der neu entstandenen Teilrepublik Mazedonien eine steile Karriere: Er war hier Vizepräsident der Plankommission, Finanzminister und bereits 1960 Chef der Landesregierung in Skopje. Seit 1964 ist er Mitglied des ZK. Er wurde von Tito mit der heiklen Aufgabe betraut, die Beziehungen Belgrads zu den anderen kommunistischen Parteien in die Hand zu nehmen. Grlickov erklärte als erster den von Moskau erfundenen Begriff des „proletarischen Internationalismus" für überholt und setzte an seine Stelle die Formel von der „internationalen Solidarität". Von ihm stammt die Forderung, wonach jede kommunistische Partei „ausschließlich ihrem eigenen Land und ihrer eigenen Arbeiterklasse" verantwortlich sei. Nach zähen Verhandlungen gelang es ihm 1976, die Sowjets auf der internationalen KP-Konferenz von Ost-Berlin zur – verbalen – Anerkennung der „verschiedenen Wege zum Sozialismus" zu bewegen.



Will Öffnung in Jugoslawien durchsetzen: Grlickov FOTO: SVEN SIMON

Jetzt überrascht Grlickov, der bisher als scharfer Kritiker der sowjetischen Hegemonie (u. a. 1978 in einem vielbeachteten Interview der WELT) in Erscheinung trat, mit neuen innenpolitischen Thesen für das Jugoslawien der Nach-Tito-Ära. Er forderte eine nicht nur wirtschaftliche und soziale, sondern – wie er sagt – eine „moralische Reform" des titoistischen Systems: Man müsse in Jugoslawien ein gesellschaftliches Klima schaffen, „in dem auf demokratische und gleichberechtigte Art und in öffentlichem Dialog die unterschiedlichen Interessen zu einer Einigung gelangen". Gleichzeitig spricht Grlickov von der Notwendigkeit einer Demokratisierung und „Öffnung".

Kein Zweifel, daß dieser Mann, der ein schweres Herzleiden mit großer Tapferkeit erträgt, seiner Zeit und vielleicht auch seiner Partei um einiges voraus ist.

DIE MEINUNG DER ANDEREN



Zum neuen Personalausweis meint das Massenblatt:

Zum dritten Mal in kurzer Zeit wollen Bundestagsabgeordnete nicht mehr gelten lassen, was sie selbst beschlossen haben. Mit der NATO-Nachrüstung ging es los; dann kam die Volkszählung, jetzt der fälschungssichere Personalausweis. Plötzlich meinen einige Abgeordnete von SPD und FDP, die noch im Dezember 1982 für diesen Ausweis gestimmt hatten, er könne zur totalen Überwachung der Bürger führen. Waren sie nicht sachkundig, bevor sie „Ja" sagten? Waren sie leichtfertig? Wenn dieser Wankelmut Schule macht, wird das Vertrauen verspielt.

UNSERE ZEIT

Das parteiamtliche DKP-Organ setzt alle Hoffnung auf die „Friedensbewegung":

Es wird am gewaltigen und gewaltfreien Widerstand der Friedensbewegung liegen, im Herbst mit ihren Aktionen die Souveränität der Bundesrepublik erfolgreich zu verteidigen.

Neue Westfälische

Zum Sexismus bei den Grünen befindet das Bielefelder Blatt:

Grapscher sind überall. Allein die Grünen kann das wundern, muß das wundern. Denn sie leben augenscheinlich in dem schwer erträglichen Irrglauben, die besseren Menschen zu sein, zumindest die moralischeren.

Frankfurter Allgemeine

Zur Lage in Mittelamerika bemerkt das Blatt:

Nicht der Gebrauch, aber die Entfaltung militärischer Macht der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist nun im zentralamerikanischen Bürgerkrieg-Theater zu einer festen, für einige Zeit dauerhaften Tatsache geworden. Sowohl die Stationierung einer Flugzeugträgerkampfgruppe wie auch die sieben Monate dauernden Manöver von über fünftausend amerikanischen Soldaten in Honduras sind eben nicht bloß Manöver, sondern strategische Entscheidungen. Die Linken Europas üben Kritik daran, als sei das ein Verbrechen gegen den Frieden. Es ist eher ein Verstoß gegen eine Friedensordnung, die ihnen vorschwebt und die noch lange utopisch bleiben wird.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Zu den Grünen meint die Zeitung:

Die jüngsten Versuche der Grünen, die Blutspritz-Attacke zu rechtfertigen, sind hilflos und entlarvend zugleich: Mit dem Empfang für amerikanische Offiziere im hessischen Landtagsgebäude sei die Würde des Parlaments aufs schwerste verletzt worden. Wer so argumentiert, hat keinen Anspruch, politisch ernst genommen zu werden.

NORDWEST-ZEITUNG

Das Oldenburger Blatt hat seine Zweifel am „DDR"-Kredit:

Die Bundesregierung hat die Öffentlichkeit am 29. Juni dieses Jahres regelrecht hinters Licht geführt, als sie durch ihren Sprecher Peter Boenisch erklären ließ, Bonn habe die Bürgschaft für diesen Kredit übernommen. Am Montag nachgeschobene Erläuterungen, der Unterschied zwischen Bürgschaft und Garantie sei angesichts einer den „bundesdeutschen Steuerzahler" voll absichernden Erklärung der DDR nicht von Bedeutung, sind keineswegs befriedigend.

Atomwaffenfreie Zonen machen den Krieg leichter

Hiroshima war immerhin atomwaffenfrei / Von Hubertus Hoffmann

Atomwaffenfreie Zonen sollen nach den Erwartungen ihrer Befürworter der Entspannung und Abrüstung dienen und einen Krieg in Europa unwahrscheinlicher werden lassen. Insbesondere böten sie Sicherheit vor atomarer Vernichtung, da Atomwaffen dort eingesetzt würden, wo eigene Kernwaffen lagerten.

Tatsächlich erhöhten atomwaffenfreie Gebietsstreifen in Mitteleuropa die Kriegsgefahr. Sie machen einen konventionellen Regionalkrieg planbarer, führbarer, in den Planungen des Aggressors gewinnbarer – und somit wahrscheinlicher. Denn der Angreifer wählt das Schlachtfeld, ohne eine nukleare Eskalation auf seine Heimaterde fürchten zu müssen. Für die Marschälle der Sowjetunion wäre damit ein konventioneller Krieg auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland lokalisierbar – ein Krieg, der Millionen Opfer auf deutscher Seite fordern und zur Vernichtung unserer Städte und Dörfer führen würde.

Indem der konventionelle Blitzkrieg wieder berechenbar und auf die Erde des potentiellen Opfers beschränkbar wird, kann ein Angreifer erstmals wieder den Einsatz von Panzerarmeen planen. Der Angriff von großen, dicht aufmarschierten Panzerarmeen aber ist die Voraussetzung schlechthin für einen Angriffskrieg. Ein solcher Aufmarsch kann jedoch nicht in Betracht gezogen werden, wo er mit einigen wenigen nuklearen Schlägen vollständig ausgeschaltet werden kann.

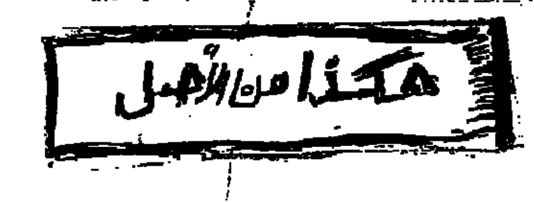
Atomwaffenfreie Zonen erhöhen nicht nur die Wahrscheinlichkeit eines alles vernichtenden konventionellen Regionalkrieges, sondern schützen auch nicht vor atomarer Erpressung und Vernichtung. Die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki waren atomwaffenfreie Zonen und wurden gerade deshalb Atombombenziel, da es keine glaubwürdige nukleare Abschreckung der Japaner gegenüber den Vereinigten Staaten gab.

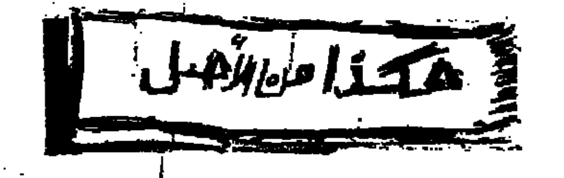
Eine kleine kernwaffenfreie Zone im Herzen Europas kann sehr wohl das Ziel sowjetischer Atomraketen sein, obwohl sie selbst frei von solchen Raketen ist. Aus atomwaffenfreien Gebieten kann man zwar nicht herausschießen, man kann aber in sie hineinschießen. Entscheidend ist ja gerade nicht, wo Atomwaffen stationiert, sondern worauf sie gerichtet sind.

Vor einer atomar-politischen Erpressung und dem Einsatz dieser sowjetischen Massenvernichtungswaffen sind wir Deutsche nur dann sicher, wenn entweder westliche Kriegsabschreckung die sowjetischen Atomwaffen glaubwürdig neutralisiert, oder aber die unsere Existenz bedrohende SS-20-Vorrüstung auf ein vermindertes, gleiches Niveau verschrottet wird. Da ist es interessant, daß die sogenannte Friedensbewegung zwar die Atomwaffenfreiheit und damit Wehrlosigkeit der Bundesrepublik fordert, keineswegs aber die Verschrottung der auf uns gerichteten sowjetischen Atomwaffen. Vielmehr wurde Reagans Forderung nach einer Null-Lösung in Europa gerade von den sogenannten Friedensfreunden als „Betrug" verworfen. Dabei enthalten die auf Westeuropa gerichteten SS-20-Werfer zusammen die mehr als fünftausendfache Sprengkraft der Atombombe von Hiroshima.

Bundeskanzler Kohl, US-Präsident Reagan und die NATO fordern eine Verschrottung dieser 5000 Hiroshimas. Die Grünen, weite Teile der SPD und die politischen Führer der „Friedensbewegung" wollen hingegen, daß wir Deutsche diese Existenzbedrohung „respektieren". Wie aber kann „Entspannung" im Schatten von 5000 Hiroshimas blühen und gedeihen? Der Bau von mehr und mehr SS-20-Raketen seit 1977 mißachtet jedenfalls das Prinzip der gleichen Sicherheit für alle Völker Europas – und das Prinzip der Gleichberechtigung überhaupt. Die UdSSR nimmt für sich ein „Recht" auf Überlegenheit und damit Erpressung in Anspruch. Welches „Recht" fordert sie als nächstes?

Die Schaffung regionaler Machtvakuen und die Zersplitterung des Nato-Territoriums in Gebiete erst(USA), zweit-(England, Frankreich) und drittklassiger Sicherheit (atomwaffenfreie Zonen) löst den bisherigen friedensstabilisierenden Status quo in Europa auf, spaltet das westliche Verteidigungsbündnis und suggeriert Scheinsicherheit. Die längste Friedens- und Freiheitsepoche in der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts aber beruhte gerade auf der glaubhaften Abschreckung der gegen uns gerichteten Waffen der UdSSR, dem Prinzip gleicher Sicherheit für alle Nato-Gebiete, der Verklammerung von konventioneller und atomarer Kriegsabschreckung und dem fairen Angebot zu einem Ost-West-Dialog über Entspannung und Abrüstung. Daß die Bundesrepublik Deutschland seit mehr als drei Jahrzehnten keine atomwaffenfreie Zone ist, ist die alleinige Ursache, warum sie eine kriegsfreie Zone war und ist.





Ein Weltmeister als Figur im Spiel der Funktionäre

Durch eine Kontroverse mit dem Weltschachbund hat sich die sowjetische Schachföderation in ein Dilemma manövriert, dessen Opfer Weltmeister Karpow werden könnte. Der warnt: „Wir Schachspieler sollten aufpassen, daß die Probleme der Organisatoren nicht die Oberhand über das Spiel gewinnen."

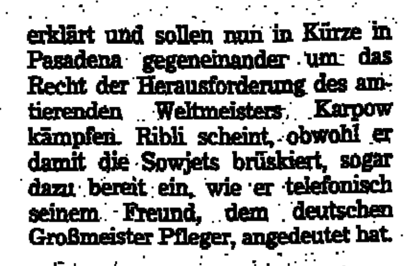
Von JOACHIM NEANDER

Verkehrte Schach-Welt in Hannover – zwei deutsche Nobodys namens Glienke und Hartmann zählten nach zwei Runden des Großmeister-Turniers zu den Spitzenreitern, der sowjetische Weltmeister dagegen zierte mit einem mageren halben Pünktchen gemeinsam mit anderen das Tabellenende.

Doch Anatoli Karpow ging lächelnd im Park spazieren, schlürfte abends vor dem Zubettgehen sein Bierchen und hatte auf alle Fragen, was denn mit ihm los sei, die spöttische Gegenfrage parat: „Wieso?" In der dritten Runde gelang ihm dann zwar ein Sieg gegen den deutschen Helmut Pfleger, aber ein Formtief des Weltmeisters ist offenkundig.

Über die tieferen Ursachen kann man nur mutmaßen. Da ist die erst vor wenigen Wochen vollzogene Scheidung von seiner Frau. Da ist aber auch der Tod des Staats- und Parteichefs Leonid Breschnew, dessen besonderer Günstling er war.

Breschnew nannte den zierlichen Wunderknaben vom Ural mit seinen großen traurigen Augen und der fast piepsig klingenden Stimme „Tolja" und hatte wohl noch einiges mit ihm vor. So ist Karpow heute Vorsitzender jener sowjetischen „Friedensbewegung", die in Wahrheit natürlich nur eine amtlich geförderte Initiative gegen die amerikanischen Raketen ist. Der junge Mann, der seit zehn Jahren Schachweltmeister ist und öffentlich erklärt, Schach und Marxismus-Leninismus seien seine beiden großen Leidenschaften (obwohl ihn sich niemand richtig leidenschaftlich vorstellen kann), schien alle Chancen zu haben, zu dem stets korrekt gekleideten, höflichen, weltgewandten, gescheiten, bewunderten Symbol staats- und regimetreuer Bravheit des Sowjetsystems schlechthin zu werden.



Unter Jurij Andropow scheint dies nicht mehr so ganz zu stimmen, zumal unter den vom neuen Herrscher abgelösten Breschnew-Gefolgsleuten in der engeren Spitze gerade auch zwei oder drei sein sollen, zu denen Karpow besonders gute Beziehungen unterhielt. Hinzu kommt aber, daß Anatoli Karpow plötzlich selber zu einer Figur in einem Schachspiel geworden ist, auf das er selbst gar keinen Einfluß zu haben scheint: jener gewaltigen Kraftprobe, auf die sich die sowjetische Schachföderation mit dem neuen Präsidenten des Weltschachbundes FIDE, dem Filipino Florencio Campomanes, eingelassen hat.

Die Sowjets haben bekanntlich ihre beiden WM-Kandidaten Kasparow und Smyslow zum Halbfinale der Qualifikation nicht antreten lassen, weil sie mit den von Campomanes anberaumten Austragungsorten Pasadena (Kalifornien) und Abu Dhabi nicht einverstanden waren. Offenbar glaubten sie, als weitaus größter Nationalverband die FIDE einschüchtern zu können. Acht Stunden lang hatten in Moskau sowjetische Schach- und Regierungsfunktionäre auf Campomanes eingeredet. Aber der mächtige Businessman und Multimillionär blieb so eisenhart, wie er es auch in Geschäftsdingen zu sein pflegt.

Der Exilrusse Kortschnoi und der Ungar Ribli wurden zu kampflosen Siegern des Kandidaten-Halbfinales erklärt und sollen nun in Kürze in Pasadena gegeneinander um das Recht der Herausforderung des amtierenden Weltmeisters Karpow kämpfen. Ribli scheint, obwohl er damit die Sowjets brüskiert, sogar dazu bereit ein, wie er telefonisch seinem Freund, dem deutschen Großmeister Pfleger, angedeutet hat.

Die Sowjets geraten jetzt in eine schwierige Lage: Würden sie zulassen, daß ihr eigener Weltmeister Karpow am Ende gegen einen nach ihrer Meinung irregulär ermittelten Herausforderer antritt, drohte ihnen völliger Gesichtsverlust. Karpow selbst scheint gar nicht abgeneigt. Zwar ist er die Antwort auf unsere entsprechende Frage schuldig geblieben. Aber dafür prägte er den Satz: „Wir Schachspieler sollten aufpassen, daß die Probleme der Organisatoren nicht die Oberhand über das Spiel gewinnen."

Eine vorsichtige Distanzierung von seinem eigenen Verband? Karpow, von Natur aus niemals ein Rebell, ist nach wie vor überzeugt, daß sich das Ganze irgendwie lösen wird. Aber wie? Die Russen könnten versuchen, im Oktober beim FIDE-Kongreß in Manila den auf vier Jahre gewählten Campomanes durch einen Mißtrauensantrag vorzeitig zu stürzen. Aber die Aussichten sind nicht groß, zumal das FIDE-Präsidium den Alleingang seines Chefs inzwischen mit 7:1 Stimmen gebilligt hat. Das Argument, daß schließlich nicht alle bedeutenden Schachereignisse für alle Ewigkeit nur in Europa stattfinden können, zählt auch hier mehr als der Wunsch der beteiligten Spitzenspieler, der nach dem FIDE-Reglement nur eines von fünf Kriterien für die Wahl eines Austragungsortes ist.

Am bitteren Ende der Kraftprobe könnten die Sowjets gar gezwungen sein, unter Protest aus der FIDE auszutreten. Für Karpow, den zu Weltmeisterehren aufgestiegenen Jungen vom Ural, bedeutete dies wohl fast den Verlust seines Lebensinhaltes. Ich habe ihn gefragt, bis in welches *Alter er glaube, schachlich auf dem* Höhepunkt seiner Leistungsfähigkeit bleiben zu können. Er hat – wie immer mit Umschweifen – statt einer Antwort auf seinen 62jährigen Landsmann Smyslow und den 71jährigen Argentinier Najdorf verwiesen, die ja auch noch Erstaunliches bei starken internationalen Turnieren leisten.

Das heißt: Dieser Karpow ist sehr wohl darauf eingestellt, noch zehn oder zwanzig Jahre lang Weltmeister zu bleiben, fest entschlossen, weder dem verhaßten Erzfeind Kortschnoi noch seinem jungen Rivalen Kasparow, und schon gar nicht kampflos, Platz zu machen. Aber ein formschwacher Karpow ausgerechnet in diesem Moment bedeutet eine gewaltige psychologische Schwächung der sowjetischen Position gegenüber der FIDE und der Position Karpows gegenüber seinem eigenen Verband. Schafft es der Weltmeister tatsächlich nicht, das eigentlich nicht sonderlich stark besetzte, bis auf die 30 Grad Celsius im Turniersaal mustergültig organisierte Turnier in Hannover nach 15 Runden doch noch standesgemäß zu gewinnen, hätte das große Bedeutung für die gesamte Schachwelt.

Die unglückselige Verlustpartie des Weltmeisters gegen den unbekannten Deutschen Wolfram Hartmann wird sowieso die Runde durch die Schachzeitungen der ganzen Welt machen. Die Anrufe von überall häufen sich schon. Karpow scheint hier in Hannover plötzlich im übertragenen Sinne um seinen Thron kämpfen zu müssen. Das Publikum hat es bereits gemerkt: Es strömt in Scharen heran. Im Turniersaal drohen demnächst 32 Grad.



Die schlechten Nachrichten häufen sich: Anatoli Karpow FOTO: MOENKEBILD



Wochenende in Nicaragua: Frauen, Männer, jung und alt, nehmen an Übungen der Volksmiliz teil. Seit „Contras" von Honduras aus das Regime der Sandinisten in Managua bekämpfen, seit die Amerikaner mit Kriegsschiffen vor der Küste kreuzen, wird das Land mehr und mehr militarisiert. Die Junta versucht mit einem großen Propaganda-Einsatz den Verteidigungswillen zu stärken. Immer wieder heißt es auf Transparenten: „Alle Waffen dem Volk." Und die Führer verkünden: „Wir kennen keine Angst." FOTO: DPA

Nicaragua: Ein Volk erhält Uniform

Die Spannung ist greifbar, die Unsicherheit groß: Die Sandinisten in Nicaragua mobilisieren angesichts der Machtdemonstration der Amerikaner vor ihrer Tür den Widerstandswillen. Doch im Volk ist nicht die US-Flotte Thema Nummer 1, sondern die schlechte Versorgung.

Von WERNER THOMAS

Die Zahl der Uniformträger wächst von Tag zu Tag. Selbst dicke Marktfrauen sind braungrün uniformiert. Das ist die Kluft der Milizen. Es wimmelt von Militärfahrzeugen aus dem Ostblock. Nachts rollen Kanonen und Schützenpanzer über die Carretera Norte gen Norden. Auf dem Sandino-Flughafen stehen Luftabwehrstellungen. „Alle Waffen dem Volk", lautet die Aufschrift eines der überall aufgehängten Transparente.

Plakate, die Soldaten mit schußbereiten Gewehren zeigen, sollen den Verteidigungswillen stärken. Verteidigungsminister Humberto Ortega verkündet vor neu formierten Milizbrigaden: „Wir werden nicht nur Widerstand leisten, wir werden auch gewinnen." Innenminister Tomas Borge erklärt: „Wir kennen keine Angst." Die sandinistische Parteizeitung „Barricada" veröffentlichte einen auf Seite eins beginnenden Bericht über den Beginn des für die USA verhängnisvollen Vietnam-Krieges. Das Filmkunst-Theater Cinemateca de Nicaragua läßt den Streifen „Krieg der Befreiung des Vaterlandes" über die Leinwand flimmern, der sich mit dem Korea-Konflikt aus nordkoreanischer Sicht beschäftigt. In der Anzeige heißt es: „Die Arbeiter und das nicaraguanische Volk müssen diesen Film sehen. Überzeugt euch von den historischen Parallelen mit der gegenwärtigen Eskalation der imperialistischen Aggression gegen Nicaragua." Einige Schlaglichter aus Nicaragua, während amerikanische Kriegsschiffe vor den Küsten des Landes kreuzen und US-Einheiten im Nachbarland Honduras mit Manövern begonnen haben.

Was die Amerikaner mit ihrer Flotte tatsächlich wollen, weiß niemand in Nicaragua. Auch die Comandantes rätseln. Seit die Schiffe vor der Küste aufgefahren sind, herrscht eine andere Stimmung in der Hauptstadt. Humberto Ortega und Tomas Borge sprachen zwar starke Worte, und die Uniformierung des Volkes läuft auf Hochtouren. Kein Mensch glaubt jedoch ernsthaft, gegen die Amerikaner militärisch bestehen zu können. So geben sich auch die meisten Vertreter der sandinistischen Führung eher kleinlaut.

Bisher wurde keine amerikanische Flagge verbrannt und keine Uncle-Sam-Puppe an einem Galgen gehängt. Der Staatssicherheitsdienst mobilisierte nicht die „Turbas", den abrufbereiten Pöbel, um antiamerikanische Demonstrationen zu veranstalten. Die Comandantes wollen jede Provokation vermeiden. Ein amerikanischer Diplomat bekannte: „Ich habe mich noch nie so sicher in Nicaragua gefühlt wie heute."

Derselbe Mann meinte, es sei „durchaus möglich", daß die Flotte im März nächsten Jahres wieder abziehe, ohne veränderte Verhältnisse in Managua. „Ich glaube das sogar." Einige der bestinformierten amerikanischen Reporter der Region glauben das nicht. Der Produzent einer der drei großen TV-Anstalten hat seinem Haus in New York in einem vertraulichen Memorandum die Intervention für Ende des Jahres angekündigt und gebeten, bereits Vorbereitungen zu treffen für die dann fällige massive Berichterstattung.

Die Revolution hat sich viele Feinde geschaffen

Die sandinistischen Comandantes versuchen eine Revolution zu retten, die sich mit der wachsenden Radikalisierung immer mehr Feinde geschaffen hat. Hinter dem Deckmantel des Sandinismus verbarg sich das kommunistische Modell der Eroberung und Erhaltung der Macht. „Ohne Sandinismus sind wir keine Marxisten-Leninisten", verkündete Verteidigungsminister Ortega am 25. August 1981 in einer Rede vor Militärs der sandinistischen Volksarmee. „Und der Sandinismus kann ohne Marxismus-Leninismus nicht revolutionär sein."

Humbertos Bruder Daniel, der Junta-Chef, informierte während der Feier zum vierten Jahrestag der Revolution am 19. Juli in Leon, daß die Macht unteilbar ist: „Weder Kugeln noch Stimmzettel können die sandinistische Macht zerstören."

Die Sandinisten übernahmen im Rahmen ihrer rasanten Verstaatlichungsschritte selbst die Diskothek „Lobo Jack" und die Speiseeis-Kette „Eskimo". Die einzige Bäckerei Managuas, die in den letzten zwei Juli-Wochen Brot verkaufte, gehört dem Staat. Dieser Tage berichteten die Zeitungen über die Diskussionen im Staatsrat über das neue Parteiengesetz, das alle Oppositionsgruppen unter die Kontrolle der Sandinistischen Befreiungsbewegung (FSLN) bringen soll. Man spricht auch viel über die geplante Einheitsgewerkschaft, die den beiden noch unabhängigen Arbeitnehmerverbänden das letzte Wasser abgraben wird.

Es ist schwer zu schätzen, wie viele Nicaraguaner heute noch hinter der Revolution stehen. Die Leute reden nicht mehr offen mit Fremden über politische Dinge. Das System schuf Spitzel und Denunzianten. An Häuserwänden steht geschrieben: „Für die Feinde der Revolution die revolutionäre Überwachung". Die „Komitees zur Verteidigung des Sandinismus" (CDS), die Nachbarschafts-Organisationen, legen schwarze Listen an mit den Namen vermuteter Gegner der Revolution oder auch „unzuverlässiger" Personen. Ein Spitzenvertreter der sozialdemokratischen Partei und Mitglieder der unabhängigen Menschenrechtskommission werden unter der Rubrik „sehr gefährlich" geführt.

Die CDS-Lokale verteilen die „tarjetas" für rationierte Lebensmittel (Bohnen, Reis, Zucker, Speiseöl, Seife). Kritiker erhalten keine Karten, Bauern, die der oppositionellen Gewerkschaftsbewegung angehören, bemühen sich vergeblich um staatliche Kredite.

Die meisten Anhänger scheinen die Sandinisten unter der Jugend zu haben, die vom System hofiert und gehätschelt wird. 50 Prozent der Nicaraguaner sind jünger als 18 Jahre. Ein *diplomatischer Beobachter* erläuterte: „Die schweigende Mehrheit mag wohl gegen die Revolution eingestellt sein oder sich lethargisch verhalten. Das bedeutet aber nichts. Mit diesem Überwachungs- und Sicherheitsapparat können die Sandinisten noch lange regieren. Sie brauchen nicht mehr als zehn Prozent der Bevölkerung auf ihrer Seite."

Die größte Gefahr für diese Revolution waren bisher nicht die konterrevolutionären Brigaden. Die wachsende *Wirtschaftsmisere gefährdet* das Comandante-Regime viel mehr. Im Vergleich zu Nicaragua ist etwa El Salvador heute ein Konsumgüterparadies. Daß die 661 000 Einwohner Managuas in der zweiten Juli-Hälfte nur auf eine Bäckerei mit Brot angewiesen waren, schockierte selbst hartgesottene Revolutionäre. In den letzten Tagen verbesserte sich die Situation, weil ein sowjetischer Frachter Mehl brachte. Die Bevölkerung fieberte förmlich der Ankunft des Schiffes entgegen, die von den Zeitungen ständig gemeldet wurde.

Werden die Comandantes noch die Zügel lockern?

Die Fleischabteilungen der Supermärkte sind leer. Kartoffeln gibt es fast nur noch auf dem Schwarzmarkt, 40 Cordobas das Pfund, mehr als zehn Mark. Ein Rotkohl kommt auf 110 Cordobas, etwa 30 Mark. Viele Nicaraguaner verdienen weniger als 2000 Cordobas im Monat, etwa 520 Mark. Schlangestehen oder stundenlanges Suchen nach irgendeiner Ware gehören heute zum Alltag.

Seit die amerikanischen Kriegsschiffe drohend vor Nicaragua kreuzen, wurde oft die Frage diskutiert, ob die Comandantes vielleicht doch noch die Zügel lockern und die Revolution in pluralistische Bahnen lenken. Das wurde auch in einem Brief der Sozialisten-Chefs Willy Brandt, Felipe González, Dani El Oduber (Expräsident Venezuelas) an die sandinistische Führung verlangt. Das Schreiben durfte in den Medien Managuas aber nicht erwähnt werden.

Die meisten Vertreter der Opposition wollen nicht an eine Kursänderung glauben, die doch noch die demokratische Öffnung erlaubt. „Es wäre zu schön, um wahr zu sein", sagt Enrique Bolanos, der Präsident des Unternehmerverbandes ‚Cosep', der zweimal festgenommen worden war. „Ich bin skeptisch", bekennt Adan Fletes, der christdemokratische Parteichef.

Als Präsident Reagans Mittelamerika-Emissär Richard Stone Anfang letzter Woche zweieinhalb Stunden Managua besuchte, um sich mit Junta-Chef Daniel Ortega und Außenminister Miguel d'Escoto zu unterhalten, präsentierte er den alten Washingtoner Wunschkatalog: Keine Hilfe mehr für die salvadorianische Guerrilla und Schließung der Kommando-Zentrale dieser Rebellenbewegung *in Managua. Abzug der* kubanischen Militärberater. Demokratische Öffnung und baldige Wahlen. Ein Vertreter der US-Botschaft berichtete später: „Die demokratische Öffnung steht heute auf unserer Liste weiter oben als zuvor." (SAD)

Breuel: Neue Lohnformen auch für Tariflöhne

GISELA REINERS, Bonn

Nach Ansicht der niedersächsischen Wirtschaftsministerin Birgit Breuel (CDU) sollten sich Arbeitnehmer aussuchen können, ob sie ausgehandelte Lohnprozente in Form von mehr Urlaub, einer höheren Betriebsrente oder einer Beteiligung am Firmenkapital haben wollen. Die Unternehmen sollten sich nicht scheuen, den „Strauß eines Angebots" vorzuschlagen, weil sie dann in der Ausgestaltung der Arbeitskosten erstmals flexibel würden. Beide Tarifpartner müßten sich von alten Strukturen lösen, die zu nachhaltiger Unmündigkeit bei den Beschäftigten und den Unternehmern geführt hätten. Was im übertariflichen Bereich möglich sei, könnte unbesehen für Tariflöhne eingeführt werden.

Als Grund für die Notwendigkeit von mehr Flexibilität in der Gestaltung von Arbeitszeit und Entlohnung nannte Frau Breuel die anhaltende Massenarbeitslosigkeit (elf Prozent in Niedersachsen). Sie unterstütze „trotz aller Starrheiten des öffentlichen Dienstrechts" Versuche mit Jobsharing im eigenen Haus. Sie wolle deshalb alle Unternehmen ermutigen, sich ebenfalls für derartige Projekte aufgeschlossen zu zeigen.

Entlastungszahlen für Länder falsch?

AP, Düsseldorf

Als unrichtig hat der nordrhein-westfälische Finanzminister Diether Posser (SPD) Berechnungen des Bundesfinanzministeriums bezeichnet, nach denen die Bundesländer nach den Beschlüssen der Bundesregierung in den kommenden zwei Jahren um mehr als acht Milliarden Mark entlastet werden würden. Die Entlastung der Länder für 1984 betrage lediglich 623 Millionen Mark, erklärte Posser gestern in Düseldorf. 1985 würden die Länder durch die steuerlichen Maßnahmen des Bundes dagegen mindestens mit 1,2 Milliarden zusätzlich belastet. Nach Angaben Possers ist bei dieser Rechnung die vorgesehene Umschichtung des Aufkommens aus der Umsatzsteuer von einem Prozent vom Bund auf die Länder bereits berücksichtigt. Alle weiteren vom Bund genannten Entlastungen der Länder, etwa im Personalbereich, seien weit überhöht.

DGB-Kundgebung mit Redner aus UdSSR

hrk. Berlin

Auf Einladung des Berlinsr DGB sprechen am internationalen „Friedenstag" am 1. September zum erstenmal ein amerikanischer und sowjetischer Gewerkschafter auf einer gemeinsamen Veranstaltung Berlins. DGB-Chef Michael Pagols teilte mit, ihm liege die Zusage des Wolgograder (ehemals Stalingrad) Gewerkschaftsvorsitzenden Georgij Boyko sowie von Bruce Herschensohn (Los Angeles) vor. Der Repräsentant der Gewerkschaft AFTRA arbeitet als prominenter TV- und Radiokommentator in Berlins US-Schwesterstadt. Die Veranstaltung steht unter dem offiziellen DGB-Motto „Nie wieder Krieg – Abrüstung ist das Gebot der Stunde".

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Einsatz, Konsequenz und das besonders bayerische Wesen

VON PETER SCHMALZ

Im Vorzimmer sitzt ein grünuniformierter Polizeibeamter, aber hinter der rotgepolsterten Tür, die nur durch einen Geheimknopf zu öffnen ist, residierte zwei Jahrzehnte ein Mann, der seine Uniform meist hinter dem holzgetäfelten Kleiderschrank verborgen hängen ließ und ein modisches Zivil bevorzugte. Seit Manfred Schreiber zu seinem Tennispartner Friedrich Zimmermann ins Bonner Innenministerium umgezogen und der bisherige Präsident der bayerischen Grenzpolizei, der 55jährige Jurist Gustav Häring, auf Schreibers altem Stuhl Platz genommen hat, gehört Grün wieder zur Alltagsfarbe auch im Präsidentenzimmer der Münchner Polizeizentrale an der Fußgängerzone.

Der äußeren Wende soll aber kein innerer Umschwung folgen. „Schreibers erfolgreiche Münchner Linie werde ich auf keinen Fall über Bord werfen", meint Häring im Gespräch mit der WELT und bittet zugleich, von ihm noch kein Detailprogramm in einem Amt zu fordern, dem er erst seit drei Tagen vorsteht. Doch der gebürtige Niederbayer, Sohn eines Kaminkehrers und einer Schlossertochter, ist ein zu versierter Fahrensmann auf dem Problemgebiet Sicherheitsfragen, als das er nicht schon konkrete Vorstellungen formulieren könnte.

Natürlich hat er seine Meinung zum „heißen Herbst", der ihm im Augenblick eher als ein verbales Monster gewaltsüchtiger Berufsrandalierer als ein Schreckgespenst für Polizeitaktiker erscheint. Sicher, es wird Demonstrationen gegen die Nachrüstung und gegen den Doppelbeschluß geben, „aber soweit die Leute nur ihre Meinung äußern, ist das ihr gutes Recht". Mehr noch: „Die Polizei hat die Aufgabe, diese Meinungsäußerung zu gewährleisten." Über Sinn oder Unsinn dieser Meinung will er sich als Polizeipräsident keine Gedanken machen: „Das ist Sache der Politiker."

Er wird aber gerüstet sein, sollten Steine als Argumente mißbraucht werden. Häring: „Wer Fensterscheiben zerschlägt und Autos in Brand steckt, dem verspreche ich ein möglichst wirksames Durchgreifen der Polizei. Massive Rechtsverstöße werden von uns durch massives Vorgehen beantwortet." Für ihn und seine 5000 Münchner Beamten aber, so hofft er offensichtlich, wird dies im Herbst nur Theorie bleiben: Demonstrationen werde es geben, weniger

Länderbericht Bayern

aber gewalttätige Ausschreitungen. Wie überhaupt man „in Bayern sehr harte Dinge nicht zu erwarten hat".

So ist das nun einmal im Freistaat, und keiner weiß so genau, woran das liegt. Trotz forcierten Kernkraftausbaus blieben Schlachten à la Brokdorf aus, die Hausbesetzer konnten sich nicht etablieren, und die Kriminalitätsquote ist zwischen Hof und Lindau so niedrig wie sonst nirgends in der Bundesrepublik. Und München als Weltstadt mit Herz kann sich rühmen, eine der sichersten Großstädte dieser Welt zu sein. Die Polizei sieht darin den Beweis ihrer Effektivität, die Politiker loben ihre klare und harte Sprache gegen Gesetzesbrecher und die Bayern insgesamt sind der Überzeugung, daß sie halt ein wenig gesetzestreuer sind als andere Bewohner dieser Republik. Und recht haben alle ein wenig.

Bayerns Innenminister Karl Hillermeier sprach deshalb anerkennend vom „gesunden Rechtsempfinden der Bayern, der lobenswerten Einsatzbereitschaft unserer Polizei und der konsequenten Sicherheitspolitik der bayerischen Staatsregierung". Hinter den Politiker-Worten stecken reale Zahlen, wonach Bayern seit Jahren das sicherste Bundesland ist. Eine „Kriminologische Forschungsgruppe", die seit vier Jahren als bundesweit einziges Team dieser Art beim bayerischen Landeskriminalamt angesiedelt ist, errechnete: Mit 4729 Straftaten pro 100 000 Einwohner hatte Bayern 1981 die niedrigste Belastungsziffer, Rheinland-Pfalz lag als zweiter bereits um zehn Prozent und Hamburg als letzter gar um 199 Prozent darüber. Der Bundesschnitt rangierte mit 6599 Straftaten um 40 Prozent über dem Bayern-Ergebnis.

Wobei, wie die Kriminalitäts-Forscher ermittelten, die bayerische Statistik noch von solchen Straftaten bestimmt wird, die Bagatellcharakter haben, sehr wohl aber in das Klischeebild des rauf- und streitsüchtigen Bayern passen. Wurden 1981 nur 13 Prozent aller im Bundesgebiet registrierten Straftaten in Bayern erfaßt, so hält der Freistaat mit 27 Prozent der „Beleidigungen" einen unschlagbaren Rekord, gefolgt von 21 Prozent aller „vorsätzlichen leichten Körperverletzungen". Die Forschungsgruppe sieht darin nicht nur „eine größere Sensibilität und entsprechende Anzeigebereitschaft", sondern auch ein verändertes Sozialverhalten: Es werden zunehmend weniger dieser Konflikte zwischen den betroffenen Personen privat geregelt.

Das Team fordert deshalb auf, nach Mitteln und Wegen zu suchen, „Konflikte mit geringer Sozialschädlichkeit den Betroffenen wieder selbst zur Bereinigung und Regelung zu überlassen" und die Polizei von „ihrer Ersatzfunktion für fehlende gesellschaftliche Selbstregulierungsmechanismen zu befreien".

Salomonisches Urteil des Papstes im Fall Milingo

Die „magischen Praktiken" des Erzbischofs störten

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Ein Fall von angeblicher Hexerei, der seit Jahren Afrikas Katholiken und den Vatikan bewegt, ist jetzt vom Papst auf salomonische Weise entschieden worden. Erzbischof Emmanuel Milingo von Lusaka, im April 1982 unter dem Vorwurf der Magieausübung nach Rom zitiert und seither dort festgehalten, wurde zum Rücktritt bewogen und von Johannes Paul II. zum Sonderdelegierten der Päpstlichen Kommission für Migration und Tourismus ernannt.

Vatikanische Kreise sehen darin eine Kaltstellung ohne ausdrückliche Verurteilung. Es wird vermutet, daß Monsignore Milingo den goldenen Käfig der vatikanischen Paläste, wo die Päpstliche Kommission ihren Sitz hat, auf absehbare Zeit nicht mehr wird verlassen können.

Der „Fall Milingo" wurde – und wird wohl auch weiterhin – von vielen Katholiken des schwarzen Kontinents als eine Art Testfall für die Bereitschaft Roms betrachtet, mit der „Inkulturation" des Christentums in Afrika Ernst zu machen. Als Emmanuel Milingo 1969 mit 39 Jahren von Paul VI. zum jüngsten Bischof Afrikas ernannt wurde, galt er als eine der größten Hoffnungen des afrikanischen Katholizismus. Er war tatkräftig, intelligent, hervorragend ausgebildet und allgemein beliebt. Er verstand es, sich des Rundfunks als eines Mediums der Seelsorge zu bedienen und engagierte sich bei der Sozialarbeit unter den Armen der sambischen Hauptstadt Lusaka. Außerdem war er ein überzeugter Verfechter der „Inkulturation", das heißt, er suchte nach einer Synthese zwischen Christentum und afrikanischer Kultur.

Die Verwurzelung in afrikanischen Gebräuchen und afrikanischer Spiritualität – seine Kritiker sagen: Aberglauben – ließ den jungen Erzbischof schon nach kurzer Zeit seiner Amtstätigkeit auch auf dem Gebiet der Psychosomatik tätig werden. Er veranstaltete von 1973 an öffentliche Sitzungen zur Heilung Kranker. Bald häuften sich die Meldungen über wunderbare Genesungen.

Die ersten betrafen Frauen, die an „Mashawe" erkrankt waren, eine durch hysterische Anfälle verursachte psychische Alteration, die im Westen früher als diabolische Besessenheit bezeichnet wurde. Später heilte er dann auch Krankheiten organischen Ursprungs. Immer mehr Gläubige strömten zu seinen Sitzungen – aus ganz Sambia und dann auch aus anderen afrikanischen Ländern.

Schließlich schlugen polnische Missionare in seiner Erzdiözese beim Vatikan Alarm. Sie beschuldigten ihn „magischer Praktiken" und meinten damit im Grunde Hexerei. Rom ordnete eine apostolische Visitation durch Kardinal Otunga von Nairobi und Bischof Kirima von Mombasa an. Ihr Bericht, der nie veröffentlicht wurde, hat Milingo offensichtlich derart belastet, daß der deutschstämmige apostolische Pronuntius von Sambia, Geor. Zur, den Erzbischof wenig später in einem Brief aufforderte, sich nach Rom zu begeben, um „eine gewisse Zeit theologischen Studien und stiller Reflexion nachzugehen sowie medizinischen Rat von seiten der Ärzte zu suchen".

Milingo hat niemals den Tatbestand der Heilung durch geistige Kräfte und die Praktizierung des Exorzismus geleugnet, sich aber immer wieder gegen den Vorwurf der Hexerei verwahrt. Er habe, so versicherte er, heidnische Hilfsmittel, wie sie zum Handwerkszeug afrikanischer Zauberer gehörten, stets verabscheut. „Ich habe nichts anderes getan, als das wiederholt, was Jesus getan hat, denn ich bin sein Jünger ... Was ich getan habe, das habe ich durch die Kraft des Gebetes getan."

„Schritte zur christlichen Einheit möglich"

AP, Vancouver

Die Weltkirchenkonferenz in Kanada hat einen Bericht von Gelehrten nahezu aller christlichen Glaubensbekenntnisse, darunter der römisch-katholischen Kirche, zu zentralen Glaubensfragen als eine Grundlage bewertet, die eine Möglichkeit konkreter Schritte zu einer erkennbaren christlichen Wiedervereinigung biete. Die heute zu Ende gehende 18tägige Konferenz, auf der rund 900 Vertreter mehr als 300 Mitgliedskirchen repräsentierten, hat auch eine Erklärung verabschiedet, in der es heißt, daß Menschenrechtsverletzungen „in vielen Teilen der Welt umfangreicher und ernster geworden" seien. An die Kirchen wurde, ohne auf bestimmte Gebiete einzugehen, appelliert, ihre Bemühungen um Wahrung der Religionsfreiheit und Achtung der Menschenrechte zu verstärken.

Vom britischen Keston-College, das sich mit den religiösen Rechten im sowjetischen Bereich befaßt, wurde der Konferenz die Bitte einer christlichen Gruppe aus der Sowjetunion um Hilfe gegen Verfolgung unterbreitet. Die kommunistischen Behörden der Sowjetunion werden in dem inoffiziell in Umlauf gebrachten Hilfsappell „einer Politik des Völkermords gegen Gläubige" beschuldigt.

UNO wird auf Zypern aktiv

SAD, Athen

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Perez de Cuellar, ist in der Zypern-Frage aktiv geworden. In Erfüllung des Auftrages, den ihm eine UNO-Resolution im Mai gegeben hatte, hat er seinen Sonderbeauftragten auf der zweigeteilten Mittelmeerinsel, Gobi, jetzt angewiesen, in Direktgesprächen mit Vertretern der beiden verfeindeten Volksgruppen neue „Annäherungspunkte" auszuarbeiten. Ziel dieser Aktion ist die Wiederaufnahme des festgefahrenen Dialogs.

Die unionsregierten Länder fordern Trennung von Theorie und Praxis

Justizminister erörtern heute in München die anstehende Reform der Juristenausbildung

A. KOLLECKER, Mainz

Die Justizminister der Länder erwarten heute eine klärende Darlegung, wie sich der Bundesjustizminister die für September 1984 anstehende Reform der Juristenausbildung vorstellt. Ein Fachgespräch mit den Länderkollegen in München soll die Antwort darauf bringen.

Die unionsregierten Länder haben im Bundesrat einen gemeinsamen Entwurf eingebracht, wonach die Juristenausbildung zweistufig – also getrennt in der Abfolge von Theorie und Praxis – gestaltet sein soll. Die SPD hat den Entwurf von Ex-Justizminister Schmude im Bundestag eingebracht. Darin wird die Einstufigkeit bevorzugt. Staatssekretär Professor Walter Rudolf vom rheinland-pfälzischen Justizministerium stört sich an der „ideologischen Betrachtung" der Diskussion: „Die ist völlig fehl am Platze in diesem Fall, denn es geht um rein praktikable Dinge."

Rudolf nennt praktische Erwägungen dafür, daß er der Meinung des Deutschen Anwaltvereins und des Deutschen Richterbundes skeptisch gegenübersteht. Deren Auffassung geht dahin, daß Theorie und Praxis integriert und daß theoretische und praktische Ausbildungsphasen häufiger wechseln sollten. So sei die Qualität der Juristenausbildung zu verbessern. Der Staatssekretär: „Das stimmt so nicht. Wir haben in den letzten Jahren nur gesehen, daß in kleinen Gruppen die Ausbildung besser ist als bei den Massen-Universitäten."

Rheinland-Pfalz tritt für ein siebensemestriges Mindeststudium mit anschließender zweieinhalbjähriger Praxis ein. Wie der Anwaltverein und der Richterbund würde auch die Mainzer Landesregierung ein Vertiefungsstudium begrüßen, das auf die praktische Ausbildung angerechnet werden könnte. Bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer ist das heute schon möglich, auch die Universität des Saarlandes unterbreitet ein Angebot zum Themenbereich Europarecht. „Aber das wollen wir nicht obligatorisch machen, weil der Fakultätentag nahezu einstimmig erklärt hat, dies sei nicht zu bewältigen", erläutert Rudolf und fügt hinzu: „Das obligatorisch zu machen, würde ein Chaos verursachen."

Gesprächsbereit ist das Mainzer Justizministerium darüber, ob eine frühe Zwischenprüfung nach einigen Semestern Studium eingeführt werden sollte, um Studierenden eventuell frühzeitig die Möglichkeit zur Korrektur des Berufszieles zu geben. Rudolf: „Das kann überflüssig sein, weil ohnehin ein Prozentsatz von rund 40 Prozent bis zum ersten Examen freiwillig ausscheidet." Unnötiger Verwaltungsaufwand sollte unterbleiben. Rudolf hat vorgeschlagen, die Fakultäten und die juristischen Prüfungsämter sollten statistisch herausfinden, ab welchem Semester derzeit die meisten Studenten vorzeitig abgehen.

In Rheinland-Pfalz wird bei der Juristenausbildung die vorbeugende Rechtspflege stärker beachtet als in anderen Bundesländern. Staatssekretär Rudolf bedauert: „Die deutsche Ausbildung ist sehr stark auf den Richter ausgerichtet, während die Ausbildung in anderen Ländern sehr stark auf die Interessenwahrnehmung ausgerichtet ist. Das wird bei uns überhaupt nicht geübt. Wir betonen die objektive Sicht. Wenn der Anwaltverein und der Richterbund jetzt dafür sind, die Ausbildung nicht nur auf den Justizjuristen auszurichten, so laufen sie damit beim Mainzer Justizministerium keinesfalls ins Leere."

Auch in Italien begann der „heiße Raketenherbst"

Protestaktion vor Militärbasis von Comiso / 90 Verletzte

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Mit Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei hat sich in Italien der „heiße Raketenherbst" angekündigt. Vor der Militärbasis von Comiso auf Sizilien, die für die Stationierung von 112 Cruise-Raketen ausgebaut wird, ging die Polizei mit Tränengas und Schlagstöcken gegen einige hundert Pazifisten vor, als radikale Protestler der linksextremistischen „Autonomia"-Bewegung die Ablösung der polizeilichen Wachmannschaften verhindern wollten. Die Demonstranten antworteten mit Steinwürfen.

Die Bilanz: Etwa 90 mehr oder weniger Schwerverletzte, darunter 34 Polizisten; zwölf Festnahmen und zwei Verhaftungen. Einer der Verhafteten ist der 23jährige Deutsche Jochen Lorentzen, der beschuldigt wird, einen Polizisten tätlich angegriffen zu haben. Von den verletzten Demonstranten mußten sieben ins Krankenhaus eingeliefert werden. Verletzt wurde auch die 25jährige Deutsche Gisela Wedinger. Bei ihr besteht Verdacht auf Nasenbeinbruch.

Die Pazifisten des „International Meeting Against Cruise" (IMAC), die vor der Comiso-Basis campieren, hatten von Samstag bis Montag zu einer dreitägigen gewaltlosen Manifestation aufgerufen. Sie blockierten durch ihren Sitzstreik die vier Eingänge der Basis und legten dadurch die Ausbauarbeiten still, behinderten jedoch nicht die polizeilichen Wachmannschaften.

Unter die pazifistischen Demonstranten, zu denen auch einige Abgeordnete der KPI und linker Splitterparteien gehörten, hatte sich jedoch eine Hundertschaft Radikaler der „Autonomia"-Bewegung gemischt. Die „Autonomisti" bildeten am Montagmorgen einen Demonstrationszug, offensichtlich in der Absicht, gewaltsam in die Basis einzudringen. Dem Zug stellte sich zunächst erfolgreich der Ordnungsdienst der Pazifisten entgegen. Als dann aber am frühen Nachmittag die Ablösung der polizeilichen Wachmannschaft anrückte und von den Radikalen umzingelt wurde, geriet die Situation außer Kontrolle. Die IMAC-Pazifisten bemühten sich vergeblich um Vermittlung. Mit Spraylack spritzten die Radikalen Parolen wie „Wir bringen euch alle um" und „Tod der Polizei" auf die Polizeifahrzeuge und hinderten diese an der Einfahrt in das umzäunte Basisgelände.

US-Truppen für Gebirgskampf?

AFP/DW. Washington

Das US-Verteidigungsministerium soll in einem „geheimen Projekt" die Schaffung von fünf neuen Divisionen der leichten Infantrie erwägen, die für Kämpfe in Gebirgsregionen ausgebildet werden sollen. Das berichtete gestern die „Washington Post". Danach sollen die Soldaten für klimatische und geographische Bedingungen trainiert werden, wie sie an der iranisch-sowjetischen Grenze herrschen. Unter Berufung auf nicht genannte offizielle Washingtoner Kreise betont die Zeitung, die neuen Divisionen würden auf Kämpfe mit sowjetischen Truppen im iranischen Zagros-Gebirge vorbereitet für den Fall, daß die Sowjetunion die iranischen Ölfelder bedrohe. Der Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Paul Thayer, bestätigte gegenüber der „Washington Post" Pläne für die Aufstellung von neuen Infantrie-Divisionen, lehnte aber jeden weiteren Kommentar ab.

Im März dieses Jahres war im Westen bekannt geworden, daß die Sowjetunion im Schwarzmeer-Raum, dem Kaukasus und Turkmenistan 20 sowjetische Divisionen aufstellt. Es handelt sich dabei vorwiegend um Panzer- und Mot-Schützendivisionen in einer Gesamtstärke von rund 250 000 Mann (WELT vom 24. März 1983).

Für Berlin sprechen viele gute Argumente

Initiative: Idealer Standort für Olympische Spiele 1992

DIETER DOSE, Berlin

Zwei Frauen und acht Männer planen ein „Milliarden-Ding". Sie (Beamte, Geschäftsleute und ein Karikaturist) haben einen Verein gegründet, um die Olympischen Spiele 1992 nach Berlin zu holen. Fast zwei Jahre Vorarbeit im stillen Kämmerlein – jetzt traten sie an die Öffentlichkeit. Mit prominenten Fürsprechern!

Berlins Parlamentspräsident Peter Rebsch (CDU) übernahm die Schirmherrschaft für den Verein, die Senatoren Hanna-Renate Laurien und Heinrich Lummer (beide CDU) finden die Idee „prima". Olympische Spiele in Berlin – eine faszinierende Idee. Rebsch, einer der führenden Leute des Deutschen Schützenbundes, der schon die Bogenschützen-Weltmeisterschaft nach Berlin holte, sagt warum: „Solange Berlin nicht Hauptstadt ist, muß für die Stadt nach einer besonderen Rolle gesucht werden, müssen Initiativen entwickelt werden."

„Berlin ist der ideale Standort für die Olympischen Spiele von 1992", heißt es in der Satzung des Vereins. Schon im nächsten Jahr, wenn die Spiele in Los Angeles stattfinden, will sich Berlin als Olympiastadt in spe präsentieren. Auch wenn die formelle Bewerbung erst frühestens 1986 anzumelden ist.

Für Berlin spricht: die zentrale Lage. Das Vorhandensein fast aller notwendigen Sportstätten – nur einige müssen mit relativ geringen Mitteln modernisiert werden. Die Infrastruktur – Hotels, Verkehrsverbindungen usw. – ist gegeben. Präsident Rebsch: „Hannover und Hamburg sind nicht weit. Besucher können auch dort wohnen und zu den Wettkämpfen einfliegen."

Aber es gibt auch Gründe, die gegen Berlin sprechen.

Barcelona tritt als Konkurrent auf. Noch nie fanden Spiele in Spanien statt. Und der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Juan Antonio Samaranch, ist Spanier. 1996, das steht heute schon fest, werden die Spiele – wie vor hundert Jahren – in Athen stattfinden. Dann wäre im Jahr 2000, nach zweimal hintereinander Europa, auf jeden Fall ein anderer Kontinent an der Reihe. Berlin also erst im Jahre 2004?

Befürchtungen, daß der Ostblock die Bewerbung Berlins torpediert, hat Rebsch nicht: „In Berlin fanden bereits Weltmeisterschaften im Bogenschießen und Schwimmen statt. Die DDR hat seit 1973 an 81, die UdSSR an 23 Sportveranstaltungen in Berlin teilgenommen. Berlin ist ein fester Bestandteil des Nationalen Olympischen Komitees."

Zu Wort gemeldet hat sich auch bereits die im Berliner Parlament vertretene Alternative Liste: Sie will den Vorschlag unterstützen – aber nur wenn Ost-Berlin einbezogen wird.

Da ist schon die Rechnung des Vereins „Berlin Olympiastadt 1992" realistischer: etwa eine Milliarde Einnahmen aus Eintrittsgeldern und Verkauf der Fernsehrechte. Ausgaben liegen aber deutlich unter einer Milliarde.

Nach dem ruhigen Sommer rechnet der Senat nicht mit einem heißen Herbst

Gewaltszene hat sich verlagert / Innensenator Lummer: Die Stadt ist sicherer geworden

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die Sicherheitslage der Stadt sei „nicht schlimmer, sondern im Gegenteil besser" geworden, berichtete kürzlich Innensenator Heinrich Lummer. Sein Zahlenwerk belegte den positiven Trend: etwa die Hälfte weniger Brand- und Sprengstoffanschläge als in der ersten Jahreshälfte 1982; eine von 165 auf 57 abgesunkene Zahl der besetzten Häuser; nur noch bei drei von 70 Demonstrationen gab es Nachfolge-Krawalle. Zur jüngsten Entwicklung trugen mehrere Faktoren bei. Lummers Sprecher Hans Birkenbeul warnte dabei gegenüber der WELT davor, von einem „Automatismus" auszugehen.

1. Die noch vor zwei Jahren vorhandene „Sprachlosigkeit" zwischen Besetzern, dem Senat und den Hauseigentümern ist gewichen. Der Trend zur Legalisierung der Besetzung mit Zahlung der Miet- oder Bewirtschaftskosten nimmt zu. Denn „ebenso konsequent wie besonnen" (Lummer) verfolgt der Senat sein Ziel, Anfang 1984 tatsächlich nur noch von einem „Randproblem" sprechen zu können. Allein im ersten Halbjahr 1983 wurden 47 Häuser wieder frei – in 20 Fällen durch Räumung, 20mal durch Verträge. Die Szene hat die Illusion verloren, den von ihr propagierten „Häuserkampf" gewinnen zu können.

2. Für die Polizei sind besetzte Häuser seit langem keine Tabuzone mehr. Bestimmte Objekte wurden bis zu 13mal innerhalb kurzer Zeit durchsucht. Bis auf drei gibt es unter den noch besetzten 57 Gebäuden keines, was nicht von Kripo, Staatsschutz oder Staatsanwaltschaft vor Ort überprüft worden wäre. Die Freizeit- oder „Turnschuh-Terroristen" der jüngsten Generation, die sich in „Autonomen Gruppen" oder in neuen „Roten Zellen" lose organisiert haben, können hier kaum Unterschlupf finden, weil sie jederzeit mit ihrer Entdeckung rechnen müssen.

3. Nach Feststellungen der Innenverwaltung haben sich Hausbesetzer, die bereits festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt worden waren, später weitgehend unauffällig verhalten. In der gesamten Szene ermittelte die Kripo bisher in 9322 Fällen. Im ersten Halbjahr 1983 wurde wegen 1457 Straftaten ermittelt. Die unverzügliche Aufnahme dieser Recherchen schreckt ab.

4. Die Szene hat sich weiter differenziert, indem sich „Verhandler" in verhandlungsbereiten Häusern konzentrieren. Vertragslösungen sollen das hohe Räumungsrisiko vermeiden. Mitte Juni machte die Polizei in einer Aktion allein sieben Häuser frei, darunter auch einige der „Neuen Heimat". Lummer selbst hat kürzlich in einem Interview angekündigt: „Ich habe mir vorgenommen, daß dieses Problem am Ende der Legislaturperiode (im Mai 1985, d. Red.) nicht mehr vorhanden ist."

5. Extremistische Gewalttäter wanderten in den vergangenen Monaten zu „heißeren" Schauplätzen ins übrige Bundesgebiet ab. Die Krefelder Szenen beim Besuch von US-Vizepräsident George Bush bildeten die Fortsetzung der Berliner Reagan-Krawalle vom Juni 1982, als rund 2000 Gewalttäter in die Stadt reisten.

6. Mehrere Aufrufe aus der Szene, nach den verstärkten Räumungsaktionen eine neue TUWAT-Bewegung nach dem Muster vom Sommer 1981 ins Leben zu rufen, scheiterten. Auch der Bau von Zeltstädten erbrachte keine neue Solidarisierungswelle. Verwaltung und Eigentümer verhandeln jeweils zäh über den Einzelfall mit den Betroffenen, nicht aber mit mehr oder minder anonymen „Besetzerräten" oder Sprechern der „Bewegung".

Offen bleibt weiterhin, wie Polizei und Staatsschutz den von Fall zu Fall ohne Vorwarnung aktiven Untergrund-Terroristen beikommen können, die mitten in der bürgerlichen Gesellschaft „schwimmen". Wie unversehrt die Militanz eines kleinen, vielleicht 150 Mann starken harten Kerns aufbrechen kann, der sich als „legale RAF" sieht, erlebten die Berliner Ende April. Tag für Tag ereigneten sich Brand- und Sprengstoffanschläge auf Banken, die Wohnungsbaukreditanstalt, ein Möbelhaus, ein Finanzamt.

Wie stark das Thema Hausbesetzungen in seinem Kurswert gesunken ist, zeigt der Zulauf zu Demonstrationen. Nach der Polizeistatistik verzeichneten Besetzer-Aufzüge im ersten Halbjahr 1983 nur noch 6600 Teilnehmer, während Umzüge zur Friedens- und Abrüstungsproblematik 44 000 Teilnehmer aufwiesen – siebenmal soviel.

Das Beispiel Uni Bonn zeigt ein Grundproblem

Gericht beendet vorläufig Durcheinander um den Asta

PETER PHILIPPS, Bonn

An der Universität Bonn geht es momentan zu wie in einer Bananenrepublik: Ein Asta stürzt den anderen. Außenstehende wissen kaum, welcher – der „rechte" oder der „linke" – gerade an der Macht ist. Einen vorläufigen Schlußstrich, bis zur endgültigen Entscheidung, hat am vergangenen Freitag das Verwaltungsgericht in Köln mit einer „Eilentscheidung" gezogen: Bis auf weiteres ist wieder der „linke" Asta in Amt und Würden.

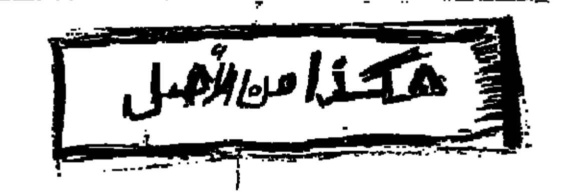
Das erste Mal war er, mit Stefan Söldner-Rembold als Vorsitzendem, am 12. Juli an die Macht gekommen. Mit Hilfe zweier Asta-Mitglieder der Liste „FRUST" hatte man über ein Mißtrauensvotum den „rechten" Asta-Vorsitzenden Alexander Pokorny (Sozialliberaler Hochschulverband) gestürzt. Doch der noch amtierende Uni-Rektor Werner Besch legte sein Veto ein. Söldner-Rembold setzte dies wiederum durch seinen Widerspruch vorläufig außer Kraft.

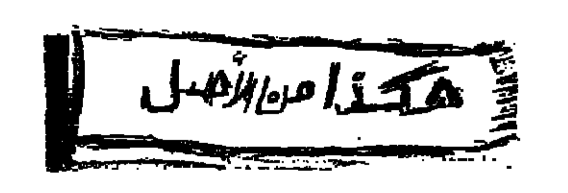
In Beschs Vertretung versuchte Prorektor Hans-Jacob Krümmel am 2. August den gordischen Knoten zu durchschlagen: Er erklärte das Veto für sofort vollziehbar. Am nächsten Tag vollzogen die beiden Asta-Konkurrenten die formale Amtsübergabe. Der Kölner Entscheid drehte jetzt wieder das Ruder herum.

Im Zentrum des Gerangels steht der Zugriff auf die studentischen Zwangsbeiträge. Deshalb war auch Krümmels Begründung am 2. August für den sofort zu vollziehenden Wechsel, daß er verhindern wolle, daß der linke Asta die Kasse für verbotene allgemeinpolitische Aktivitäten nutze und damit vollendete Tatsachen schaffe, bevor das Gericht seine endgültige Entscheidung trifft.

Was sich in Bonn, bedingt durch die knappen Mehrheitsverhältnisse, im Asta abspielt, ist nur wegen der wechselnden Machtstrukturen eine Besonderheit. Im Prinzip wird hier nur ein Problem überdeutlich sichtbar, das an allen Hochschulen vorhanden ist, an denen kraft des jeweiligen Hochschulgesetzes zwangsverfaßte Studentenschaften existieren.

Die Rechtslage ist eindeutig: Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat beispielsweise entschieden, daß der „Zwangsverband (Asta)" sich „auf die Wahrnehmung seiner legitimen Aufgaben beschränken" muß. Und der Bundesgerichtshof hat darüber hinaus festgestellt, daß „die Verwendung zweckgebundener Gelder der Studentenschaft" für allgemeine Zwecke „den Tatbestand der Untreue erfüllen könnte". Dementsprechend kommt es in großer Regelmäßigkeit zu Prozessen gegen linke Studentenausschüsse – meist vom CDU-nahen RCDS angestrengt – und zu Verurteilungen, weil die Studentenbeiträge für Flugtickets nach Managua (Bochum) oder Wahlmanipulationen (Köln) mißbraucht werden. Geändert hat dies bis heute nichts daran, daß der Hang linker Asta-Mehrheiten zu derartigem rechtswidrigen Verhalten ungebrochen ist. Geholfen hat bisher nur, daß einzelne Länder einfach die verfaßte Studentenschaft abschafften.





Moskau verstärkt U-Boot-Einsatz vor Israels Küste

ROLF TOPHOVEN, Tel Aviv

Wenn Israels Truppen in dem von ihnen besetzten Teil der Bekaa-Ebene in Libanon durch ihre Fernrohre blicken, sehen sie von Zeit zu Zeit innerhalb der syrischen Verbände an der Frontlinie Männer in Zivilkleidung – sowjetische Offiziere, die als Berater ihrer syrischen Verbündeten operieren. Wie die WELT aus informierten Kreisen der israelischen Armee erfuhr, handelt es sich bei diesen Truppenbesuchen der Sowjets nur um Stippvisiten. „Sie wollen nicht, daß sie bei einem eventuellen Zusammenstoß zwischen uns und den Syrern in israelische Hände fallen", sagte unser Gewährsmann. Die Masse des sowjetischen Militärpersonals in Libanon – heute mehr als 4000 Mann – ist jedoch im Inneren Syriens stationiert. 1700 von ihnen arbeiten als Instrukteure in syrischen Kampfeinheiten. Auf allen Ebenen der Streitkräfte des Präsidenten Assad findet man heute die „Rote Armee".

Ausbildung, Kampfdoktrin sowie die Auswertung der Lehren aus dem Libanon-Krieg vom letzten Jahr zählen zu den vornehmsten Aufgaben der sowjetischen Berater. Ein Schwerpunkt ist dabei der Aufbau neuer syrischer Einheiten und die Einweisung in neue sowjetische Waffensysteme. Nach israelischen Erkenntnissen sollen derzeit auch die meisten taktischen Operationspläne der Syrer die Handschrift ihrer sowjetischen Freunde tragen. Israelische Experten vergleichen heute den Status Syriens mit jenem von Ungarn unter der Sowjetherrschaft – nur fehle die gemeinsame Grenze. „Dennoch werden die Sowjets den Syrern keine militärischen Abenteuer gegen uns erlauben", sagen israelische Fachleute, denn das Ergebnis eines solchen Angriffs stehe „bereits vorher an der Wand".

In der sowjetisch-syrischen Zusammenarbeit ist eine neue Entwicklung zu beobachten, sieht man einmal von der Stationierung hochmoderner sowjetischer SAM-5-Luftabwehrraketen ab. Die Sowjetunion setzt verstärkt zwei Unterseeboote und mehre andere Bootstypen an der levantinischen Küste ein. Stationiert sind die Schiffe im syrischen Hafen von Tartus. Diese Vorgänge sind Teil eines Abkommens über Militärhilfe zwischen Syrien und der UdSSR. Von Zeit zu Zeit tauchen auch sowjetische Spionageschiffe außerhalb der israelischen Hoheitsgewässer (6 Meilen) auf. Sie patrouillieren entlang der Küste Israels, um zusätzliche Aufklärungsergebnisse zu gewinnen.

Mit der M 4 gelang Paris ein Sprung nach vorn

Rakete mit drei Sprengköpfen erfolgreich getestet

A. GRAF KAGENECK, Paris

„Der Schuß wurde um 22.15 Uhr vom Versuchs-U-Boot 'Gymnote' im Seegebiet vor der Bretagne abgefeuert. Gleichsam aus den Tiefen des Meeres aufsteigend, jagte die Rakete auf ein Ziel in 5000 Kilometer Entfernung zu. Der Versuch war ein voller Erfolg."

So ist es in „Sirpa Actualité", dem Mitteilungsblatt des französischen Verteidigungsministeriums, zu lesen. Der geschilderte Schuß war der zwölfte seit Beginn der Versuchsreihe der neuen, M 4 genannten Rakete, mit der die sechs französischen Atom-U-Boote von 1985 an ausgerüstet werden.

„Dieses Ereignis", fährt das Bulletin in militärisch knappem Ton fort, „folgte unmittelbar der Übergabe des ersten atomaren M-4-Sprengkopfes auf der Île Longue und ist ein Beispiel für die Kompetenz, die sich unsere Mannschaft bei der Entwicklung dieses für die Sicherheit unseres Landes wichtigen Systems erworben hat." Hinter den wenigen Worten und dem militärischen Kürzel M 4 (für Missile, Rakete) verbirgt sich ein technologischer Sprung, der Frankreich nach jahrelangen, für eine Mittelmacht kostspieligen Vorbereitungen endlich auf die rüstungstechnologische Ebene der beiden Supermächte USA und Sowjetunion hebt. Denn die M 4 trägt nicht mehr nur einen, sondern drei atomare Sprengköpfe, die unabhängig voneinander auf drei verschiedene Ziele mit nur einem Schuß „abgeliefert" werden können. Mit anderen Worten, Frankreich hat allein und nicht wie Großbritannien mit amerikanischer Hilfe die in den USA schon seit zehn Jahren entwickelte Technik der Mehrfachsprengköpfe (MIRV) zustande gebracht. Seine nukleare Abschreckung ist damit wesentlich glaubwürdiger, seine Abhängigkeit vom Bündnisschutz der Amerikaner ein wenig geringer geworden. Zusammen mit der Neutronenbombe, die entwicklungsreif in den Schubladen der Ingenieure liegt und auf einen Wink des Staatschefs jederzeit gebaut werden kann, verfügt Frankreich jetzt über ein komplettes Arsenal der Abschreckung.

Bei der Übergabe des ersten M-4-Sprengkopfes an den Kommandanten des Atom-U-Bootes „L'Inflexible" (Der Unbeugbare) auf dem Stützpunkt der „strategischen Seestreitkräfte" (FOS) der Île Longue bei Brest kündigte Verteidigungsminister Charles Hernu an, daß man die augenblickliche Rakete laufend entwickeln, miniaturisieren und „härter" gegen elektronische Eindring-Abwehrsysteme des Gegners machen werde. Frankreich hat auf seinem Atomschießplatz im Pazifik-Atoll Mururoa am 20. Juli den vierten Sprengsatz in diesem Jahr gezündet. Wenn es auch – wie immer – darüber keinerlei Mitteilung gab und solche Ereignisse stets nur von den pazifischen Anrainern zu erfahren sind, kann man davon ausgehen, daß diese neue Serie von Mehrfachsprengköpfen bereits getestet wird. Sie wird nach Aussage des Ministers die U-Boote der FOS „in etwa zwei Jahren ausrüsten". Neben dem „L'Inflexible" werden vier ältere Modelle zur Zeit in Cherbourg und Brest für die Aufnahme der neuen Waffensysteme umgerüstet. Jedes von ihnen wird 16 M 4 tragen und damit 48 Ziele gleichzeitig bekämpfen können.

Angesichts der gewaltigen Anstrengungen, die sich Paris zur Modernisierung und damit Erhärtung seiner Abschreckung auferlegt, versteht man auch besser den entschiedenen Widerstand, den Präsident Mitterrand jeder „Hinzuzählung oder Anrechnung" französischer nuklearer Systeme beim sowjetisch-amerikanischen Waffenhandel entgegensetzt. General Gallois, einer der „Denker" der französischen Atomwaffe und Berater des Rüstungskonzerns Marcel Dassault, schrieb unlängst in einer Analyse, ein solches Mitanrechnen würde die beiden europäischen Atommächte Frankreich und Großbritannien daran hindern, ihre Systeme zu modernisieren.

Gallois nennt Zahlen, mit denen man etwa von 1986 an in Washington und Moskau zu rechnen hat. „Die Gesamtheit der Raketen, über die Frankreich und Großbritannien dann verfügen werden, steigt zwar gegenüber 1980 nur von 162 auf 194, aber die Zahl ihrer Sprengköpfe steigert sich von 290 auf 1202." Mit diesem Arsenal könnten beide Länder auch die bisherige „Anti-Ballungsraum"-Strategie des Alles-oder-nichts verlassen und sich der viel wirksameren Strategie zuwenden, nämlich den gegnerischen Verteidigungsapparat zu lähmen. Natürlich fürchtet man das in Moskau. Diese Entwicklung und nicht der vordergründige Streit um Pershing 2 und SS 20 sei der eigentliche Einsatz des gewaltigen Pokerspiels, das in Genf betrieben wird.

Das „neue Guatemala" scheiterte am religiösen Eifer des Rios Montt

Streitkräfte ließen den General im Stich / Angst vor neuer politischer Polarisierung

WERNER THOMAS, Managua

Über den vor zwei Tagen entmachteten guatemaltekischen Präsidenten, General Efrain Rios Montt, urteilte einmal der christdemokratische Parteiführer Vinicio Cerezo: „Er ist nicht so verrückt, wie es manchmal scheint. Er ist clever. Er hat einen besseren politischen Instinkt als alle anderen Armeeoffiziere. Seine messianische Mentalität kann ihn jedoch zu Fall bringen."

Zwar hatte der Putsch verschiedene Gründe, aber der von Cerezo genannte Faktor spielte die Hauptrolle. Der neue Präsident, der bisherige Verteidigungsminister General Oscar Mejia Victores, gilt als politisch gemäßigt. Doch werden erst die Entwicklungen der nächsten Monate zeigen, ob er mehr als nur eine Galionsfigur bestimmter Offizierskreise ist.

Viele Guatemalteken blicken sorgenvoll in die Zukunft. Sie fürchten, daß die Wunden der politischen Polarisierung, die gerade langsam heilten, wieder aufbrechen. Auch würde die Rückkehr zur Demokratie, der erklärte Wunsch der neuen Männer an der Spitze, wenig Hoffnung bringen: Die besten Aussichten auf einen Wahlsieg hat die Nationale Befreiungsbewegung (MLN), eine extrem rechte Gruppe, die gegenwärtig größte und bestorganisierte Partei.

Rios Montt, 56, regierte nur 16 Monate und zwei Wochen. Ungewöhnlich war: Er war nicht nur der erste Protestant, der im katholischen Lateinamerika ein Land führte; er verstand sich auch als wiedergeborener Christ. Sein religiöser Eifer brachte ihm den Beinamen „Dios (Gott) Montt" oder „Ayatollah". Bei einem Empfang für Geschäftsleute beschwor er seine Gäste: „Widmet euch endlich euren Familien. Trennt euch von euren 17jährigen Mätressen." Jeden Sonntag um 21 Uhr erschien der Präsident im staatlichen Fernsehen, um die jüngsten politischen Ereignisse leutselig zu erläutern und Moral zu predigen. Sein Auftritt begann gewöhnlich mit einer Entschuldigung: „Verzeiht, daß ich schon wieder in eure Wohnungen eindringe."

Er ließ jeden Staatsdiener schwören: „Ich stehle nicht, ich lüge nicht, ich mißbrauche nicht mein Amt." Plakate mit diesem Gelöbnis hingen auch in den Büros der Regierung. Dem General schwebte die Vision eines „neuen Guatemala" vor, auch einer moralisch-sauberen Nation. Seine Präsidentschaft war für ihn eine „Mission".

Als am 23. März 1982 junge Offiziere gegen den korrupten rechten General Fernando Lucas Garcia putschten, stellten sie überrascht fest, daß ihnen für die neue Regierung ein profilierter Führer fehlte. Man erinnerte sich an Rios Montt, den christdemokratischen Präsidentschaftskandidaten des Jahres 1974, der damals von den Militärs durch manipulierte Stimmen um den Wahlsieg gebracht worden war. Rios Montt nahm die Berufung an, eilte zum Präsidentenpalast, schlüpfte in eine Kampfuniform und ließ sich zum Chef einer dreiköpfigen Junta vereidigen. Die Junta hielt nur drei Monate. Dann ernannte sich Rios Montt zum allein regierenden Präsidenten.



Efrain Rios Montt sah in seiner Präsidentschaft eine „Mission". FOTO: WEREK

Als er die Macht übernahm, herrschten in Guatemala brutale Verhältnisse. Rechte Femegruppen ermordeten täglich Vertreter oder Sympathisanten linker Organisationen. Fast jeden Morgen veröffentlichten Zeitungen Fotos neuer Leichenfunde. Linke Terroristen bombardierten und entführten. Auf dem Land tobte ein blutiger Guerrilla-Krieg. Der neue Präsident hatte den Mordschwadronen innerhalb weniger Wochen das Handwerk gelegt. Der Kampf gegen die marxistischen Rebellen dauerte etwas länger, einige Monate.

Es war ein gnadenloser Kampf, bei dem auch nach Ansicht neutraler Menschenrechtler tausende unschuldige Indianer ums Leben kamen, nicht jedoch nur unter den Kugeln der Regierungstruppen. Rios Montt, ein Verfechter der alttestamentarischen Losung „Auge um Auge, Zahn um Zahn", bezeichnete die Angriffe gegen ihn als „kommunitische Propaganda". Seine Soldaten seien nie ungerecht vorgegangen.

Der ständig wachsende Einfluß der Sektenbrüder, ein Kirchenkonflikt, Rios Montts Machthunger, wirtschaftliche Maßnahmen und Fraktionsfehden innerhalb der Streitkräfte haben schließlich zum Sturz geführt. Rios Montt, Mitglied der „Christian Church of the World", holte Glaubensgenossen in den Präsidentenpalast. Zwischen den zivilen und den militärischen Beratern entwickelten sich schwere Spannungen. Es kam auch zu ernsten Konflikten mit der katholischen Kirche. Linke Priester fühlten sich durch die offenen Angriffe einiger Fundamentalisten-Führer bedroht. Der General brachte dann noch den konservativen Klerus gegen sich auf, als er vier Tage vor dem Papst-Besuch Anfang März sechs zum Tode verurteilte Männer hinrichten ließ und damit einen Gnaden-Appell des Papstes ignorierte. Im Mai veröffentlichten die Bischöfe einen ungewöhnlich scharf formulierten Hirtenbrief, in dem die Abschaffung der militärischen Sondergerichte gefordert und die angeblichen Indianer-Massaker und der „Machtmißbrauch" verurteilt wurden.

Das Stichwort Machtmißbrauch erregte besonders die sechs politischen Parteien. Rios Montt hatte die Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen ständig verschoben. Erst unter dem wachsenden politischen Druck von allen Seiten nannte er während einiger krisenreicher Tage Ende Juni einen genauen Termin für die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung: 29. Juli 1984. Präsidentschaftswahlen sollten frühestens Ende 1985 stattfinden. (SAD)

Aus türkischem Lager Proteste gegen Wahlen

SAD, London

16 internierte türkische Spitzenpolitiker der Rechten und der Linken haben in einem aus einem Internierungslager geschmuggelten Memorandum die für den Herbst in der Türkei anstehenden Wahlen als Betrug verurteilt. Ein Exemplar dieser Denkschrift, zu deren Unterzeichnern auch der ehemalige konservative Ministerpräsident Suleyman Demirel gehört, ging der Londoner „Times" zu.

Die seit dem 2. Juni auf einer alten Radarstation in den Dardanellen in einem Lager Festgehaltenen warnen in ihrer Denkschrift die europäischen Staaten und die USA, bei dem in der Türkei geführten „Krieg zwischen Militarismus und Demokratie" nicht neutral zu bleiben. Wie eine versteckte Drohung klingen ihre Bedenken, ob die Türkei nach ihrer Rückkehr zur Demokratie ein Verbündeter des Westens bleiben könne, wenn ihre Verbündeten jetzt weiterhin das Regime von General Kenan Evren unterstützten.

Die Politiker gehen auf das Verbot der geplanten Großtürkei-Partei (die Demirels ausgesprochene Billigung hatte) und die Vorenthaltung politischer Rechte für Parteigründer ein und erklären, bei der Wahl im November „wird das türkische Volk nur für die von der Junta ausgewählten Kandidaten stimmen". Dies „ist eine Beleidigung für das Land, für die Nation und für die Streitkräfte der Türkei".

Die Unterzeichneten behaupten, man habe die Türkei heute in eine schwerere Krise gestoßen als jene vor dem 12. September 1980, bei der Machtübernahme durch die Armee. Als Ergebnis der jetzigen Krise sehen sie nur eine Wahl zwischen „Faschismus oder Kommunismus". Scharf kritisieren sie westliche Staaten, „die Evren Beifall spenden, bis ihre Hände rot sind". Ferner ziehen die Politiker einen Vergleich mit der Lage in Polen. Da gebe es eine Parallele zwischen ihrem Kampf um Demokratie und dem Widerstand, den Lech Walesa leistete.

Neun der Unterzeichner dieser Denkschrift stehen auf der rechten Seite des politischen Spektrums in der Türkei, darunter neben Demirel auch der ehemalige Außenminister Ihan Sabri Caglayangil. Die übrigen sieben sind ehemalige Minister und Abgeordnete der links von der Mitte stehenden republikanischen Volkspartei, unter ihnen der ehemalige Finanzminister Deniz Baykal.

LEICHTATHLETIK / 4 x 100-m-Staffel vermied nur mit Glück eine Disqualifikation – Heute: Der Tag des Carl Lewis

Sabine Everts, Siebenkämpferin aus Düsseldorf, liegt nach fünf Übungen auf einem aussichtsreichen fünften Platz (4216 Punkte), zwar blieb sie im Weitsprung mit 6,46 m klar hinter ihren Möglichkeiten, doch mit dem bisherigen Abschneiden liegt sie im Rahmen der Erwartungen. Ramona Neubert kann noch ihren eigenen Weltrekord verbessern. Mit 4965 Punkten weist die 24 Jahre alte Medizinstudentin vier Punkte mehr auf als bei ihrem Weltrekord (6836) um 19. Juni in Moskau. Mit Sabine Pätz (4924) und Anke Vater (4809) liegen zwei weitere Mehrkämpferinnen aus der „DDR" auf den Medaillenrängen. – Ein Protest der deutschen Mannschaftsführung gegen den sowjetischen Hammerwurf-Weltrekordler Sergej Litwinow ist von der internationalen Jury abgewiesen worden. Nach der Version des Deutschen Leichtathletik-Verbandes war der Favorit aus der UdSSR vor der Qualifikation am Montag 13 Minuten zu spät bei der Meldestelle und angeblich schon von der Meldeliste gestrichen. Litwinow durfte dann doch starten und erfüllte mit 78,50 Metern als bester Werfer die geforderte Norm von 73,50 m. – In den beiden Qualifikationsgruppen beim Diskuswerfen der Frauen setzten sich die Bulgarin Maria Petkova mit 65,84 m und die „DDR"-Werferin Gisela Beyer (64,14) durch. Eine Teilnehmerin des DLV war nicht am Start.



Carl Lewis kann heute der Superstar der Weltmeisterschaften werden. Die Goldmedaille über 100 m hat er sich schon abgeholt – mit einer schier unglaublichen Beschleunigung seines 1,88 m großen, 80 kg schweren Körpers nach 50 Metern. „100 Meter sind nicht schwierig für den Körper", sagt Lewis, „alles, was du tun mußt, ist gut aus dem Block kommen und dich während des Rennens entspannen." Heute aber wird der ganze Körper gefordert. Zwischen 18.45 und 20.45 Uhr ist der Amerikaner der am meisten beschäftigte Mann im Stadion: Zwischenlauf über 4 x 100 m, Finale im Weitsprung. Endlauf der Sprintstaffel. Keine Angst, er wird es überstehen. Bei den amerikanischen Meisterschaften im Juni startete er in drei Tagen sogar 13mal. Er sagt: „Das war der richtige Härtetest. Ich kenne keine Furcht vor dem, was mich jetzt erwartet." Und das Ziel dieser Anstrengung ist auch klar: selbstverständlich zwei weitere Goldmedaillen. Aber nicht einfach mit Allerweltsleistungen. Lewis: „Im Weitsprung hoffe ich auf 29 Fuß, mit der Staffel können wir eine Zeit mit einer 37 vor dem Komma laufen." Zur Erklärung: 29 Fuß sind umgerechnet 8,84 Meter, und der Weltrekord in der Sprintstaffel, gehalten von den Amerikanern, steht bei 38,03 Sekunden. Carl Lewis, Superstar, hat dafür sogar auf einen Start im 200-m-Lauf verzichtet...

Zdzislaw Hoffman – wem war dieser Name schon ein Begriff? Der Pole sorgte mit seinem Sieg im Dreisprung für die zweite große Überraschung der Weltmeisterschaft in Helsinki. Zuvor war es sein Landsmann Edward Sarul, der unerwartet das Kugelstoßen gewann. Diese zwei Weltmeister sind der Beweis dafür, daß die traditionsreiche Sport-Nation Polen nicht in der Versenkung verschwinden wird. Die innenpolitische Lage und die damit verbundene fast dreijährige Versorgungskrise ist auch an die Substanz des polnischen Sports gegangen. Die Weltmeister von Helsinki und auch die Handballspieler, die bei der Weltmeisterschaft in Deutschland Dritte wurden, haben bestätigt, daß selbst auf dem Höhepunkt der wirtschaftlichen Krise der Wille zum Sieg überlebt. Doch die Zahl der Sportler, die auch international mithalten können, wird immer kleiner. Geld für die Nachwuchsarbeit steht nicht zur Verfügung, also müssen die alten Größen wie Wozniak, Wszola oder Kozakiewicz die Ehre Polens retten. Noch schlimmer sieht es bei den Frauen aus. Das Land, das Irina Szewinska und Grazyna Rabsztyn hervorbrachte, meldete für Helsinki nur drei Starterinnen. Gerade deshalb sind die Erfolge von Sarul und Hoffman auch ein Symbol für den Selbsterhaltungswillen des polnischen Volkes.

Ärzte geben Tips, wie die Doping-Fahnder auszutricksen sind

- Verärgerung über die Amerikaner
- 40 Kontrollen an jedem Tag

DW. Helsinki

Im Frühjahr hatte ein amerikanischer Mediziner bei Carl Lewis eine Geschwulst über dem Brustbein bemerkt. Für ihn ein „untrügliches Zeichen für die Nachwirkungen der Einnahme von anabolen Hormonen". Gestern tauchte in Helsinki das Gerücht auf, Lewis habe der ebenfalls verbotenen Methode des Blutaustausches noch etwas hinzugefügt, um die Leistung zu steigern: eine Frischzellenkur. Die Diskussion um die medizinische Manipulation der Athleten geht weiter.

Der schwedische Professor Arne Ljunqvist, Vorsitzender der medizinischen Kommission des Internationalen Leichtathletik-Verbandes (IAAF), sagt: „Wir hinken zwar immer noch etwas hinterher, aber je länger wir den Kampf gegen das Doping führen, desto kleiner wird der Abstand zwischen Verursachern und Beweisführern." Das klingt positiv, wird aber eingeschränkt von einer nüchternen Tatsache: Es wäre wirklich nur noch eine Frage der Zeit, bis der Kampf gegen das Doping gewonnen ist – wenn alle Länder am gleichen Strick ziehen würden.

Die IAAF ist gewillt, hart durchzugreifen. Die Doping-Fahnder tauchen jetzt schon bei kleineren Sportfesten auf. Doch schon hier beginnen die Schwierigkeiten, die IAAF-Sekretär John Wigley so umschreibt: „Wir haben 1983 fast schon bei 25 Meetings kontrolliert, aber außerhalb Europas nur in China und Japan. Unser Problem ist, daß es erst neun auf Dopingkontrollen spezialisierte Laboratorien in Europa und je eines in Australien und Kanada gibt."

Größtes Ärgernis für den Verband ist dabei das Verhalten der zuständigen Instanzen in den USA. Der britische Mediziner Arnold Becket: „Die Amerikaner haben die Gefahr dieser Seuche noch nicht erkannt. Dort haben sich Wissenschaftler sogar dazu hergegeben, ein Buch zu veröffentlichen, in dem Tips gegeben werden, wie man die Doping-Fahnder an der Nase herumführen kann." Und Los Angeles, der Organisator der Olympischen Spiele 1984, möchte auf Kontrollen unerlaubter Einnahmen von Testosteron (männliches Hormon) und Coffein ganz verzichten. Das eine sei zu teuer, gegen die Kontrolle des anderen wehrt sich einer der Hauptsponsoren der Sommerspiele – er stellt coffeinhaltige Limonade her...

Bei den Weltmeisterschaften in Helsinki werden täglich 30 bis 40 Dopingkontrollen vorgenommen. 60 Menschen arbeiten in privaten Labors rund um die Uhr, um sie auszuwerten. Schon in Vorläufen und Qualifikationen wird kontrolliert. Die Athleten werden ausgelost, die drei Medaillengewinner werden nicht mehr automatisch kontrolliert.


Jubelnde Siegerinnen: Marita Koch (links) und Marlies Göhr. FOTO: AP


Jubelnder Sieger: Carl Lewis auf der Ziellinie. FOTO: UPI

Der Medaillenspiegel

	Gold	Silb.	Bronze
1. Polen	2	–	–
2. USA	1	3	2
3. „DDR"	1	2	–
4. Norwegen	1	–	–
5. Mexiko	1	–	–
6. CSSR	–	1	1
7. UdSSR	–	–	2
8. Nigeria	–	–	1

Dreisprung

Gold: Hoffmann (Polen) 17,42 m. **Silber:** Banks (USA) 17,18. **Bronze:** Agbebaku (Nigeria) 17,18. 4. Conley (USA) 17,13. 5. Markinec (CSSR) 17,15. 6. Codo (CSSR) 17,06. ... 9. Bouschen (Deutschland) 16,70.

100 m Frauen

Gold: Göhr („DDR") 10,97 Sek. **Silber:** Koch („DDR") 11,02. **Bronze:** Williams (USA), 4. Ottey (Jamaica) 11,19. 5. Bailey (Kanada) 11,20. 6. Marjamaa (Finnland) 11,24.

100 m Männer

Gold: Lewis (USA) 10,07. **Silber:** Smith (USA) 10,21. **Bronze:** King (USA) 10,27, 4. Wells (Großbritannien) 10,27, 5. Munez (Dominikanische Republik) 10,29, 6. Haas (Deutschland) 10,32.

VORKÄMPFE

Siebenkampf. Stand nach fünf Disziplinen: 1. Neubert („DDR") 4965 Punkte (100 m Hürden: 13,29 – Hoch: 1,80 m – Kugel: 15,38 – 200 m: 23,27 – Weit: 6,67 m), 2. Pätz („DDR") 4924 (13,11 – 1,83 – 14,23 – 23,60 – 6,68), 3. Vater („DDR") 4809 (13,58 – 1,86 – 14,05 – 23,49 – 6,32), 4. Livermore (Großbritannien) 4733 (13,23 – 1,92 – 13,85 – 24,93 – 6,16), 5. Everts (Deutschland) 4216 (13,50 – 1,36 – 12,32 – 23,82 – 6,46), 6. Nunn (Australien) 4639 (13,17 – 1,74 – 12,98 – 24,02 – 6,31).

4 x 100 m, Männer, für die Halbfinalläufe qualifiziert: 1. Vorlauf: 1. „DDR" 39,22, 2. Bulgarien 39,55, 3. Großbritannien 39,56, 4. Nigeria 39,62, 5. Finnland 39,65, 6. Bahamas 39,91 – 2. Vorlauf: 1. USA 38,75, 2. Italien 39,40, 3. Ungarn 39,58, 4. Australien 40,02. – 3. Vorlauf: 1. UdSSR 38,77, 2. Frankreich 39,17, 3. Deutschland (Bastians/Haas/Evers/Rizzi) 39,35, 4. Polen 39,41, 5. Jamaika 39,49, 6. Griechenland 39,85 (Halbfinale heute um 17.45 Uhr).

Diskuswerfen. Frauen, für den Vorkampf qualifiziert: Gruppe A: 1. Petkova (Bulgarien) 65,84, 2. Silhava (CSSR) 64,68, 3. Opitz („DDR") 64,66, 4. Muraschowa (UdSSR) 64,00, 5. Mitkova (Bulgarien) 60,58, 6. Ritchie (Großbritannien) 59,28, 7. Badea (Rumänien) 57,82. – Gruppe B: 1. Beyer („DDR") 64,14, 2. Sawinkowa (UdSSR) 63,58, 3. Craciunescu (Rumänien) 61,70, 4. Hristova (Bulgarien) 61,50, 5. Stalman (Niederlande) 60,16. – Aus der Bundesrepublik ist keine Athletin vertreten. Ingra Manecke, die antreten sollte, flog wegen einer Rückenverletzung gar nicht erst nach Helsinki. (Entscheidung heute um 16.10 Uhr).

Marlies Göhr kaltschnäuzig: „Evelyns Problem"

KLAUS BLUME, Helsinki

„Sie ist verletzt angetreten. Wenn sie nicht ins Ziel kommt, ist es ihr Problem." Das sagte die 100-m-Weltmeisterin Marlies Göhr aus der „DDR". Es war die kaltschnäuzige Antwort auf die Frage eines amerikanischen Journalisten, was sie denn jetzt empfinde, nachdem ihre stärkste Kontrahentin Evelyn Ashford, die amerikanische Weltrekordlerin (10,79 Sekunden), nach 60 Metern wegen eines Muskelrisses hatte aufgeben müssen. Horst-Dieter Hille, der „DDR"-Cheftrainer für Frauen-Sprint, sagte: „Mir und Marlies tut das sehr leid." Vize-Weltmeisterin Marita Koch aus Rostock: „Ein solches Unglück ist sehr schmerzlich."

Was Horst-Dieter Hille und Martina Koch zum Unglück der schwarzen Kalifornierin sagten, geschah im kleinen Kreis. Was Marlies Göhr von sich gab, geschah hingegen in der offiziellen Presse-Konferenz, eine Stunde nach dem Rennen vor der versammelten Schar der internationalen Journalisten.

Während sich Marlies Göhr den Fragern stellte, erschien der amerikanische 100-m-Weltmeister Carl Lewis erst gar nicht zur Presse-Konferenz. Ebenso wie seine unterlegenen Landsleute Calvin Smith und Emmit King ließ er ausrichten, man müsse statt zum Pressepalaver schleunigst ins Bett, denn tags darauf sei der Vorlauf über 4 x 100 m zu bestreiten.

Aber bei den beiden Sprint-Entscheidungen in Helsinki stand ohnehin das Duell der beiden schnellsten Frauen der Welt – Marlies Göhr gegen Evelyn Ashford – im Vordergrund. Carl Lewis gegen Calvin Smith, dieser Zweikampf, der schließlich gar keiner war, erschien hingegen eher als notwendige Pflichtübung.

Hille zum Lauf der Frauen: „Evelyn Ashford gegen Marlies Göhr – dieser Zweikampf war sehr hochgeputscht worden. Und die Amerikanerin hat dabei zu hoch gepokert." Und sie hat verloren. Sie ist in ihren Rennen zuvor, auch noch im Halbfinale, bis an die Grenzen ihres Leistungsvermögens gegangen. Dafür dieses Beispiel: Marlies Göhr war im Zwischenlauf als Siegerin 11,03 Sekunden gelaufen. „Da war es doch bei ihrer alten Verletzung gar nicht nötig, mit 10,99 Sekunden noch einen draufzupacken", wunderte sich Hille über Evelyn Ashford.

Evelyn Ashford mußte den Zweikampf mit einer schweren Muskelverletzung bezahlen. Der amerikanische Verbandssprecher Peter Cava dazu: „Muskelriß im rechten Oberschenkel. Folgen einer alten Verletzung. Keine Operation. Kein Krankenhaus. Acht bis zehn Wochen Pause. Enttäuscht, aber nicht mutlos."

Der Mann trug dieses Bulletin in Stichworten und völlig emotionslos vor. Der Fall Ashford, so schien es, hatte sich für das amerikanische Team erledigt. Der frühere belgische 800-m-Weltrekordler Roger Moens, jetzt Fernsehreporter, sorgte für eine neue Variante im Nervenkrieg der schnellsten Frauen der Welt: „Ich bin seit 23 Jahren bei der Kriminalpolizei, und mir entgeht so gut wie nichts. Die Ashford ist nicht verletzt, jedenfalls nicht so schwer. Sie hat aufgegeben."

Was wäre gewesen, wenn? Hille sagt: „Ich saß beim Finale auf der Gegentribüne und konnte das Rennen genau verfolgen. Als die Ashford zusammenbrach, war Marlies schon vorn." Untermauert das die These von Roger Moens?

Es schien zumindest in Helsinki so, als sei Marlies Göhr, die ehemalige Weltrekordlerin (10,81 Sekunden) aus Jena, diesmal von Evelyn Ashford nicht zu schlagen. Im Zwischenlauf am Sonntag lief die Thüringerin hinter der Kalifornierin locker als Zweite ins Ziel: „Ich ließ sie gewinnen. Das hat sie zwar gefreut, aber..."

Marlies Göhr war in Helsinki von Tag zu Tag selbstsicherer geworden. Da hatte sie nach ihrem Sieg im Halbfinale übermütig ins Publikum gewinkt und den widerhallenden Jubel minutenlang, verschmitzt lächelnd, ausgekostet. Sie war sich ihrer Sache sicher, denn: „Als ich die Ashford gewinnen ließ, war mir schon nach 80 m klar: Die bringt nicht ihre optimale Leistung, da ist etwas nicht in Ordnung." Das Duell zwischen Evelyn Ashford und Marlies Göhr beherrscht seit langem die Szene: Mit 10,81 Sekunden war die Thüringerin am 10. Juni in Ost-Berlin Weltrekord gelaufen. Am 3. Juli lief die Amerikanerin Evelyn Ashford im 2000 m hoch gelegenen Colorado Springs mit 10,79 Sekunden noch schneller. In Helsinki sagte Marlies Göhr, braungebrannt, mit neuer gelockter Frisur und stets lächelnd: „Daß der Weltrekord weg ist, ist nicht so sehr schlimm, ich bin schließlich meine Zeit zuvor im Flachland gelaufen." Und dann, ungefragt und unvermittelt: „Ich werde mir im nächsten Jahr den Weltrekord zurückholen, da bin ich mir ganz sicher. Und ich werde es ebenso wie Evelyn Ashford im Hochland tun."

Das klang patzig, trotzig. Marlies Göhr trachtet danach – immer nur lächelnd –, keine Schrammen mehr abzubekommen und dennoch ihre Meinung zu sagen. Das hat sie stets so gehalten, auch wenn sie bei großen Wettkämpfen zuvor verloren hatte: 1980 bei den Olympischen Spielen in Moskau gegen die Sowjetrussin Ludmilla Kondratjewa, 1979 und 1981 beim Weltcup gegen Evelyn Ashford. Da wollte sie nun freilich nicht den Verdacht aufkeimen lassen, sie sei nur deshalb Weltmeisterin geworden, weil sich die Ashford verletzt hatte. Nicht ihre vorherigen Weltrekordläufe seien ihre besten Rennen gewesen, sagte sie, sondern das Finale von Helsinki. Marlies Göhr: „10,97 Sekunden bei 0,5 m Gegenwind, das ist das Beste, was ich jemals geboten habe."

Carl Lewis, der Amerikaner aus Alabama – hatte er bei seinem Sieg in 10,07 Sekunden auch das Beste geboten? „Ich bin in erster Linie Weitspringer", sagte er am Morgen nach seinem überragenden Triumph. Seinen vermeintlichen Gegenspieler, Calvin Smith, hatte er nach dessen Weltrekordlauf von Colorado Springs (9,93 Sekunden) ohnehin in aller Öffentlichkeit beschimpft. Eine Mickey Mouse habe einen Sternchen-Weltrekord gelaufen. Er aber, Carl Lewis, habe es nicht nötig, die Hilfsmittel einer 2000 m hoch gelegenen Bahn in Anspruch zu nehmen, um Rekorde zu erzielen.

So spielte er im 100-m-Finale von Helsinki mit Smith Katz und Maus. Nach 10,07 Sekunden war Lewis im Ziel, Smith erst nach 10,21 Sekunden. Die beiden trennen (Sprint)-Welten voneinander.

„Umfeld war ungewohnt"

DW. Helsinki

Schon viermal war er in dieser Saison über 17 Meter gesprungen – Peter Bouschen, so urteilten die Experten, sei durchaus zu den Medaillenanwärtern zu zählen. Als aber abgerechnet wurde, stand der Dreispringer aus Düsseldorf mit leeren Händen da: nur Platz neun, mit mäßigen 16,70. Da wird selbstverständlich nach den Gründen gefragt. Bouschen selbst kann sich seinen Leistungsabfall kaum erklären. Er sagt: „Ich bin selten um Erklärungen verlegen, diesmal fällt es mir aber schwer. Als es um eine gute Weite ging, bin ich plötzlich verkrampft. Aber das kann ich als Entschuldigung nicht akzeptieren."

Ausgerechnet im wichtigsten Wettkampf erzielte Bouschen sein schwächstes Saisonresultat. Lediglich Kleinigkeiten, so gibt er zu, können als Gründe angeführt werden. So war er vor seinem dritten Sprung einen Augenblick verwirrt, als er sich in Großformat auf der Videotafel des Stadions sah: „Das ganze Umfeld des Wettbewerbs war für mich ungewohnt."

Bei den Europameisterschaften vor einem Jahr in Athen war er den Funktionären nicht gut genug, diesmal sollte es gleich eine Medaille sein. Heute stellt Bouschen fest: „Der Wettkampf in Athen hat mir sehr gefehlt. Internationale Vergleiche sind durch nichts zu ersetzen. Diese Erfahrung mußte ich hier leider machen. Ich kann nur hoffen, daß unsere Funktionäre bei den nächsten Nominierungen nicht nur an den kurzfristigen Erfolg denken."

„Geklappt hat gar nichts"

DW. Helsinki

Genau 15 Minuten schwebte die deutsche Sprintstaffel der Männer zwischen Hoffen und Bangen, dann stand es fest: Die Staffel wird nicht disqualifiziert. Und dabei war sich Christian Haas aus Fürth eigentlich sicher: „Der Wechsel war überlaufen, damit sind wir draußen." Mit 39,35 Sekunden war das Sprint-Quartett auf den dritten Platz gekommen und nimmt heute am Halbfinale teil.

„Geklappt hat gar nichts" – so kommentierte der Startläufer Werner Bastians den ersten Auftritt der 4x100-m-Staffel, die vor zwei Wochen in München mit 38,66 Sekunden Rekord gelaufen war. Die Stabübergabe an Christian Haas verlief ganz auf Sicherheit, denn Juniorenrekordler Jürgen Evers war schon am Ende des Wechselraumes. Evers: „Der Christian kam und kam nicht. Dabei haben wir den Ablauf gegenüber München schon von 35 auf 32 Fuß reduziert. Nun müssen wir auf 30 gehen, so unglaublich es klingt."

Drei bis vier Meter verlor die Staffel beim Wechsel ihrer beiden schnellsten Männer. Dann verlor Schlußläufer Andreas Rizzi nochmals wertvolle Sekunden. Der Zehnkämpfer drehte sich zu oft nach der Konkurrenz um.

Leistungsreferent Horst Blattgerste konnte noch einmal aufatmen: „Der Kelch ist an uns vorbeigegangen." Weniger Glück hatten die mit Medaillen-Ambitionen gestarteten Kanadier. Sie kamen zwar als Zweite hinter den favorisierten Amerikanern (38,75) ins Ziel, wurden aber später disqualifiziert.

STANDPUNKT / Der Egoist

Christian Haas war sauer. Nicht auf sich, sondern auf Carl Lewis. Der hatte ihm den vierten Platz im 100-m-Finale von Helsinki vermasselt, meinte Christian Haas. Lewis habe kurz vor dem Startschuß neben ihm mit dem Oberkörper gezuckt. Da ist Haas einfach losgelaufen – Fehlstart. Das kostete Nerven. Und so kam der schnellste deutsche Sprinter erst als Sechster ins Ziel.

Noch im vorigen Jahr hatte sich Haas für die Nationalstaffel geradezu aufgeopfert. Er hatte quer durch die Lande telefoniert, um die Mannschaft für die Europameisterschaften in Athen zusammenzubekommen und zusammenzuhalten. Doch nach den deutschen Meisterschaften 1983, als er mit 10,16 Sekunden deutschen 100-m-Rekord gelaufen war, stellte er fest: „Meine eigenen Ziele sind mir die wichtigsten."

Das war der vierte Platz in Helsinki. Doch dann zuckte Carl Lewis mit dem Oberkörper...

Haas hat nach dem 100-m-Finale endgültig den 200-m-Lauf gestrichen: „Obwohl ich da eher den Endlauf als über 100 m erreicht hätte." Die Sache hat ihren tieferen Grund. Weil Haas den vierten Platz in Helsinki verpaßte, weil er den englischen Olympiasieger Allan Wells nicht bezwingen konnte, will er das in zwei Wochen beim Europacup-Finale in London nachholen. Er will der schnellste Mann Europas sein.

Für dieses Ziel hat er sich mit Funktionären und mit Trainern angelegt, dafür hat er gestritten und sich wegen seiner sehr persönlichen Termingestaltung bewußt Ärger eingehandelt. Haas sei ein Weichling, haben sie im Verband noch gesagt, als er im vorigen Jahr in Athen im Halbfinale scheiterte. Er ist ein Egoist geworden – also nichts anderes als ein Sprinter auf dem Weg nach oben.

KLAUS BLUME

VORSCHAU

Die Entscheidungen

400 m Hürden, Frauen (16.00) – Unser Tip: 1. Fiedler („DDR"), 2. Ambrosiene (UdSSR), 3. Skoglund (Schweden).

Diskuswerfen, Frauen (16.10) – Unser Tip: 1. Beyer („DDR"), 2. Opitz („DDR"), 3. Petkowa (Bulgarien).

400 m, Frauen (16.50) – Unser Tip: 1. Kratochvilova (CSSR), 2. Kocembova (CSSR), 3. Bussmann (Deutschland).

400 m, Männer (17.10) – Unser Tip: 1. Cameron (Jamaika), 2. Weber (Deutschland), 3. Skamrahl (Deutschland).

Weitsprung, Männer (17.50) – Unser Tip: 1. Lewis (USA), 2. Beskrownij (UdSSR), 3. Myricks (USA).

3000 m, Frauen – Unser Tip: 1. Dekker (USA), 2. Kasakina (UdSSR), 3. Ulmassowa (UdSSR).

4 x 100 m, Frauen (19.30) – Unser Tip: 1. „DDR", 2. USA, 3. Bulgarien.

4 x 100 m, Männer (19.45) – Unser Tip: 1. USA, 2. „DDR", 3. Deutschland.

● **Im Fernsehen**, alles ARD: 15.45–18.15 (live), 19.15–19.50 (live), 22.05–22.30 (Tageszusammenfassung).

Tennis: Sport gewinnt, die Klubs setzen zu

H.-J. POHMANN, Bonn

Die Pause für die besten deutschen Spieler auf den internationalen Grand-Prix-Turnieren ist eingeplant. Ab Freitag startet die Bundesliga (nun schon im 12. Jahr). Die Stars müssen zweimal in jeder Woche ein Einzel und ein Doppel bestreiten, um sich die Gagen zu verdienen, die für sie die wirtschaftliche Basis in jeder Saison bedeuten.

Jahrelang galt diese Liga der zwölf Vereine, aufgeteilt in zwei Gruppen, als das Stiefkind des Deutschen Tennis-Bundes (DTB). Lieblos wurden die Clubs zu Befehlsempfängern des DTB degradiert. Mittlerweile ist die Stimmung in der Führungsetage des Verbandes umgeschlagen.

Es hat sich nämlich gezeigt, daß sechs Wochen Bundesliga für die Spielstärke, vor allem für die talentierten Nachwuchsleute, positive Auswirkungen haben. Ständiges Training unter Aufsicht, Spiele mit Gleichstarken und das Gefühl, für eine Mannschaft zu starten, half den ansonsten nur für sich allein auf dem Platz stehenden Individualisten weiter.

Anstrengungen, dem Publikum sportlich attraktive Mannschaften zu bieten, sind genügend unternommen worden. Fast jeder Klub hat einen starken Ausländer für eine Spitzenposition im Team engagiert. Attraktiver wird das Geschehen zusätzlich durch eine Neuregelung. Im Gegensatz zum Vorjahr, als Amberg und Neuss Chris Lewis und Heinz Günthardt lediglich zum Finale einfliegen ließen, müssen alle Ausländer diesmal mindestens zwei Rundenspiele bestreiten, wollen sie auch beim Finale zum Einsatz kommen.

Die Finalteilnehmer werden durch eine Hin- und eine Rückrunde ermittelt, und auch in diesem Jahr ist wiederum der TC Blau-Weiß Neuss Favorit Nummer eins. Dort sponsert seit Jahren der Inhaber einer Lebensmittelkette, Ernst-Ludwig Hansmann, die Mannschaft. Mit hochdotierten Verträgen (bis zu 80 000 Mark) versuchte er, sich den Titel zu erkaufen, und engagierte ein Starensemble mit dem Doppel-Weltmeister Heinz Günthardt an der Spitze. Zu einem Titelgewinn reichte es bis jetzt nicht. So wurde noch einmal kräftig investiert und der Hamburger Michael Westphal verpflichtet. Mit ihm engagierte Hansmann Nikki Pilic als Coach, der die Mannschaft die letzten zwei Wochen betreuen soll. Pikant an der Verpflichtung des Jugoslawen: Mit Heinz Günthardt im Team muß Pilic einen Mann betreuen, gegen den er eine Woche nach dem Bundesliga-Finale mit der deutschen Davis-Cup-Mannschaft um den Aufstieg kämpft...

Schafft Titelverteidiger Amberg das Finale, dann wird es für die Gegner wieder schwer. Mit dem begeisterungsfähigen Publikum im Rücken kann sich die überalterte Mannschaft immer noch steigern, zumal mit dem Wimbledon-Finalisten Chris Lewis ein Punktegarant an der Spitze steht. Plötzlich sind auch die Berliner im Gespräch.

Schwarz sieht es dagegen für Aufsteiger TC Weiden aus. Sportlich ist ein Abstieg vielleicht zu vermeiden. Aber finanziell wird es, wie in vielen anderen Klubs, zu einem Tanz auf dem Drahtseil kommen. Dort haben die Spieler, die allesamt schriftliche Verträge besitzen, bis heute noch keinen Pfennig Geld gesehen. Vor wenigen Wochen versuchte Präsident Hermann Severin, dem einige Sponsoren abgesprungen sind, die Aktiven davon zu überzeugen, auf zwanzig Prozent ihrer Einkünfte zu verzichten. Die jedoch lehnten ab.

Tennis-Bundesliga 1983: sportlich auf dem Vormarsch, finanziell für alle Vereine immer noch ein Verlust.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Los Angeles, Damen-Einzel, erste Runde: Latham (USA) – Hanika (München) 3:6, 7:6, 6:3, Sukova (CSSR) – Antonopolis (USA) 6:2, 6:1, Jordan (USA) – Mundel (Südafrika) 6:1, 6:1.

SCHACH

Großmeister-Turnier in Hannover, 3. Runde: Torre (Philippinen) – Balaschov (UdSSR) 0,5:0,5, Glienke (Duisburg) – Lobron (Wiesbaden) 0:1, Quinteros (Argentinien) – Chen De (China) 0,5:0,5, Bastian (Saarbrücken) – Sosonko (Holland) 1:0, Karpow (UdSSR) – Pfleger (München) 1:0, Ostermeyer (Porz) – Kavalek (USA) 0,5:0,5, Jingxuan (China) – Hartmann (Bamberg) 1:0, Georgadse (UdSSR) – Bouaziz (Tunesien) 1:0. – Stand nach drei Runden: 1. Georgadse, 2,5 Punkte, 2. Lobron, Quinteros, Torre alle 2,0.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 931 648,70, 2: 116 456,00, 3: 9772,50, 4: 166,00, 5. 11,30. – **Toto:** Elferwette: Klasse 1: 3600,50, 2: 135,40, 3: 13,90. – Auswahlwette „6 aus 45": 1. Rang: unbesetzt, 2. unbesetzt, 3: 2832,00, 4: 54,10, 5: 5,60. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 306,30, 2: 227,60. – Rennen B: Klasse 1: 176,70, 2: 16,40. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 30 045,20. (Ohne Gewähr)

NACHRICHTEN

Fußball: Heute zweite Liga

Bonn (DW.) – In der zweiten Fußball-Bundesliga werden heute abend fünf Spiele des zweiten Spieltages ausgetragen: Lüttringhausen – Kassel, Charlottenburg – Ulm, Freiburg – Darmstadt, Stuttgart – Schalke (alle 18.30 Uhr), Oberhausen – Saarbrücken (20 Uhr).

Military: Karsten Dritter

London (sid) – Horst Karsten (Delmenhorst) belegte auf Trakehner bei einer internationalen Military-Veranstaltung bei London den dritten Platz. Sieger wurde David Green (Australien) vor seiner Ehefrau, der Weltmeisterin Lucinda Green (Großbritannien).

Sieg im Testspiel

Varna (sid) – Im letzten Testspiel vor dem heute beginnenden Varna-Cup gab es für die deutsche Volleyball-Nationalmannschaft der Damen gegen Rumänien einen 3:1-Sieg.

Medaillen für Nachwuchs

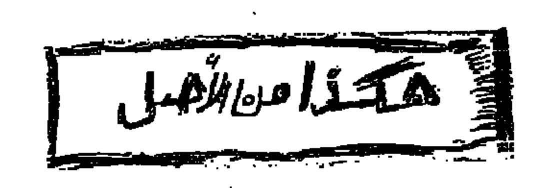
Mühlhausen (dpa) – Fünf Medaillen errangen die Teilnehmer des Deutschen Schwimm-Verbandes (DSV) bei den Jugend-Europameisterschaften in Mühlhausen. Neben zwei Silber- und zwei Bronzemedaillen gab es auch einen Sieg durch die Jungenstaffel über 4 x 100 m Lagen.

Jugoslawe für Weisweiler

Zürich (sid) – Nachfolger des verstorbenen Hennes Weisweiler als Trainer bei Grasshoppers Zürich wird der 47 Jahre alte Miroslav Blazevic. Der Jugoslawe arbeitete bisher beim Erstligaklub Dynamo Zagreb.

Boxpromoter in Haft

Los Angeles (sid) – Boxpromoter Harold Rossfields-Smith (USA) mußte eine zehnjährige Haftstrafe wegen versuchter Unterschlagung von 21,3 Millionen Dollar (etwa 57,5 Millionen Mark) antreten.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Widerstand und Staatsräson

„Bonhoeffer und Meinhof": WELT vom 27. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich nehme Bezug auf den Artikel von Herrn Matthias Walden, der uns tief erschüttert hat.

Es bleibt für mich nur die Frage, ob der oder die Verfasser des Buches „Zeugnisse politischer Gefangener in Deutschland 1880–1980" auch die nachstehend genannten Männer, die mit Bonhoeffer nach dem 20. Juli 1944 in den Tod gingen, auf die gleiche Stufe wie die Mitglieder der Baader/Meinhof-Bande stellen: nämlich Wilhelm Leuschner, Otto Mierendorff, Julius Leber, Ernst Schneppenhorst, Fritz Voigt, Kaplan Wehrle, Pater Alfred Delp, Prälat Dr. Otto Müller, Theodor Haubach, Bernhard Letterhaus, Franz Leuninger, Hermann Maaß und die vielen Hunderte anderer Widerstandskämpfer für ein besseres Deutschland. Diese Frage wäre auch an die führenden Herren in der Sozialdemokratie zu stellen. Von den vorgenannten Personen haben alle, mit Ausnahme der katholischen Geistlichen, den damaligen Gewerkschaften und der SPD angehört oder nahegestanden.

Mit freundlichen Grüßen
Karl Stark, Langen

*

Ich bin im Deutschland Hitlers aufgewachsen und aus meiner jetzigen Lebenssicht in der Lage, etwa 10 Jahre davon als Leben in einer Diktatur zu analysieren, das ich damals ohne jeden Zweifel nicht einen Tag lang so angesehen habe. Seit 1949 fühle ich mich in unserem Staat wirklich zu Hause, in dieser Republik geborgen und die Demokratie als politische Lebensform fasziniert mich jeden Tag neu.

Gegenwärtig wird weithin, nicht zuletzt in Ihrer Zeitung, viel Kluges und Überzeugendes von Historikern, Juristen und gelegentlich sogar von Politikern über den politischen Widerstand in der Demokratie und seine Grenzen gesagt und geschrieben. Diese intellektuellen Gefechte, je nach Temperament oder geistigem Vermögen mit Florett, Säbel oder mit dem Holzhammer ausgetragen, sind zweifellos auch faszinierend, aber für mich und vor dem Hintergrund meiner Lebenserfahrung sind sie schlicht anachronistisch, was besagt: zeitlich falsch eingeordnet!

Eindringlicher, als ich es vermöchte, formulierte das vor 20 Jahren Professor Helmut Thielicke am 20. Todestag der Geschwister Scholl in seiner Gedenkrede – Von der Freiheit, ein Mensch zu sein –: „... Wie große Worte sind da gefallen, wo es doch gar nichts kostete und gänzlich gefahrlos war – Worte, die damals jedenfalls nicht zu hören waren, als die Geschwister Scholl ihre Zettel in den Lichthof flattern ließen. An ihrer Tat gemessen wirkt dieses aufgeregt Protestierende nur peinlich und beklemmend. Es ist, wie wenn der Nachholbedarf an einst versäumtem Widerstand plötzlich zum Überlauten, zur ‚Überkompensation' drängte. Wir Deutsche sind maßlos auch in solchen Hysterien. Wir sollten darum Maß nehmen an der Größe wirklichen Widerstandes, um die Kraft der Gelassenheit zu gewinnen."

Ein Jahr vorher, am *17. Juni 1962*, sagte Professor Thielicke im Plenarsaal des Bundestages: „... Wenn Freiheit uns nur noch ein Freibrief für unsere Laune und für die Entfaltung unseres Egoismus ist, dann degeneriert sie sehr schnell zu bindungsloser Liberalität und erhebt uns nicht mehr, sondern stürzt uns in Chaos. Sollte sich der Konflikt zwischen Ost und West etwa so lösen, daß sich im Osten die schauerliche Perfektion gleichgeschalteter Ordnungen und seelenloser Apparaturen ergibt, während der Westen ein chaotisches Konglomerat von widereinander arbeitenden Freiheiten wird?"

Bereits 2300 Jahre früher faßte Demokrit, Zeitgenosse Platons, das in die zeitlos gültige Aussage: „Lieber arm in der Demokratie als reich unter Tyrannen!" Wo sind die Politiker, welche die Herausforderung der Gegenwart erkennen, unserer Jugend zu helfen, damit sie in einer solchen geistigen Tradition Wurzeln schlägt? Was tun wir, jeder einzelne von uns, dafür?

Freundliche Grüße
Fritz Sievert, Wilhelmshaven

Polit-Raffkes

„Die neue Klasse und die gewöhnliche Bereicherung"; WELT vom 2. August

Sehr geehrte Redaktion,
Ihre Berichterstattung zu diesem Thema einschließlich des Zitates an auffälliger Stelle auf Seite 1 mit einem Porträt von Kreisky stellt alle anderen Zeitungen in den Schatten. Ich bin Ihnen für diese Berichte, auch für den auf Seite 4 sehr dankbar – und schreibe diesen Brief schon deswegen, weil ich aufmerksam machen muß auf das, was sich hier vor allem in einer sozialistischen Partei zeigt und was von dieser Seite bisher stets bestritten worden ist. Es ist die Tatsache, daß es auch in diesen linken Parteien trotz der immer wiederkehrenden Versicherung, man sei moralisch besser als alles, was außer ihr noch politisches oder gesellschaftliches „Gesicht" hat, neben einer Gefolgschaftspraxis auch eine Beutepraxis gibt. Es ist so, wie es Carl Schmitt in seiner „Verfassungslehre" bereits vor mehr als 50 Jahren sagte und es Max Weber in ähnlicher Weise noch ein Jahrzehnt vorher erkannt hatte. Allerdings sprachen beide für das politische Leben schlechthin.

Vor rund 30 Jahren hat James Burnham über das „Regime der Manager" geschrieben, und alle Welt war damals davon beeindruckt, wie die Welt sich entwickeln würde, wenn seine Visionen Wahrheit würden. Ortega y Gasset schrieb über den „Aufstand der Massen" – und man war ebenso beeindruckt über das zukünftige Geschehen. Aber weder das eine noch das andere ist eingetreten. Wirklichkeit geworden ist vielmehr, was wir in Österreich – und nicht nur hier – sehen können: Eine Clique von miesen Parteibonzen bereichert sich ohne „Genierer" am Volksvermögen und tut genau das, was gerade diese politische Richtung anderen leistungsstarken Menschen vorwirft: zu viel verdienen. Hat doch der frühere Bundeskanzler Schmidt vor Jahren in einem „Zitat des Tages" bei Ihnen in der WELT gesagt, man müsse die hohen Gehälter abbauen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Heinz Steincke, Michelbach / Bilz

Wort des Tages

» Das große Anliegen der heutigen Zeit ist die *Liebe. Der Grund*, weswegen einer den anderen haßt oder fürchtet, liegt darin, daß er sich offen oder heimlich selbst haßt oder fürchtet. In der eigenen Einsamkeit und Hilflosigkeit kann man nicht in Frieden mit anderen leben, weil man mit sich selbst nicht in Frieden lebt. Man kann mit sich selbst nicht in Frieden leben, wenn man nicht mit Gott in Frieden lebt. «

Thomas Merton, amerik. Theologe (1915–1968)

Geheimpolitik?

„Der Unverstandene"; WELT vom 29. Juli

Sehr geehrte Herren,
es stellt sich die Frage, ob Außenpolitik grundsätzlich immer so zu betreiben ist, daß sie nicht nur den Wählern, sondern auch den Journalisten verständlich wird, oder ob es nicht bisweilen notwendig ist, ferner liegende Ziele anzusteuern, auch wenn die dorthin führenden Taktiken vielleicht nicht verstanden werden.

Auch die Außenpolitik Bismarcks und auch die Adenauers wurden zeitweise von ihren eigenen Wählern, von den ihre Politik im großen bejahenden Medien und selbst von den Abgeordneten ihrer eigenen Parteien nicht oder erst später verstanden. Einige Forderungen des Herrn Hertz-Eichenrode, die sich auf die Führung von Außenpolitik beziehen, könnten schon einem phantasievollen Außenpolitiker die Flügel stutzen, wenn er ihnen folgen würde.

Außenpolitik – und dazu gehört auch, zum Teil wenigstens, die Deutschlandpolitik – sollte nicht, wie dies in den Medien häufig zu beobachten ist, zerredet werden. Dies dem Leser verständlich zu machen, scheint mir zu den Aufgaben auch der Presse zu gehören.

Mit verbindlichen Empfehlungen
Werner Ranck, Hamburg 65

Die Redaktion behält sich das Recht vor, *Leserbriefe sinnentsprechend zu* kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

DIPLOMATEN

David Cornwell, früherer britischer Botschaftsrat an der königlich-britischen Botschaft in Bonn, weltbekannt geworden unter seinem Schriftstellernamen **John Le Carré**, hat sich erneut die Bundeshauptstadt und die *Diplomatenstadt* Bad Godesberg als Schauplatz für einen neuen Thriller ausgesucht. Das Buch erscheint am 3. September in deutsch unter dem Titel „Die Libelle". Auf englisch erobert es bereits mit dem Titel „The Little Drummer Girl" die Leserschaft in England und in den USA. John Le Carré hatte Bonn in seinem ersten Buch „Eine kleine Stadt in Deutschland" literarisch vermarktet und dann einen Welterfolg mit „Der Spion, der aus der Kälte kam" gelandet.

LANDESVERTRETUNG

Der besondere Stolz der hessischen Landesvertretung in Bonn ist ein bronzener Vogelbrunnen, den der Darmstädter Bildhauer **Gotthelf Schlotter** schuf. Die gefiederten Freunde, die in vertieften Blättern trinken, fanden inzwischen zahlreiche Bewunderer. Die hessische Landesvertretung und ihre Hausherrin, Ministerin **Vera Rüdiger**, rechts, haben sich die Plastik 83 000 DM kosten lassen. Sie ist ein bedeutender Bestandteil eines Erweiterungsbaus in der Bonner Kurt-Schumacher-Straße gegenüber dem „Langen Eugen", dem Abgeordnetenhochhaus. Hausherrin Frau Rüdiger kaufte neben dem bereits vorhandenen Haus Nr. 4, heute Gästehaus, die beiden Altbauten Nr. 2 und 3. Dies allerdings zum Teil im Tauschverfahren mit dem Bund, der hessische Landparzellen für sich beanspruchte. „Keine hessische Scholle ohne Gegenwert", hatte Vera Rüdiger erklärt. Weitere 4,3 Millionen DM ließ sich Hessen die Renovierung der beiden Altbauten kosten. Sie waren bis vor kurzem zum Teil vom Bund, zum Teil von der indonesischen Botschaft genutzt. Das Doppelhaus war 1906 von dem Bonner Architekten **Julius Rolffs** erstellt worden, der noch zahlreiche weitere großzügige Privatvillen in dieser Gegend schuf. In den beiden Häusern Nr. 2 und 3 werden die Hessen in Bonn 30 neue Büroräume erhalten. Ein Teil der Büros war bisher in der Aloys-Schulte-Straße 14 ausquartiert.



Hinter Schlotters Vogel-Brunnen Hessens neue Vertretung. FOTO: KEIL

GEBURTSTAG

Dr. med. **Friedrich-Wilhelm Koch**, Gründer und Vorsitzender der „Aktion mehr Menschlichkeit in Krankenhaus und Praxis" feiert heute seinen 70. Geburtstag. Dr. Koch ist auch Ehrenpräsident der Ärztekammer Nordrhein, die er lange als Präsident geführt hat. Der Essener Chirurg hatte 1978 die Aktion „Mehr Menschlichkeit im Krankenhaus" ins Leben gerufen. Seine Initiative, nachdem die menschliche Zuwendung in den technisch immer moderneren Krankenhäusern immer kleiner wurde, fand bundesweiten Anklang. Leitmotiv seiner Berufspolitik wurde es, sich für eine enge Zusammenarbeit aller ärztlichen Bereiche im eigenen und im Interesse der Patienten einzusetzen. Mehr Menschlichkeit auch in der Ärztepraxis schloß er dabei mit ein. Die Deutsche Ärzteschaft würdigte die Tätigkeit des Mediziners kürzlich mit der Verleihung der Paracelsus-Medaille, der höchsten Auszeichnung, die sie zu vergeben hat. Es war auch Anerkennung für eine weitere Initiative. Dr. Koch war Mitbegründer einer Gutachterkommission für ärztliche Behandlungsfehler.

*

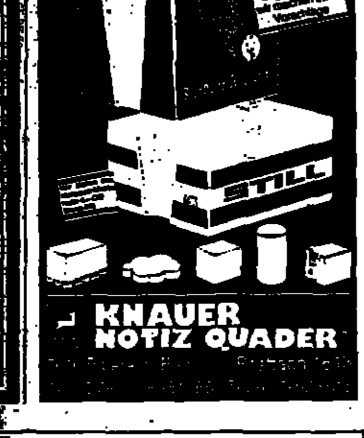
Hans Philipsen, Geschäftsführer der J. M. Voith GmbH, verantwortlich für den Bereich Wasserturbinen und Schiffstechnik, wird heute 60 Jahre alt. Der Ingenieur aus dem Kreis Flensburg war bei der Heidenheimer Firma, zu der er 1955 ging, Projektingenieur im Bereich Wasserturbinen und wurde 1963 Leiter der Projektierungsabteilung und Oberingenieur. Der Ingenieur ist im Vorstand der Fachgemeinschaft Kraftmaschinen im Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten Frankfurt und Mitglied des Landesgruppenvorstandes der VDMA der Landesgruppe Baden-Württemberg.

EHRUNGEN

Dr. **Peter Propping**, Professor für Psychiatrische Genetik am Zentralinstitut für Seelische Gesundheit in Mannheim und am Institut für Anthropologie und Humangenetik der Universität Heidelberg tätig, erhielt von der amerikanischen „Behavior Genetics Association" für seine Zwillingsuntersuchungen den „James-Shield-Memorial-Preis" zugesprochen. Professor Propping hat inzwischen einen Ruf auf den Lehrstuhl für Humangenetik der Universität Bonn erhalten.

*

Georg Wald, Pfarrer der Berlin-Spandauer St.-Maximilian-Kolbe-Gemeinde, wurde Ehrendomherr im polnischen Kulm. Die Ernennung zum Ehrendomherr am Kathedralkapitel in der polnischen Bischofsstadt Pelplin Bezirk Danzig ist zugleich ein Dank der Kirche in Polen für die Unterstützung polnischer Bistümer, besonders des Bistums Kulm. Die Ernennung ist zugleich Ausdruck einer neuen Versöhnung. Am 20. Oktober 1939 hat deutsche SS alle Mitglieder des Pelpliner Domkapitels, mit einer Ausnahme, erschossen.



Barschel will Fährprojekt „mit Ernst" verfolgen

DW. Kiel

Die schleswig-holsteinische Landesregierung ist nach Angaben von Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU) nach wie vor daran interessiert, daß das Projekt einer deutsch-sowjetischen Eisenbahnfähre zwischen Memel und einem schleswig-holsteinischen Hafen „mit allem Ernst" weiterverfolgt wird. Vor der CDU-Landtagsfraktion sagte Barschel gestern, er gehe keineswegs davon aus, daß die Bundesregierung der Fährverbindung ablehnend gegenüberstehe. Sowohl Bundesfinanzminister Stoltenberg als auch der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Würzbach, hätten volles Verständnis für seinen Standpunkt gezeigt.

Das Projekt, an dem Moskau starkes Interesse bekundet hat, sieht die Einsetzung von zunächst vier Fährschiffen für je 100 Eisenbahnwaggons vor. Barschel sagte, bevor die Gespräche zwischen Bonn und Moskau in ein entscheidendes Stadium treten, müsse einwandfrei feststehen, faß es keine Sicherheitsbedenken gibt.

CDU: Politische Bildung verbessern

dpa, Düsseldorf

Im Schulunterricht sollte nach Ansicht der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag mehr für ein „positives Verhältnis" der Schüler zur Staats- und Gesellschaftsordnung getan werden. Bei der Vorstellung eines Antrags der CDU zu diesem Themenkreis sagte ihr bildungspolitischer Sprecher Wolfgang Brüggemann gestern in Düsseldorf, die „bürgerlich-republikanischen Tugenden" müßten gefestigt werden. Dies könne allerdings nur dann gelingen, „wenn es Lehrerpersönlichkeiten gibt, die die Grundwerte, auf denen unsere demokratische Staatsform ruht, überzeugend bejahen, jederzeit vertreten und selbst verwirklichen". In der Lehrerausbildung müsse diesem Umstand besonders Rechnung getragen werden.

Wie der „politische Erfahrungsgehalt unserer Verfassung" dem Schüler „als Einsicht" vermittelt werden könne, sollte nach Brüggemanns Darstellung „in einem parlamentarischen Dialog" geklärt werden.

NRW will Stellen für Referendare begrenzen

Gesetzentwurf: Einschränkungen für Schuldienst

PETER PHILIPPS, Bonn

In Nordrhein-Westfalen bahnt sich im Schulbereich erneut eine scharfe Auseinandersetzung an, die bis zur Klage vor dem Bundesverfassungsgericht führen kann. Denn die Landesregierung formuliert derzeit einen Gesetzentwurf, nach dem Lehramtsstudenten nur noch bei guten Examensnoten in den schulischen Vorbereitungsdienst übernommen werden.

Die Landesregierung will diesen zusätzlichen Numerus clausus vor allem einführen, um die hohen Personalkosten für Referendare zu drükken. Nach der bisher vorliegenden Planung soll die Zahl der Planstellen im Jahre 1984 auf 7000 und 1985 auf 6500 beschränkt werden. Da mit einer erheblich größeren Zahl an Bewerbern zu rechnen ist, wird in der Kabinettsvorlage eingeräumt, daß man mit der vorgesehenen Maßnahme möglichwerweise „das Grundrecht auf freie Wahl der Ausbildungsstätte" einschränkt.

Die Düsseldorfer Minister begeben sich mit diesem Vorhaben auf dünnes Eis. Denn Versuche, die Zahl der Stellen im Vorbereitungsdienst durch Erlasse zu beschränken, sind schon an den Gerichten gescheitert. Das Lehrerausbildungsgesetz in Nordrhein-Westfalen garantiert jedem, nach dem ersten auch das zweite Staatsexamen machen zu können. Das Gesetz hat allerdings eine Lücke: Es schreibt nicht vor, daß es einen nahtlosen Übergang von der ersten zur zweiten Ausbildungsphase geben muß. Bereits heute müssen die meisten Referendare in Nordrhein-Westfalen eine Übergangsfrist von mindestens einem Jahr in Kauf nehmen.

Aber obwohl auch das Oberverwaltungsgericht in Münster vor kurzem untersagte, Studenten nur deshalb abzuweisen, weil sie ihr erstes Staatsexamen in einem anderen Bundesland abgelegt haben, will das Kabinett Rau nicht von dem Ziel ablassen, rechtliche Grundlagen für eine Auswahl unter den Lehramtsbewerbern zu schaffen. Die CDU-Opposition hält den jetzt bekannt gewordenen Gesetzentwurf für „widersinnig".

Den Interessenvertretungen der Lehrer sind zwar weitgehend die Hände gebunden, weil ein Normenkontrollverfahren in Nordrhein-Westfalen im Zuge einer Organklage nicht möglich ist. Aber die GEW hat bereits angekündigt, daß sie einzelnen Referendaren, wenn sie aufgrund des neuen Gesetzes von der weiteren Ausbildung ausgeschlossen werden sollten, „natürlich den gewerkschaftlichen Schutz" für eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gewähren werde.

Klarheit über Pershing

Bonner Unsicherheiten zu Genfer Verhandlung behoben

rmc. Bonn

Die Haltung der Bundesregierung zu den Genfer Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen (INF) scheint sich nach einigen Kursunsicherheiten inzwischen zu klären. Offensichtlich hat dazu eine Unterredung beigetragen, die Bundesaußenminister Genscher Ende Juli mit Bundeskanzler Kohl an dessen Urlaubsort hatte.

Nach dieser Unterredung, die auch geprägt war durch Presseberichte, in denen die amerikanische Verärgerung deutlich zum Ausdruck gekommen war, besteht nach aktuellen Informationen aus Regierungskreisen zwischen dem Kanzler und seinem Stellvertreter und Koalitionspartner Einigkeit darüber, daß Bonn die von den USA bei den Genfer INF-Verhandlungen eingenommene Position „ohne jegliches Wackeln" unterstützt. Das heißt, daß Bonn selbst bei einem „Zwischenergebnis" in Genf auf deutschem Boden die Stationierung von Pershing-2-Raketen nicht verweigern würde. Eine Zeitlang war ungewiß, ob Kohl und Genscher noch bereit sein würden, das Konzept des sogenannten „Waffenmix", das neben der Einführung von US-Marschflugkörpern in Westeuropa auch ballistische Atomraketen mit einer Reichweite von 1800 Kilometer vorsieht, zu verfolgen. Von Kohl heißt es nun, er halte die Pershing 2 selbst bei einer reduzierten Nachrüstung für unverzichtbar. Genscher soll die ballistische Rakete im Grundsatz für „nicht negotiabel" erklärt haben.

Genscher dringt auf freie Ausreise

BERNT CONRAD, Constanza

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat seinen rumänischen Amtskollegen Stefan Andrei aufgefordert, Praktiken bei der Ausreise von Deutschen aus Rumänien zu unterbinden, die mit den Abmachungen zwischen Bonn und Bukarest nicht in Einklang stünden. Er meinte damit teilweise hohe „Schmiergelder", die über Rechtsanwälte für Ausreiseformulare verlangt werden.

Vor zwei Monaten hatte Genscher mit Partei- und Staatschef Nicolae Ceausescu in Bukarest eine Aufhebung der seit Ende 1982 geforderten „Ausbildungssteuer" für ausreisewillige Rumäniendeutsche vereinbart. Im Gegenzug erklärte sich Bonn bereit, an der Umschuldung Rumäniens teilzunehmen, nach deren Vollzug wieder Bürgschaften zu gewähren und Kreditmöglichkeiten für industrielle Großprojekte in Rumänien zu schaffen. Acht Wochen später kam der Bundesaußenminister nun an die rumänische Schwarzmeerküste, um die seitdem zu verzeichnende Entwicklung der Aussiedlung zu prüfen und mit Ceausescu und Andrei die seinerzeit nur gestreiften Ost-West-Fragen, wie die Genfer Raketenverhandlungen und die geplante europäische Abrüstungskonferenz, ausführlich zu erörtern. Beim Thema Ausreise stellten Genscher und der rumänische Außenminister – wie gestern in Constanza zu erfahren war – übereinstimmend fest, daß die eingegangenen Verpflichtungen von beiden Seiten erfüllt würden. Der Bonner Gast hob jedoch hervor, daß der Bundesregierung Informationen über Probleme und Mißbräuche im Zusammenhang mit der Aussiedlung vorlägen.

Offensichtlich mußten westliche Verwandte von Rumäniendeutschen „Schmiergelder" bis zu 8000 Mark pro Kopf an Mittelsmänner zahlen, um die Aussiedlung in Gang zu bringen.

Genscher sprach Andrei auch auf die Anwendung der Grundsätze des Madrider KSZE-Schlußdokuments an, dem Rumänien schon zugestimmt hat. Dort ist u. a. festgelegt, daß Antragsteller einer Ausreise für die Dauer des Ausreiseverfahrens alle Rechte behalten sollen. Ferner sollen bei Eheschließungen mit Ausländern die Fristen bis zur Aussiedlung verkürzt werden.

Obervolta: Hilfe Libyens angeblich zurückgewiesen

Khadhafi verstärkt militärische Intervention in Tschad

DW. Ouagadougou/Washington

Libyen verstärkt seine Anstrengungen, auch im Nachbarland Obervolta Fuß zu fassen. Wie der durch einen Militärputsch am vergangenen Freitag an die Macht gekommene Hauptmann Thomas Sankara jetzt bestätigte, sind mehrere libysche Transportmaschinen in der Hauptstadt Ouagadougou gelandet. Aus westlichen Kreisen verlautete, sie hätten Waffen und andere Ausrüstungsgüter geladen. Sankara sagte in einem Interview des französischen Rundfunks, er habe den libyschen Revolutionsführer Khadhafi gebeten, keine weiteren Flugzeuge zu schikken. Libyen habe diese Luftbrücke von sich aus eingerichtet.

Oberst Khadhafi hatte Sankara, dem enge Verbindungen zu Libyen nachgesagt werden, nach dem Putsch gratuliert und die Erwartung geäußert, daß Obervolta jetzt „eine Rolle im antiimperialistischen Kampf" übernehmen werde.

Sankara ist jedoch offenbar daran gelegen, freundschaftliche Beziehungen zu den Nachbarländern und dem Westen aufrechtzuerhalten. Seine Erklärung, die neue Regierung des westafrikanischen Staates werde eine blockfreie Politik verfolgen, wurde in Washington begrüßt.

Libyens Staatschef Khadhafi soll sich nach Berichten aus französischen Kreisen in N'Djamena in dem seit langem von Libyen beanspruchten und besetzten nördlichen Grenzstreifen Tschads befinden und selbst den Einsatz libyscher Kampfflugzeuge gegen die Oasenstadt Faya-Largeau rund 800 Kilometer nördlich der Hauptstadt befehligen.

Nach unbestätigten Berichten sind bei den libyschen Bombenangriffen auf Faya-Largeau mehrere hundert Zivilisten ums Leben gekommen. Nach amerikanischen Informationen werden die Rebellen, die Faya-Largeau belagern, von 1500 bis 2000 libyschen Soldaten unterstützt. Zwei neue libysche Kolonnen, darunter eine Einheit mit 250 Panzern, stießen von Norden her auf die von Regierungssoldaten verteidigte Stadt vor.

Libyen hat sich inzwischen beim Weltsicherheitsrat darüber beschwert, daß die USA in den mit ihnen verbündeten Ländern Ägypten, Somalia, Oman und Sudan Truppenmanöver abhielten und damit die Sicherheit Libyens bedrohten. Heute sollen in Sudan gemeinsame Manöver amerikanischer und sudanesischer Truppen beginnen.

Khadhafi gab Anweisung, die von Sudan aus operierenden Awacs-Maschinen abzuschießen, falls sich ihre Aufklärungstätigkeit auf libysches Territorium erstrecken sollte.

Abfuhr für US-Botschafter

Saudis lehnen Washingtons Konzept für Libanon ab

rtr/AFP, Dschiddah/Beirut

Der amerikanische Sonderbeauftragte Robert McFarlane kommt mit seiner Libanon-Mission offenbar nicht voran. Die saudiarabische Zeitung „Al-Sharqal-Awsat" berichtete gestern, König Fahd habe die Vorstellungen Washingtons über einen Teilrückzug israelischer Truppen aus Libanon abgelehnt und statt dessen von Israel die vollständige Räumung des Nachbarlands verlangt. McFarlane ist nach seinen Gesprächen in Saudi-Arabien inzwischen wieder nach Libanon zurückgereist. Letzte Woche hatte Syrien es noch einmal abgelehnt, den Abzug der eigenen Verbände mit dem der israelischen Truppen verknüpfen zu lassen.

Auftrag McFarlanes ist es, den Abzug der israelischen wie der syrischen und palästinensischen Verbände aus Libanon zu erreichen. Daran war schon sein Vorgänger Philip Habib gescheitert. In der Sommerresidenz des saudischen Königs in Taif war McFarlane am Sonntagabend eingetroffen. Daß er 24 Stunden auf ein Treffen warten mußte, werteten Beobachter als Affront und Hinweis darauf, daß die Gesprächsatmosphäre kühl gewesen sein muß.

Fahd habe erklärt, erst der Abzug der israelischen Truppen werde der libanesischen Regierung die volle Ausübung der Souveränität erlauben, berichtete die Zeitung.

In Beirut ist gestern eine Delegation der SPD-Bundestagsfraktion unter Leitung von Hans-Jürgen Wischnewski von Staatspräsident Amin Gemayel empfangen worden.

„Solidarität" plant Aktionen für 31. August

AFP/rtr, Warschau

Die Vorbereitungen für den 31. August, den Jahrestag der Danziger Abkommen von 1980 und damit Gründungstag der jetzt im Untergrund arbeitenden polnischen Gewerkschaft „Solidarität", laufen in der Führung der Gewerkschaft auf Hochtouren. Arbeiterführer Lech Walesa sagte in einem Telefongespräch, die nationale Koordination der „Solidarität" (TKK) bereite eine Reihe neuer Aktionen vor. So werde man außer zu dem bereits beschlossenen Boykott der Nahverkehrsmittel auch zu einem totalen Boykott der Presse aufrufen.

Der 31. August, so hieß es aus der „Solidarität", dürfe auf keinen Fall ein „guter Tag für das Regime" werden, weil dies einer Niederlage der Gewerkschaft gleichkomme. In dem Zwiespalt steckend, entweder zu Massenkundgebungen aufzurufen und damit Festnahmen oder sogar Tote zu riskieren, oder durch nur symbolische Aktionen die Position der Regierung zu verstärken, habe sich die Untergrundführung zu einem minutiös geplanten Aktionsprogramm und den angekündigten Boykottmaßnahmen entschlossen.

Folgen des Zwangsumtauschs

F. D. Berlin

Der Berliner Senat hat von der „DDR" erneut die Herabsetzung des im Oktober 1980 erhöhten Zwangsumtauschsatzes gefordert. In dem jährlich erscheinenden Bericht zur Lage Berlins nach dem Vier-Mächte-Abkommen heißt es dazu, „Senat und Bundesregierung werden in ihren Anstrengungen, zur notwendigen Korrektur zu kommen, nicht nachlassen".

Nach dem Senatsbericht haben in der Zeit von Juni 1982 bis Mai 1983 rund 1,82 Millionen Besuche von Berlinern in der „DDR" und in Ost-Berlin stattgefunden. Die Besuchszahlen blieben hiermit wiederum weit hinter dem Umfang vor der Erhöhung des Zwangsumtausches (mehr als 3 Millionen Besuche) zurück. Seit Inkrafttreten des Vier-Mächte-Abkommens im Jahre 1972 sind nach dem Senatsbericht insgesamt 31,4 Millionen Besuche registriert worden, die „DDR" erhielt an Einreisegenehmigungsgebühren aus dem Bonner Bundeshaushalt insgesamt 182,5 Millionen Mark.

Die Gorkistraße in Moskau – Eine Reportage

Boulevard mit Gardemaß

Von der Stadtmitte Moskaus, also vom Kreml her, führte schon in alten Zeiten ein Handelsweg nach Nordwesten zu den Kaufmannsstädten Twerj und Nowgorod. Später, als ein herrisch-modernistischer Zar namens Peter seine neue Residenz in den Sümpfen der Newamündung errichten ließ, reichte der Weg bis Petersburg. Zweihundert Jahre lang haben die russischen Kaiser diese Verbindung zwischen der neuen und der alten Hauptstadt befahren. Längst war Twerj in Kalinin umgetauft, und das letzte Stück der Straße inmitten von Moskau heißt nicht mehr Twerskaja, sondern Gorkistraße. Aber wer heute mit dem Auto nach Leningrad, dem „Venedig des Nordens", fährt, folgt immer noch dem traditionellen Reiseweg der Zaren und Kaufleute.

Mit der Entwicklung einer bürgerlichen Schicht (das ist erst gut hundert Jahre her) verwandelte sich die krumme, vor dem Kreml kräftig nach unten geneigte Twerskaja in eine Geschäftsstraße mit gründerzeitlicher Architektur und vielen Läden. Dieses Gesicht bewahrte sie noch lange nach der Revolution, bis Josef Stalin die unwiderstehliche Neigung verspürte, aus Moskau eine prachtvolle sozialistische Hauptstadt zu machen.

Moskau – Gorkistraße, ARD, 21.35 Uhr

Ein Entwicklungsplan ließ die alten Mauern schleifen und verhalf der begradigten und mit dem Namen des Schriftstellers Maxim Gorki geadelten Straße zum Gardemaß von vierzig Metern Breite. Die Architekten „bepflanzten" sie mit hochragenden Fassaden proletarischer Wohnpaläste – außen herrschaftlich mit Säulen, Türmchen und Balkonprunk verziert, innen mit kleinen Wohnungen ausgestattet. Zuweilen ließen sich ältere Bauten einfügen, vorwiegend auf der rechten Seite. Auf der linken wurde der massige klassizistische Bau des zaristischen Gouverneurspalastes auf Rollen gesetzt und 13 Meter zurückgezogen. Er dient der Hauptstadt als Rathaus.

Der Gorkistraße blieb – im Unterschied zu anderen in die Stadtlandschaft gebrochenen Boulevards – der Charakter einer Geschäftsstraße erhalten. Hohe, lange Schaufensterfronten könnten zu der Annahme verführen, hier ließe sich ein „Shopping-Bummel" wie in anderen berühmten Einkaufsstraßen der Welt wenigstens als Augenschmaus genießen. Weit gefehlt: Das Gedränge ist groß, aber das „Angebot" um so dürftiger.

Trotzdem – immerhin gibt es alle Arten von Fachgeschäften in der Gorkistraße, Kaufhäuser, Cafés und Restaurants, mehrere Hotels. Vom „National" mit dem Charme der Jahrhundertwende über den gesichtslosen Hochbau des „Intourist" bis zum „Zentralnaja", dem früheren Emigrantenquartier der Komintern.

Zu den Attraktionen der Straße gehört die Bäckerei Nr. 1: Der säulenreiche, stuck- und goldgeschmückte Lebensmittelladen, einst ein Delikatessenbasar für die besseren Stände, firmiert heute schlicht als „Gastronom", darf sich in dieser Kette von Staatsläden aber wenigstens die Nummer 1 nennen. Als Museumsstück wurde er einschließlich der schweren Kronleuchter in die sozialistische Gegenwart übernommen; die Moskauer sind ausgesprochen stolz auf dieses architektonische Original.

Zum geruhsamen Bummeln eignet sich die Gorkistraße kaum, jedenfalls nicht an Werktagen. Die Bürgersteige sind überfüllt, auf die andere Straßenseite gelangt man nur durch Unterführungen, weil auf den zehn Fahrbahnen lebhafter Verkehr lärmt. Für den Fußgänger sind deshalb die begrünten Ausbuchtungen der Plätze wahre Oasen, wie der Sowjetplatz gegenüber dem Rathaus mit dem taubenbekleckesten Reiterstandbild des Großfürsten Jurij Dolgorukij, der Moskau 1147 in einem Schreiben erstmals erwähnte und deshalb als „Stadtgründer" gilt, vor allem aber der Puschkinplatz an der Kreuzung Gorkistraße/Gartenboulevard.

Der Nimbus der Anlage zu Füßen des hundertjährigen Puschkindenkmals übertrifft ihren gärtnerischen Reiz bei weitem. Angeblich soll es sich um einen Treffpunkt exzentrischer Jugendlicher und anderer Randfiguren der Sowjetgesellschaft handeln. In Wirklichkeit ist es eher ein harmloser Platz zum Sehen und Gesehenwerden.

Hier nun endet der „bedeutende" Teil der Gorkistraße, wenn es auch nur das erste Drittel ist. Bis zur nächsten großen Kreuzung, dem Gartenring (mittlerweile eine Art Stadtautobahn), bleibt sie für die Moskauer ein wichtiges Einkaufszentrum, für Touristen weniger. Ihr letzter Abschnitt reicht bis zum weißrussischen Bahnhof. Dort steht das Denkmal Gorkis, aber dort ist sie dann auch nicht anderes mehr als eine von vielen Moskauer Ausfallstraßen.

FRIED NEUMANN

KRITIK

Unbegrenzt anpassungsfähig

Als Nachtrag zu den 300-Jahr-Feiern der deutschen Einwanderung in Nordamerika hat Cornelius Bormann einige willkürlich herausgegriffene Beispiele aus der Masse der sieben Millionen Immigranten skizziert, die im Lauf von drei Jahrhunderten die alte Heimat verließen, um in der Neuen Welt ein neues Leben zu beginnen (**Amerika – Deine Deutschen**, ARD). Dieses punktuelle Verfahren konnte natürlich nur zu einem Zufalls-Katalog von Einzelschicksalen geraten. Die Amerika-Deutschen, denen man in Südkalifornien, im Mittelwesten und in Philadelphia begegnet, unterscheiden sich voneinander in allem – in den Motiven ihrer Auswanderung, in ihrer Einstellung zu den USA und in ihrem Verhältnis zu Deutschland.

Gemeinsam ist ihnen nur eine fast unbegrenzte Anpassungsfähigkeit, mit der sie die übrigen Völkergruppen Amerikas weit übertreffen. Daraus konnte kein Gesamtbild des Amerika-Deutschtums werden, das wahrscheinlich optisch überhaupt nicht darstellbar ist. Ihre besondere Stellung unter den Nationalitäten des Vielvölker-Staates, in dem immerhin 22 Prozent der Bevölkerung deutscher Abstammung sind – soviel wird klar –, beruht auf der Leistung des einzelnen, nicht auf seiner nationalen Herkunft.

Der Zusammenhalt, der andere Volksgruppen zu einem gewichtigen Faktor macht, ist bei den Amerika-Deutschen unter-, ihre Bereitschaft, in der neuen Nationalität aufzugehen, hingegen überentwickelt. Wenn das Ansehen, das die Deutschen genießen, trotzdem die Folgen von zwei Weltkriegen überwunden hat, so kann das nicht auf ihr Deutschtum an sich, sondern nur auf ihre besonderen Eigenschaften wie Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit zurückgeführt werden. Man hätte dem Bericht gewünscht, daß er mehr auf die allgemeinen als die individuellen Aspekte des Problems eingegangen wäre.

HEINZ BARTH

Nostalgische Gemütsprothese

Es war auch wirklich höchste Zeit, daß den jungen Menschen von heute gezeigt wurde, wie es sein müßte, nämlich ordentlich und gesittet und nicht immer so geschlürft beim Kaffeetrinken und überhaupt mehr Achtung vor der Pensionsleiterin, die Stiefmutter nicht zu vergessen!

Trotzköpfchen, diese Glanzpapiererfindung der Baronin Rhoden, vor rund hundert Jahren zur Welt gekommen, hat nicht von seinem verlogenen Charme verloren: Immer noch trotzt das Köpfchen so unnachahmlich blöd allen Domestizierungsversuchen der nicht minder bescheuerten Erwachsenen, noch immer kreuzen diese fliederfarbenen Softis auf und geben vor, Seele zu haben und Gemüt und was es sonst schon 1885 an literarischen Salonausscheidungen gab. Und noch immer erliegt man der unverfrorenen Trivialität dieser Geschichte, als gehörte man zu denen, die der bayerische Fernsehdirektor Oeller als Zielgruppe vorgesehen hatte, jene Leute nämlich, die für jeden etwas haben wollen.

Kurzum, das Unternehmen wäre gut und gerne so an die hunderttausend Mark wert gewesen, als ironisches Einschiebsel, als nostalgische Gemütsprothese und dergl., aber daß dieses Revival einfach so in aller Heuchelei fünf Millionen D-Mark verschlungen hat, geht einem doch unter die Haut. Wobei es nicht um Geld geht, es geht um die Relation: Was sollen denn da die Stücke kosten, die wirklich kostbar sind?

PS.: Oder hat Herr Oeller einen Milliardenkredit zu guten Konditionen bekommen, daß er so übermütig ist?

VALENTIN POLCUCH



Die Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Köln hat in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Haus- und Grundbesitzerverein einen Fragebogen entworfen, der die **Marktchancen für das Kabelfernsehen** erkunden helfen soll. Seit dem 1. August werden den 14 000 Mitgliedern des Kölner Haus- und Grundbesitzervereins Bögen zugesandt. Mit der Auswertung der Antworten ist Ende August zu rechnen. Neben der Frage nach der Anzahl der Wohneinheiten pro Haus und den bereits laufenden Kosten für eine Gemeinschaftsantenne fragt die IHK ab, ob bereits ein Anschluß für das Kabelfernsehen vorhanden oder ob ein Anschluß in Vorbereitung ist bzw. in den nächsten drei Jahren verlegt werden soll. Eine vierte Frage soll die Gründe für eine Entscheidung der Hausbesitzer gegen einen Kabelfernsehanschluß offenlegen.

(FK)



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Überall ist Wunderland
11.20 Unser Kosmos
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

ARD-Ferienprogramm für Kinder
14.55 Unsere kleine Farm
15.45 Leichtathletik-WM
400 m Hürden Frauen, Finale/Diskuswurf Frauen, Finale/400 m Frauen, Finale/400 m Männer, Finale/3000 m Frauen, Finale
Sprecher: Dieter Adler, Manfred Blödorn und Werner Damm
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Wiederbegegnung
„DDR"-TV-Film von Regina Weicker
Regina Weicker lebt als freischaffende Schriftstellerin in Karl-Marx-Stadt. 1945 in Zöblitz/Erzgebirge geboren, lernte sie Industriekaufmann. Ihre erste größere literarische Arbeit war das Theaterstück „Die Ausgezeichneten", das auf 17 Bühnen der „DDR" gespielt wurde. Es folgten das Fernsehspiel „Das Gemeinschaftszimmer", der Kinofilm „Seitensprung" und drei Kinder-Hörspiele.
21.35 Moskau – Gorkistraße
Reportage von Lutz Lehmann
Lutz Lehmann schildert den Tagesablauf auf diesem Boulevard in Moskau.
22.05 ARD-Sport extra – aus Helsinki
Leichtathletik-WM
Ausschnitte vom 4. Wettkampftag
22.30 Tagesthemen
23.00 Der Bundesbürger – fälschungssicher
Zum Streit über die neuen Personalausweise
Zu Wort kommen u. a. die Bonner Politiker Spranger (CSU), Erhard (CDU), Mischnick (FDP), Emmerlich (SPD) und Schily (Die Grünen) sowie der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Baumann.
Moderation: Wolf Feller
23.45 Tagesschau

ZDF

15.17 heute
ZDF-Ferienprogramm für Kinder
15.20 Captain Future
Der Kampf um die Gravium-Minen
Die Seelentransplantation
15.45 Der König von Narnia
Zeichentrickfilm in zwei Teilen
16.30 Ferienkalender
16.50 Mork vom Ork
Mindy entscheidet sich
17.15 Enorm in Form
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
18.10 Das geht Sie an
Tips: Umtausch bei Sonderangeboten
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Bilder, die die Welt bewegten
Eine Stadt fliegt weg
19.00 heute
19.30 Telemotor
Das Automagazin mit Harry Valérien
Mit den Themen: Wie sicher sind Kleinwagen? / Autoveredler – eine schillernde Branche / Auto-Test: BMW 320 I, Viertürer
20.15 ZDF Magazin
Themen: Pfarrer und Bundeswehr / Sowjetische Überrüstung läuft weiter / Kuba steuert Untergrundkampf in El Salvador
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Der Denver-Clan
Dr. Toscanni bittet zur Kasse
22.10 Das Wagnis
Filmparabel über einen pädagogischen Modellversuch von Imre Gyöngyössy, Barna Kabay und Katalin Petényi
22.40 Aus heiterem Himmel
Fernsehfilm von Herbert Knopp nach „The Childkeeper" von Sol Stein
0.05 heute



Renate Schroeter und Peter Ehrlich in einer Szene des Fernsehfilms „Aus heiterem Himmel", ZDF, 22.40 Uhr FOTO: KÖVESDI

III.

WEST

18.00 Eine Geschichte vom Steinbock (1)
Aus der Reihe „Fauna Iberica"
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN

18.00 Emm wie Meikel
18.30 Eine Geschichte vom Steinbock (1)
19.00 Rockpalast: GoGo's

WEST/NORD/HESSEN

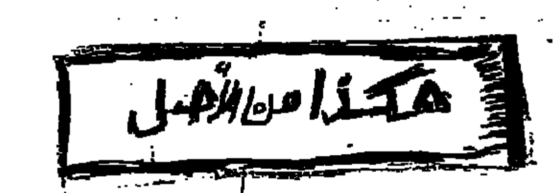
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs im III.
Heute: Live aus Bremen
21.45 Auslandsreporter
16 Tage bis Timbuktu
Mit der Salz-Karawane durch die Sahara
Reporter: Robert Clark, CBC Ottawa
Ein französischer Geograph beschrieb die Salzgruben von Taoudenni zu Anfang unseres Jahrhunderts als „industrielle Hölle", die mit keiner anderen Produktionsstätte der Welt vergleichbar wäre. Der kanadische Reporter Robert Clark hat diesen heißen Wüstenort in der Sahara in der Republik Mali besucht. Er fand diese Lebensverhältnisse unverändert vor. Er und sein Team unternahmen die anstrengende Begleitung einer Kamelkarawane, die die in Taoudenni gewonnene Steinsalzfracht in 16 Tagesreisen bis nach Timbuktu brachte – noch heute ein lebensgefährliches Unternehmen, das sich regelmäßig mehrmals im Jahr vollzieht.
22.20 Die scharlachrote Kaiserin
Amerik. Spielfilm, 1934
Mit Marlene Dietrich, John Lodge u. a.
Regie: Josef von Sternberg
Original mit Untertiteln
24.00 Letzte Nachrichten

SÜDWEST

15.00 Das Ekel
Dt. Spielfilm, 1939
Mit Hans Moser u. a.
Regie: Hans Deppe
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau mit Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Aerobic-Dance (9)
20.00 Wohin mit der Angst?
Ulrich Hommes im Gespräch mit Anne-Marie Tausch
20.15 Schauplatz der Geschichte:
Kalkutta
Film von Klaus Vetter
21.00 Invasion der Raumschiffe
Kanad. Spielfilm, 1977
Regie: Ed Hunt
22.25 Dallas für Nachzügler
Die Blockade

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Frieda Sembach-Krone:
Leben für den Zirkus
19.45 Evas Töchter (1)
Franz. Filmkomödie in sechs Teilen
Die Frau von 30 Jahren
20.40 Z. E. N.
20.54 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Das historische Stichwort
21.50 Teleclub
Die Dame ohne Kamelien
Italien. Spielfilm, 1953
23.30 Rundschau



Florierender Handel

Hdt. – Der Lumpensammler, der mit dem Handkarren durch die Straßen zieht, gehört längst der Vergangenheit an. Heute wird Abfallsammlung im großen Stil betrieben als Vorstufe zur Wiederverwertung, Recycling.

Die Palette reicht von der Altkleidersammlung karitativer Organisationen bis hin zu den Altglas-Sammelboxen der Glasindustrie. Aber auch für industrielle Produktionsrückstände, die immer noch beträchtliche Werte verkörpern, gibt es oft sehr interessierte Wiederverwender. Hier haben sich seit 1974 die Industrie- und Handelskammern eingeschaltet, die über ihre Abfallbörsen den Kontakt zwischen Anbietern und Verwendern vermitteln.

Die Kammern stellen dabei für Angebot und Nachfrage ihre eigenen periodischen Zeitschriften zur Verfügung, eine Vermittlungstätigkeit, die infolge der Kontakte zu ausländischen Kammern längst grenzüberschreitend ist. Seit Bestehen dieser Abfallbörsen wurden fast 25 000 solche Meldungen veröffentlicht. Das Spektrum der angebotenen und nachgefragten Abfälle ist dabei sehr breit. So bietet beispielsweise im Bereich der IHK Ostwestfalen ein Unternehmen gegenwärtig 10 Tonnen Gummifäden an. Gesucht werden dagegen 100 Tonnen gebrauchte Kunststoffkisten. Spitzenreiter in der Abfallbörse sind Rückstände aus der Kunststoffproduktion.

Durch die Hilfestellung der Kammern haben inzwischen bereits viele Unternehmen einen festen Abnehmer für ihre Produktionsrückstände gefunden. Für sie ist der Handel mit dem Abfall zum beiderseitig guten Geschäft geworden. Die Entlastung der Umwelt ist dabei ein nicht zu unterschätzender Nebeneffekt.

Dumme Frage

HH – Es gelingt nicht alle Tage, in einer Frage drei Fehler unterzubringen. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Hans Paintner, immerhin seit 1976 im Bundestag, hat dieses Kunststück mit folgender Frage fertiggebracht: „Trifft es zu, daß der an Polen gewährte Kredit mit 1,3 Milliarden Mark aus Beiträgen der Rentenversicherung aufgebracht worden ist?" Der 1975 vereinbarte Polenkredit hatte nicht ein Volumen von 1,3, sondern „nur" einer Milliarde Mark. Er wurde auch nicht aus Beiträgen der Rentenversicherung aufgebracht, sondern über den Kapitalmarkt finanziert. Mit einer einmaligen Zahlung von 1,3 Milliarden Mark wurden polnische Ansprüche an die Rentenversicherungsträger global (anstelle einer Individualregelung) *abgegolten. Kreditvertrag und Rentenabkommen mußten vom Parlament* ratifiziert werden, so daß Paintner das Thema noch hautnah erlebt haben müßte. Das waren aber erst zwei Fehler. Wo ist der dritte? Den hat die Fraktion gemacht, als sie die Frage ihres Abgeordneten im Pressedienst abdruckte. Denn damit kann sie nicht für sich werben – eher im Gegenteil.

KOHLERUNDE / Der Jahrhundertvertrag des Bergbaus ist gefährdet

Gerät die Kohle nach dem Stahl nun auch beim Strom in die Klemme?

HEINZ HECK, Bonn

Der deutsche Steinkohlenbergbau muß seine Förderkapazitäten in den nächsten Jahren drosseln. Dies nicht nur mit Blick auf die bekannten Absatzschwierigkeiten in der Stahlindustrie. Die Kohlerunde bei Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff am 29. September muß sich auch mit den langfristig zu erwartenden Einbußen auf dem wichtigsten Absatzmarkt, der Elektrizitätswirtschaft, befassen. Der Jahrhundertvertrag erscheint damit gefährdet.

Entscheidend hierfür sind die voraussichtlich geringeren Stromverbrauchszuwachsraten in den achtziger Jahren. Eine Zunahme von jährlich etwa maximal zwei Prozent wird von Experten als realistisch angesehen. Zu den 303 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Stromerzeugung der öffentlichen Versorgung 1982 hat die Steinkohle mit 91 Milliarden oder *rund 30 Prozent* noch *den größten* Beitrag geleistet. Es folgten Braunkohle mit 89, Kernenergie mit 63, Erdgas mit 30, Wasser mit 17, Heizöl mit neun und sonstige Energieträger mit vier Milliarden kWh.

Unterstellt man eine zweiprozentige jährliche Zunahme, so ergibt sich für 1990 eine Stromproduktion von knapp 350 Milliarden kWh aus dem öffentlichen Netz. Allein die derzeit im Bau befindlichen Kernkraftwerke legen den Schluß nahe, daß Kernenergiestrom dazu mit etwa 140 Milliarden oder 40 Prozent den größten Anteil beisteuert. Die installierte Kapazität der bis 1990 in Betrieb gehenden Kernkraftwerke (ohne Wyhl und Biblis C) wird dann rund 23 000 Megawatt (MW) betragen. Da sie ebenso wie Braunkohle- und Laufwasserkraftwerke am wirtschaftlichsten in der Grundlast gefahren werden, ist die Annahme von mindestens 6000 Betriebsstunden realistisch. Ihr Einsatz ist auch energiewirtschaftlich geboten, da heute wie voraussichtlich 1990 ein beachtliches Defizit an Grundlastkraftwerken bestehen wird, was die Stromerzeugung ohnehin verteuert. Die deutschen Elektrizitätsversorgungsunternehmen sind *in Übereinstimmung mit den offiziellen* energiepolitischen Zielvorgaben bemüht, dieses Defizit eher abzubauen als bestehen zu lassen.

Der Anteil des Heizöls ist schon heute extrem gering und läßt sich bis *1990 allenfalls auf sieben Milliarden* kWh verringern. Dagegen erscheint es energiepolitisch sinnvoll, den Beitrag des Erdgases weiter zu verringern. Es bleibt aber – wie Heizöl – in der Spitzenlast notwendig und dürfte daher nicht unter 20 bis 25 Milliarden kWh zu senken sein. Bleiben Wasser und Braunkohle mit unveränderten absoluten Beiträgen.

Im Ergebnis bleiben dann für Steinkohle nicht mehr als 70 bis 75 Milliarden kWh oder nur noch ein Anteil von rund 20 Prozent. Mit diesem Absatzpotential kann der Jahrhundertvertrag nicht mehr eingehalten werden. Danach ist die öffentliche Stromwirtschaft derzeit verpflichtet, jährlich 30 Millionen Tonnen Steinkohle abzunehmen (entspricht rund 90 Milliarden kWh). 1986 steigt die Pflichtmenge auf 34 Millionen Tonnen (102 Milliarden kWh) und 1991 auf 37,5 Millionen Tonnen (112,5 Milliarden kWh).

Mit diesem Panorama muß sich die Kohlerunde, bestehend aus Vertretern der Kohleländer, des Steinkohlebergbaus und der Gewerkschaft, im September beschäftigen. Bisher wurde die Absatzkrise der deutschen Steinkohle fast ausschließlich mit der deutschen und europäischen Stahlkrise begründet. 1982 wurden von knapp 90 Millionen Tonnen nur rund 80 Millionen verkauft. Trotz der Fördersenkung um zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr sind die Halden aber im ersten Quartal 1983 um 1,5 *Millionen auf* über *34 Millionen* Tonnen gestiegen. Wirtschafts-Staatssekretär Dieter von Würzen hat mit Blick auf 1982 „Absatzverluste bei der Stahlindustrie von acht Millionen Tonnen (als) entscheidend" für diese Entwicklung bezeichnet. Da neue Absatzventile wie Kohleveredelung oder verstärktes Vordringen auf dem Wärmemarkt entweder bis 1990 kein oder allenfalls ein marginales Potential schaffen, muß die Kohlerunde bei Lambsdorff stärker als bisher öffentlich bekundet den Kapazitätsabbau ins Visier nehmen.

BUNDESKARTELLAMT

Grundig und Telefunken erhalten „blaue Briefe"

HANNA GIESKES, Bonn

„Wir sehen darin einen Verstoß gegen das Verbot der Preisbindung." So begründet ein Sprecher des Bundeskartellamtes in Berlin die „blauen Briefe" an die Telefunken Rundfunk und Fernseh GmbH, Hannover, und an die Grundig AG, Fürth, in denen das Amt die Vertriebskonzepte beider Unternehmen beanstandet. In beiden Fällen ist ein Agentursystem installiert worden, bei dem der Fachhändler im Namen und auf Rech*nung des jeweiligen Herstellers* verkauft. Entscheidendes Merkmal: Die jeweiligen Geräte kosten von Flensburg bis Garmisch dasselbe.

Bei Grundig ist inzwischen auch die EG-Kommission vorstellig geworden. Da dieses Agentursystem nur funktionieren kann, wenn kein Händler die Möglichkeit hat, es durch Re-Importe aus dem Ausland zu umgehen, will das Fürther Unternehmen sein Konzept europaweit ausdehnen. Dies sei indes nicht mit dem im EWG-Vertrag verankerten Verbot der Abstimmung von Verhaltensweisen vereinbar, ließ die Kommission Grundig wissen.

Im Bundeskartellamt wird moniert, „daß ein Agentursystem als Vehikel zur Wiedereinführung der seit 1973 verbotenen Preisbindung mißbraucht wird". Das System selbst entspricht den Regeln des Handelsgesetzbuches und ist mithin legal, was auch in der Behörde nicht bestritten wird. Die Absicht, die beide Hersteller damit verfolgen, besteht darin, aggressive Wettbewerber – damit sind vor allem die Japaner gemeint – aus den Regalen des Fachhandels und mithin aus dem Markt zu drängen. Das Mittel dazu sind „auskömmliche" Spannen, die der Hersteller durch die Festpreise dem Händler garantiert. Sofortige Kündigung und *Schadensersatzforderungen* drohen den Händlern, die sich an die in den Agenturverträgen festgesetzten Preise nicht halten.

Beide Unternehmen haben jetzt drei Wochen Zeit zur Stellungnahme. *Telefunken, dessen ursprüngliches* Partnerschaftssystem bereits im vergangenen Jahr untersagt worden war – das Kammergericht in Berlin hat die Untersagung bestätigt –, will „gelassen" abwarten, ob das Amt das modifizierte System auch untersagen wird, heißt es in Hannover. Grundig teilt mit, daß man im Falle einer Untersagung Rechtsmittel einlegen werde. Ein Sprecher verwies auf die Agenturverträge zwischen Mineralölgesellschaften und Tankstellen, die seit Jahrzehnten nicht beanstandet würden. Das Bundeskartellamt weist jedoch darauf hin, daß Tankstellenpächter, anders als Rundfunk-Fachhändler, „in fremden Anlagen sitzen und nur eine Marke verkaufen", und daß es sich überdies um ein gewach*senes System handele.*

Die Wettbewerbshüter fürchten Nachahmer, die bereits aufgetaucht sein sollen, vermutlich sogar aus derselben Branche. „Wir zeigen jetzt Flagge", heißt es dazu in Berlin, „damit nun niemand mehr sagen kann, er handele im guten Glauben."

Dollarsorgen der Notenbank

Von CLAUS DERTINGER

Vor der morgigen Sitzung des Zentralbankrats herrscht nervöse *Spannung in Finanzkreisen*, aber auch sonst in der Wirtschaft. Das signalisiert nicht zuletzt der jüngste Kurseinbruch an der Aktienbörse und am Rentenmarkt. Welche Konsequenzen wird die Bundesbank, deren oberstes währungspolitisches Gremium sich morgen zum ersten Mal nach den Sommerferien trifft, aus den jüngsten Ereignissen an den internationalen Devisenmärkten ziehen, wo der Dollar auf den höchsten Stand seit neun Jahren geklettert ist *und die D-Mark unter ständigem* Kursdruck steht? Eine bange Frage, an die sich manche Befürchtungen knüpfen. Man erinnert sich noch an den Februar 1981, als die Bundesbank mit der Einführung des zwölfprozentigen Sonderlombardsatzes einen Hochzinswall errichtete, der Devisenabflüsse ins Ausland verhindern sollte.

Nun: Obwohl der Dollarkurs heute noch um einiges höher ist als in jenem für die Bundesrepublik außenwirtschaftlichen Krisenjahr, in dem in der deutschen Leistungsbilanz ein 30-Milliarden-Loch Mißtrauen in die Mark zu schüren drohte, besteht heute kein Anlaß für die Frankfurter Währungshüter, die Lage zu dramati*sieren*. Denn die D-Mark ist, gestützt auf einen Leistungsbilanzüberschuß in Höhe eines wahrscheinlich kleinen zweistelligen Milliardenbetrags und eines wieder gestärkten Vertrauens in die deutsche Politik, fundamental gesund. Die Schwäche unserer Währung an den Devisenmärkten *ist* in erster Linie eine Folge der Erstarkung des Dollars, dessen Ursachen in den USA zu suchen sind. Im Klartext heißt das: Niemand muß befürchten, daß die Bundesbank jetzt wie vor *zweieinhalb* Jahren die Zinsnotbremse zieht und damit einen neuen Gipfelsturm der Zinsen auslöst.

Das wäre nicht nur unnötig, sondern auch im höchsten Grade unklug. Denn Superzinsen wie damals wirkten mit Sicherheit wie klirrender Frost auf das immer noch recht zarte Pflänzchen Konjunktur. Dennoch können die Währungslenker den hohen Dollarkurs nicht einfach ignorieren, der im Verein mit der Schwäche der D-Mark gegenüber an*deren* Währungen das bisher so erfreulich günstige Preisklima hierzulande verschlechtert. Und vor allem muß die Bundesbank ins Kalkül ziehen, daß der Höhenflug der amerikanischen Zinsen bei offenen Grenzen für Geld und Kapital einen viel stärkeren Einfluß auf unsere Zinsen hat als die Geldpolitik der Bundesbank.

Zwar hatte die Bundesbank in ei*ner konzertierten Aktion mit* anderen wichtigen Zentralbanken in der letzten Woche versucht, den Kursauftrieb des Dollars zu bremsen. Doch das war wohl nur ein Intermezzo. Die amerikanischen Währungsbehörden waren zum Schluß nicht mehr ganz bei der Sache. Und so gab denn auch die Bundesbank den Versuch auf, den Marktkräften mit Psychologie und Gewalt entgegenzutreten.

So unerwünscht auch die preissteigernde Wirkung der Dollar-Hausse *und der D-Mark-Schwäche ist*, die jetzt die Autofahrer über höhere Benzinkosten schon direkt zu spüren bekommen: Der Bundesbank wird nichts anderes übrigbleiben, als den hohen Dollarkurs zu akzeptieren, mit dem die deutsche Wirtschaft im übrigen wird leben können. Zudem kann man sich damit trösten, daß der niedrige D-Mark-Kurs unserer Exportwirtschaft das Geschäft erleichtert, und das wäre immerhin ein wenn auch bescheidenes Stimulans für unsere *Konjunktur*. Und *noch etwas*: Eine wechselkursbedingte Exportsteigerung könnte den deutschen Handels- und Leistungsbilanzüberschuß noch verbessern und damit die D-Mark fundamental weiter stärken.

Und was wird mit den deutschen Zinsen? Ihren von den USA in Gang gesetzten Anstieg kann auch die Bundesbank nicht bremsen. Schleuste sie zu billiges Geld in den Markt, würde sie nur weitere Kapitalabflüsse ins Ausland und damit auch den Anstieg *des Dollarkurses weiter anheizen*. Deswegen wird sie wohl kaum umhin können, die Geldversorgung der Banken etwas zu verteuern. Eigentlich müßte der Lombardsatz erhöht werden, zu dem sich die Banken praktisch unbegrenzt Notenbankgeld beschaffen können. Aber das könnte als zu spektakuläres Zinssteigerungssignal aufgefaßt werden. Unterhalb dieser Schwelle blieben als Mindestalternative höhere Zinsen für Notenbankkredite im Rahmen der „Feinsteuerung". Aber auch das wäre natürlich ein Signal.

AUF EIN WORT



„Auch wenn uns der hohe Dollarkurs wegen ungünstiger Wirkungen auf die Preise und Zinsen gewisse Sorgen macht: Alles in allem ist das Bild der deutschen Wirtschaft nicht unerfreulich. Im Gegenteil sie befindet sich auf dem richtigen Weg."

Karl Otto Pöhl, Präsident der Deutschen Bundesbank. FOTO: DPA

Banken sehen Belebung

dpa/VWD, Bonn

Anzeichen für eine Belebung der Wirtschaftstätigkeit in der Bundesrepublik sieht der Bundesverband deutscher Banken. Der Anstieg der gewerblichen Baunachfrage und die leicht erhöhten Inlandsbestellungen bei der Investitionsgüterindustrie ließen auf eine Besserung der Investitionsneigung schließen, schreibt der Bankenverband in seinem jüngsten Konjunkturbericht. Die Nachfrage nach Krediten sei deutlich verhalten. Statt dessen würden kurz- und mittelfristige Darlehen abgebaut und verstärkt langfristige Kredite aufgenommen. Zum derzeitigen Dollar-Kurs stellt der Bankenverband fest, daß dessen Entwicklung zum Teil auch auf *ökonomisch unbegründeten* Erwartungen beruhe.

US-ZINSEN

Reagan sieht in Anhebung der Prime Rate keine Wende

H.-A. SIEBERT, Washington

Auch nach der seit einigen Wochen erwarteten Anhebung der Prime Rate um 0,5 auf elf Prozent, die an der Wall Street nur als ein erster Schritt angesehen wird, will Präsident Reagan den Ernst der Lage, hervorgerufen durch die Rekordhaushaltsdefizite, nicht wahrhaben. Durch seinen Sprecher Larry Speakes ließ er erklären, das Weiße Haus hoffe, daß dies keinen neuen Trend in Richtung Geldverteuerung bedeute. Es sehe vielmehr so aus, als passe sich der Zinssatz für kurzfristige Kredite an erste Adressen den anderen Marktzinsen an. „Wir sind davon überzeugt, daß das Erholungsprogramm des Präsidenten, das uns langfristig zu einer stetigen Geld- und Fiskalpolitik verpflichtetet, faßt und die Zinsen bald wieder sinken werden", sagte Speakes.

Schon am Freitag hatten mehrere kleinere amerikanische Institute ihre Prime Rate angehoben. Am Montag folgte ein Dutzend US-Großbanken unter Führung der Citibank, der Bank of America und der Chase Manhattan. Die Aktion war überfällig, da der Leitzins die Refinanzierungskosten längst nicht mehr deckte. So haben sich Certificates of Deposit seit Februar von 8,4 auf 10,4, Notenbanktagegeld von 8,5 auf mehr als 9,5 Prozent verteuert. Henry Kaufman sagt bereits einen Tagesgeldsatz von zehn bis elf Prozent voraus.

In den USA ist die Prime Rate der Leitzins, hinter dem wiederum der *Diskontsatz* herhinkt. Ihr Marsch nach oben ist deshalb bedenklich, weil die US-Konjunktur hauptsächlich von den Verbrauchern getragen wird, während die Investitionen noch darniederliegen. Höhere Zinsen können sich mithin als Konjunkturbremse erweisen.

FUNKAUSSTELLUNG BERLIN

Trotz Rezession nicht an Attraktivität verloren

PETER WEERTZ, Berlin

Einen Blick in die Zukunft verspricht die Internationale Funkausstellung Berlin, die am 2. September eröffnet wird. Sie ist wieder der Treffpunkt von Herstellern, Handel und Interessenten der Unterhaltungselektronik. Mit „brandaktuellen Geräten und Produkten" sind diesmal 350 *(1981: 327) Aussteller aus 21 Ländern* vertreten. Erwartet werden knapp eine halbe Million Besucher.

Die Funkausstellung ist gleichzeitig der Start für das Bildschirmtext-System in der Bundesrepublik; bundesweit verzögert sich allerdings die Ausstrahlung von Bildschirmtext bis zum Frühjahr nächsten Jahres. Unter dem Leitthema „Bildschirmtext ist da" präsentiert jedoch die Bundespost das neue Medium auf der Messe. Dabei sollen die Möglichkeiten dieses Mediums zum ersten Mal der breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Auf der Funkausstellung werden außerdem die Fortschritte beim Kabelfernsehen sowie Senderprogramme von Rundfunk und Fernsehen über Satelliten demonstriert, die in der Informationsschau „Kommunikationstechnik" zusammengefaßt sind. Das Kommunikationssystem der Zukunft, das Personen an verschiedenen Orten durch Bild und Ton verbindet, wird dabei über den Satellit OTS 2 von und nach Berlin vorgeführt.

Unverändert groß ist das Interesse für Videorecorder, die Digitaltechnik, Mehrkanalton-Farbfernseher, Compact-Discs, HiFi-Anlagen und Telespiele. Als Neuheit gibt es darüber hinaus den Heimcomputer. Im Schatten dieser Neuheitenschau steht das Videotext-System. Trotz weltweiter Rezession hat die Funkausstellung nicht an Attraktivität verloren. Seit Monaten ist die Messe ausgebucht.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Entwicklung des Rentenniveaus

Durchschnittliches Netto-Jahresarbeitsentgelt der versicherten Arbeitnehmer (DM); Jahres-Standardrente (Rente eines Durchschnittsverdieners nach 40 Versicherungsjahren) (DM); Netto-Rentenniveau (Jahres-Standardrente in % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)

Jahr	Netto-Jahresarbeitsentgelt (DM)	Jahres-Standardrente (DM)	Netto-Rentenniveau (%)
1970	10 340	5 868	56,8
1971	11 373	6 191	54,4
1972	12 472	7 112	57,0
1973	13 519	7 614	56,3
1974	14 860	8 473	57,0
1975	15 947	9 417	59,1
1976	16 846	10 457	62,8
1977	17 603	11 550	65,6
1978	18 705	12 097	64,7
1979	19 818	12 641	63,8
1980	20 784	13 147	63,3
1981	21 692	13 673	63,0
1982	22 331	14 460	64,8

ZAHLENBILDER 149 360

Im Jahre 1962 war die Rente eines Durchschnittsverdieners nach 40 Versicherungsjahren nur etwa halb so hoch wie das durchschnittliche Nettoarbeitseinkommen. Den relativen Höchststand erreichte das Rentenniveau 1977 mit 65,6 Prozent des Nettoarbeitsentgeltes. In den folgenden Jahren ging dieser Anteil bis auf 63 Prozent (1981) zurück, stieg aber 1982 wieder auf knapp 65 Prozent an. QUELLE: ZAHLENBILDER

Einzelhandel: Im ersten Halbjahr leichtes Umsatzplus

Wiesbaden (VWD) – Der Einzelhandel in der Bundesrepublik setzte im Juni 1983 real sieben Prozent mehr um als im gleichen Vorjahresmonat. Wie aus vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hervorgeht, stellte sich der Zuwachs nominal auf acht Prozent. Bei den Warenhausunternehmen ergab sich im Juni 1983 im Jahresvergleich ein nominaler Umsatzzuwachs von 0,2 Prozent, die Versandhandelsunternehmen büßten 0,2 Prozent ein. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres waren die Umsätze des gesamten Einzelhandels nominal drei Prozent und real 0,4 Prozent höher als im ersten Halbjahr 1982. Die größten Umsatzsteigerungen konnten im Juni im Jahresvergleich die Bereiche Fahrzeuge, Fahrzeugteile und Reifen (real plus 27 Prozent) erzielen. Weitere *Umsatzgewinner waren* Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren (plus fünf Prozent), Papierwaren, Druckerzeugnisse, Büromaschinen (plus fünf) und Einrichtungsgegenstände (plus 17).

Starker Auftragsrückgang

Hamburg (rtr) – Die Seeschiffswerften in der Bundesrepublik Deutschland haben nach Angaben des Verbandes der deutschen Schiffbauindustrie im ersten Halbjahr 1983 Aufträge für *34 Schiffe mit 154 000 Bruttoregister*tonnen (BRT) im Wert von 934 Millionen Mark gebucht. Ein Verbandssprecher erklärte, das bedeute im Vergleich zu den ersten sechs Monaten des Vorjahres einen Auftragsrückgang um 39 Prozent. Im ersten Halbjahr hätten die Seeschiffswerften 68 Schiffe mit einer Tonnage von 468 000 BRT im Wert von 2,2 Milliarden DM abgeliefert, verglichen mit 58 Einheiten mit einer Tonnage von 278 310 BRT in den ersten sechs Monaten des Vorjahres.

Erdgasverbrauch gesunken

Bonn (VWD) – Der Erdgasverbrauch der Bundesrepublik Deutschland ist 1982 um 8,2 Prozent auf 54,5 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten zurückgegangen. Der Erdgasanteil am Primärenergieverbrauch sank von 15,8 Prozent auf 15,0 Prozent. Das geht aus dem jetzt in Bonn veröffentlichten Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Gas- und Wasserwirtschaft hervor. Einer positiven Anschlußentwicklung in den Haushalten, im Gewerbe und im industriellen Produktionssektor stehen bei der Gasabgabe erhebliche Rückgänge im Kraftwerkssektor und und bei den *industriellen Großkunden gegenüber*. Ein Grund hierfür liegt in der Substitution von Erdgas durch Kesselkohle.

Importverbot aufgehoben

München (AFP) – Das deutsche Einfuhrverbot für Fleisch- und Wurstwaren aus Italien ist jetzt aufgehoben, teilte der ADAC in München mit. Im Frühjahr dieses Jahres war die afrikanische Schweinepest nach Italien eingeschleppt worden. daraufhin hatten die deutschen Behörden das Einfuhrverbot verhängt.

Esso und Aral ziehen nach

Hamburg/Bochum (AP) – Die Mineralölkonzerne Esso und Aral werden sich heute der von BP eingeleiteten erneuten Benzinpreiserhöhung anschließen. Ebenso wie BP wollen sie die Preise für den Liter Normal-, Superkraftstoff und Diesel um drei Pfennig heraufsetzen. Zur Begründung erklärten die beiden Unternehmen, daß die „anhaltend schlechte Ertragslage im Mineralölgeschäft durch den steigenden Dollarkurs verschärft wird".

Handelsbilanz-Plus in Japan

Tokio (dpa/VWD) – Die japanische Handelsbilanz hat im Juli mit einem Überschuß in Höhe von 2,8 Milliarden *Dollar abgeschlossen, verglichen mit* plus 1,3 Milliarden Dollar im entsprechenden Vorjahresmonat. Nach der offiziellen Zollstatistik nahmen die Exporte (auf Dollarbasis) um 5,5 Prozent auf insgesamt 12,6 Milliarden Dollar zu, während die Importe um –,– Prozent auf 9,8 Milliarden Dollar abfielen. Die Exporte in die EG stiegen um 6,4 Prozent auf 1,6 Milliarden Dollar, während die Importe aus diesem Raum mit 631 Millionen Dollar nur um 0,2 Prozent über denen des Vorjahres lagen.

Zehner-Treffen bestätigt

Washington (VWD) – Das US-Finanzministerium bestätigte, daß für Anfang September ein Treffen der Gruppe der zehn wichtigsten Industrienationen in Paris geplant ist. Dabei soll über zusätzliche Mittelaufnahmen für den IWF und Änderungen bei der Kreditvergabe beraten werden. Nach Angaben des IWF haben inzwischen 19 Mitgliedsländer die Verträge über die Erhöhung ihrer Mitgliedsbeiträge ratifiziert.

INDUSTRIE-FEUER-VERSICHERUNG

Ende der verlustreichen Jahre nicht abzusehen

K. S. Bonn

Große Sorgen bereitet der Versicherungswirtschaft seit Jahren die Sparte Industrie-Feuer-Versicherung. Wie der Verband der Sachversicherer bekanntgab, mußten allein im ersten Halbjahr 1983 für 140 „Millionenschäden" insgesamt mehr als 900 Millionen Mark aufgebracht werden. Wesentliche Schadensursache, so läßt sich der Verbandsstatistik entnehmen, sind vorsätzliche Brandstiftung und Fahrlässigkeit. Anlaß genug für die Versicherer, verstärkt Schadenverhütungsmaßnahmen von ihren Kunden zu fordern.

Die Marktverluste im letzten Jahr beliefen sich in der Industrie-Feuer-Versicherung auf mehr als 300 Millionen Mark, womit 1982 nur ein weiteres Glied in der Kette der verlustreichen jahre darstellt. Der Hauptgrund für diese Misere liegt in den vergangenen besseren Zeiten. Damals waren die Gesellschaften von der Tarifprämie, die lediglich ein Richtmaß darstellt, nach unten abgewichen. Der Preiswettbewerb führte zu „unvernünftigen" Prämiensätzen, wie ein Hamburger Makler erklärte.

Heute versuchten die Sachversicherer, mit Hilfe eines Sanierungsprogramms wieder zu „bedarfsgerechten" Prämien zurückzufinden. Damit verbunden sind Prämiensteigerungen zwischen 20 und 30 Prozent und eine neue Tarifprämie, an die sich die in dem Verband zusammengeschlossenen Versicherer – laut abgelegtem Gelöbnis – halten wollen. Probleme werden sich natürlich weiterhin durch die ausländische Konkurrenz ergeben. Sie hat kein Versprechen abgegeben und kann somit den Versuch der *deutschen* Versicherer, sich an eine einheitliche Tarifprämie zu halten, durch Billigprämien leicht unterlaufen.

FINANCIAL TIMES / Nach zehn Wochen Ausstand wieder erschienen

Streit beim Druck der ersten Ausgabe

WILHELM FURLER, London

Die englische Wirtschaftszeitung „Financial Times" setzt in ihrem Leitartikel anläßlich ihres Wiedererscheinens (am Dienstag) nach zehnwöchiger streikbedingter Zwangspause auf die Hoffnung, daß der lange Arbeitskampf letztlich zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den beteiligten Parteien führen könnte. Doch ob sich dieser Optimismus erfüllt, bleibt abzuwarten.

Gleich in der ersten Produktionsnacht kam es erneut zu erheblichen Auseinandersetzungen in der Rotation, was dazu führte, daß nur ein verschwindend kleiner Teil der britischen Ausgabe am gestrigen Morgen ausgeliefert werden konnte. Der Grund: Die an ihren Arbeitsplatz zurückgekehrten Druckmaschinen-*Aufseher*, die *der* Gewerkschaft National Graphical Association angehören und die den langen Streik ausgelöst hatten, protestierten bei der Geschäftsführung, daß die Druckmaschinen nicht ausreichend für den Wiederandruck vorbereitet worden wären.

Verantwortlich dafür waren die Maschinendrucker der rivalisierenden Drucker-Gewerkschaft Sogat '82. Sie konnten die Maschinen nicht warten, weil sie noch bei anderen Zeitungen der Londoner Fleet Street in Dienst standen. Hinzu kamen massive Beschwerden darüber, daß Mitglieder einer dritten Gewerkschaft, der Amalgamated Union of Engineering Workers, versucht hatten, die Rotation wieder startklar zu machen – eine Arbeit, zu der in den Augen der Druckmaschinen-Aufseher nicht diese, sondern ausschließlich Mitglieder der Druckerei-Gewerkschaft berechtigt sind.

Allein *dieser Zwischenfall* zeigt schon, wie schwer es für die „Financial Times" sein wird, trotz des ausgehandelten Kompromisses über Produktivitätsverbesserungen und gleiche Bedingungen für alle in der Rotation tätigen Mitarbeiter einen dauerhaften Arbeitsfrieden und eine stabile Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Erschwert wird diese Aufgabe zusätzlich dadurch, daß die Einführung und ständige Fortentwicklung neuer Herstellungs-Technologien gewiß nicht ohne massive Opposition einzelner Gewerkschaftsgruppen und -grüppchen durchzusetzen sein wird.

10,1 Millionen Pfund oder umgerechnet gut 40 Millionen Mark hat der Ausstand an Einnahmeausfällen ge*kostet*, der das Erscheinen der „Financial Times" 59mal hintereinander verhinderte. In diesem von der Zeitung selbst genannten Betrag sind bereits eingesparte Kosten wie nicht gezahlte Löhne an die Streikenden oder Papierkosten berücksichtigt. Auf 1,1 Millionen Pfund beziffert die Geschäftsführung die den Streikenden entgangenen Bezüge.

MAROKKO / Importe steigen – Exporte sinken

Sparprogramm verkündet

AFP, Rabat

Mit einem drakonischen Austerity-Plan, der Ende Juli vom marokkanischen Parlament angenommen und inzwischen eingeleitet wurde, soll die schwere Krise bekämpft und die Wirtschaft dieses nordafrikanischen Landes saniert werden. Noch enger muß die Bevölkerung den Gürtel schnallen. Mit der Aufhebung und Reduzierung der Subventionen für zahlreiche Grundnahrungsmittel und lebensnotwendige Waren zogen bereits die Preise erheblich an. Die ebenfalls beschlossene Erhöhung der direkten und indirekten Steuern wird die Kaufkraft zusätzlich einschränken. Die Kürzung der Staatsausgaben und die auf später verschobene Realisierung zahlreicher Entwicklungsprojekte wird mit Sicherheit zu einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit führen.

Das drastische Sparprogramm war unvermeidlich, um einen Bankrott des Landes zu verhindern. Die marokkanische Außenverschuldung belief sich Ende vergangenen Jahres nach offiziellen Angaben auf 9,5 Milliarden Dollar. Sie hat inzwischen zehn Milliarden Dollar erheblich überschritten. Die Exporte betrugen 1982 nur 12 Milliarden Dirham (etwa 4,8 Milliarden Mark), die Einfuhren waren mit 25 Milliarden Dirham mehr als doppelt so hoch. Allein für Erdölimporte mußten sieben Milliarden ausgegeben werden. Dagegen sanken die Weltmarktpreise für Phosphat. Marokko konnte aus den Exporten von Phosphat und Derivaten sowie Kunstdünger zusammen nur 5,5 Milliarden Dirham erlösen.

Auch 1983 wird das Außenhandelsergebnis nicht besser ausfallen, nachdem als Folge der Dürre die Getreideernte nur etwa 30 Millionen Doppelzentner ergeben dürfte, während der Verbrauch 60 bis 70 Millionen Doppelzentner beträgt. Das Defizit des Staatsbudgets stieg von drei Milliarden 1981 auf sieben Milliarden Dirham 1982 an. Es hätte 1983 ohne das Sparprogramm acht Milliarden erreicht.

Die schwere Wirtschaftskrise, der steigende Dollarkurs, das dritte Dürrejahr und der seit fast acht Jahren dauernde Saharakrieg haben die Kraft des Landes völlig erschöpft. Eine Delegation des Internationalen Währungsfonds (IWF), die in Rabat die Wirtschaftslage des Landes prüfte, schlug nach Angaben unterrichteter Kreise eine 17prozentige Abwertung des Dirhams vor, was die Regierung jedoch ablehnte.

Experten unterstreichen, daß eine Änderung der Paritäten die nicht reduzierbaren Lasten Marokkos, wie den Schuldendienst und die Erdöl- und Getreideeinfuhren, stark verteuern würde, ohne daß mit einer Zunahme der Exporte gerechnet werden könne.

PORTUGAL / IWF-Kredit unterzeichnet – Entlassungen bei den Staatsbetrieben

Weiter stark steigende Arbeitslosigkeit

ROLF GÖRTZ, Madrid

Der Internationale Währungsfonds IWF gewährt der portugiesischen Regierung einen Stand-By-Kredit von 300 Millionen Dollar. Nach einem entsprechenden Abkommen, das jetzt unterzeichnet wurde, werden weitere 100 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt, für den Fall, daß der Betrag nicht ausreicht. Die Bedingungen, denen sich die portugiesische Regierung unterworfen hat, sollen dazu beitragen, das Vertrauen ausländischer Banken für Wirtschaftskredite wiederherzustellen.

Portugal hofft insgesamt Kredite über 1,2 Milliarden Dollar zu erhalten und bietet dafür den Verkauf von 30 Tonnen Gold aus seinen Reserven, die zur Zeit noch 680 Tonnen Gold betragen. Noch decken die Goldreserven etwa drei Viertel der Auslandsschulden, die auf 13,5 Milliarden Dollar beziffert werden. Das Defizit der Zahlungsbilanz, das 1980 noch 1,3 Milliarden Dollar betrug, erreichte 1982 gegen drei Milliarden Dollar. Der erschreckende Anstieg zwang zuletzt auch jene Bankenkonsortien zur Zurückhaltung, die der portugiesischen Wirtschaft bisher immer noch aus der Klemme halfen. Zuletzt allerdings zu sehr ungünstigen Bedingungen.

Mit dem IWF-Kredit wollen die Portugiesen ihre Zinsschulden dekken, die im Herbst dieses Jahres fällig werden und sich auf insgesamt 400 Millionen Dollar belaufen. Die Koalitionsregierung der Sozialisten und Sozialdemokraten verpflichtete sich ihrerseits zu einer Austerity-Politik, deren Ausmaß die gesamte Volkswirtschaft empfindlich treffen wird. Wie der sozialistische Regierungschef Mario Soares schon vor den Wahlen angekündigt hatte, wird zuerst bei jenen Staatsbetrieben aufgeräumt, die nach der Revolution von 1974 zusammen mit den Banken und Versicherungsgesellschaften enteignet wurden. So soll das Sparprogramm vor allem den Anteil des Haushaltsdefizits von elf Prozent am Bruttoinlandsprodukt auf sechs Prozent drosseln. Um das zu erreichen, wurde unter anderem ein Investitionsprogramm von einer Milliarde Dollar zunächst bis zur Neuregelung im September vollständig gesperrt.

Man rechnet mit Entlassungen von zunächst 70 000 Beschäftigten der Staatsbetriebe. Finanzminister Ernani Lopes (unabhängig) erinnerte daran, daß allein die Zahl der Beamten von 150 000 während des Salazar-Regimes im Zuge der Demokratisierung auf 400 000 gestiegen ist. So erwarten portugiesische Kommentatoren, etwa der angesehenen Wochenschrift „Tempo" einen Anstieg der Arbeitslosenziffern von zur Zeit etwa 400 000 (12 Prozent der aktiven Bevölkerung von nicht ganz vier Millionen) auf über 800 000. Da man in Portugal von „Parallel-Wirtschaft" spricht, wenn man Schwarzarbeit und Mehrbeschäftigung meint, erwachsen hier Gefahren für eine rigorose Sparpolitik. Doch nur allein dieses Phänomen kann vor Aufständen und Armut schützen.

Zu den wichtigsten allgemeinen Sparmaßnahmen gehört die Reduzierung der Importe auf den Stand des Revolutionsjahres von 1974/75. Das bedeutet unter anderem eine ganz erhebliche Drosselung der Automobileinfuhr. Wahrscheinlich dürften nur die Montagebetriebe ihre Arbeitsplätze erhalten, während Händlerfirmen ganz allgemein ihre Existenz bedroht sehen.

NIEDERSÄCHSISCHE SPARKASSEN

Langsamerer Einlagenzufluß

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Der Spareinlagenzufluß bei den 73 im Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverband zusammengeschlossenen Sparkassen hat sich in den beiden letzten Monaten merklich verlangsamt. Ursache dafür ist nach den Worten des neuen Verbandspräsidenten, Dietrich Hoppenstedt, die in den Ferienmonaten verstärkt zu beobachtende Verwendung der Mittel für Konsumzwecke. Immerhin habe sich im ersten Halbjahr insgesamt beim Sparkapital noch ein Zuwachs von 1,5 Prozent auf 36,3 (35,7) Mrd. DM ergeben. Davon entfielen auf Spareinlagen 27,9 (27,5) Mrd. DM. Kräftig verringert auf 5,1 (5,6) Mrd. DM haben sich dagegen die Termineinlagen, während die Sichteinlagen auf 7,1 (6,9) Mrd. DM zunahmen.

Das Volumen an Kundenkrediten erhöhte sich auf 47,5 (46,4) Mrd. DM. Einem leichten Rückgang bei Wechselkrediten und mittelfristigen Forderungen steht ein geringer Zuwachs bei den kurzfristigen Krediten gegenüber. Am bedeutendsten sind unverändert die langfristigen Forderungen, die rund 70 Prozent aller Kundenforderungen ausmachen und um 904 Mill. DM auf 32,8 Mrd. DM zunahmen. Gut zwei Drittel des Zuwachses entfallen auf Realkredite. Hoppenstedt rechnet zunächst mit einer Festigung dieses Trends, weil die Zusagen im langfristigen Bereich ungewöhnlich hoch sind (4,3 nach 2,5 Mrd. DM).

Zu den Themen, die derzeit die Sparkassenorganisationen am stärksten beschäftigen, gehört der Gesetzentwurf zum Vermögensbildungsgesetz, der bereits Anfang 1984 in Kraft treten soll. Hoppenstedt weist darauf hin, daß bei der geplanten Erweiterung des Anlagekatalogs, um ausschließlich Beteiligungswerte, die Sparkassen unberücksichtigt bleiben. Die Nachteile – etwa gegenüber Kreditgenossenschaften – würden so noch verstärkt. In das neue Gesetz sollten deshalb Forderungsrechte oder Genußscheine mit einbezogen werden.

DEUTSCHE AFRIKA-LINIEN

Mitreeder werden geworben

JAN BRECH, Hamburg

Die Deutschen Afrika-Linien (DAL), Hamburg, haben jetzt zum zweiten Mal in Zusammenarbeit mit dem Bankhaus Wölbern & Co., Hamburg, sowie der Treuag Treuhand AG, Essen, ein Beteiligungsangebot entwickelt, um Eigenkapital für das Containerschiff MS „Ubena" über eine Fondsgesellschaft einzuwerben. Die „Ubena", die zur Zeit bei der AG „Weser" in Bremen gebaut wird und im Dezember dieses Jahres abgeliefert werden soll, wird in eine Partenreederei eingebracht, an der sich Kapitalanleger mit insgesamt 20,48 Mill. DM (Mindest-Beteiligung pro Mitreeder 20 000 DM) beteiligen können. Die Geber des langfristigen Fremdkapitals haben für die Partenreeder einer Haftungsfreistellungsklausel zugestimmt.

Das Containerschiff „Ubena" soll im Liniendienst nach Ostafrika eingesetzt werden. Es fährt unter deutscher Flagge und mit deutscher Besatzung. Die DAL, die den Ostafrika-Verkehr bislang mit Mehrzweckfrachtern betrieben hat, wird die „Ubena" in ein Konsortium aus englischen und kontinentalen Reedereien einbringen. Zur Finanzierung des Schiffs werden 83,4 Mill. DM benötigt. Das Partenkapital soll 20,5 Mill. DM, die stille Beteiligung der DAL 5 Mill. DM betragen. Dazu kommen 13,2 Mill. DM Bundesschiffbauzuschüsse. Der Rest von 44,8 Mill. DM wird langfristig über Schiffshypothekendarlehen finanziert.

Das Kommanditkapital hofft die Treuag, über die die Emission erfolgt, bis Ende dieses Jahres plaziert zu haben. Es wird eine Verlustzuweisung von knapp 300 Prozent erwartet. Einen negativen Effekt bei den an Schiffahrts-Beteiligung interessierten Anlegern durch die Vorgänge um den fallierten Reeder Drescher erwartet man bei der DAL nicht.

Mit Angaben über die wirtschaftliche Entwicklung der Reederei-Gruppe im Jahr 1982 und auch in diesem Jahr hält sich die Geschäftsführung gleichwohl zurück. Die DAL habe 1982 mit 720 bis 730 Mill. DM Umsatz und schwarzen Zahlen im Ergebnis etwa so wie im Vorjahr dagestanden, heißt es lapidar. Angaben zur Lage in diesem Jahr sind völlige Fehlanzeige. Für den Ost-Afrika-Verkehr werden für 1982 Bruttofrachteinnahmen von 85 Mill. DM angegeben. Die stattliche Ausweitung um 20 Mill. DM sei intensiven Bemühungen um diesen Dienst zu verdanken.

Renault soll Harvester retten

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Auf Betreiben der französischen Regierung hat der staatliche Renault-Konzern mit der amerikanischen Harvester-Gruppe Verhandlungen über eine Annäherung seiner Landmaschinen-Tochter DMA mit der International Harvester France aufgenommen. Angesichts der Verluste, die letztes Jahr 415 Mill. Franc bei 2,6 Mrd. Franc Umsatz erreicht hatten – die gesamte Harvester-Gruppe verlor 1,6 Mrd. Dollar bei 4,3 Mrd. Dollar Umsatz –, verlangt Renault aber eine bedeutende Staatshilfe.

Die Regierung selbst sieht jetzt die günstige Gelegenheit zur Verwirklichung ihres Traums von einer nationalen Landmaschinenindustrie europäischer Größenordnung. In Frankreich steht DMA in der Branche mit 19 Prozent Marktanteil an der Spitze vor Fiat, Harvester und Massey-Ferguson. Harvester hatte bereits im Februar mit Massey-Ferguson einen Kooperationsvertrag unterzeichnet, der aber bisher nicht die gewünschten Ergebnisse brachte. Die Harvester France mußte in den letzten 18 Monaten infolge von Absatzschwierigkeiten ihre Belegschaft von 4500 auf 3600 Mitarbeiter abbauen. Bei Renault steht man dem Regierungsprojekt eher zurückhaltend gegenüber.

BÜSING & FASCH / Lack beginnt zu bröckeln

Politik der Marktnischen

DOMINIK SCHMIDT, Oldenburg

Die branchenweit ungenügende Kapazitätsauslastung hinterläßt auch bei der Firmengruppe Büsing & Fasch (Büfa), Oldenburg, ihre Spuren. Nach Angaben der Geschäftsführung des Farben- und Lack-Herstellers dürfte sich die Ertragsentwicklung, die bereits 1982 einen negativen Verlauf nahm, im laufenden Jahr erneut verschlechtern. Dies bedeute aber nicht, daß etwa rote Zahlen geschrieben würden. Zwar sei in einigen Bereichen die Ertragslage unbefriedigend; alle Sparten aber arbeiteten mit positiven Ergebnissen, erklärten die Büfa-Geschäftsführer Gerd de Vries und Wolfgang Schlicht anläßlich des 100jährigen Firmenjubiläums.

Das Unternehmen erzielte 1982 einen Umsatz von 120 (115) Mill. DM. Für 1983 rechnet die Geschäftsführung mit einem Anstieg auf rund 140 Mill. DM. Zu einem großen Teil resultiert das Umsatzplus allerdings aus dem Erwerb des Holzlack-Herstellers Bergolin, Ritterhude, von der Reichold Chemie AG im März 1983. Bergolin beschäftigt 50 Mitarbeiter und repräsentiert einen Umsatz von 12 bis 15 Mill. DM.

Vom Gesamtumsatz der Gruppe entfallen rund 60 Prozent auf Farben und Lacke. Neben Maler- und Dispersionsfarben befaßt sich Büfa mit der Herstellung von Anstrich- und Beschichtungsstoffen für Metall und Betonschutz, Industrielacken, Farben für den Anstrich von Schiffen und nunmehr auch Möbellacken. Obwohl die derzeit gedrückten Preise Sorge bereiten, zeigt sich die Geschäftsführung – gemessen an der Branche – vergleichsweise zufrieden. Vor allem die seit Jahren betriebene „Marktnischen-Politik" habe sich bewährt. Die Vielfalt des Programms mache das Unternehmen von konjunkturellen Einbrüchen einzelner Abnehmergruppen weniger anfällig.

Weitere Standbeine der Gruppe sind glasfaserverstärkte Kunststoffe, Polyurethan-Schaumstoffe, Textilpflege- und Industriereinigungsmittel, Glasbaustoffe und der Handel mit Chemikalien. Zahlreiche Neuentwicklungen und erweiterte Anwendungsbereiche würden das Geschäft in diesen Sparten positiv beeinflussen und den Ertragsrückgang bei Farben und Lacken teilweise kompensieren.

Innerhalb der Gruppe werden knapp 600 Mitarbeiter beschäftigt. Die Investitionen erreichten 1982 rund 5 Mill. DM und lagen wie schon in früheren Jahren über den Abschreibungen. Das Exportgeschäft hat einen Anteil von 5 Prozent. Die nicht näher definierte Eigenkapitalquote des Familienunternehmens wird als befriedigend bezeichnet, die Bilanzstruktur als „durchweg gesund".

NAMEN

Prof. Dr. **Günter Danert**, früher langjähriger Finanzvorstand der Standard Elektrik Lorenz AG, vollendet am 11. August das 70. Lebensjahr.

Karlheinz Göseke, Senior-Partner der Hamburger Hausmaklerfirma Arnold Hertz & Co., wird am 11. August 65 Jahre.

Ernst-Erich Marhencke ist zum Vorsitzenden der Geschäftsführung der Dr.-Ing. Rudolf Hell GmbH, Kiel, ernannt worden. **Bernd Rusitska** und Dr. **Klaus Wellendorf** wurden von stellvertretenden zu ordentlichen Geschäftsführern ernannt.

Josef Rupp, Geschäftsführer der Techem GmbH, Frankfurt, wird heute 60 Jahre alt.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: I. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: *Nr. 62 und Kombinationstarif* DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

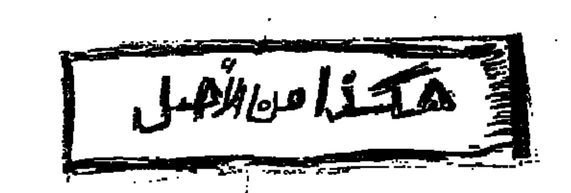
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.







RAU-GRUPPE / Mit Tiefkühlmenüs ist das Familienunternehmen auf Erfolgskurs

Verdrängung am Margarinemarkt

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

„Wir sind in den letzten Jahren zufrieden gewesen und wie immer haben wir vor den kommenden Jahren Angst." Mit diesem spöttischen Unterton umgeht Ulrich Rau die Frage nach der Rendite in der von ihm geführten Walter-Rau-Gruppe, Hilter/Niedersachsen, die 1982 mit 1450 Leuten einen konstanten Umsatz von 580 Mill. DM erzielte.

Stolz und auch an seine drei Kinder denkend fügt er die Versicherung hinzu, die von seinem Vater 1903 gegründete Firma werde auch künftig *ein reines Familienunternehmen* ohne Kapitalbeteiligung Dritter bleiben. Als einzigen Hinweis zur finanziellen Stabilität solcher Versicherung fügt er hinzu, daß das Eigenkapital der Gruppe fast bei 40 Prozent der Bilanzsumme von 160 Mill. DM liege und fast voll das Anlagevermögen decke.

Beredter wird der alleinige persönlich haftende Gesellschafter der Gruppenführungsgesellschaft Walter Rau Lebensmittelwerke GmbH & Co. KG, wenn er auf seine drei großen Märkte zu sprechen kommt. Je 250 Mill. DM Umsatz macht die Gruppe mit den von ihrer Führungsgesellschaft in Hilter erzeugten Margarineprodukten und mit der Aufarbeitung pflanzlicher Öle und Fette bei der Tochter „Neusser Öl und Fett AG", die restlichen 80 Mill. DM bereits mit der 1966 gegründeten Hansa Tiefkühlmenü GmbH & Co., Hilter (15 Prozent Oetker-Kapitalanteil) nebst 50-Prozent-Beteiligung in St. Pölten/Österreich.

Auf dem deutschen Margarinemarkt ist Rau mit gut 16 Prozent Marktanteil hinter dem Unilever-Konzern (64 Prozent Marktanteil der Union Deutsche Lebensmittelwerke und 14 Prozent bei weiteren Unilever-Töchtern) als einziger großer konzernfreier Produzent übriggeblieben. Den seit Jahren auf diesem Markt ablaufenden Preiskampf und Verdrängungswettbewerb mache nun auch Unilever kräftig mit, beklagt Rau, nachdem der Konzern das ehemalige Kölner Familienunternehmen Benedikt Klein gekauft hat.

Da werde „auf der Niedrigstpreisschiene" die Rückgewinnung von Marktanteilen versucht, die man bei den etablierten Marken verloren habe. Das werde alles noch schlimmer, wenn die seit ein bis zwei Monaten anhaltende Hausse der Fett-Rohwarenpreise (30 Prozent Preisauftrieb, bei Kokosöl sogar reichliche Preisverdoppelung) anhalte und in etwa einem halben Jahr auf die laufende Margarineproduktion voll durchschlage.

Verluste freilich, betont Rau, mache die Gruppe, die auch 1983 wieder den Vorjahresumsatz erwartet, bisher auf keinem ihrer drei Haupt-Produktfelder. Den besten Ertrag bringe das Tiefkühl-Menü-Geschäft, in dem sich Rau mit einer Tagesproduktion von über 150 000 Menüs und „30 bis 40 Prozent Marktanteil" als größter deutscher Anbieter sieht. Da habe man es nicht wie im Margarinegeschäft (wo auch Rau nur noch 60 Prozent der Produktion unter den eigenen Firmenmarken absetzen kann) mit der preisdrückenden Marktmacht von Handelsriesen zu tun.

Einen großen Schritt ins Ausland hat das Familienunternehmen 1982 mit der 30-Prozent-Beteiligung an einer neuen Spezialfett-Fabrik in Malaysia unternommen, die mit 30 Mill. DM Investitionen eine Anlage für Kakaobutter-Ersatzfette und deren weltweiten Vertrieb errichtet. Nur zum Teil ist der auf Rau entfallende Investitionsteil bereits in den „vorwiegend selbstfinanzierten" 20 Mill. DM enthalten, die von der Gruppe 1982 investiert wurden.

NordLB: Erträge kräftig gestiegen

D. SCHMIDT, Hannover

Die Norddeutsche Landesbank (NordLB), Hannover-Braunschweig, verzeichnet nach den ersten sechs Monaten 1983 eine deutliche Verbesserung ihrer Ertragslage. Nach Angaben des Instituts konnte das Betriebsergebnis ohne Berücksichtigung des Handelsergebnisses gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um ein Drittel gesteigert werden. Im wesentlichen sei dies auf den um 17 Prozent gewachsenen Zinsüberschuß zurückzuführen. Trotz des nach wie vor hohen Risikopotentials und der Unsicherheiten über die weitere Zinsentwicklung rechnet der Vorstand für das zweite Halbjahr weiter mit einem „zufriedenstellenden Ertragsniveau".

Die Bilanzsumme der Bank erhöhte sich im Berichtszeitraum um 2,4 Prozent auf 56,2 Mrd. DM, vor allem auf Grund der gestiegenen Ausleihungen an die Nichtbankenkundschaft (plus (672) Mill. DM). Das gesamte Kreditvolumen nahm um 2,2 Prozent auf 40,9 Mrd. DM zu. Leicht verringert haben sich dabei die Auszahlungen an Unternehmen. Die Ursache sei in der verhaltenen Wirtschaftsentwicklung zu sehen; sie bremse nach wie vor die Investitionsbereitschaft. Im Gegensatz dazu führte die Belebung in der Wohnungsbaunachfrage zu einer kräftigen Erhöhung der Auszahlungen bei Realkrediten. Im internationalen Geschäft seien die Aktivitäten „behutsam" ausgeweitet worden.

Die Refinanzierung des Aktivgeschäfts erfolgte fast ausschließlich über die Begebung eigener Schuldverschreibungen. Deren Volumen nahm gegenüber Ende 1982 um 1,2 Mrd. DM auf 28,7 Mrd. DM zu. Dabei betrug der Erstabsatz eigener Schuldverschreibungen 3,6 Mrd. DM. Im Niederlassungsbereich der Bank setzte sich die positive Spartätigkeit der Kundschaft fort: Die Spareinlagen erhöhten sich um 3,3 Prozent auf 3 Mrd. DM.

Positiv entwickelte sich im Berichtszeitraum auch das Geschäft der Landes-Bausparkasse. Mit über 47 300 Bausparverträgen und einer Bausparsumme von 1,33 Mrd. DM seien die entsprechenden Vorjahresergebnisse deutlich übertroffen worden.

DOAG WARENHANDEL / Keine Dividende

Nigeria bleibt Sorgenkind

JAN BRECH, Hamburg

Die erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Nigeria haben bei der Doag Warenhandels-AG, Hamburg, voll durchgeschlagen. Die Gesellschaft, die von ihrer bisher wichtigsten Gewinnquelle abgeschnitten worden ist, muß für das Berichtsjahr 1982 die bereits im Vorjahr von 30 auf 10 Prozent gekürzte Dividende ganz *streichen.*

Die Verwaltung bleibt gleichwohl optimistisch. Wie es im Geschäftsbericht heißt, sei die Doag als Unternehmen wesentlich stabiler als noch vor wenigen Jahren. In Anbetracht der krisensicheren und ertragsstarken *Vermögenswerte in den USA, die* 1980 erworben wurden, würden heute Entwicklungen wie in Nigeria nicht mehr die Zukunftsperspektiven des Unternehmens in Frage stellen. Auch die Opferbereitschaft der Aktionäre soll nicht lange in Anspruch genommen werden. In Nigeria gebe es gewisse Hoffnungszeichen, und bei der US-Tochtergesellschaft United Cotton Goods Inc. verminderten sich die Abzahlungsverpflichtungen für die 1980 übernommenen Anteile.

Sorgenkind blieb im Berichtsjahr die Indisch-Afrikaansche Cie (IAC), die die gesamte Geschäftstätigkeit mit zwei nigerianischen Beteiligungsgesellschaften abwickelt und der Doag zu 99,3 Prozent gehört. Der Umsatz der IAC mit Nigeria ging um 13 Prozent auf 4,5 Mill. DM zurück, als Jahresfehlbetrag mußte die Doag 3,8 Mill. DM übernehmen. Der Verlust resultiert nicht zuletzt aus Abschreibungen auf Forderungen gegenüber den Beteiligungsgesellschaften in Höhe von 4,7 Mill. DM. Auf Verschiffungen nach Nigeria hat die IAC 1982 und auch in diesem Jahr völlig verzichtet. Die Beteiligungsgesellschaften halten den Betrieb mit bestehenden Vorräten aufrecht.

Wegen der bestehenden Tilgungs*verpflichtungen wirkte sich auch die* positive Entwicklung in den USA auf die Gewinnsituation bei der Doag nicht aus. Die United Cotton, die sich auf die Herstellung und den Vertrieb von Krankenhaus-, Hotel- und Flugzeugtextilien spezialisiert hat, erzielte bei *einem Umsatz* von 35,7 Mill. Dollar einen Reingewinn von 1,3 Mill. Dollar.

Im Konzernabschluß der Doag wird der Umsatz mit 89,7 Mill. DM (minus 13 Prozent) ausgewiesen, wovon nur 4,5 Mill. DM auf das einstige Stammgeschäft mit Nigeria entfallen. Der Jahresfehlbetrag erreicht 1,7 Mill. DM nach 3,0 Mill. DM Überschuß im Vorjahr. Durch 3 Mill. DM Gewinnvortrag und 3,8 Mill. DM Entnahme aus den Rücklagen, durch die die Verluste der IAC abgedeckt werden, verbleibt ein Bilanzgewinn von 5,1 Mill. DM. Auch dieses Jahr ist für Doag nach Angaben der Verwaltung reich an Schwierigkeiten. Das gilt vor allem für Nigeria. Die Beteiligungsgesellschaften werden nicht vor Ende dieses Jahres beliefert. In den USA gibt es vor dem Hintergrund eines Konjunkturaufschwungs dagegen keine Probleme.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Disco Markt Köhler GmbH; **Düsseldorf:** Gaetano Santaniello, Inh. d. Linea italiana; **Essen:** Rolf Peitz, Stuckateurmeister; **Gelsenkirchen:** Van Krankenburg GmbH & Co; **Herford:** Heinz A. Frauböse, Bürotechnik, Löhne; **Ibbenbüren:** Birgter Maschinenfabrik GmbH, Hörstel-Riesenbeck; **Köln:** IAB – Industrieanlagenbau GmbH; **Mannheim:** Bichweiler GmbH & Co. KG, Bahn- u. Tiefbauunternehmung, Almenhof; **Nürnberg:** Brema GmbH, Malerbetrieb; **Osnabrück:** Heinrich Wilhelm Dreyer, Bad Essen-Wittlage; **Rosenheim:** Heidrun Holzdörfer, Kauffrau; **Syke:** Alfred Bischoff GmbH & Co. KG, Bassum; **Tostedt:** Gustav Plätzer, Inh. d. Montageben, Buchholz/N.; **Usingen:** Hoch-Taunus-Stift, Assmann KG.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Hannover: Hesse-Heizungs- u. Rohrbau GmbH & Co. KG; **Holzminden:** Gerhard Kosel, Maschinenbautechniker, Hehlen, Inh. d. Schiffswerft Oberwesen, Bodenwerder.

R+V VERSICHERUNGSGRUPPE / Direktgutschrift der Überschüsse geplant

Pflege des Mittelstands zahlt sich aus

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Diskussion um die Überschußbeteiligung der Kunden in der Lebensversicherung zeigt nach Ansicht von Peter C. von Harder, seit Jahresanfang neuer Chef der R + V Versicherungsgruppe, Wiesbaden, wie viel noch zu tun ist, um mit einer verständlicheren Sprache die Unsicherheiten bei den Versicherungsnehmern zu beseitigen. Zusätzliche Klarheit für ihre Versicherten verspricht sich die Lebensversicherung des Versicherungsverbandes in der Genossenschaftsorganisation von dem Plan der „Direktgutschrift". Danach soll, ab 1984, ein Teil der im jeweiligen Geschäftsjahr erwirtschafteten Überschüsse der Versicherung nicht über die Rückstellung für Beitragsrückerstattung, sondern direkt dem Versicherten gutgeschrieben werden.

Wie die gesamte Versicherungsbranche registriert auch die R + V Lebensversicherung, die besonders mit ihren gezielt auf den Mittelstand zugeschnittenen Programmen Erfolge verbucht, in diesem Jahr eine „trotz engerer finanzieller Spielräume weiterhin positive Einstellung der Bevölkerung zur Eigenvorsorge". Nach einem Rückgang des Neugeschäfts um 14,4 Prozent im vergangenen Jahr wuchs der R + V-Lebensversicherungsbestand in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um gut 4 Mrd. auf über 45 Mrd. DM. „Belebende Impulse" spürt auch die Kompositversicherung (R + V Allgemeine): Das vom Außendienst vermittelte Neu- und Ersatzgeschäft zog gegenüber der Vorjahreszeit um rund ein Fünftel an; die verbuchten Beitragseinnahmen legten 7,43 Prozent zu. In der Gruppe werden zur Jahresmitte 10 Mrd. DM Kapitalanlagen verwaltet, gegenüber 9,1 Mrd. DM Ende 1982.

Leichter Wermutstropfen in die positive Entwicklung in Lebens- und Sachversicherung ist für von Harder die Entwicklung der Schadensfälle in der Kraftfahrtversicherung. Mit dem Autofrühling kamen auch mehr Schäden, eine Entwicklung, die den Versicherern, die gerade eine Verlängerung des geltenden Kfz-Haftpflicht-Tarifs bis Ende 1984 beantragt haben, „mit Sicherheit" im nächsten Jahr Verluste ins Haus bringen würde.

Die R + V Allgemeine Versicherung AG überschritt im vergangenen Jahr mit einem Neugeschäft von 332 Mill. DM die Vorjahreswerte nur ganz leicht. Brutto wurden 1,28 (1,22) Mrd. DM Beiträge eingenommen, 5,2 (9,3) Prozent mehr als im Vorjahr. Die Aufwendungen für Schadensfälle wuchsen um 3,1 (9,9) Prozent auf 980 (959) Mill. DM. Aus dem versicherungstechnischen Geschäft wurde ein Gewinn von *22,9 (12,8) Mill. DM* erzielt; die 1,7 (1,6) Mrd. DM Kapitalanlagen brachten netto 7,3 (7,5) Prozent Rendite. Nach 33,7 (19,3) Mill. DM Zuweisung für die Rückstellung für Beitragsrückerstattung und 12,4 (10,6) Rücklagendotierung zeigt die Allgemeine 12,5 (10,7) Mill. DM Bilanzgewinn.

In der Lebensversicherung macht der Überschuß 46 (42,5) Mill. DM aus; er fließt wieder zu 99,3 Prozent in die Rücklage für Beitragsrückerstattung. Der Neuzugang blieb mit 6,46 (7,55) Mrd. DM Versicherungssumme vergleichsweise bescheiden. Ohne die durch die im Genossenschaftsverbund stehende Bausparkasse Schwäbisch-Hall ins Haus gebrachte Bauspar-Risikoversicherung (die sich besonders konjunkturanfällig zeigte) *macht der Neuzugang 3,4 Mrd. DM* aus, gut 6 Prozent weniger als im Jahre zuvor. Der Bestand erreichte damit 43,7 (39,8) Mrd. DM. Das sind 9,8 Prozent mehr als im Vorjahr, ein Plus, das den Marktanteil der R + V Lebensversicherung auf 4,8 (4,6) Prozent steigen ließ.

Die verdienten Beiträge erreichten 1,2 (1,1) Mrd. DM; aus den auf 6,7 (6) Mrd. DM gestiegenen Kapitalanlagen wurde ein Durchschnittsertrag von 7,3 (7,1) Prozent erzielt. Die Stornoquote wird (ohne Gruppenrisikoversicherung) mit 4,4 (4) Prozent angegeben, die Verwaltungskosten machen 4,06 (4,04) Prozent aus. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle zogen im vergangenen Jahr mit einer Steigerungsrate von 22,6 (6,1) Prozent auf 297 (227) Mill. DM kräftig an. Erstmals wurden Versicherungen nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz durch Ablauf fällig.

Insgesamt verwalteten die sechs Versicherungsgesellschaften im Genossenschaftsverbund am Jahresanfang 6,7 (6,42) Millionen Versicherungsverträge und 9,1 (8,22) Mrd. DM Kapitalanlagen.

Bundesanleihen

		9. 8.	8. 8.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bund 78 I	1/84	99,85	99,85
6 dgl 64 I	1/84	100G	100G
8 dgl. 76 I	2/84	100,8	100,95
7 dgl. 77	3/84	100,55	100,4
7½ dgl. 76 II	4/84	100,7	100,7
5 dgl 78	5/84	98,95	98,95
6 dgl. 78 III	9/84	99,55	99,55
8¼ dgl. 76	9/84	101,75	101,9
6 dgl 78 IV	12/84	99,2	99,2
6¼ dgl 79	1/85	98,95	98,95
8½ dgl. 73 I	3/85	101,6	101,6
7 dgl. 79	4/85	99,55	99,7
7¼ dgl. 79 II	6/85	99,9	100,1
7¾ dgl. 79 I	7/85	100,8	100,9
8 dgl. 76 IV	10/85	101,25	101,3
5½ dgl. 78 II	3/86	96,15	96,15
5¼ dgl. 78	5/86	95,05	95,3
7¼ dgl. 76 I	12/86	97,8	97,8
6½ dgl 79	1/87	95,45	95,5
7½ dgl. 76 II	1/87	97,8	97,8
6¾ dgl 77	4/87	96,1	96,2
6¼ dgl 77	7/87	94,7	94,6
6 dgl. 77	10/87	93	93,05
6 dgl 78 I	1/88	92,6	92,6
6½ dgl 78 I	9/88	93,65	94
6¼ dgl 78 II	12/88	92,5	93,5
6¾ dgl. 79	1/89	94,45	94,55
7¼ dgl 79 I	4/89	96,35	96,65
10 dgl 81	4/89	107,05	107,05
7½ dgl 79 I	6/89	96,7	96,9
8 dgl 79 I	7/89	98,6	99,05
8 dgl. 79 II	8/89	98,6	99,1
7½ dgl. 79 II	9/89	96,2G	96,4
7¾ dgl. 79 II	11/89	97,2	97,2
7¾ dgl. 80 I	1/90	97,15	97,25
10 dgl 80	4/90	107,85	108,15
5¾ dgl. 78	5/90	90,9	90,9
8¼ dgl 80 I	7/90	98,95	98,95
8¼ dgl. 80 II	11/90	99,05	99,15
7¾ dgl 82	11/90	96,1	96,1
9 dgl. 81	2/91	102,65	102,65
10¼ dgl 81	7/91	110,2	110,45
10¾ dgl 81	9/91	112,9	113,2
10 dgl 81 II	12/91	108,45	108,85
9¾ dgl. 82 I	1/92	107,3	107,6
9¾ dgl 82 II	3/92	107,45	107,75
6 dgl 78 II	3/93	90,5	90,7
9,5 dgl 82	4/92	105,6	105,6
9 dgl. 82	5/92	102,6	103,05
8½ dgl 82	6/92	99,95bG	99,9
9 dgl 82	8/92	103,05	103,05
8¾ dgl 82	9/92	101,2bG	101,2
7¾ dgl 82	12/92	95,1bG	95,1
7½ dgl 83	1/93	93,75	94
7½ dgl. 83 II	3/93	93,65	93,65
7¾ dgl 83 III	5/93	94,95	95,15
8¼ dgl. 83	6/93	98,6	98,7
8 dgl 83	7/93	97,5	97,5
F 7¾ B Obl 79 S 1	12/84	101,1	101,1
8 dgl 80 S.2	2/85	101,15G	101,15
8½ dgl 80 S 3	2/85	101,5	101,65
9¼ dgl 80 S 4	3/85	102,35	102,35
8¾ dgl 80 S.5	4/85	101,75	101,8
8½ dgl. 80 S 6	5/85	101,1	101,2
8 dgl 80 S 7	6/85	100,55	100,8
7½ dgl 80 S.8	8/85	100	100,15
8½ dgl. 80 S.9	10/85	100,85	101,4
8¾ dgl. 80 S 10	1/86	102,1	102,1
9 dgl 81 S 11	1/86	101,8	102,05
9¾ dgl. 81 S 12	3/86	103,9G	104,1G
10 dgl 81 S.13	3/86	104,4	104,6
9½ dgl. 81 S 14	4/86	103,45G	103,65G
10 dgl. 81 S.15	4/86	104,55	104,8G
10½ dgl 81 S 16	6/86	106	106,2
11 dgl 81 S 17	8/86	107,75	107,95
10½ dgl 81 S 18	10/86	105,7	106,8
10 dgl 81 S 19	10/86	105,35	105,45
9½ dgl 81 S.20	11/86	104,05G	104,2
10¼ dgl 81 S 21	11/86	105,75	105,75
10 dgl 81 S.22	11/86	105,25G	105,55
9½ dgl. 81 S.23	12/86	104	104,3
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	103,9	104,05
9½ dgl 82 S.25	3/87	103,35	103,4
9¼ dgl 82 S 26	4/87	102,8	102,8
9 dgl. 82 S 27	4/87	101,9	102,05
8½ dgl 82 S.28	5/87	100,45	100,55
9½ dgl. 82 S 29	7/87	103,8	103,95
9 dgl 82 S 30	9/87	102,35	102,3
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	101,5	101,7
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	99,7bG	99,5
8 dgl 82 S 33	11/87	98,85	99,15
7¾ dgl 82 S 34	12/87	97,85	98,25
7½ dgl 82 S 35	12/87	96,85	97
7¼ dgl. 83 S.36	3/88	95,65	95,55
6¾ dgl. 83 S 37	5/88	94,2	94,3
7 dgl. 83 S.38	5/88	95,3G	95,3
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	96,3G	96,5G
7½ dgl 83 S 40	6/88	97,15	97,4G
F 6 dgl 77	9/87	92,6	93,1
6 dgl 78 II	7/88	91,2	91,75
6½ dgl 77	5/89	92,25	92,5
8 dgl 79 I	7/89	99,05	99,45
6 dgl. 78 I	2/90	89,4	89,7
8 dgl. 80 II	7/90	98,5	98,85
9 dgl. 81	3/91	102,6	103,05
10½ dgl. 81	9/91	111,6	111,95
10¼ dgl. 81	11/1	110,35	110,7
8 dgl. 80 I	2/92	97,2	97,5
10 dgl 82	2/92	109	109,3
9½ dgl. 82	7/92	106,05	106,35
8 dgl. 82	11/92	97,1	97,4
7¾ dgl 83	1/93	95,75	95,95

Bundespost

		9. 8.	8. 8.
F 4 Abl 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdpost 58	10/83	100G	100G
6 dgl. 72 II	12/83	100,65G	100,75
6½ dgl 68	6/88	98,7	98,7
8 dgl 72 I	9/87	99,4	99,5
10 dgl. 81	3/89	107	107
10½ dgl. 81	6/89	108,9	108,9
8 dgl 80	3/90	98,7	99
7¾ dgl. 80	9/90	97,35	97,6
8¾ dgl. 80	12/90	102,05	102,05
10½ dgl. 81	10/91	112,05	112,05
9¾ dgl. 82	2/92	107,05	107,55
8¾ dgl. 82	6/92	101,7	101,7
8½ dgl 82	10/92	99,95	99,95
7¾ dgl. 83	2/93	95,8	95,9

Länder – Städte

		9. 8.	8. 8.
S 5½ Bd.-Wtbg 58	83	100G	100G
8 dgl. 71	83	100G	100G
6½ dgl 78	86	95,4	95,25
8¼ dgl. 82	92	99	99,25
M 7 Bayern 66	86	99,5G	99,5G
6½ dgl. 67	87	99,75G	100,2G
6 dgl. 68	85	98G	98G
7 dgl 72	84	100G	100,15G
7½ dgl. 76	84	100,3	100,5
6 dgl. 78	88	91,7G	92,2
8¾ dgl. 80	90	101,75G	102,3
8¾ dgl. 82	90	101,25	101,8G
7½ dgl. 83	93	94G	94,5
B 8½ Berlin 70	85	102G	102G
8 dgl. 72	85	101G	101G
7½ dgl. 76	84	100,6	100,6
7 dgl. 77	85	100G	100G
6½ dgl. 78	88	95G	95G
8¾ dgl. 80	88	103G	103G
Br 7¾ Bremen 71	87	100G	100
8 dgl 72	87	100,25	100,25
7½ dgl 83	93	94,75	95,2G
H 8½ Hamburg 70	85	101,2G	101,4
6¼ dgl. 77	92	93,6	94,2
8 dgl 80	92	98,5	98,7
9¾ dgl. 82	92	107,1G	107,6
7½ dgl. 83	92	93,5G	94,5
F 8 Hessen 71	86	100,5	100,5
6¼ dgl. 78	88	91,75	92
Hn 6 Nieders. 69	84	99,85G	99,85
8½ dgl. 70	85	101,8G	101,8G
7½ dgl. 72	87	99,75G	99,75G
8 dgl. 72	87	100,25G	100,25
7½ dgl. 79	87	97,25B	97,8
7¾ dgl. 82	92	95,5	95,5G
8 dgl. 83	93	97,5G	98
D 7½ NRW 71	83	100,25	100,25bG
7½ dgl. 83	93	94	94
7¾ dgl. 83	93	96,25	96,25G
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	98,7	98,8G
8 dgl. 71	86	100,55	100,55
F 8½ Saar 70	85	100,75	100,85
7 dgl. 72	87	98,25G	98,25G
6 dgl. 78	88	91,85	91,85
H 5½ Schl.-H. 59	84	99,6	99,6
5 dgl. 64 II	84	99,7G	99,7G
7¼ dgl. 72	87	98,4G	98,4G
8½ dgl. 73	85	101,65	101,65
D 7 Essen 72	85	100G	100G
M 6 München 64	84	99,35G	99,5G
S 7½ Stuttgart 71	86	100,25G	100,5G
7¾ dgl. 72	87	100G	100,25G

Bundesbahn

		9. 8.	8. 8.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100,05G	100,05G
10 dgl 73 II	11/83	100,9	100,9
7½ dgl. 72	2/84	100,55	100,55
8 dgl. 72	9/84	101,4G	101,5
8¼ dgl 76	9/84	101,65G	101,7
6 dgl 78 III	11/84	99,1	99,1
6½ dgl. 79	2/85	99,05	99,05
8½ dgl 73	2/85	101,5	101,8
7 dgl. 77	2/87	96,9	96,9

Rentenrenditen steigen

Am Rentenmarkt hielt der Abgabedruck an. Es wird befürchtet, daß der Zentralbankrat auf seiner kommenden Sitzung eine restriktivere Geldpolitik empfehlen wird. Mit der Nichterneuerung eines Wertpapier-Pensionsgeschäftes über 5,4 Mrd. DM ist damit schon der Anfang gemacht. Öffentliche Anleihen des mittleren Laufzeitbereiches gaben bis zu einem vollen Punkt nach. Es erfolgt eine Renditeangleichung an fünfjährige Kommunalobligationen, die unter Banken mit einer Rendite von 8,45 Prozent angeboten werden. Die Schwäche erfaßt zunehmend auch die DM-Auslandsanleihen.

Bankschuldverschreib.

	9. 8.	8. 8.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	80,5G	80,5G
6½ dgl. Pf 5	86	87G
7 dgl Pf 2	99,1	99,1
F 7½ Bakola Pf 104	99,9G	99,9G
9 dgl Pf 106	102,9G	102,9G
10 dgl. Pf 108	107,85G	107,85G
7 dgl. KS 132	94G	94G
8 dgl. KS 155	98,25G	98,25G
9 dgl. KS 169	102,3G	102,3G
M 5½ Bayer.Haba Pf 14	89,5bG	90G
6 dgl. Pf 20	81G	81G
5¾ dgl. Pf. 2	93,25G	93,75G
7 dgl. Pf 3	93,5G	93,5G
7 dgl. Pf 27	–	–
6½ dgl. KS 14	95bG	94,25G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	121,5G	121,5G
5½ dgl. Pf 11	129,5G	129,5G
6 dgl. Pf 34	76bG	77bG
6 dgl. KO Pf 50	99,6G	99,8G
6½ dgl. Pf 10	87bG	82G
6 dgl KS 1	97,9G	97,9G
M 6 Lda. Aufb IS 15	95bG	95,5G
6 dgl. IS 16	93,75bG	94,25G
6 dgl. IS 17	92,75bG	93,25T
8½ dgl. KO 49	101,5bG	101,75G
8½ dgl. KO 48	101,5bG	101,75G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	98,75bG	99,25G
9½ dgl Pf 105	102,25TG	102,25bG
10 dgl. KS 307	102,75bG	102,75bG
9½ dgl. IS 726	102,5G	102,5bG
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	116G	116G
5½ dgl. Pf 28	76bG	77G
6 dgl. Pf 4	90,5bG	92G
6½ dgl. Pf 3	85bG	85,5bG
6½ dgl. Pf 12	84,5bG	85bG
7 dgl. Pf 20	94bG	95G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	99,25G	99,25G
6 dgl. Pf 34	98G	98G
6½ dgl. Pf 37	99G	98bG
8 dgl. Pf 51	100,5G	100,5G
Hn 5 BrHann. Hypo. Pf 1	118	118
7 dgl. Pf 80	85,5G	85,5G
7½ dgl Pf 87	90,5G	90,5G
6 dgl. KS 29	78,25G	78,25G
7 dgl. KS 30	96,5G	96,5G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	114G	114G
5 dgl. Pf 54	114G	114G
6 dgl. Pf 109	81G	81G
6½ dgl. Pf 123	88G	88G
6½ dgl. Pf 141	88G	88G
7 dgl. Pf 143	92G	92G
8½ dgl. Pf 191	100,75G	100,75G
7 dgl. KO 113	100bG	100bG
9 dgl. KO 217	102,5G	102,5G
9 dgl. KO 275	102G	102G
9¼ dgl. KO 218	103G	103G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	117G	117G
5½ dgl. Pf 50	74,5	74,5
6 dgl. Pf 84	99,8G	99,6G
9 dgl. KS 139	102,75G	102,75G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	100,3G	100,3G
9 dgl. Pf 239	102,75G	102,75G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	108,25G	108,25G
7 dgl. KS 35	98G	98G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	91G	91G
6 dgl. IS 71	99,05G	99,05G
6¼ dgl. IS 73	95,3G	95,3G
6¾ dgl. IS 80	100	100G
F 6 Dgz.Dt.Komm.KO55-4	82G	83G
6 dgl. KO 46	79G	79G
7 dgl. KO 97	100,2G	100,2G
7½ dgl. KO 185	94,75	95,25G
9 dgl. KO 129	102,2G	102,25G
10 dgl. KO 125	102,2G	102,45G
Hn 5 Dt. Hyp. Hann. 46	79G	99,75G
6 dgl. Pf 91	79G	80G
7 dgl. KS 101	98,1G	98,2G
10 dgl. KS 134	103,25G	103,75G
8¾ dgl. KS 140	101,4G	101,9G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	97,15G	107G
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	80G	80G
6¾ dgl. KS 258	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	72G	72G
5½ dgl. Pf 59	78G	78
6 dgl. Pf 182	79G	79G
B 9 Dt.Pf.Wt. Brl. 482	102,75G	103,75G
Br 7½ Dt. Schiffbk. Pf 33	–	–
8 dgl. Pf 46	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	98G	98G
6¼ dgl. Pf 60	93,6G	93,6G
6¼ dgl. Pf 74	97,15G	97,15G
6¼ dgl. Pf 76	94,9G	94,9G
Br 6½ dgl. Pf 77	93	93
6 dgl. Pf 42	99,5bG	99,5bG
8½ dgl. Pf 47	101,25G	101,25G
F 5 Fft. Hypobk. Pf 66	69,5G	69,5G
5½ dgl. Pf 53	76G	76G
6 dgl. Pf 79	78,5	78,5
6 dgl. Pf 130	80,6G	80,6G
6½ dgl. Pf 133	86G	86G
10 dgl. Pf 188	100,25	100,25
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G
6 dgl. 14	87,85	87,85
6 dgl. 47	79G	79G
9 dgl. IS 44	100,15G	100,15G
10 dgl. IS 46	–	–
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	89,25	89,25
8 dgl. Pf 73	99,9G	99,9G
4 dgl. KO 5	99G	99G
H 6 Hyp.i.Hbg. Pf 96	81G	81G
6½ dgl. Pf 80	89,25	89,25
9 dgl. Pf 117	–	–
8 dgl. Pf. 248	101,1G	101,1G
9 dgl. KO 125	101,5G	101,5G
8 dgl. KO 175	100,1G	100,1G
9 dgl. KO 258	102,35G	102,35G
9¾ dgl. KO 262	103,3G	103,3G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	111G	111G
5 dgl. Pf 12	69G	69G
7 dgl. Pf 25	90,5G	90,5G
10 dgl. Pf 40	103G	103G
6 dgl. KO 30	99G	99G
9¾ dgl. K 84	102,5G	102,5G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	101G	101G
5½ dgl. Pf 11	86G	86,5G
7 dgl. Pf 12	89,9G	91G
4½ dgl. KO 6	100,5G	100,5G
5½ dgl. KO 4	100,5G	100,5G
7½ dgl. KO 80	101G	101G
8½ dgl. KO 81	98,6G	98,6G
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	101,25G	101,25G
6 dgl. Pf 28	87,5G	87,5G
6 dgl. Pf 49	84,5G	84,5G
8 dgl. KS 1	94G	94G
8½ dgl. KS 8	100,5G	100,5G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	83,5G	83,5G
7 dgl. Pf 97	89,75G	89,75G
10 dgl. Pf 32	102G	102G
10 dgl. Pf 33	103,75G	103,75G
6½ dgl. KS 78	97G	97G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 5½ Münch.Hypo.Pf 100	84,5G	84,5G
8 dgl. Pf 118	–	–
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	100	100
6½ dgl. Pf 42	98,5G	98,5G
Hn 7 Nord. Lbk. Pf 1	93G	94G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	100,8bG	100,9G
9 dgl. KO 53	102G	102,3G
7½ dgl. IS 6	–Zhg.	–Zhg.
10 dgl. IS 37	103,3G	103,5G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	108G	108G
6 dgl. Pf 58	82,9G	82,9G
6 dgl. Pf 95	79G	79G
7 dgl. Pf 114	100,1G	100,1G
D 5 RW Bodencr. Pf C	121G	121G
5½ dgl. K	109G	109G
4 dgl. Pf 18	100G	100G
6 dgl. Pf 28	91G	91G
6½ dgl. Pf 67	86G	86G
5½ dgl. KO J+E	110G	110G
9½ dgl. KO 58	103,75G	103,75G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 58	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	88G	89G
7 dgl. Pf 125	95,25G	95,75G
7 dgl. Pf 128	87G	88G
8 dgl. Pf 177	104G	104G
9 dgl. Pf 167	101,25G	101,5G
6 dgl. KS 77	–	–
6½ dgl. KS 80/1	97G	100G
8½ dgl. KS 110	101G	101G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	110G	110G
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 38	82,2G	82,2G
5½ dgl. Pf 43	82,25G	82,25G
6 dgl. Pf 56	75,75G	75,75G
7 dgl. Pf 61	84,75G	84,75G
8 dgl. Pf 70	99,5G	99,5G
9 dgl. Pf 68	101,85G	101,85G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	100,7G	100,7G
M 6 Südboden Pf 41	88GTG	88GTG
5½ dgl. Pf 57	76G	76G
6½ dgl. Pf 143	93G	93G
7 dgl. Pf 87	93bG	93,5G
7½ dgl. Pf 104	95G	95G
7 dgl. KS 49	92,5G	92,5G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	99G	99G
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G
9½ dgl. KS 171	104G	104G
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	105G	105G
6 dgl. Pf 95	77G	77G
7 dgl. Pf 100	98,75G	98,75bG
D 8 WestLB Pf 350	100,85G	100,85G
6¾ dgl. Pf 403	95,9G	95,9G
9½ dgl. Pf 1007	105,35G	105,35G
8 dgl. Pf 1015	98,45G	98,45G
7 dgl. KO 558	99,3G	99,3G
8¼ dgl. KS 420	94,15G	94,15G
8¼ dgl. KO 1301	104,45G	104,45G
8½ dgl. KS 1278	101,6G	101,6G
8 dgl. IS 1512	99,55G	99,55G
9¾ dgl. IS 1520	102,6G	102,6G
6½ dgl. IS 679	92,8G	92,8G
7½ dgl. IS 1503	100,5G	100,5G
D 4 Westf. Land. Pf 4	98G	98
6 dgl. Pf 16	94G	94G
6½ dgl. Pf 19	84G	84G
7 dgl. Pf 20	88,5G	88,5G
D 8¼ Westf.Hypo. Pf 550	100,8G	101,1G
9 dgl. Pf 584	102,15G	102,75G
9¾ dgl. KS 294	102,9G	103,4G
9½ dgl. KS 324	106,1G	106,1G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	76G	77G
7 dgl. KS 58	99G	99G
S 6¾ Wür. KoLa Pf 1	87,2G	87,8G
7 dgl. Pf 5	100,2G	100,35G

Sonderinstitute

	9. 8.	8. 8.
D 6 DSLB Pf 28	83G	84,5G
6 dgl. Pf 47	79G	80G
7 dgl. Pf 63	88,5G	89,5G
5½ dgl. PF 99	92G	94G
8 dgl. Pf 104	97,5G	98,5bG
8 dgl. Pf 165	98,5G	99G
5½ dgl. RS 45	97,5G	97,5G
6 dgl. RS 73	95,75bG	95,75bG
8 dgl. RS 120	100,25G	100,25G
8½ dgl. RS 153	101G	101G
7 dgl. RS 162	94,75G	94,75G
9½ dgl. RS 172	104G	104G
9 dgl. RS 186	103G	103G
10 dgl. RS 193	104,5G	105G
11¼ dgl. RS 195	108G	108G
D 6 IKB Abl. 68	100G	100G
6½ dgl. 69	100G	100G
F 7½ KfW 70	101	101
8 dgl. 70	101,8	100,8
8 dgl. 76	100,55	100,55
7¾ dgl. 79	97,35	97,35
10 Kredit 81	109,3	109,5
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	100,5	101
F 6 Lawi.Rentbk. RS 13	100G	100G
6 dgl. RS 14	99,75	99,75G
6 dgl. RS 15	95	95,5
6 dgl. RS 16	94,75G	95,25G
6 dgl. RS 18	100G	100G
6 dgl. RS 19	95,75G	96G
6 dgl. RS 20	99G	99,5G
6 dgl. RS 21	98G	98,25G
6 dgl. RS 26	98,25G	98,75G
7½ dgl. RS 27	100,25G	100,25G
6½ dgl. RS 60	94,5G	95G
7 dgl. 94	93,75G	94,75T
7 dgl. 99	99	99,5
8 dgl. 101	98G	99G
7½ dgl. 102	95,5G	96,5G
9½ dgl. 126	103,25G	104,25G
D 7¾ LAG TS 76	100,35	100,5
8 dgl. TS 76	100,9G	101G
6½ dgl. TS 77	95,2G	95,3G
5½ dgl. 78	92,2G	92,25
7 dgl. 79	96,8	96,8

Industrieanleihen

	9. 8.	8. 8.
F 6 Badenwerk 64	99,25G	99,25G
6 dgl. 78	93	93,8
5 BASF 59	98,15G	98,15G
5 Bayernw. 59	98,25T	98,75G
F 8 Chem. Hüls 71	100,5bG	100,65
7¾ Cont. Gum. 71	99,6G	99,6
6 Dt. Texaco 64	98,75bG	99,25bG
6 Gelsenb. 64	99,25T	99,25T
6 HEW 58	99,75G	99,8G
5¾ dgl. 62	95,25G	95,6G
7½ dgl. 71	99,25	99,6G
7¾ dgl. 71	99,5G	99,8G
4½ Harpen 59	1788T	1800
5 Hoechst 64	99,25bG	99,25T
6 Hoesch 64	98,9	99
7½ dgl. 71	98,25	98,5T
7¾ Karstadt 71	99	99
7½ Kaufhof 71	99G	99G
7¾ dgl. 71	99T	99T
7½ dgl. 76	98bG	98G
7½ Klöckner W. 71	98,05T	98,05
6 dgl. 72	99,5bG	99,5bG
6 Krupp 64	99,5G	99,5G
6 Linde 64	99,2G	99,25G
5 Mannesmann 59	99T	98T
6 Moselkraft 63	99,25T	99,25T
6 NWK 58	99,75G	99,8G
6 dgl. 61	98G	98,1G
6 dgl. 62	95	95,5G
6 ObDon Krwk. 64	92,5T	93,5G
5½ Ost.BayK. 58	99,75G	99,75G
D 6 Rat.Vdb. Stk. 68	98,5G	98,5G
F 5½ Rh.Braw. 58	99,5	99,5
6 dgl. 63	94T	94T
6 dgl. 65	95T	95T
5½ RWE 59	99B	99,25G
6 dgl. 63	95T	95,25
6 dgl. 65	93,8	94,25
7¾ dgl. 71	99,75T	100T
7 dgl. 72	97,5T	98,5G
6 Rh.-M.-Don. 62	95G	96G
6½ dgl. 68	98,6	98,6G
6 Schleswag 71	101	101T
5 STEAG 59	98T	98T
6 Thyssen 63	99,75G	99,75G
7½ dgl. 71	99,25	99,25
8 dgl. 72	101T	100G
7¼ dgl. 77	97,25T	97,4T
5 Veba 59	98,75T	99G
8 VEW 71	100,5bG	100,5bG
6¾ dgl. 77	95	95
7 VW 72	97,75T	98T
5½ Wintersh. 58	99,5G	99,5G

Wandelanleihen

	9. 8.	8. 8.
F 4¾ AKZO 69	85G	85G
3½ All Nippon 78	92,75	93,5
3½ Asahi Opt. 78	126	129G
4¾ Canon Inc. 77	380G	390G
3½ Cas. Comp. 78	269G	273G
5¾ Daiei Inc. 80	112,5G	112,5
4½ Fujitsu Lim. 78	530G	540G
5 dgl. 79	359G	360G
5¾ Hoogovens 69	88G	88G
3½ Izumiya Co 78	97,5G	97,75
3½ Jusco Co. 78	97,4G	97,25G
4 Kansai El. 79	99,7	99,25
6 Komatsu 76	182,5T	182,5
6 Konishiroku Pho. 81	114G	115G
6¾ dgl. 82	113G	113G
3½ Korakuen 78	91T	91,75
7½ Kraft Inc. 70	111,25G	111,5G
3¼ Marudai F 78	92,5	93
8 Michelin Int. 70	93G	93G
5¾ Minolta 77	192G	–
4 dgl. 79	147,5T	–
6¾ Mitsub. Ch. 76	198	198
6,75 Mitsub. H 81	123G	124G
6 dgl. 81	103,9	104,5
6 Nichii Co Ltd 80	113	113
7 Nippon Sh. Gl. 82	138	140G
3¾ Nippon St. 78	140G	140G
3½ Nissan Mot. 78	94,25	93,5
4 Nisshin Steel 78	136G	138G
6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G
3½ Olympus 78	215G	220G
3¾ Omron Tat 79	285G	285G
4¾ Orient Fin 79	210G	215G
3½ Ricoh Comp. 78	152T	155T
6¼ Rothm. Int. 72	94,75	94,75
3¾ SankyoElec. 78	107G	106
3½ Sanyo Elec. 78	164T	164
3¾ Seiyu Stores 78	95,75	95,25
6¼ Sekisui 76	147	147
3½ Stanley 78	120	122
6 Taiyo Yuden 82	118T	120
5 Texaco Int. 66	94,75	94,75
3½ Tok. Elec. 78	419G	409G
4½ Tok. Sanyo 77	288G	288G
4 Tokyu Land 79	103T	102,75T
3½ Trio Kenw. 78	105G	106G
6½ Uny Ltd. 79	134	134

Optionsscheine

	9. 8.	8. 8.
F 11 BASF 82	43,2	43,1
7½ Bayer Fin. 79	39	38,6
10½ Bayer Fin. 82	48,4	48,2
6¾ Ciba-Geigy 75	923	943
3½ Commerzbk. 78	45	47
4½ Dt. Bk. Comp. 77	128	129
10 Hoechst 75	212	214
6¾ dgl. 79	48,4	47,8
8 Hoechst 83	61	62,6
7½ Jap.Syn.Rubber 82	1250	1290
Mitsui 82	275	272
7¾ Siemens 83	148,7	150,2
6½ Wells F. 73	280	287

Optionsanleihen

	9. 8.	8. 8.
F 8½ BASF 74 m O	140,5	141
8½ BASF 74 oO	101,05	101,05
M 3½ Stumpf 88 mO	187TB	187TB
M 3½ Stumpf oO	79G	79G

Währungsanleihen

	9. 8.	8. 8.
F 8 Brasilien 72	99,5G	99,5G
6¾ Kopenhagen 72	94,75	94,75T
8½ Norwegen 79	98	98

Optionsanleihen

	9. 8.	8. 8.
F 3½ ComBk. Int. 78 mO DM	109G	109G
F 3½ dgl. 78 oO DM	86G	86,75
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	120T	122,75G
4½ dgl. 77 oO $	77,25	78,25
7½ Jap. Synth. 82	145,5	147G
7½ dgl. 82 oO	98	98,1
F 6½ Wells F. 73 mO DM	122	124B
6½ dgl. 73 oO DM	95,5G	95,5

Optionsscheine

	9. 8.	8. 8.
F 8½ BASF 74	58,8	58,6
Stumpf 78	103bG	100bB

Wandelanleihen

	9. 8.	8. 8.
F 5 Bayer 69	101,7	101,4
5 Bay Wa 75	122ratG	122ratG
H 8 Beiersdorf 82	171G	171G
F 4½ Commerzbk. 78	99,25	99,3
D 9 Girmes 74	314G	314B
6½ KSB 83	125T	127T

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	9. 8.	8. 8.
F 6 AKZO 84	98,5G	98,5G
6½ dgl. 85	98/99	98/99
7¾ Arbed 83	97,5T	97,5T
7½ dgl. 86	97,25G	97,25G
9 dgl. 87	92,75T	92,75T
F 6¾ Ardal 83	94,7/5,7	94,7/5,7
10 dgl. 88	103/3,75	103/3,75
8 Austr. 87	101/2,5	101/2,5
8¼ dgl. 87	102,5	102,5
F 7½ BEC 83	99,85	100G
5 CFDB 84	99,6/100	99,6/100
6½ Estel 84	96,5G	96,5G
6¾ dgl. 85	95,5G	95,5G
8¾ dgl. 87	96,5	96,5
6¾ Euratom 91	91,75-2	91,75-2
F 6¾ Eurofima 87	98,5G	98,5G
10 dgl. 89	107G	107G
6 EIB 88	92T	92T
6½ Lufthansa 86	98,75G	98,75G
6 Montanunion 90	94,25G	94,25G
8½ Ö. Ko. Bk. 84	98,5G	98,5G
7½ Parker-H. 87	97,5G	97,5G
7½ Schweden 89	98,5/9,2	98,5/9,2
F 6¾ Weltbank 83	99,9G	99,9G
6½ dgl. 85	99,2G	99,2G
7¼ dgl. 87	98,5G	98,5G
7¾ dgl. 90	97,5G	97,5G
9 dgl. 88	102	102
8½ dgl. 88	102T	102T
7¾ dgl. 88	99-100	99-100
9½ dgl. 89	105G	105G
8 dgl. 90	99,25	99,25
11 dgl. 91	113,5G	113,5G

Anmerkungen:
- Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

	9. 8.	8. 8.
F L'Air Liquide	134	140G
D Alcan	65	65,4
F Alcan	94,2	95
F Alcoa	105,5	105
F Alg. Bk. Nedld.	345	350
F All Nippon Air	3,5G	3,5bG
F Amax	70,5	70,9
F Am. Cyanamid	129	128
D American Expr.	171	172T
D Am Motors	19,8	20,5
F Am. T & T	172	172
F Amro Bank	57,1	58,1
M Anglo Am. Gold	314	319,5
F Anglo Am.m O.	54,5	54,5
F dgl. o.O.	54	55,5
F Arbed	59G	60G
F Asahi Chem.	3,9	3,95
M Atl. Richfield	127	131,8
H Atlas Copco	40G	39G
M Avon	73,9exD	76B
F Bell Canada	21,5	21,5
F Banco Central	24,1	24,1
F Banco de Bilbao	19,1	19,5
F Banco de Santander	17,8	17,8
F Banco de Vizcaya	28,5	28,5
F Banco Hisp. Americ.	18,4	18,5
D Beatrice Foods	67T	68T
D Bell Canada	55,5T	57T
F Black & Decker	52,3	55
F Boeing	108,5	110exD
F Bowater	9,1	9
D BP	16,3	16,05
M Broken Hill	23,8	24,8
F Bull	12,25	12,5
F Can. Pacific	99	100
F Canon	14,8	15,8
F Casio Comp.	16,5	16,75
F Caterpillar	108	111
D Ch. Manhattan	128G	130
F Chrysler	68,1	69,5
M Citicorp.	100,7	102,5
F City Investing	90G	90G
F Coca-Cola	128	133
D Colgate	54	57
F Cons. Gold F.	22,5	22,5
D Cont. Group	105G	109G
F Control Data	148	142,5
M CRA	13,3G	13,8G
M CSR	9,6G	9,8G
F Dart & Kraft	174	177
M De Beers Cons.	25,8	26,8
F Deere Comp.	101	103
F Diam. Shamr.	57,9	57,9
M Digital Equipm.	279	286,5
M Disney Prod.	167	173,5
M Dome Petroleum	11,15	11,8
D Dow Chemical	84	86
D Dresser	58,8	59,7
D DuPont	122	126G
M East Drief. Gold	90	91,5
D East Air Lines	21bB	23
F Eastman Kodak	185,1	188
F Elf Aquitaine	54	55,4
F Emhart	143G	143G
D Ericsson	146G	146G
D Esmark	198G	202G
D Exxon	97,8exD	99bG
D Fiat St.	5,19	5,25
D dgl. Vz.	3,65bB	3,6G
F Finsider	–	–
D Fisons	29G	29G
M Fluor	54,5	56,5B
D Ford	145,5	152G
F Foseco Minsep	5,8G	5,85
F Fujitsu	12,2	12,8
F General Electric	126	129
F General Mining	69,8	67
D General Motors	178	187,5
D Gen. Shopping	715T	715T
M Getty Oil	166	169BexD
D Gevaert	119G	118
F Goodyear	76,5exD	76,5bB
M Grace	118	117G
D GKN	6,85bG	6,8bG
F Gulf	100,1	100
F Highveld m. St.	11,3	11,8
F dgl. o. St.	11,5	11,7G
F Hitachi	950bG	925
M Holiday Inns	136,5	141,4
F Homestake	91	90,2bG
M Hongk. & Shanghai Bank.	2,9B	2,9
D Hoogovens	33	33,4
F IBM	318	320
F ICI	21,1	21,1
M Impala Plat. Hold.	35,4	36,3
M Imperial Oil	79,5	81
F Inco	41	42,5
F Int. T & T	114	114,5
D Istituto Fin.	8,46	8,46
F Italcementi	78G	75
F Izumiya	7,5G	7,5G
F Japan Line	1,9G	1,9G
D Jusco	7,7G	7,7G
F Kawasaki Kisen	1,8	1,8G
F Kawasaki Steel	1,65bG	1,75T
M Kloof Gold Min.	126,2	127
F Komatsu	5,8G	5,9
D KLM	140B	141
F Kubota	3,3G	3,3G
D Lafarge	95B	95G
D Litton Ind.	164exD	182
F Lone Star	77G	78G
D LTV	36,1	37,1
M M.I.M. Hold.	20,1	21,2
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3B	3G
F Marudai Food	6G	6B
D Matsushita El.	16	17,5G
M McDonald's	156,5bG	158
M Merrill Lynch	112,5	113,8
F McDermott D.	139	137,5
D Minnesota M.	207	212B
D Minolta Camera	5,3T	5,1B
F Mitsubishi Chem.	2,8	2,85
F Mitsubishi El.	4,6	4,5
F Mitsui Bk.	5,1T	5,1G
F Mitsui & Co.	3,9B	3,9G
F Mitsui Engin.	1,7	1,85
F Mitsui O. S. K.	28	25
F Mitsumi El.	8,85	9,3
H Mobil Oil	79,5	82,5
F Monsanto	288	288
F Montedison	0,38	0,38
F [illegible]	25,5G	25,5G
M Nat. Semicond.	130G	128,4
D Nat. Westminster	24,5	24,5G
F Nestlé	5035	5030
D Nikko Sec	4,8B	4,6G
F Nippon El.	15bG	15,3
F Nippon Kokan	1,5	1,48G
F Nippon Shinpan	7,5G	7,6G
F Nippon Yusen	2,65T	2,65T
F Nissan Motor	8	8
F Nisshin Steel	1,65B	1,85G
F Nissho-Iwai	35	35
F Norsk Hydro	187,5	188
F Norton Simon	65,5	66G
H Occ. Petroleum	62,8	62G
D Océ v. d. Grint.	183T	183T
F Olivetti Vz.	5,5	5,5
F Olympus Optical	11,2G	11,5bG
H v. Ommeren	25,8	25,7
F Omron Tateisi	17	17,5
F Pakhoed	51	50,8
M PanAm	21	21,4
M Pepsi	90,5	92,5B
F Pernod-Ricard	245G	240G
F Peugeot	56,1	58,1
F Philip Morris	160	160
H Philips	43,9	45,1
D Phoenix Ass.	136	136
F Pirelli	3	3
M Polaroid	72,4	74,6
M Prime Computer	42,7	43,9
F Procter & G.	137,1	137,1
D Ramada Inns	27,5B	28B
F Rank Org	7	7
F Ricoh	8,8	9G
F Rio Tinto NA-St.	24,3	24
H Robeco	274	275,5
F Rockwell	83	86
H Rolinco	267	269
F Rorento	169G	168G
F Rothmans Int.	4,5bG	4,5bG
H Royal Dutch	123,1	124,5
M Rustenburg Plat. Hold	29,4B	29,5exD
F Sanko Steamship	2,8G	2,8G
F Sankyo Electric	6,5T	6,5T
M Santos	17,75	18,35
F Sanyo Elec.	4,95	5,2
F Sanwa Bk	5,2G	5,4
M SASOL	10,95	11,15
F Schlumberger	153	155
F Schw. Alum.	1015	1031
F Schw. Bankverein	333	335
M Sears, Roebuck	108,4	109
F Seiyu Stores	8,4T	8,4T
F Sekisui Prefab.	6,76	6,76
F Selected Risk	416	416
H Shell T & T	22,5	23
D Singer	68,3	70B
F Snia Viscosa	1,95	1,95
D Solvay	144T	144T
D Sony Corp.	36,5	37,8
D Sperry Corp.	116	117,5
F Squibb	120G	120B
F Stanley Elec.	8,5T	8,5T
F Steyr-Daimler-P.	21,9	22bB
F Sumitomo Heavy	1,5T	1,5T
D Sumitomo Metal	1,5B	1,6G
F Sumitomo Shoji	4,5G	4,6G
D Sun	111	112
M Sunshine Mining	40,4	41,5G
F Swissair	1040	1070
F Taisei Kens.	2,46	2,6
M Tandy	109,2	118,1
F Tenneco	102	108
D Texaco	95	97
D Thomson-CSF	49,5	49G
D Thorn Emi	24,5T	24,5T
D Tokyo Pac	286G	286G
F Tokyo Sanyo El.	6	6G
F Trio Kenwood	7,5T	7,5T
F TRW Inc.	188G	190G
D Toray	4,55	4,6G
D Toshiba	4,2	4,2G
D UAL	85,5G	87G
H Unilever	181	182
F Union Carbide	165	169
D Uniroyal	38,5	40
F United Techn.	178,1	183
F US Steel	65,5	65,5
M Vaal Reefs Expl.	335,5	333,5exD
D Ver.-Stork	67	67,4
D Volvo A	167G	167G
D dgl. Nam B	157G	157G
F Warner Commun.	57	59
F Warner Lambert	74	76
F Wells Fargo	90	90
M Western Deep L.	145	148exD
M Western Mining	11,3	11,55
F West.-Utrecht H	102	103
D Xerox Corp.	119,5	121,5

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Uneinheitlich ging Kaffee aus dem Markt. Durchweg schwächer wurde Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

	8. 8.	5. 8.
Weizen Chicago (c/bush)		
Sept	377,00	378,50
Dez.	395,00	396,50
März	402,25	405,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	8. 8.	5. 8.
St. Lawrence 1 CW	unerhältl.	234,89
Amber Durum	unerhältl.	241,14
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt	148,50	153,00
Dez.	151,80	156,00
März	155,50	160,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt	98,00	99,50
Dez	98,50	100,20
März	101,50	103,50
Hafer Chicago (c/bush)	8. 8.	5. 8.
Sept.	168,50	172,00
Dez	182,25	185,25
März	193,75	198,00
Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	346,50	349,50
Dez.	348,00	352,00
März	354,00	357,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	8. 8.	5. 8.
Okt	112,80	114,80
Dez.	114,90	117,00
März	116,90	120,80

Genußmittel

	8. 8.	5. 8.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Sept	126,30	126,25
Dez	126,20	126,25
März	124,30	124,60
Kakao New York ($/t)		
Sept.	2176	2190
Dez.	2235	2245
Terminkontr. März	2232	2240
Umsatz	–	6230
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	11,63	11,58
Okt.	12,05	11,80
Jan.	12,60	12,40
März	13,11	12,86
Mai	13,30	13,30
Umsatz	10 410	12 809
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	11,21	11,13
Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt Sept.	1691–1692	1701–1702
Nov.	1669–1670	1680–1681
Jan.	1639–1641	1648–1649
Umsatz	1444	3730
Kakao London (£/t) Terminkontrakt Sept.	1602–1604	1591–1593
Dez.	1621–1622	1622–1623
März	1602–1603	1607
Umsatz	5205	8437
Zucker London (£/t) Rohzucker Okt.	195,50–193,70	193,00
Dez.	199,50–200,00	198,50–199,50
März	209,00–209,25	209,25
Mai	212,00–212,25	212,25–212,50
Aug.	–	–
Umsatz	4875	4751
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	8. 8.	5. 8.
schw. Sarawak spez.	252,50	250,00
weißer Sarawak	355,00	355,00
weißer Muntok	355,00	355,00

	8. 8.	5. 8.
Orangensaft New York (c/lb)		
Sept.	119,40	119,20
Nov.	116,30	116,20
Jan.	111,65	111,25
März	110,40	109,90
Mai	110,30	109,90
Umsatz	200	125

Öle, Fette, Tierprodukte

	8. 8.	5. 8.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	38,00	38,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	24,00	24,00
Sojaöl Chicago (c/lb) Aug.	27,00	27,00
Sept.	27,00	27,05
Okt.	27,00	27,18
Dez.	27,30	27,47
Jan.	27,20	27,57
März	27,25	27,55
Mai	27,15	27,55
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal	29,75	29,50
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	19,75	19,50
Choise white hog 4% fr. F.	17,00	17,00
Talg New York (c/lb) top white	15,50	15,50
fancy	15,00	15,00
bleichfähig	14,75	14,75
yellow max. 10% fr. F.	12,75	12,75
Schweine Chicago (c/lb) Aug.	48,95	48,85
Okt.	42,75	42,90
Dez.	44,85	45,00
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Aug.	61,75	59,75
Febr.	63,90	63,05
März	64,35	62,95

	8. 8.	4. 8.
Häute Chicago (c/lb)		
Ochsen einh. schwere River Northern	56,00	58,00
Kühe einh. schwere River Northern	54,00	54,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Aug.	784,00	795,50
Sept.	790,00	799,50
Nov.	806,00	816,00
Jan.	813,00	826,00
März	823,00	835,00
Mai	824,00	834,00
Juli	823,00	831,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Aug.	220,00	222,50
Sept.	220,00	223,00
Okt.	222,00	224,80
Dez.	226,00	229,50
Jan.	227,00	230,00
März	227,50	230,00
Mai	227,00	229,50
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	8. 8.	5. 8.
Okt.	326,20	331,30
Dez.	332,70	338,00
März	341,70	347,70
Kokosöl New York (c/lb) Westküste fob Werk	46,50	47,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	905,00	900,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	525,00	525,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	505,00	512,50
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	157,00	159,50
Kopra Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1000,00	1020,0
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	268,50	270,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	8. 8.	5. 8.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Okt.	80,00	80,75
Dez.	80,30	81,10
März	83,35	82,10
Mai	81,60	82,40
Juli	81,55	82,20
Okt.	76,45	76,50
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS–1	59,50	59,25
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	8. 8.	5. 8.
Aug.	444	444–445
Okt.	446–450	446–448
Dez.	447–449	446–448
Umsatz	69	86
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	5. 8.	4. 8.
Okt.	45,20	45,20
Dez.	45,70	45,70
März	46,00	46,00
Mai	46,30	46,30
Umsatz	4500	2250
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	8. 8.	5. 8.
Okt.	565,0–567,0	569,0–567,0
Dez.	583,0–585,0	582,2–582,9
März	598,0–600,0	599,0–600,0
Umsatz	6	40
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	8. 8.	5. 8.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	8. 8.	5. 8.
Aug.	13 836	13 797
Sept.	13 699	13 635
Kautschuk London (p/kg)	8. 8.	5. 8.
Nr. 1 RSS loco	79,00–80,25	80,50–82,50
Sept.	79,40–79,50	81,20–81,50
Okt.	78,90–80,50	81,20–82,00
Okt./Dez.	78,70–78,90	81,30–81,50
Tendenz: leichter		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	8. 8.	5. 8.
Nr. 1 RSS loco:	265,50–266,50	266,25–267,25
Aug.	265,50–266,50	266,75–267,75
Sept.	267,50–268,50	268,75–269,75
Nr. 2 RSS Aug.	262,00–263,00	263,00–264,00
Nr. 3 RSS Aug.	258,50–259,50	259,50–260,50
Nr. 4 RSS Aug.	252,50–253,50	253,50–254,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	8. 8.	5. 8.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WB – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	9. 8.	8. 8.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	106,72–106,82	107,49–107,60
drittfolg. Monat	110,63–110,73	111,51–111,61
Zink: Basis London		
laufend. Monat	205,92–206,12	207,67–207,77
drittfolg. Monat	211,83–212,03	213,79–214,19
Produz.-Preis	220,68	221,68
Reinzinn 99,9%	3815–3852	3814–3851

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	9. 8.	8. 8.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	446,73–449,14	452,24–454,65
Blei in Kabeln	114,50–115,50	115,25–116,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	405,50–408,50	405,50–408,50
Vorziehdraht	414,50	414,50

* Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	9. 8.	8. 8.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	367–389	370–393
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	413–419	415–423
MS 63	424–428	426–432

Zinn-Preis Penang

	8. 8.	5. 8.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30,31	30,41

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	9. 8.	8. 8.
Leg. 225	364–370	364–370
Leg. 226	367–372	366–367
Leg. 231	400–401	394–401
Leg. 233	415	415

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	9. 8.	8. 8.
Platin (DM je g)	39,15	39,70
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	36 100	36 100
Rücknahmepr.	35 300	35 300
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	36 010	36 040
Rücknahmepr.	34 930	34 950
verarbeitet	37 790	37 630
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 785	35 785
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	1020,80	1021,20
Rücknahmepr.	985,10	985,50
Verarbeitet	1085,10	1085,40

Internationale Edelmetalle

	9. 8.	8. 8.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	412,00	410,50
15.00	413,00	408,50
Zürich mittags	412,20–412,70	410,50–411,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	107 750	107 400
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	778,25	779,70
3 Monate	788,25	797,90
6 Monate	816,35	817,40
12 Monate	856,35	857,40
Platin (£-Feinunze) London	8. 8.	5. 8.
fr. Markt	285,75	292,05
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	95,20	97,15

New Yorker Preise

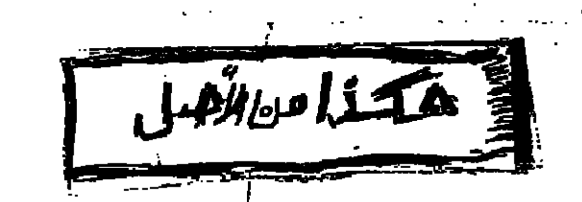
	8. 8.	5. 8.
Gold H & H Ankauf	408,50	409,75
Silber H & H Ankauf	1171,50	1171,50
Platin fr. Händlerpr.	440,00–445,00	440,00–445,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	143,50–145,50	146,00–148,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Aug	1162,20	1162,70
Sept.	1167,00	1178,50
Dez.	1179,30	1209,00
Jan.	1197,00	1223,30
März	1211,90	1243,00
Mai	1229,00	1267,30
Juli	1255,50	1289,30
Umsatz	23 000	30 000

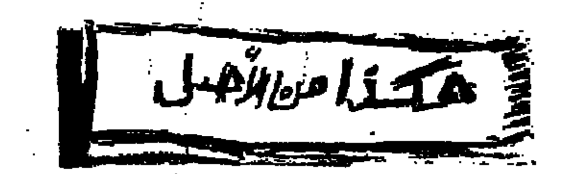
New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	8. 8.	5. 8.
Aug.	73,50	75,40
Sept.	74,00	75,90
Dez	74,90	78,20
Jan.	76,20	79,05
März	77,20	80,30
Mai	78,35	81,70
Juli	80,10	83,25
Umsatz	17 000	23 000

Londoner Metallbörse

	9. 8.	8. 8.
Aluminium (£/t) Kasse	1050,0–1051,0	1055,5–1056,0
3 Monate	1078,5–1079,0	1084,0–1084,5
Blei (£/t) Kasse	266,00–266,25	267,00–268,00
3 Monate	275,75–276,00	277,00–277,50
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1101,0–1101,5	1115,0–1115,5
3 Monate	1127,5–1128,0	1141,0–1141,5
abends Kasse	–	1107,0–1141,5
3 Monate	–	1135,0–1135,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1066,0–1067,0	1072,0–1073,0
3 Monate	1085,0–1097,0	1101,0–1103,0
Zink (£/t) Kasse	513,25–513,75	514,50–515,50
3 Monate	528,00–528,50	530,00–530,50
Zinn (£/t) Kasse	8615–8620	8645–8650
3 Monate	8700–8705	8740–8745
Quecksilber ($/Fl.)	–	280–285
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	73–78





GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Führende Schweizer Holding der Elektrobranche

sucht

Generalvertretungen: Einbruch- und Überfall-Meldeanlagen (EMA)
Brandmeldesysteme
Not-Hilfe-Systeme

Die Produkte (Systeme) sollten die in der Schweiz notwendigen Anerkennungen (VdS/BVD usw.) besitzen.

Wir bieten: Erschließung des Schweizer Markts
Beratung – Projektierung – Installations-Ausführung
Abnahme-Kontrollen – Instandhaltung
24-Stunden-Zentrale

Zuschriften bitte unter 44-62'186 Publicitas, Postfach, CH-8021 Zürich.

Ital. Import/Export GmbH

seit über 30 Jahren bestehend, aus Altersgründen an seriösen Interessenten abzugeben.

Ang. u. Z 8586 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

GMBH

(Branche: Vertrieb + Montage Stahlbau) mit Verlustvortrag von ca. 500 000 DM günstig abzugeben.

Anfr. u. AS 1684 an die Ruhr-Nachrichten, Postfach 13 52, 4422 Ahaus.

Messe- u. Hotelschiffgesellschaft sucht noch einige Mitgesellschafter. Beteiligung ab 25 000,– DM

Zuschriften unter Z 86 30 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Freizeit-Bedarf GmbH

im Raum Düsseldorf

Übernimmt Vertretungen.

Auch unterschiedliche Sortimente. Produkte der Angebote sollen im hauseigenen Katalog angeboten werden.

Angebote unter A 8233 an WELT-Verlag, Postf. 100864, 4300 Essen.

EDV-Organisation

Beratung, Einführung von EDV, Systementwurf und Programmierung, u. a. Finanz- u. Betriebsbuchhaltung, Kontokorrente, Vertriebs- u. Materialwesen führt aus G 8593 WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Großes skandinavisches Unternehmen für Kühl-, Tiefkühl- und Elementzellen

sucht

Kältefachhändler bzw. Importeur

für seine Produkte im Raum Norddeutschland / im norddeutschen Gebiet.

Anfragen bitte unter D 8590 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sie wollen eine

VIDEOTHEK

eröffnen?

Als Existenz?
Als Kapitalanlage?

Sie können!
MIT PAN!
Mit UNS!
Eine

PAN-VIDEOTHEK

bis zu 1000 Titel erfordert DM 34 000,– als verzinste Kaution.
Interessenten schreiben bitte mit Tel.-Nr. und Kapitalnachweis an:
Firmengruppe
PAN Videotheken-Betriebsges. mbH
Haupt-Niederlassung für Deutschland
H. Maisch-Baumann
Postfach 150368
6700 Ludwigshafen/Rh.

Umsatzprobleme?

Wenn Sie Ihren Umsatz steigern wollen, überregionale Absatzmärkte erschließen od. neue Artikel absetzen wollen, können wir Ihnen m. Sicherheit helfen. Wir sind ein Team von Direktvertriebsspezialisten und in der Lage, Ihnen in kürzester Zeit eine schlagkräftige Verkaufsorganisation auf die Beine zu stellen. Schildern Sie uns Ihre Probleme, wir helfen Ihnen.

Zuschr. u. Y 8629 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Für den Vertrieb eines hervorragenden

Steuersparmodells

suchen wir Verbindung zu Vermögensberatern, Anlageberatern, Wirtschafts- und Unternehmensberatern.

Wirtschaftsdienst Dr. Kläting + Partner
Richthofenstr. 21, 5630 Remscheid 11
Tel. 0 21 91 / 5 58 09

Übersetzungen

span./deutsch/span., geschäftl. u. priv. Korrespondenz übern. Renate Minning u. Gloria v. Paschkewitsch, Witzlebenstr. 87, 31 Celle
Tel. 0 51 41 / 5 45 48

PERSONALBERATUNG

Sitz Frankfurt, seit 10 Jahren am Markt bekannt und eingeführt, sucht tätigen Teilhaber. Einarbeitung ist gesichert. Die Eigenkapitalbasis sollte nicht unter DM 40 000,– liegen. Zuschriften mit Ihrem Berufsbild richten Sie bitte unter W 8583 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Handelsvertreter gesucht

Kundenkreis: Baumärkte, Kaminstudios. **Programm:** eig. Kaminöfen, 1. u. 2. Generation; Kaminheizkessel etc., **Gebiet:** ges. Bundesrepublik u. W-Berlin.

Zuschr. erb. u. PD 4634 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

GRENZORT KUFSTEIN/TIROL

Ihr Stützpunkt f. Österreich u. südlich: Selbst. dtsch. Kaufmann, erfahren u. seriös, übern. zuverlässig: Zoll-Behörd.-Abwicklung, Auslieferung, Inkassi, Individuelles. Vorh.: Büro, kl. Lager, Lieferwg., Bankbürgschaften. Tel.: 00 43/53 73 - 83 41.

Kleinere Vertriebsfirma mit eigenem Lager im Raum Stuttgart, Tochter einer international tätigen Firmengruppe, sucht Zusammenarbeit mit Herstellern von

Antriebsteilen

o. ähnl. Produkten zur Erweiterung des Lieferprogramms. Zuschr. (m. Katalogen, Prospekten) bitte u. V 8582 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Augenoptik-Fachgeschäfte

über 50% GmbH-Anteile zu verk. Evtl. auch einzelne Läden zu verk. Angeb. u. B 8588 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Büroservice Bremen

übernimmt mit Telex. Tel. 04 21 / 25 30 09.

Büroservice Wetzlar

Ihr Partner, wenn es um Ihre Repräsentanz in Hessen geht.
Tel. 0 64 41 / 3 25 11

Sie wollen:
ins internationale Video-Geschäft einsteigen?

– Sie können!
– mit PAN!
– mit uns!

– werden Sie Video-Makler

In einigen Bundesländern vergeben wir noch Gebietsdirektionen mit der Möglichkeit, Bezirks- und Filial-Direktionen zu errichten.

Das PAN-Konzept garantiert Ihnen trotz Selbständigkeit finanzielle Sicherheit mit einem regelmäßigen Einkommen.

Informationen erhalten Sie umgehend von:

PAN-Hauptniederlassung, Postfach 15 03 68, 6700 Ludwigshafen/Rh.

Der Tägliche Submissions-Compaß aus Köln bringt täglich die neuesten Ausschreibungen der Baubehörden des Bundes, der Länder und der Kommunen. Probenummern kostenlos vom Verlag Ewald Schawe. Beobachter vom Bau seit 1918, Postf. 800 166, 5000 Köln 80, Tel. 02 21/61 31 81

STELLENANGEBOTE

Wir sind ein expandierendes, gesundes Maschinenbauunternehmen mit 9stelligen Umsatzzahlen und Zweigwerken in mehreren europäischen Ländern und suchen für das Hauptwerk der Unternehmensgruppe mit Sitz in einer norddeutschen Großstadt den

Werkleiter

Der im Bereich Produktion, Industrial Engineering, Investitionsplanung und Produktions-Steuerung erfahrene Maschinenbau-Ingenieur erhält mit dieser interessanten Führungsaufgabe weitreichende Vollmachten.

Wir erwarten neben den fachlichen Voraussetzungen gute Führungseigenschaften und Organisationstalent. Englische Sprachkenntnisse wären von Vorteil.

Die Position ist der Geschäftsführung unmittelbar unterstellt. Die Dotierung entspricht der Bedeutung der vorgenannten Aufgabe.

Interessenten werden gebeten, ihre Kurzbewerbung mit tabellarischem Lebenslauf, Angabe des Gehaltswunsches sowie des frühesten Eintrittstermins unter L 8442 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen, zu schicken.

HÜPPE RAUMSYSTEME

Unsere Unternehmensgruppe gehört zu den führenden Herstellern in den Bereichen Sonnenschutzsysteme, Raumsysteme und Dusch- und Badsysteme.

Unser nach dem Spartenprinzip organisiertes Unternehmen beschäftigt ca. 1.950 Mitarbeiter im In- und Ausland.

Die Sparte Raumsysteme ist der führende Anbieter im Markt der variablen Raumgestaltung. Für eine neue Produktlinie suchen wir zum baldmöglichsten Eintritt einen

GEBIETSLEITER

für den Raum Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein.

Einsatzfreude, Verantwortungsbewußtsein und Erfahrung im gehobenen Möbelhandel/Innenausstatter sind wichtige Voraussetzungen für diese weitgehend selbständige Aufgabe.

Die Ausstattung entspricht der Bedeutung dieser Position.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbungsunterlagen.

Hüppe GmbH
Leitung Personal
Cloppenburger Str 200
2900 Oldenburg

Hüppe hat System

HÜPPE

Für den Vertrieb unserer seit vielen Jahren bewährten Folienverpackungsmaschinen suchen wir zum baldigen Eintritt einen

Verkaufs-

Ingenieur

für Norddeutschland
mit Wohnsitz Großraum Hamburg

Auch ein erfahrener Techniker käme zum Zug. Wichtig ist uns ein solides technisches Wissen und mehrjährige Verkaufserfahrung im Investitionsgüterbereich.

Als weiteres Rüstzeug sollten Sie einen gesunden Ehrgeiz, Kontaktfreudigkeit und Überzeugungskraft mitbringen.

Eine gründliche Einarbeitung, deren Zeitraum Sie selbst mitbestimmen, ist gewährleistet und erfolgt im Haus. Ferner unterstützen wir Sie bei der sukzessiven Einführung in den bestehenden Kundenkreis.

Durch Ihren Einsatz entscheiden Sie auch Ihre Verdienstmöglichkeiten weitestgehend selbst. Basiskonditionen sind Fixum und Provision. Ein Firmen-Pkw wird zur Verfügung gestellt.

Schicken Sie uns Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen, wenn Sie an dieser interessanten Aufgabenstellung und einem langfristigen Engagement interessiert sind.

Kallfass
Verpackungsmaschinen GmbH & Co.
Siemensstraße 8 · 7440 Nürtingen
Telefon 07022/791

Kallfass

MANUFACTURERS HANOVER TRUST

Wir sind eine der großen internationalen Banken der Welt. In Deutschland unterhalten wir Filialen in Frankfurt, Hamburg, Hannover und Düsseldorf sowie eine Repräsentanz in München. Unsere im gesamten Bundesgebiet ansässige Kundschaft umfaßt namhafte deutsche und ausländische Wirtschaftsunternehmen.

Unsere FILIALE HAMBURG sucht zwei **junge Banker** als

KUNDENBETREUER für Geld- und Devisenhandelsgeschäfte

Die gebotene Position beinhaltet die intensive und individuelle Betreuung unserer Industriekundschaft in Norddeutschland in allen Fragen des Devisen- und Geldhandelsgeschäfts.

Die Aufgabe erfordert einen Herrn mit abgeschlossener Bankausbildung und einiger Erfahrung im kundenbezogenen Devisengeschäft. Besonders wichtig für eine erfolgreiche Mitarbeit sind Kontaktbereitschaft, Verhandlungsgeschick und die Freude an Marketingaufgaben. Es sind zumindest Grundkenntnisse des Englischen erforderlich.

KREDITSACHBEARBEITER

Bewerber sollten über eine abgeschlossene Banklehre, einige Jahre Erfahrung im kurz- und mittelfristigen Kreditgeschäft und insbesondere über Kenntnisse der Bilanzanalyse verfügen. Gute Englischkenntnisse in Wort und Schrift sollten ebenfalls vorhanden sein.

Der Schwerpunkt des Aufgabengebietes liegt in der Darstellung, Analyse sowie administrativen Bearbeitung gewerblicher Kreditengagements. Die Bearbeitung *und Verwaltung von Sicherheiten sowie die* Vertragsgestaltung gehören ebenfalls zu seinem Aufgabenbereich.

Einzelheiten dieser interessanten und ausbaufähigen Positionen möchten wir gern in einem persönlichen Gespräch mit qualifizierten Bewerbern erörtern.

Bitte richten Sie Ihre schriftliche Bewerbung an



MANUFACTURERS HANOVER TRUST COMPANY, Filiale Hamburg
Personalabteilung
Fehlandtstr. 3
2000 Hamburg 36

Für Vorabinformationen steht Ihnen unser Herr Holz telefonisch zur Verfügung (Tel. 0 40 / 35 09 60).

STELLENGESUCHE

(Halbleiter-)Physik + Betriebswirtschaft

29 J., *Diplom-Physiker* mit Nebenfach Allgem. Betriebswirtschaftslehre, Diplomarbeit in: Halbleiterphysik, fließend Englisch, etwas Französisch, EDV: ALGOL, FORTRAN, Assembler, sucht interessante Aufgabe, um möglichst Wissen aus beiden Bereichen zu nutzen.

Angeb. erb. u. K 8595 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Vertriebsdirektor GS

43 J., Schwerpunkt hochwertige Investitionsgüter, mit internationaler Erfahrung, englisch, in ungekündigter Stellung, sucht neue leitende Tätigkeit in Norddeutschland.

Zuschr. erb. u. PF. 46 855 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Versierter Maschinenbau-Techniker

43 Jahre. Gelernter Maschinenschlosser (Technikerabschluß). Lange Praxis in Entwicklung und Konstruktion. 15 Jahre Außendienst, Vertrieb und Beratung techn. Kunststoffe. Sucht neuen Wirkungskreis, evtl. Entwicklung, Projektion, Konstruktion, Vertrieb bzw. Außendienst oder ähnliches. Ortsgeb. Bereich HH, HB und HAN.

Angeb. u. Y 8585 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Gute Mischung

Grundlage: E-Handwerk. **Überbau:** geisteswissenschaftliches Studium. **Mein Wunsch:** freiberufliche Tätigkeit (ggf. auch feste Anstellung) als Mitarbeiter bei Stiftungen, Institutionen oder gemeinnützigen Organisationen. **Meine Fähigkeiten:** gute Englischkenntnisse durch mehrjährigen USA-Aufenthalt (Liberal-Arts-College-Abschluß), pädagogische Fähigkeiten, Organisationstalent, Bibliotheksleitung und Aufbau in einer gemeinn. Stiftung, wissenschaftliche Beratung und Betreuung, Seminar- *und Institutsleitung.* **Meine Tätigkeit:** freiberuflicher Mitarbeiter eines renommierten ausl. Instituts als Seminar- und Bibliotheksleiter, Übersetzer, Betreuer von wissenschaftlichen Forschungsprojekten. **Alter:** 34 Jahre.

Angebote erbeten unter *M* 8575 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Ingenieur

35 Jahre, mit 10jähriger Berufserfahrung, davon seit 5 Jahren in Übersee in der Hüttentechnik als Auftragsabwickler und Projektingenieur tätig, sucht neuen Wirkungskreis im In- oder Ausland. Fremdsprachen: Englisch und Portugiesisch.

Angebote unter S 8579 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Journalistin, HH

25jährige Berufserfahrung, z. Z. freie Mitarbeiterin großer Tageszeitungen, möchte sich auf zweites (festes Halbtags-)Standbein stellen.

Angeb. u. PB 46852 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Betriebswirtsch. Organisator

mit guten EDV-(Dialog-)System- und Programmierkenntnissen. Spezialisiert auf alle Buchhaltungsbereiche, BAB, Konzern-, Filial- und Werksverrechnung, su. Wirkungskreis, ev. freiberuflich.

Angeb. u. F 8592 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Reisender

42 J., in ungekündigter Stellung als *Gebietsleiter* im nordd. Raum, sucht neuen, anspruchsvollen Wirkungskreis. Beste Kontakte zum Großhandel u. V-Märkten im Non-Food-Bereich.

Angeb. u. R 8578 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann

25 J., unabhängig, seit 6 J. selbständig, sucht interessante Aufgabe z. 1. 1. 84. Engl. u. praktische Erfahrungen i. Einzel- u. europäischen Außenhandel vorh. Vorstellungen: Durchführung v. Sonderaufträgen od. Assistent der Geschäftsführung.

Zuschr. erb. u. A 8631 an WELT-*Verlag, Postf. 10 08 64,* 4300 Essen

Forstbetriebsleiter

Nationalität Franzose, 33 J., 10 Jahre Tropen-Erfahrung, sucht entsprechende Anstellung. Fachmann auf dem Gebiet Prospek*tion, Topographie, Organisation u.* Forstverwaltung. Beste Erfahrungen im Straßenbau u. Caterpillarmechanik. Frei ab 1. 9. 1983.

Ang. u. T 8580 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

E-Techniker

35 J., sucht neues Betätigungsfeld, auch außerhalb Hamburgs.

Zuschriften unter PG 46 856 an WELT-Verlag, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1

Dipl.-Betr.-Wirt

26 J., Examen 2,7, Marketing, Orga, Fin.-Wirtsch., sucht bundes- od. weltweite interessante Startposition. Loyalität, unternehmerisches Denken, Einsatzwille vorh.

Thomas Hillmer, Friedenstr. 27a
4600 Dortmund 1

Dipl.-Kaufmann

38 J., Assistent in einem int. Konzern mit den Aufgabenschwerpunkten Finanzierung, Währungsrisikoabsicherung, Finanzberichterstattung, Fach- u. Führungserfahrung im Bereich Revision/Controlling, Kenntnisse in Bilanzen u. Steuern, sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe. Raum Norddeutschland bevorzugt.

Angeb. u. U 8581 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Amerikanischer Rechtsanwalt

28, 4 Jahre Berufserfahrung, gute Deutschkenntnisse, dt. AE, sucht Stelle in Deutschland.

Angeb. erb. u. K 8573 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Techn. f. Maschinenbau

Deutscher Moslem, 31 J., verh., gelernter Werkzeugmacher m. Ausb.-Eignung. Berufserfahrung: Werkzeugbau, Konstruktion, Arbeitsvorbereitung, Angebotskalkulation, Gastechnik, Datenverarbeitung. Sprachen: Engl., Türkisch, Arabisch. Führerschein alle Klassen, sucht Tä*tigkeit im arabischen* Ausland.

Zuschriften unter V 8626 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Finanzbuchhalterin

35 J., selbst. Arbeiten gewohnt, su. neuen Wirkungskreis, u.- U. auch Beteiligung mgl.

Angeb. u. H 8594 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Junger AV-Leiter

Maschinenbau- u. Refa-Techniker m. Erfahrung i. Einzel- u. Serienfertigung, sucht zum 1. 10. 83 neuen Wirkungskreis in der AV oder als Betriebsleiter.

Zuschriften unter V 8516 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Heimerzieherin

20 Jahre, sucht zum 1. 10. 83 oder später im Kinderheim, Kindergarten oder als Erzieherin in einer Familie neuen Wirkungskreis.

Angeb. erb. u. L 8574, WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Mädchen (mittl. Reife)

sucht Arbeit im Haushalt mit Kindern. Zuschriften erbeten *unter Q 9182 an: Annoncen-Ex*pedition Doll, Deichmannhaus, 5 Köln 1, oder Tel. 0 22 71 / 6 19 53

Uns reicht's in Deutschland

Wer sucht 2 zuverl. jg. Damen f. eine Tätigk. auf seinem Anwesen bzw. Hotel auf Lanzarote.

Zuschr. erb. u. PZ 46831 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Fernmeldemeister, 28 Jahre, sucht neuen Wirkungskr. im In- u. Ausl., sof. einsatzbereit. Angeb. u. X 8584 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 43 Essen.

18jähriges Mädchen

sucht Stelle mit Unterkunft und Verpflegung und der Möglichkeit Deutsch zu lernen (mit Schulbesuch). 10 Monate Sprachaufenthalt in England.

Offerten an:

Fabienne Chesaux
Cret 84, CH- 2314 La Sagne
Tel. 0 39 / 31 84 25

Rechtsanwalt

38 J., seit 6 J. eigene vorw. zivilrechtl. Praxis (Bau-, Arbeits-, Zwangsvollstreckungsrecht, Beratung mittelst. Unternehmen), Präd.-Ex., Erf. i. Personalw. u. öffentl. Dienst, nebenberufl. Lehrauftrag f. Wirtschafts- u. Arbeitsrecht an staatl. Abendwirtschaftsschule, sucht *Tätigkeit in Unternehmen* o. Verband i. nordd. Raum. Zuschr. erb. u. PE 46835 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Hartwarenfachmann

32 Jahre, verantwortlich für den Ein- und Verkauf im gesamten Non-food-Bereich, 14 Jahre Kaufhauserfahrung, flexibel, belastbar, Kenntnisse in den Bereichen Organisation, EDV, Buchführung, Personalführung und Verkaufsförderung, sucht eine *neue führende Position.* Evtl. Beteiligung möglich.

Angeb. erb. u. G 8571 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Weitere Einbußen am Aktienmarkt

Zinssorgen lösten Gewinnmitnahmen aus

DW. – Der leicht abgeschwächte Dollarkurs sorgte auf dem deutschen Aktienmarkt zwar für eine gewisse Stabilisierung, dennoch blieben weitere Kurseinbußen in fast allen Standardwerten nicht aus. Die durch die Schwäche an der Wall Street und steigende Zinsen verunsicherten Wertpapierkunden der Bank zeigen eine wachsende Bereitschaft, die aufgelaufenen Kursgewinne zu realisieren, dabei wird kaum ein Marktgebiet verschont. Institutionelle Anleger nahmen in der ersten Börsenstunde zwar Material auf, doch als ihre Aufträge ausgeführt waren, ging die Abwärtsbewegung weiter.

Bei den von den Ausländern in der Vergangenheit bevorzugten Papieren blieben im Gegensatz zum Wochenbeginn diesmal zweistellige Kursverluste aus. Daß dieser Bereich jedoch äußerst labil geblieben ist, zeigen die Abschläge bei Mercedes (minus 5 DM) und Daimler (minus 4 DM), Siemens-Aktien erlitten eine weitere Einbuße von 3,50 DM. Im Maschinenbaubereich gab Linde um 5 DM auf 372 DM nach. Vor kurzem war dieses Papier noch zu 400 DM bewertet worden. Bei den Hapag-Lloyd-Aktien kam es nach dem scharfen Anstieg vom Vortag, der dem Papier eine Wertsteigerung von 20 Prozent gebracht hatte, zu einem Rückschlag um 3 DM auf 45 DM. Glattstellungen gab es auch bei Karstadt (minus 4,50 DM), während sich Horten gut behaupteten. Großchemieaktien lagen bis zu 2 DM schwächer.

Düsseldorf: Die Abwärtsbewegung der Aktienkurse setzte sich fort, wenngleich sich in einigen Bereichen Stabilisierungsansätze bemerkbar machten. Rabenburger Spinne ermäßigten sich um 5 DM auf 145 DM, Hochtief gaben um 5 DM auf 475 DM nach und Gildemeister fielen um 3 DM auf 266 DM. Rhenag erhöhten sich um 9 DM auf 369 DM.

Frankfurt: Der Aktienmarkt blieb am Dienstag zunächst knapp behauptet, später leicht abbröckelnd bei Kursverlusten für die Spitzenwerte bis zu fünf DM pro Aktie. Die deutlichsten Einbußen hatten Banken, Rohstoffaktien waren erholt.

Hamburg: NWK-Vz. mußten bis auf 160 DM minus 2,50 DM zurückgenommen werden, HEW lagen unter Schwankungen bei 101 DM unverändert. Bremer Wolle schwächten sich auf 125,50 DM minus 4,50 DM ab.

München: Agrob St. fielen um 2 DM auf 368 DM, Dywidag verminderten sich um 13 DM auf 275 DM, Gehe AG sanken um 4 DM auf 211 DM und Leonische Draht ermäßigten sich um 3 DM auf 337 DM. Ekatit zogen um 5,70 DM auf 118,20 DM an.

Berlin: Herlitz Vorzüge lagen um 1 DM freundlicher. Berthold schwächten sich um 23 DM, Spinnstoffabrik Zehlendorf um 21 DM, Orenstein um 9 DM, Herlitz Stämme um 5,50 DM, DeTeWe um 4 DM, DUB-Schultheiss um 2,50 DM sowie Berliner Kindl und Dt. Hyp. Berlin um 2 DM ab.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

DM-Anleihen

Ausland

Kopenhagen

	9. 8.	8. 8.
Den Danske Bank	285	285,75
Jyske Bank	512,5	513,5
Kopenh. Handelsbk.	257,75	259,25
Novo Industri	2750	2785
Privatbanken	266,75	266,75
Ostasiat. Komp.	142,75	147,75
Dan. Sukkerfabr.	626	620
For. Bryggerier St.	990	985
Kgl. Porc. Fabr.	362,5	355

Brüssel

	9. 8.	8. 8.
Arbed	1220	1214
Brux. Lambert	2190	2250
Cockerill Ougrée	151	150
Ebes	2220	2255
Gevaert	2390	2440
Kreditbank	6380	6400
Pétrofina	5710	5800
Soc. Gén. d. Belg.	1825	1920
Sofina	4865	4950
Solvay	2700	2725
UCB	3900	4000
Index	128,02	131,26

Singapur

	9. 8.	8. 8.
Cycle + Car.	Geschlossen	3,80
Cold Storage		5,00
Dev. Bk. of Sing.		9,20
Fraser + Neave		8,75
Kl. Kepong		7,65
Mal. Banking		8,50
Nat. Iron		7,30
OCBC		10,40
Sime Darby		2,75
Singapur Land		6,50
Un. Overs. Bank		5,35

Optionshandel vom 9. 8.

Kaufoptionen: AEG 1-70/6,80, 1-75/5,40, 4-75/8, 4-80/6,50, 4-85/6, 4-95/3,10, Siemens 10-360/13,40, 1-350/25, 1-380/34,25, 1-380/14,80, 4-370/25, 4-410/9, 4-420/4,35, Veba 10-170/15, 10-180/7,85, 1-170/20, 1-190/8, 4-180/18, BASF 10-150/7,95, 10-160/7,80, 1-125/34, 1-140/21,10, 1-160/7,40, 1-170/4, 4-150/28,50, 4-160/12,80, 4-170/8,40, 4-180/5, Bayer 10-136/15,80, 10-150/6, 10-160/2,50, 1-146/14, 1-166/4,50, 1-170/4,40, 4-150/17,90, 4-170/7, 4-180/5, Hoechst 10-144,50/16,20, 10-150/16,80, 10-160/5, 1-150/16,20, 1-170/6, 4-150/21,20, 4-180/25, 4-180/5,40, BMW 1-420/15, VW 10-180/34, 10-190/22,20, 10-200/5, 10-210/12, 10-220/9, 1-180/40,50, 1-190/27, 1-200/25, 1-210/21,60, 1-220/15, 1-240/8, 1-260/5,20, 4-210/34,20, 4-220/11,40, 4-230/24, 4-240/11,40, Conti 1-100/10,50, 1-110/7, 1-120/3,70, 4-120/6,85, Lufthansa 4-140/5, Lufthansa Vorz. 10-130/3,50, 1-130/6, Commerzbank 10-130/3,50, 1-130/6, Commerzbank 10-170/13, 10-180/3, 10-190/2,50, 1-170/18,40, 1-180/12,90, 1-198/9, 4-170/30, 4-190/16,30, 4-200/9,50, Deutsche Bank 10-330/9,85, 1-350/14,90, 4-380/19,90, Dresdner Bank 10-190/3, 10-200/1,40, 1-180/14,40, 4-180/23,20, 4-200/11,40, Hoesch 10-50/2, 1-50/4, 1-55/1,90, 4-55/4,40, Mannesmann 10-140/5,40, 1-150/7,50, 4-150/12,50, 4-160/8,10, 4-180/3,40, Preussag 1-290/7,40, Thyssen 10-70/4, 10-75/1,85, 1-70/8,40, 1-80/2,50, 4-70/8, 4-75/6,90, 4-85/4, 4-90/2,40, BHF 1-270/40, Deutsche Babcock 10-170/6, 4-180/12, GHH 1-150/8, 1-170/3,50, 4-170/10, Harpener 4-270/17,40, Kali und Salz 4-200/20, Kloeckner 1-40/5,80, MAN 1-140/12,40, Mercedes 1-530/40, 1-540/25, RWE Vorz. 1-170/10, Schering 10-380/7,40, Varta 4-200/9,40, Alcan 1-100/10,40, Chrysler 1-90/445, Philips 10-45/3,20, Royal Dutch 10-120/7,50, 1-130/12, 4-120/20, 4-130/12,50, elf 1-60/4, Norsk Hydro 1-180/25,80. Verkaufsoptionen: AEG 10-65/3,50, 10-70/6,80, 4-80/14,20, Siemens 10-340/4,50, 10-350/5,60, 1-340/7, 1-350/8, Bayer 10-150/3, VW 10-190/3,90, 10-200/5, 1-210/13, Conti 1-110/4,80, Commerzbank 10-170/3, 10-180/8, 1-180/10,90, Deutsche Bank 10-320/5, Dresdner Bank 10-180/6,30, 4-180/8,50, Hoesch 1-50/6,10, 4-50/7, Mannesmann 1-140/3, Preussag 10-270/8, 1-270/10, 4-270/170, Thyssen 10-70/4, 1-70/6, Bay. Hypobank 10-300/15, Bay. Ver. Bank 10-330/8,10, BHF 10-290/5, Deutsche Babcock 10-170/6, KHD 10-250/3,30, Kloeckner 10-35/2, MAN 10-140/11, Metallges. 1-220/10, RWE 10-170/6, General Motors 1-180/8, Xerox 4-120/12,10, Philips 4-45/6, Norsk Hydro 4-180/18,20.

991 Optionen 48 400 (51 050) Aktien, davon 106 Verkaufsoptionen = 5 750 Aktien.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 8. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10 –10¼	5¼–5⅜	4⅝–5⅛
3 Monate	10½–10¾	5½–5⅞	4¾–5¼
6 Monate	11 –11¼	6½–6⅝	4⅞–5¼
12 Monate	11½–11⅞	6⅝–6⅞	4⅞–5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 9. August folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1575,00	1920,90
10 US-Dollar (Indian) **)	1253,00	1469,11
5 US-Dollar (Liberty)	538,00	688,61
1 £ Sovereign alt	256,00	314,64
1 £ Sovereign Elizabeth II	249,00	306,66
20 belgische Franken	192,00	252,08
10 Rubel Tscherwonez	288,00	334,02
2 südafrikanische Rand	253,00	311,22
Krüger Rand, neu	1122,00	1324,68
Maple Leaf	1122,00	1324,68
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	257,00	327,18
20 schweiz. Franken „Vreneli"	215,00	273,60
20 franz. Franken „Napoléon"	214,00	272,46
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1040,00	1254,00
20 österr. Kronen (Neuprägung)	209,00	261,06
10 österr. Kronen (Neuprägung)	110,00	142,50
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	482,00	589,38
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	113,00	151,62

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

9. 8. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,6833	2,6913	2,6536	2,64	2,73
London¹)	3,999	4,012	3,963	3,94	4,09
Dublin¹)	3,152	3,166	3,087	3,11	3,25
Montreal³)	2,1717	2,1797	2,1532	2,13	2,22
Amsterd.	89,370	89,590	89,38	88,50	90,50
Zürich	123,500	123,700	123,60	122,25	125,00
Brüssel	4,982	5,002	4,949	4,89	5,10
Paris	33,150	33,310	32,37	32,25	34,25
Kopenh.	27,755	27,875	27,545	26,75	28,75
Oslo	35,820	35,940	35,190	35,00	36,75
Stockh.**)	34,030	34,190	33,65	33,25	35,00
Mailand²) **)	1,683	1,693	1,637	1,65	1,75
Wien	14,211	14,251	14,228	14,14	14,35
Madrid**)	1,766	1,776	1,653	1,73	1,86
Lissabon**)	2,177	2,197	2,082	1,84	2,74
Tokio	1,1005	1,1035	—	1,06	1,12
Helsinki	46,940	47,140	46,11	46,00	47,75
Buen. Air.	–	—	—	—	20,00
Rio	–	—	—	0,10	0,75
Athen*) **)	3,023	3,077	—	2,55	3,35
Frankf.	–	—	—	—	—
Sydney*)	2,3455	2,3645	—	2,26	2,39
Johannesbg.*)	2,4045	2,4235	—	2,00	2,25

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Gewinnmitnahmen und anziehende DM-Zinssätze, nachdem die Bundesbank die dem Markt gestern entzogenen Liquidität noch nicht erneuerte, brachten am 9. 8. eine gewisse Entspannung am Devisenmarkt. Der US-Dollar konnte sein Tageshoch von 2,6920 nicht halten und wurde amtlich auf 2,6873 zurückgenommen, wobei die Bundesbank 27 Mill. Dollar verkaufte. Bis zum Ergebnis der Zentralbankratssitzung am Donnerstag dürfte der Markt in abwartender Haltung verharren. Nur geringe Veränderungen ergaben sich bei den anderen amtlich notierten Währungen. Der Japanische Yen konnte sein gestriges Jahreshoch von 1,1020 exakt einstellen, der Schweizer Franken wurde mit 123,60 7 Pfennige unter Vortag notiert und das Englische Pfund notierte 0,1 Pfennig höher mit 4,005. US-Dollar: Amsterdam 3,0045, Brüssel 53,8250, Paris 8,0860, Mailand 1592,70, Wien 18,8930, Zürich 2,1742, Ir. Pfund/DM 3,158, Pfund/Dollar 1,4903.

Ostmarkkurs am 9. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 23,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Bedingt durch anziehende DM-Zinssätze wurden am 9. August die Dollar-Deports niedriger als am Freitag gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,18/1,08	3,38/3,28	6,67/6,37
Pfund/Dollar	0,09/0,12	0,31/0,36	0,55/0,60
Pfund/DM	2,10/0,70	4,80/3,40	8,70/7,30
FF/DM	34/18	94/78	183/167

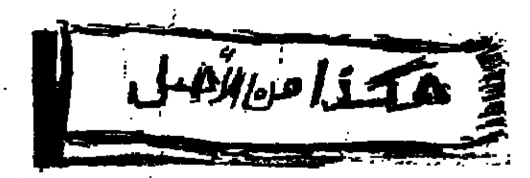
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 9. 8.: Tagesgeld 5,05–5,15 Prozent; Monatsgeld 5,45–5,6 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,9 Prozent.

Privatdiskontsätze am 9. 8.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 9. 8.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 20. Juli 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/10 (Typ A) 4,35 (4,25)–6,50 (5,35)–8,25 (6,25)–9,00 (6,87)–9,25 (7,27)–9,75 (7,61). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,25 (4,25)–6,50 (5,37)–8,25 (6,32)–9,00 (6,98)–9,25 (7,49)–9,75 (7,82)–9,75 (8,09) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,09. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.



Beethoven im Bierzelt

Bth. – Zum Bundespresseball soll die vom Feuer verwüstete Bonner Beethovenhalle zwar wiederhergerichtet sein, aber nicht schon für das im September beginnende Beethovenfest, seit altersher die musikalische Renommierparade der Bundesmetropole. Wohin also nun damit, wenn ein vergleichbar großer Saal nicht zur Verfügung steht? Die Antwort war den Bonnern schnell zur Hand: ins Zelt!

Beethoven im Bierzelt, Festzelt, Zirkuszelt: Das hört sich doch gar nicht mehr erschreckend an. Kaum eine Kunst ist in den letzten Jahren nicht aus ihrer festen Behausung einmal ausgesiedelt worden, und das ganz ohne aktuelle Raumnot, nur weil die progressiven Kulturverwalter es so wollten. „Schwellenängste" sollten so abgebaut, Kultur zum „Forum" gemacht werden. Wer solchem Glauben immer noch anhängt, der wird sogar ein klammheimliches Vergnügen an der Bonner Situation empfinden: Nun müssen die Bonner eben auch ihren Beethoven aus dem Schneckenhaus holen und damit „unters Volk gehen".

Recht besehen, ist das bei manchen Werken gar nicht so schlimm. Ein Schlachtengemälde wie „Wellingtons Sieg" oder sogar die Neunte Symphonie mit ihrem Schlußchor sprengen den Rahmen eines Konzertsaals, sind geradezu als musikalische Massenveranstaltung komponiert.

Aber ganz so einfach ist die Angelegenheit eben doch nicht. Wie die Cellosonaten oder die c-Moll-Klaviervariationen in einem Zelt klingen mögen, wo doch nicht einmal ein großer Konzertsaal die nötige akustische Intimität für sie besitzt, mag man sich gar nicht ausmalen. Da könnte man auch gleich auf die grüne Wiese des Hofgartens gehen und die Musik per Lautsprecher abstrahlen lassen.

Zum erstenmal hatten die Bonner für diesen Herbst die Tradition eines reinen Beethovenprogramms verlassen und ihren Stadt-Titanen fleißig mit Liszt und Bartok und Schostakowitsch untermischt, wie es beim Frühjahrszyklus, zum Kummer der Beethovenfreunde, seit Jahren schon geschieht (und wie es Beethoven schlecht bekommt).

Da schleicht sich der Verdacht ein, daß es doch vielleicht einen heimlichen Pakt zwischen dem zürnenden Geist Beethovens und dem Feuerteufel gegeben hat. Im Zelt kriegen die Bonner nun das Beethovenfest, das sie verdienen.

Regensburg: 750 Jahre Dominikanerinnenkloster

Mit Zungen zum Gebet

In einer Zeit, da sich die Beziehungen zwischen Religion und Gesellschaft vielfach aufgelöst haben, läßt ein solches Jubiläum aufmerken: Das Regensburger Dominikanerkloster Heilig Kreuz feiert als ältestes noch bestehendes Kloster dieses Ordens in Deutschland mit durchaus auch weltlichem Glanz seinen 750. Jahrestag. Nie aufgelöst, vermochte es für Regensburg und für das dominikanische Leben in den Vereinigten Staaten eine gewaltige Ausstrahlungskraft zu entwickeln.

Das Jubiläum bot für die Kunstsammlungen des Bistums Regensburg Anlaß zu einer großen Ausstellung, in der Leben und Werk, Kunstbesitz und Erzeugnisse der Ordensfrauen des hl. Dominikus vorgestellt werden. 233 Exponate vermitteln Eindrücke von der Geschichte des Klosters, des Klosterbaus, der Kirche und ihrer Ausstattung. Von den wertvollen Handschriften, den sakralen Kunstgegenständen in Malerei, Plastik und Goldschmiedekunst wird eine große Auswahl gezeigt, Objekte, die jahrhundertelang sorgsam hinter Klausurmauern gehütet wurden.

Katharina von Siena, die Kirchenlehrerin, die zu den am meisten verehrten Heiligen zählt, findet in zahlreichen Regensburger Gemälden und Votivtafeln und deshalb nun auch in der Ausstellung Beachtung. Das seit Jahrhunderten gepflegte Brauchtum der Schwestern schildert eine eigene Abteilung. Der Gang durch diese Räume im Diözesanmuseum, in den alten wiederhergestellten Gewölben am Emmeramsplatz, zeigt, welche sozialen und kulturellen Dimensionen sich hier einst in der Stille vollzogen. Regensburg war vor allem ein großes Abschreib- und Vervielfältigungszentrum. So zählen zu den größten Kostbarkeiten des Klosters zum Heiligen Kreuz vor allem viele mittelalterliche Handschriften. Schreiber, Buchmaler und Buchbinder wetteiferten zur größeren Ehre Gottes und schufen dabei wahre Meisterwerke.

Manche der Handschriften kehrten für die Dauer der Ausstellung von weither wieder an ihren Ursprungsort zurück. So gehört zu den Glanzstücken eine seltene Schrift aus der Domkapitelsbibliothek von Breslau über das Leben und die Werke des seligen Mystikers Heinrich Seuse aus dem 15. Jahrhundert. Die Ordensschwester Katharina Menttelzwerger hat sie einst nach einer älteren Vorlage abgeschrieben. Die Bildinitialen auf Goldgrund, die aquarellierten Miniaturen leuchten in ihren Farben so frisch wie am ersten Tag.

Glanzstücke aus dem ehemaligen Handschriftenbestand des Klosters stellen auch fünf großformatige Chorbücher vom Ende des 15. Jahrhunderts dar. Nach einer über 100jährigen Irrfahrt – 1876 über Holland nach Nordamerika verkauft – sind sie seit 1981 wieder in Regensburg in der Bischöflichen Zentralbibliothek. Ihre prächtig verzierten Initialen und die ganzseitigen Malereien werden dem Umkreis des Regensburger Illuministen Berthold Furtmayr zugeordnet.

Aus dem reichen Kunstbesitz des Klosters ragt eine Kreuzgruppe aus dem 14. Jahrhundert heraus in starrer Modellierung und linearer Schärfe, die trotz nachträglicher Bemalung von höchster Qualität ist. Rührend die „Heilig-Geist-Zungen": aus Pappe geschnittene bemalte Zettel, die Pfingsten von den Schwestern als Gebetsaufforderung verlost wurden.

In der letzten Abteilung werden die Tätigkeiten der Ordensfrauen dokumentiert: Paramentenstickerei, Brauerei- und Schuldienst, Hostienbäckerei, Balsambrennerei und Wachszieherei – die Dominikanerinnen sind trotz ihrer Spiritualität immer noch ein Stück realer Teil unserer Gesellschaft; nur wirken sie eben im allgemeinen in der Stille. (Bis 18. September, Katalog 12 DM)

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Kulturspektakel: Das Festival von Avignon

Proteste bei der Pest

Die französischen Theaterregisseure haben die zeitgenössischen deutschen Dramatiker entdeckt. Nicht nur in Paris, sondern auch in Lyon, Marseille und Straßburg gab es auf den Bühnen letzthin reichlich neudeutsche Kost. Und beim sommerlichen Theaterfestival von Avignon, das soeben zu Ende ging, kamen mit Heiner Müller (Herakles), Fassbinder (Bremer Freiheit) und Bernhard (Minetti) gleich mehrere deutschsprachige Autoren zum Zuge.

Als romantische Zugabe, sozusagen als theatralischen Leckerbissen inmitten einer Überfülle neuer Autoren, präsentierten, mondbeschienen und schwitzend, die Komödianten der *Comédie Française in der* Chartreuse zu Villeneuve-lez-Avignon auf der anderen Seite der Rhône Schillers „Maria Stuart". Bernard Sobel setzte das Drama durchweg konventionell in Szene: überhöhte Sprache, ausdrucksstarke Gestik, elisabethanische Kostüme, als habe es nie klassikerfeindliches Regietheater gegeben.

Das Festival von Avignon, 1947 von Jean Vilar gegründet, hat sich in den letzten Jahren in ein großes Kulturspektakel verwandelt. Zwar ist der Cour d'Honneur, der geschichtsträchtige Ehrenhof im Palast der Päpste, das Herz des Festspiels wie eh und je, aber die Verzweigungen sind enorm: Tanz, Musik, Malerei, Video, Foto, Film, Zirkus, volkstümliche Umzüge, philosophische Gespräche (Beginn jeweils 1 Uhr nach Mitternacht) und Debatten jeder Art haben Einlaß gefunden. Auf den Plätzen, in den Gassen tummeln sich Gaukler, Entertainer und Taschendiebe.

Mit dem offiziellen Festspiel konkurriert das „Avignon-Off", wo in diesem Jahr rund 150 meist kleine Theatergruppen um einige Anerkennung wetteiferten. Doch das Off, einst Salz und Pfeffer des Festivals, scheint seine goldene Zeit hinter sich zu haben. Der diesjährige Auftrieb war eher deprimierend.

Die Festspielleitung, angeführt von dem neuen Direktor Bernard Faivre d'Arcier, hatte sich entschlossen, 1983 auf der traditionsreichen Bühne im Cour d'Honneur, wo bislang nur „Klassisches" fast immer „klassisch" dargeboten wurde, zwei neue Werke weitgehend unbekannter Franzosen vorzustellen: „Les dernières nouvelles de la peste" von Bernard Chartreux, der die Frage stellt, wann und in welcher *Form eine neue Pest* die Menschheit heimsuchen und vernichten wird, und „Cepheides" von Jean-Christoph Bailly, bei dem verlorene Menschen oder ihre Stimmen über Leben und Tod, Krieg und Frieden, Vergangenheit und Zukunft monologisieren. Zahlreiche Zuschauer verließen noch während der Aufführungen, mehr oder weniger heftig protestierend, die Tribünen.

Die Meinung der Unzufriedenen war einhellig: „Früher sahen wir Inszenierungen, in denen die Schauspieler dominierten, jetzt zählen nur noch die Regisseure mit ihren oft recht konfusen Ideen. Früher waren wir, Künstler und Zuschauer, ein Herz und eine Seele. Jetzt gibt es kaum noch Berührungspunkte." Jean Vilar (1912–1971) sagte dagegen einmal: „Avignon ist ein Ort des Forschens, des Nachdenkens, der Konfrontation, aber auch, mon dieu, ein Ort der Hoffnung, die den Künstlern nie verweigert werden sollte." Wird es dabei bleiben?

PETER G. BROBERG

Noch lebt die große Tradition des Wayang Siam – Begegnung mit dem malaiischen Schattentheater

Den Feldzug führt der Affengeneral

Es ist für niemanden besonders angenehm, „über seinen eigenen Schatten zu springen". Wenn sich aber jemand schon dazu aufrafft, dann bedeutet das, daß er sich selbst überwindet. Der Schatten dient in dieser Redensart als Bild des „Selbst", sozusagen als der wichtigste seelische Bestandteil des Menschen. Nun ist es in Mitteleuropa allerdings unglücklicherweise kaum möglich, so eine „Schattenseele" zu Gesicht zu bekommen. Doch genau dies ist völlig anders in den malaiischen Ländern, auf den indonesischen Inseln Java, Bali und Lombok und nicht zuletzt auch in Malaisia.

Dort werden die mythischen Ahnenschatten sichtbar auf einer Leinwand des Abends im flackernden Schein einer Öllampe oder heutzutage auch schon einer baumelnd schwingenden Glühlampe. Will man das südostasiatische Schattenspiel auch nur einigermaßen verstehen, so muß man sich über folgendes im klaren sein: Schattenspiel ist keine „Schattenspielerei". Im Bewußtsein der Menschen sind es die hilfreichen und vorbildhaften Seelengeister der Ahnen, die in der Form der Schatten herabsteigen aus fernen Höhen, um den Menschen zu erscheinen. Der *Schattenwurf ist das eigentlich* Wichtige – wichtiger noch als die farbenprächtigen gemalten Figuren aus Büffel- oder Rinderhaut, die lediglich Mittel zum Zweck sind, eben zur Erzeugung der Schatten.



Prinz Rama (links) mit zwei Spaßmachern: Szene aus einer Wayang-Siam-Vorführung in Kota Bharu (Malaisia)
FOTO: G. SPITZING

Ursprünglich bedurfte es eines besonderen Anlasses, etwa einer religiös orientierten Familienfeier (z. B. Beschneidung, Hochzeit), um die Ahnengeister einzulassen. Heutzutage ist so mancher Reisbauer dazu übergegangen, ein Stückchen minder wertvollen Landes den Dalangs (Schattenspielern) zur Verfügung zu stellen und von den Besuchern des Spiels dann Eintrittsgelder zu verlangen. Auf diese Weise lebt das Spiel insbesondere auf dem Lande weiter – unbeschadet der Konkurrenz des Fernsehens.

300 Dalangs gibt es in Kelantan. Allerdings sind viele von ihnen auf Nebenbeschäftigungen, etwa als Reisbauer oder als magischer Wunderheiler, angewiesen. Irgendeine Förderung durch die Provinzregierung erfährt das Wayang Siam-Spiel nicht. Seine Stoffe basieren auf Hindumythen, und diese erscheinen in den Augen zumindest der strenggläubigen Muslims Malaisias doch als etwas suspekt. Andererseits sorgt die Stadtverwaltung von Kota Bharu dafür, daß auch die Einwohner dieser Provinzhauptstadt nicht auf das geliebte Spiel verzichten müssen. Zweimal in der Woche findet im Zentrum eine Wayang-Siam-Veranstaltung statt. Die Schattenspielsaison erstreckt sich von März bis Oktober.

In Kelantan existieren drei verbreitete Formen von Schattenspiel. Das Wayang Siam (eigentlich „Schattenspiel thailändischer Art") ist mit Abstand der verbreitetste und beliebteste Typus. Die kräftig bemalten Figuren, durchschnittlich 50 bis 70 cm hoch, weisen interessante, ornamental ausgearbeitete Durchbrechungen auf. Die wichtigsten Typen sind thailändisch gekleidet, haben vor allem den typischen Thaikopfputz und zeigen überhaupt eine Formensprache, die im nördlichen Nachbarland ihren Ursprung hat. Von der Stärke der verwendeten Haut hängt es ab, ob die Figuren schwarze oder mehr oder weniger farbig aufgehellte Schatten werfen.

Das Wayang Jawa folgt ganz offensichtlich javanische Vorbildern. Die überschlanken mandel- oder kugeläugigen Heroen werden aber in Malaisia weit gröber geschnitten als im Ursprungsland. Diese bereits als ausgestorben betrachtete Spielform wird *auch heute noch dann und wann* aufgeführt. Immerhin haben auch in den letzten Jahrzehnten Figuren vom javanischen Typus einige untergeordnete Rollen innerhalb des Wayang Siam erobert.

Das Nang Talung ist das original thailändische Schattenspiel, das eben auch in den thaisprachigen Dörfern Nord-Malaisias vorgeführt wird. Die verhältnismäßig kleinen, etwa 15 bis 25 cm hohen Nang-Talung-Figuren bestehen heute meist aus Transparentmaterial, dünner, gefärbter Haut oder Plastik, liefern also intensivfarbige Schatten. Dafür ist gegenüber den Wayang-Siam-Figuren die Binnenzeichnung weit weniger dekorativ ausgestattet.

Die Wayang-Siam-Bühne, auch die in der Stadt Kota Bharu, ist eine einfache Pfahlbaubude aus Brettern und Geflecht. An ihrer Vorderseite ist über zwei Bananenstämme die Leinwand gespannt. Das Ganze sieht aus wie ein riesiges TV-Gerät. Im Inneren sitzt der Dalang mit seinen Gehilfen und den Musikern. Er, der Schattenspieler allein, ist der große Meister. Nur er darf die Figuren bewegen, nur er spricht, wobei er jeder Figur eine andere Stimme verleiht. Nur er singt, und nur er gibt die Einsätze für die Musik. Obwohl er nur zwei Hände hat, treten oft vier oder auch noch mehr Figuren auf. Aber was er nicht halten kann, da steckt er in die Bananenstämme, die den Spieluntergrund bilden.

Vorgeführt werden in Kelantan fast *ausschließlich Episoden, die auf das* Ramayana zurückgehen. Jenes altindische Hindu-Epos berichtet von dem edlen, in die Wildnis verbannten Prinzen Rama, dessen Frau Sita vom Riesenfürsten Ravanah – Fürst von Sri Lanka und Verkörperung aller Schlechtigkeit dieser Welt – geraubt wird. Mit Hilfe des Affengenerals Hanoman gelingt es, den Aufenthaltsort von Dewi Sita zu ermitteln. Rama setzt mit seinem Bruder Laksmana und dem verbündeten Affenheer nach Sri Lanka über, tötet Ravanah, erobert die Insel und gewinnt sein Weib zurück. Für die einzelnen Vorstellungen ist dem Dalang ein rohes Handlungsgerüst vorgegeben, das er mit eigenen Improvisationen und spontanen Nachdichtungen ausfüllt. Vor Beginn jeder Veranstaltung opfert und betet der Dalang, so daß jede Vorführung – mag sie auch noch so unbeschwert unterhaltsam wirken – doch etwas von einem religiösen Ritus an sich hat.

Die erste Figur, die erscheint, ist die des Waringin-Baumes, der so als eine Art Himmelsleiter dient. Seine Äste sind die Sprossen, auf denen die Ahnenseelen herniedersteigen zum Bildschirm. In der lang ausgespielten Einleitung, die überhaupt nichts mit der eigentlichen Geschichte zu tun hat, murmelt die bärtige, oft eine Laterne haltende Gestalt eines Asketen unverständliche Zauber- und Segenssprüche. Links und rechts von ihm erscheinen zwischendurch immer wieder zwei waffenstarrende Halbgötter, die das heilvolle und das unheilvolle Prinzip verkörpern und gegeneinander kämpfen. Zum Abschluß der Vorstellung wird wieder das Waringinbaum-Symbol aufgepflanzt. Schließlich muß den Ahnengeistern der Rückweg nach oben ge*öffnet* werden.

GÜNTER SPITZING

Archäologie: Die Gräberfelder von Offenbach

Das Goldstück im Mund

Auch im frühen Mittelalter – etwa 600 Jahre nach Christi Geburt – pflegte man in Südhessen noch den bereits aus der frühesten Antike bekannten Brauch, den Toten eine Münze unter die Zunge zu legen. Das Geldstück sollte als Lohn für den Fährmann der Unterwelt namens Charon dienen, welcher die Schatten der beerdigten Verstorbenen über die Flüsse der Unterwelt setzte. Daß man diese Vorstellung noch zur Merowinger-Zeit hatte, beweist eine kleine Goldmünze im Unterkiefer eines alten Mannes aus einem Gräberfeld von Offenbach-Bieber.

Damals war es offenbar auch üblich, einem Toten eine Wegzehrung *mit ins Grab zu geben. Denn im Grab* eines Kriegers fand man neben den Überresten des Bestatteten die Knochen des Hinterbeins einer Ziege. Sie sind höchstwahrscheinlich nicht zufällig in die Grube geraten, weil die Knochen in der anatomisch richtigen Reihenfolge neben dem menschlichen Skelett lagen.

Zum Leidwesen der Ausgräber der ehrenamtlich arbeitenden Offenbacher Arbeitsgemeinschaft für Vor- und Frühgeschichte konnte nur bei wenigen Skeletten die Körpergröße berechnet werden. *Demnach* erreichten die Frauen von Bieber im Frühmittelalter eine Größe von 1,55 bis 1,60 Meter und die Männer von 1,70 bis 1,77 Meter. Schon diese wenigen Werte zeigen aber, so schrieb der Anthropologe Peter H. Blänkle aus Offenbach in der Zeitschrift „Natur und Museum" der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft in Frankfurt, daß die Menschen im frühen Mittelalter entgegen landläufiger Annahme nicht grundsätzlich kleiner waren als heute.

Gestützt wird diese Erkenntnis durch die Maße von Skelettfunden weiterer *etwa gleichaltriger* Bestattungsplätze aus Südhessen und angrenzenden Gebieten. Die Körpergröße von bestatteten Männern an den Fundorten Starkenburg, Wetterau, Zullerstein, Rheingau und Mannheim-Vogelstang betrug 1,69 bis 1,73 Meter. Das stattlichste überhaupt bekannt gewordene Individuum aus dieser Zeit entdeckte man in Kelheim/Donau: Es handelte sich um einen Mann, der 1,96 Meter maß!

Wie die allermeisten Menschen im frühen Mittelalter, die etwa 40 Jahre und älter geworden waren, litten auch die in Offenbach-Bieber Bestatteten dieser Altersgruppe mehr oder weniger an stark ausgeprägten Arthrosen der Gelenke und an der Wirbelsäule. Betroffen sind hiervon vor allem Hüft- und Schultergelenke sowie Lenden- und untere Brustwirbel. Solche Erkrankungen gelten in der Regel als Folgeerscheinungen dauernder körperlicher Belastungen auch schon in recht jungen Jahren. Die damalige Bevölkerung von Offenbach-Bieber mußte offenbar für ihren Lebensunterhalt ziemlich hart arbeiten.

Der starke Zahnabrieb deutet auf vorwiegend pflanzliche Ernährung hin. Pflanzliche Produkte sind nämlich im allgemeinen härter als tierische. Außerdem waren sie während ihres Verarbeitungsprozesses – zum Beispiel durch Abriebteilchen der Mahlsteine, Sand und dergleichen – in weit höherem Maße mineralischen Verunreinigungen ausgesetzt.

ERNST PROBST

KULTURNOTIZEN

Den Internationalen Kongreß für Diplomatik richtet das Bayerische Hauptstaatsarchiv vom 24. bis 30. Oktober aus.

Das Prädikat „besonders wertvoll" erhielten die amerikanischen Filme „An einem Morgen im Mai", „Flashdance" und der spanische Film „Carmen".

Helga Föhl erhielt den Triennale-Preis 1983 der Stadt Fellbach für ihre Plastik „Kleiner Torso Warrior".

Christophe Lousset gewann den ersten Preis beim Internationalen Cembalo-Wettbewerb in Brügge.

Luis Buñuels Biographie „Mein letzter Seufzer" hat die Darmstädter Jury zum „Buch des Monats" gewählt.

Der Kabarettist Johann Sklenka, ehemaliges Mitglied der „Pfeffermühle" von Erika Mann, ist im Alter von 72 Jahren in Österreich gestorben.

Film: „Ein Senkrechtstarter kratzt die Kurve"

Krach um ein Bierfaß

Provinz kämpft gegen Metropole, bodenständige Rechtschaffenheit gegen urbane Glätte, wehrhafte Arbeiterschaft gegen ignoranten Konzernboß. In der Mitte ein Mann, der bekehrt wird – vom Karrieredenken nämlich zu kumpelhafter Solidarität. Frank (Robert Hays), mittlerer Angestellter in einem amerikanischen Großkonzern, wird von seinem Boß nach Iowa befohlen. Hier soll er eine eben aufgekaufte Brauerei zum Spitzenbetrieb trimmen, ein paar Arbeiter wegrationalisieren und die Fließbänder für den Rest etwas schneller laufen lassen.

Frank fährt mit gemischten Gefühlen. Der Standort der Brauerei ist nicht irgendeine kleine Stadt im Mittelwesten, sondern seine Heimatstadt. Die Leute da trauen ihren Augen nicht, als er fein gekleidet und frisiert seinem Mercedes entsteigt. Frank ist der „Senkrechtstarter", alle anderen sind am Boden geblieben.

Die alten Schulkameraden, die nun Fässer und Flaschen abfüllen, erhoffen sich vom neuen Chef bessere Zeiten. Der aber muß ihnen beibringen, daß das Gegenteil zu erwarten ist. Am Sonnabend spielt er noch Billard mit ihnen im Country-Saloon; am Sonntag siegt er beim Geländewagen-Rennen, wälzt sich mit dem Volk in einer obligatorischen Schlammschlacht und feiert Reunion mit der alten Geliebten (Barbara Hershey). Am Montag redet er Klartext.

Viel Ärger in der Brauerei: Szene aus „Ein Senkrechtstarter kratzt die Kurve" mit Tim Thomerson.
FOTO: FILMVERLAG DER AUTOREN

Die neuen Maschinen sind da, die überflüssigen Arbeiter entlassen, die verbleibenden Plätze neu verteilt. Frank tritt hart auf. Als ein paar Arbeiter die Nerven verlieren, am Fließband das Blut fließt und die Geliebte *zur Fairneß mahnt, wird er nach*denklich. Als der Konzernboß ihm per Telefon seinen texanischen Ölmillionär ankündigt, an den die herausgeputzte Brauerei gewinnbringend abgeschoben werden soll, wird Frank böse.

Er läßt die Maschinen im Kriechgang laufen, wofür er in den Kreis der alten Kameraden wieder aufgenommen wird, plant die Errichtung einer kollektiv geführten Brauerei und bereitet für das feilgebotene Werk die Sabotage vor. Der Besuch des Ölmagnaten *wird zum Chaos der fehlge*steuerten Maschinen und der gut gezielten Bierfontänen.

Regisseur Gus Trikonis, der mit „Dressed to kill" vor zwei Jahren einen beachtlichen Thriller lieferte, hat sich hier zwischen Sozialdrama, *Slapstick-Comedy* und *Hau-drauf-*Parade nicht recht entscheiden können. Gelungen ist ihm die Schilderung der Provinzatmosphäre, die karikierende Überzeichnung grober Volksbelustigungen, das optische Einfangen von Automation und Mechanisierung in der Fabrik.

Doch die thematische soziale Spannung verpufft immer wieder – und besonders ärgerlich am Schluß – im vordergründigen Action-Lärm. Dazwischen kündigen kleine Gags stets eine Komödie an, die im Ganzen nicht realisiert wird. Vor allem bleibt Robert Hays blaß neben einem kuriosen Aufgebot von Country-Sängern und der überzeugenden Auswahl von Arbeiter-Darstellern. Er vermag den Konflikt zwischen coolem Exekutor und emotional gefordertem Heimkehrer nicht zu gestalten. Das komödiantische Talent, mit dem er in „Airplane" glänzte, kann er hier nicht ausspielen. Noch weniger kann er das fehlende Gesamtkonzept von Trikonis ersetzen.

DIETMAR BITTRICH

JOURNAL

Zwölf Herzverpflanzungen in Hannover pro Jahr

dpa, **Hannover**

Die Medizinische Hochschule Hannover (MHH) will künftig etwa zehn bis zwölf Herztransplantationen im Jahr vornehmen. Eine größere Zahl, so der Leiter der Klinik für Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie, Professor Hans Georg Borst, würde zu Problemen beim übrigen Herzoperationsprogramm und bei der Unterbringung und Pflege der Patienten führen. Nach den Angaben von Borst kommen in der Bundesrepublik pro Jahr etwa 600 bis tausend Patienten, die alle Kriterien für einen günstigen Operationsverlauf erfüllen, für eine Herztransplantation in Frage. An der MHH wurde am 21. Juli die erste erfolgreiche Herzverpflanzung vorgenommen.

„Taktile Zeile" für Blinde entwickelt

wm. **Marburg**

Etwa 50 Vertreter von Blindenbibliotheken aus zwölf Ländern der Erde werden bei einer Vorkonferenz vom 17. bis 19. August in Marburg die Jahrestagung der Internationalen Bibliotheksgesellschaften in München vorbereiten. Außerdem sollen dabei die neuen Technologien bei der Nutzung von Informationsquellen durch Blinde erörtert werden. Vor allem die Fortschritte in der Elektronik sollen dem Punktschriftleser und dem in Büroberufen tätigen Blinden den Zugang zur digital gespeicherten Information und zur elektronisch ablaufenden Kommunikation erleichtern. Zu einer wichtigen Voraussetzung ist dabei die seit Jahresbeginn in den Werkstätten der Blindenstudienanstalt produzierte „taktile Zeile" geworden, bei der die Punktschrift durch elektronisch ausgesteuerte Metallstifte dargestellt wird.

Luther-Brief in Gotha entdeckt

dpa, **Berlin**

Ein bisher unbekannter Text Martin Luthers ist von der Forschungsbibliothek Gotha im „DDR"-Bezirk Erfurt entdeckt worden. Das Schreiben des Kirchenreformators stammt aus dem Jahre 1532 und betrifft die Besetzung der Pfarrstelle in Kahla (Thüringen). Der Text liegt in einer von dem Historiographen Christian Schlegel (1667–1722) Anfang des 18. Jahrhunderts vorgenommenen Abschrift vor.

Vorwürfe gegen Bundesgesundheitsamt

dpa, **Frankfurt**

Schwere Vorwürfe gegen das Bundesgesundheitsamt (BGA) in Berlin im Zusammenhang mit der Veröffentlichung über die kürzlich zurückgezogene Zulassung von Arzneimitteln, die Borsäure oder andere borhaltige Verbindungen enthalten, hat die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände in Frankfurt erhoben. Sie warf dem BGA vor, mit Meldungen über schwerwiegende Risiken und Todesfälle bei Anwendung borsäurehaltiger Arzneimittel die Patienten „nur unnötig verunsichert" zu haben. Ferner habe das BGA nicht darauf hingewiesen, daß der Widerruf erst ab 1. Januar 1984 gelte, was bedeute, daß betroffene Hersteller gegen den Bescheid Einspruch einlegen könnten.

Dritter Deidesheimer „Turmschreiber"

dpa, **Deidesheim**

Als dritter Deidesheimer „Turmschreiber" ist der 56 Jahre alte Schriftsteller Ludwig Harig in sein Amt eingeführt worden. Wie seine Vorgänger – die Autoren Wolfgang Alterndorf und Rudolf Hagelstange – wird auch Harig vier Wochen in einem alten Turm im Deidesheimer Schloßgarten leben und in dieser Zeit die ersten Vorarbeiten für ein literarisches Werk über das Weinstädtchen und die deutsche Weinstraße leisten. Zur „Entlohnung" erhält er täglich zwei Liter Deidesheimer Deputatwein.

Die älteste chinesische Zeitschrift

rst, **Peking**

Die älteste chinesische Zeitschrift, das erste populärwissenschaftliche Magazin „Science Pictorial", feierte ihr 50jähriges Bestehen. Die erste Nummer erschien am 1. August 1933. Der Minister für Wissenschaft und Technologie der Volksrepublik, Fang Yi, forderte bei dieser Gelegenheit die Herausgabe weiterer Zeitschriften für die breite Bevölkerung. Das Magazin hat eine Auflage von knapp einer Million Exemplare und wird auch in Länder Südostasiens, Europas und Amerikas expediert.

Saint-John Perse erstmals russisch

AFP, **Moskau**

Saint-John Perse, der französische Dichter und Nobelpreisträger, ist jetzt erstmals in der Sowjetunion in russischer Sprache aufgelegt worden. Ein 60seitiger Band ausgewählter Werke, darunter Auszüge aus „Eloges" (1910) und „Exil" (1941) wurde von dem Verlagshaus „Molodaja Gvardia" in einer Auflage von 25 000 Exemplaren herausgebracht. Die Übersetzung besorgte Galina Pogojeva, die auch das Vorwort verfaßte.

Schrille Töne aus Moskau

S. HELM, London

Diskotheken gelten in der Sowjetunion wieder einmal als Keimzellen der Reaktion. An westlichen Vorbildern orientierte Popmusiker drohen gar als gefährliche Neutöner, die sozialistische Jugend zu verderben. Zu dieser Einsicht kam der Kreml auf der letzten Vollversammlung des Zentralkomitees der KPdSU, auf der Politbüromitglied Konstantin Tschernenko eine Brandrede wider die Verächter der sozialistischen Kultur hielt. Die Folgen werden jetzt spürbar.

Der 71jährige Tschernenko hatte insbesondere auch die Popmusikanten ins Visier genommen. Wie die Londoner „Times" aus Moskau meldet, ist bereits eine ganze Reihe sowjetischer Rock- und Popgruppen aufgelöst worden, oder man brachte sie mit einem Auftrittsverbot zum Schweigen. Darunter sind so bekannte und beliebte Gruppen wie „Zeitmaschine" und „Wanderer".

Die sowjetische Popmusik der letzten Zeit war keineswegs von gestern. Es gibt hochbegabte Musiker, die die ganze Palette der Stilrichtungen von „heavy metal" bis hin zum Jazzrock repräsentieren. Aber so feinmaschig wurde plötzlich das Zensurnetz zur Erhaltung sozialistischer Kultur, daß sogar ganz harmlose Gruppen der Pop-Mittellage wie „Fröhliche Kinder" („Weseluje Rebjata") nicht mehr genehm waren. Diese Band ist mit ihrer verulkenden Popshow von den Bildschirmen der Sowjetbürger verschwunden.

Gegen diese Gruppe ließen sogar renommierte Kulturfunktionäre eine Breitseite in der Zeitung „Sowjetskaja Kultura" los, in der sie ihr vorwarfen, Songs „von zweifelhaftem ideologischem Gehalt" aufzuführen. In der Zeitung warnte kein Geringerer als der stellvertretende Kulturminister die Gruppen, daß sie mit ihrer Auflösung rechnen müßten, wenn sie nicht bis 1. Oktober den „Mangel an Selbstdisziplin" in ihrer Arbeit bereut und durch ein „angemessen hohes ideologisches und künstlerisches Niveau" ersetzt hätten. Die Rockgruppen fügten – der Zeitung zufolge – der ästhetischen Erziehung arbeitender Menschen, besonders junger, Schaden zu.

Ein Manager mehrerer Popgruppen in Moskau und in der Provinz, den die „Times" Sergej nannte, urteilte über die Kursverschärfung so: „Sie ist eine Katastrophe. Es dauert doch Jahre, bis eine Gruppe Identität herausgebildet hat und bis sie unterschiedliche Arten moderner Musik weiterentwickeln kann. Da wollen die jetzt die Uhr zurückdrehen."

Die Gruppe „Letzte Chance" hat ihren letzten Auftritt schon gehabt. Die Gruppen „Magnet Band" aus Estland und die Moskauer Gruppe „Dialog" treten noch hin und wieder auf. Die Rock- und Popfans, die noch vor einem Jahr zu Tausenden in „ihre" Konzerte strömten, wollen nicht glauben, daß der Kreml ihre Musik mundtot machen kann. Immerhin haben die Behörden schon eine Anzahl von Moskauer Diskos geschlossen, in denen die Rhythmen angeblich zu heiß waren. (SAD)



Amerikanische Wissenschaftler stellten ein rätselhaftes Korallensterben in allen Weltmeeren fest. Läßt es sich nicht stoppen, sind die Folgen für das Leben unter Wasser verheerend. FOTO: ULLSTEIN

Korallentod – „El Niño" wütet auch unter Wasser

WOLFGANG WILL, New York

Einige der größten und schönsten Korallenbänke der Welt, die marinebiologisch von unschätzbarem Wert, nicht zuletzt aber auch Rohstoff für Schmuck und Tummelplatz für Hunderttausende von Sporttauchern sind, sterben plötzlich ab. Pazifische und karibische Regionen sind am schlimmsten betroffen. Amerikanische Wissenschaftler sprechen bereits vom „größten Korallentod moderner Zeiten". „Die Situation ist äußerst kompliziert", sagt Peter W. Glynn, Marine-Biologe des Smithsonian Tropical Research Institute in Balbao/Panama und Koordinator weltweiter Bemühungen, die Ursachen des Korallen-Sterbens zu erforschen.

Glynn, der sich seit 25 Jahren den Korallen widmet, hat mehrere Theorien für das Phänomen:

- Giftstoffe könnten das Massensterben ausgelöst haben. Dafür gibt es Hinweise in den Korallenriffs vor den zu Panama gehörenden San-Blas-Inseln. Hier wurden größere Mengen von Dioxin im Meer und in den Korallen selbst gefunden. Dioxin ist in vielen zentralamerikanischen Staaten Bestandteil von Pflanzenschutzmitteln.
- Ursache könnte aber auch das ungewöhnliche und extreme Wetter seit Jahresbeginn – gewaltige Schneefälle im Westen Amerikas und jetzt eine nicht enden wollende Hitzewelle mit bereits mehr als 250 Toten im US-Mittelwesten – sein: „El Niño", von dem im Pazifik die Wind- und Ozeanströmung bestimmt wird. „„El Niños' südöstliche Passatwinde versiegten fast völlig", erläutert Glynn. Mehr noch: Sie änderten ihre Richtung zeitweise völlig, bliesen von West nach Ost. Ein Ergebnis dieser „klimatischen Revolution" ist eine Erwärmung vieler Ozean-Regionen um acht bis zehn Grad. Korallen gedeihen am besten bei Temperaturen um 27 Grad, so daß die beträchtlich wärmeren Gewässer durchaus zum Sterben beitragen könnten. Klaus Wyrtki von der University of Hawaii hat festgestellt, daß Korallen, die mit ihrem „Temperatur-Limit" zu leben gezwungen sind, unter „Streß" geraten und dadurch krankheitsanfällig werden.

Glynn nennt aber als weitere mögliche Ursache auch den Ausbruch des mexikanischen Vulkans „El Chicon" im April 1982. Noch heute zieht eine Wolke von Staub und vulkanischem Gas in der Atmosphäre um den Erdball; und Wissenschaftler halten es für möglich, daß auch diese ungewöhnliche Veränderung existierender atmosphärischer Kreisläufe korallen-schädigend gewirkt haben kann, vielleicht in Kombination mit dem „El-Niño"-Effekt.

Nach dem Balbao-Institut in Panama sind Tausende Quadratkilometer Korallen-Riff bedroht. Vor allem die oberen Schichten sterben ab. Bänke und Atolle um Indonesien, die Philippinen, in der Südsee, den Galapagos-Inseln bis hin zur Karibik sind bereits in Mitleidenschaft gezogen.

Es gibt etwa 2500 verschiedene Korallen-Arten, die sich in einem Band entlang des Äquators in verhältnismäßig warmen Gewässern angesiedelt haben. Aber es gibt auch „hartgesottene" Korallen, die bis in norwegische Regionen reichen. Korallen werden auch als Hohltiere bezeichnet, die als Einzellebewesen durch ein kalkig-horniges Skelett vereinigt sind. Manche Korallen-Kolonien bestehen aus mehr als 20 Millionen solcher Einzeltiere oder Polypen. Ein Korallenriff wächst in der Regel pro Jahrtausend nur um einen Meter, aufgrund der Kalziumkarbonat- oder Schlämmkreide-Ausscheidungen der Tierchen.

Eine Hoffnung hegt die Wissenschaft trotz aller Besorgnis: Korallen sind in der Lage, sich selbst zu „restaurieren" – entsprechende Wiederbelebungen sind bei schwerbeschädigten Riffs vor Australien und in der Südsee in der Vergangenheit festgestellt worden. (SAD)

Rätselhafter Brief im Fall Emanuela Orlandi

AP/AFP, Rom

Die „Türkische Antichristliche Befreiungsfront", die nach eigenen Angaben die entführte 15jährige Italienerin Emanuela Orlandi in ihrer Gewalt hat, hat der italienischen Nachrichtenagentur ANSA eine weitere rätselhafte Botschaft zukommen lassen. Der Brief, der am Montag im Mailänder Büro der Agentur einging, ist in fehlerhaftem Italienisch geschrieben und trägt den Poststempel von Samstag. Die bisher unbekannte Gruppe fordert darin nicht, daß der Papstattentäter Mehmet Ali Agca im Austausch gegen Emanuela, die Tochter eines Vatikanangestellten, freigelassen werde. Vielmehr wird verlangt, daß Papst Johannes Paul am Sonntag erklären sollte: „Ali Agca ist ein Mensch wie Emanuela Orlandi, und als solcher muß er behandelt werden." Wenn der Papst diese Worte spreche, werde das Mädchen freigelassen. ANSA wies darauf hin, daß die Botschaft nicht vor Montag eintreffen konnte.

Die Familie Emanuelas stellte gestern fünf präzise Fragen an angebliche Entführer, um sich zu vergewissern, daß das Mädchen sieben Wochen nach seinem Verschwinden noch am Leben ist.

So will man jetzt wissen, mit wem Emanuela zwei Tage vor ihrer Entführung zu Abend gegessen hat, wie ihr früherer Hund hieß und was sie vor dem Einschlafen macht. Außerdem forderte die Familie ein Tonband, auf dem Emanuela die Schlagzeilen einer Tageszeitung liest. In einem handgeschriebenen Brief soll sie zusätzlich einen Satz aus einem Zeitungsartikel kopieren.

Millionen-Trost

SAD, Kansas City

Eine amerikanische Fernsehansagerin, die ihren Job verlor, weil sie nach Ansicht ihrer Vorgesetzten „zu alt und nicht attraktiv genug" war, erhielt von einem Geschworenengericht in Kansas City einen Schadenersatz von fast einer halben Million Dollar zuerkannt.

Roulett-Gauner

dpa, München

Ein in München verhafteter Spielbank-Millionär scheint nicht nur in Bad Wiessee eine gewinnträchtige Kugel „geschoben" zu haben. Er soll auch in elf französischen Spielcasinos durch Manipulation der Roulett-Tische mehrere Millionen Franc ergaunert haben. Nach jahrelangen Ermittlungen hat die Staatsanwaltschaft München jetzt Anklage gegen den Spieler erhoben. Er soll die Spielbank Bad Wiessee mit mehreren Gehilfen um 6,1 Millionen Mark gebracht haben.

Ohne Bewährung

K. P. Wien

In Österreich soll die bisher geübte Praxis, Sexualverbrecher nach Verbüßung von zwei Dritteln ihrer Strafe auf Bewährung freizulassen, abgeschafft werden. Das erklärte gestern Justizminister Harald Ofner. Um Hemmungen bei Opfern von Sexualverbrechen zu beseitigen, verfügte Innenminister Karl Blecha zudem, daß künftig nur noch weibliche Kriminalbeamte die Aussage der weiblichen Opfer entgegennehmen dürfen.

Troigros gestorben

AFP, Paris

Jean Troigros, einer der renommiertesten Köche Frankreichs, ist in Vittel in den Vogesen gestorben. Der 57 Jahre alte Wegbereiter der „Neuen Küche" erlitt beim Tennisspielen einen Herzinfarkt.

Italien wartet auf die Deutschen

HEINZ RÜHLE, Rom

„Wo bleiben bloß die Deutschen?" fragte sich die römische Tageszeitung „Il Messaggero" in einem einseitigen Bericht über den Rückgang des Fremdenverkehrs in diesem Sommer. Tatsächlich liegt die Zahl der ausländischen Besucher Roms erheblich unter den Erwartungen. Diese Erwartungen waren an die Verkündung des Heiligen Jahres durch Papst Johannes Paul II. geknüpft. Wie der Vorsitzende des Verbands der italienischen Reiseagenturen jetzt erklärte, kam diese Ankündigung – zu einem Zeitpunkt, als die Tourismusmanager ihre Programme längst rund haben mußten.

Der Rückgang an Touristen gegenüber dem Vorjahr liegt zwischen 15 und 20 Prozent. Schnell stempelten die italienischen Touristenbetriebe Bundeskanzler Kohl zum Hauptsündenbock, weil er in einem Appell an die Deutschen seine Landsleute aufgefordert habe, ihren Urlaub in der Heimat zu verbringen.

Bei solchen Beschwerden wird allerdings vielfach vergessen, daß die Aufenthaltskosten in Italien in einem Jahr um rund 15 Prozent gestiegen sind.

Gnadenloser Kampf um Drogenmarkt

In diesem Jahr starben schon 14 Deutsche in Hollands Drogen-Mekka Amsterdam

EUGEN JACOB, Amsterdam

Auf dem Bett eines schmuddeligen Jugendhotels in der Warmoestraat in Amsterdam, fand man Mario Tony Schmid aus München, in T-Shirt und Jeans. Der 20jährige war an seinem eigenen Auswurf erstickt. Im selben Hotel gleich nebenan wurde die Leiche des gleichaltrigen Harold Schally aus Österreich entdeckt. Ein 25jähriger Niederländer war das dritte Opfer des vergangenen Wochenendes. Damit hat sich mit 27 die Zahl der Heroin-Toten dieses Jahres in Hollands größter Stadt gegenüber dem Vorjahr verdoppelt; 14 davon sind Deutsche. Sie sterben hier den Wochenendtod. Meist findet man sie in armseligen Hotels in der Innenstadt, alle sehr jung, um die 20.

„Warmoestraat" im Herzen von Alt-Amsterdam steht für Handel in Heroin und Kokain – und ist dem noch berüchtigteren Zeedijk benachbart. Warmoestraat steht für Randkriminalität, Diebstahl und Raub, Messerstecherei und Überfälle, mit denen sich die Jugendlichen das Geld für den „Stoff" besorgen. Warmoestraat steht aber auch für das gleichnamige „Büro", die meistbeschäftigte Polizeiwache Amsterdams, steht freilich auch für ihre Machtlosigkeit.

Der ehemalige Polizeiinspektor Arie Baantjer, in Deutschland durch seine Krimis bekannt, umreißt dieses Gefühl der Hilflosigkeit: „Als ich hier vor 28 Jahren anfing, behandelte ich mit acht Kollegen 1100 Delikte im Jahr. Heute kämpfen sich 24 Kollegen durch 20 000 Delikte. 80 Prozent aller Verdächtigen kommen nicht aus Holland, sprechen nicht einmal unsere Sprache."

Der Ansturm deutscher Jugendlicher bestürzt die Polizei. Die Deutschen kommen, weil der Heroin-Preis rutscht – von 130 000 Gulden pro Kilo in wenigen Wochen auf 80 000, weil das Gramm, das ein Abhängiger als Tagesration braucht, mithin nirgendwo so billig ist wie hier (ein Gulden = 0,90 Mark). Amsterdam hat längst Berlin, Frankfurt oder London als Drogenzentrum abgelöst. Und alles, weil die Chinesen von den Pakistani, Türken und Surinamern den schwarzen Markt zurückerobern wollen, den sie im Laufe der 70er Jahre an sie verloren haben. Die Stadt an der Amstel mit ihrem großen Chinesen-Viertel scheint den Asiaten dafür bestens geeignet.

Von den 10 000 Drogenabhängigen, die Amsterdam beherbergt, sind schätzungsweise 1000, wenn nicht 2000 Deutsche. Viele von ihnen gehen auf den Strich. Sie alle kamen, weil sie hier in der liberalen Atmosphäre der Großstadt Freiheit und Abenteuer suchten, und sie alle wurden von gewissenlosen Händlern in die tödliche Abhängigkeit getrieben.

Drei Gründe sind es, die diese Millionenstadt für Drogensüchtige besonders „attraktiv" macht: Das Heroin ist nirgends reiner. Man lernt hier ein als besonders interessant geltendes „Schnüffeln" oder Inhalieren harter Drogen – eine Spezialität der Surinamer. Nicht zuletzt wird hier der „Speedball" gehandelt, eine Mischung aus Heroin, Kokain und Speedamphetaminen.

Schließlich denken die Deutschen, so ein Polizeisprecher, hier sei noch immer alles erlaubt. Dem ist nicht so. Auch in Holland versucht man dem Problem beizukommen.

Bauern befürchten Ernte-Katastrophe

AP, Frankfurt

Landwirte in der Bundesrepublik Deutschland warten dringend auf Regen, doch die Meteorologen machen ihnen zumindest vorerst keine Hoffnung: In den nächsten Tagen bleibt es sonnig und warm bis heiß. Zum Wochenende hin sei allenfalls im Norden eine Abkühlung auf 20 bis 22 Grad bei etwas wolkiger Witterung zu erwarten. Wie der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband in Münster erklärte, sind die westfälischen Landwirte pessimistisch bei ihren Ernte-Erwartungen. Bedingt durch Frühreife wurden vor allem bei Wintergerste Zwergwuchs und Pilzbefall festgestellt – bis hin zum sogenannten „Schmachtkorn". Dringend gebraucht werde in den nächsten Tagen ein kräftiger Landregen für alle Zwischenfrüchte wie Raps, Steckrüben sowie Kartoffeln und Mais. In einigen Teilen Westfalens hat es beim Mais überhaupt keinen Kolbenansatz gegeben.

Noch pessimistischer als die westfälischen Bauern äußern sich die Landwirte im Rheinland. Dort spricht man von einer ausgesprochen schlechten Ernte, die mit jener im Dürrejahr 1976 vergleichbar sei.

WETTER: Hochsommerlich

Wetterlage: An der Südflanke einer Hochdruckzone über dem nördlichen Mitteleuropa bestimmt weiterhin warme und meist auch trockene Luft das Wetter in Deutschland.

Deutscher Wetterdienst 9. August 1983, nachm.

Vorhersage für Mittwoch:

Für ganz Deutschland: Verbreitet sonnig und trocken. Nur ganz vereinzelt Wärmegewitter, vornehmlich im Raum Berlin und in Franken. Nachmittagstemperaturen zwischen 27 und 31 Grad, an der See um 24 Grad. Nächtliche Tiefstwerte 15 bis 18 Grad.

Weitere Aussichten:

Im Südwesten zunehmend gewittrig und schwül. Sonst wenig Änderung des sonnigen und warmen Hochdruckwetters.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	23°	Kairo	30°
Bonn	26°	Kopenh.	26°
Dresden	22°	Las Palmas	22°
Essen	24°	London	19°
Frankfurt	24°	Madrid	24°
Hamburg	24°	Mailand	25°
List/Sylt	18°	Mallorca	29°
München	23°	Moskau	20°
Stuttgart	24°	Nizza	28°
Algier	30°	Oslo	20°
Amsterdam	24°	Paris	25°
Athen	29°	Prag	22°
Barcelona	24°	Rom	26°
Brüssel	24°	Stockholm	27°
Budapest	25°	Tel Aviv	30°
Bukarest	17°	Tunis	30°
Helsinki	26°	Wien	23°
Istanbul	22°	Zürich	23°

*Sonnenaufgang am Donnerstag: 6.00 Uhr, Untergang: 20.53 Uhr; Mondaufgang: 9.14 Uhr, Untergang: 22.36 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Das makabre Comeback eines gefährlichen Giftes

K. T. Bonn

Duplizität der Ereignisse. In diesen Tagen sind der Polizei gleich zwei Frauen ins Netz gegangen, die sieben Giftmorde begangen haben sollen.

Die eine – eine 46jährige Frau aus Recklinghausen – soll 1980 und '82 ihre beiden Männer mit Strychnin vergiftet haben; die andere – eine 67jährige Putzfrau aus Kempen am Niederrhein – hat inzwischen zugegeben, fünf Menschen – darunter drei ihrer vier Ehemänner – mit E 605 ins Jenseits befördert zu haben.

Damit feiert das Pflanzenschutzmittel E 605 nach fast 30 Jahren eine makabre Rückkehr in die Schlagzeilen. 1954 wurde die damals 31jährige Christa Lehmann aus Worms in einem aufsehenerregenden Prozeß zu dreimal lebenslanger Haft verurteilt. Sie hatte – eben mit E 605 – ihren kranken Mann, ihren Schwiegervater und aus Versehen ihre beste Freundin umgebracht. „Aus Versehen", weil die mit dem Gift präparierte Praline eigentlich der Mutter ihrer Freundin zugedacht war. Die alte Frau sollte weg, sie hatte zu oft den Lebenswandel der beiden getadelt.

Das E 605 wurde in jenen Tagen zu einem festen Begriff. Eine Selbstmordwelle mit diesem Gift raffte in Deutschland bald mehr als 100 Menschen dahin, die freilich alle nicht geahnt hatten, welche Qualen ihrem Tod vorausgingen. Der Presse wurde der Vorwurf gemacht, mit großen Berichten über diesen Fall „Reklame" für das bisher nur Gartenliebhabern bekannte Pflanzenschutzmittel gemacht zu haben.

Kaum zehn Jahre nach der Verurteilung Christa Lehmanns hat sich offenbar Maria Velten dieses „vielseitig" verwendbaren Mittels erinnert. 1963 begann sie jedenfalls Menschen, die ihr lästig wurden, umzubringen – eine Serie, die nach ihrem Geständnis 19 Jahre lang angehalten hat und wohl nur deshalb aufgedeckt wurde, weil sie vor kurzem so leichtsinnig war, ein sechstes Verbrechen anzudrohen.

Mit den Worten: „Wenn Du nicht parierst, geht es Dir wie meinen Männern", hatte die Mutter von zehn Kindern versucht, eine ihrer Schwiegertöchter an die Kandare zu nehmen. Diese nahm die Warnung ernst und vertraute sich einem Anwalt an. So kam der Stein ins Rollen.

Schon beim ersten Verhör gab Maria Velten die letzte Tat an ihrem vierten Mann, Bernhard Velten, zu. Der 85jährige starb an einer Dosis E 605 in seinem Lieblingspudding wie vor ihm:

- 1980 Heinrich Ueckenseifer (75), vier Jahre Lebensgefährte der damaligen Frau Eulenbach,
- 1976 Peter Eulebach (67), nachdem er schon zwei Giftanschläge überlebt hatte,
- 1970 eine halbseitig gelähmte Tante und
- 1963 ihr bettlägeriger, 77jähriger Vater.

Die exhumierten Leichen wiesen alle Spuren von E 605 auf.

Maria Velten, eine knapp 1,60 Meter große, zur Korpulenz neigende Frau, schilderte das Ableben ihr lästig gewordenen Familienmitglieder ohne große Gemütsaufwallung. „Nur ihr Zigarettenkonsum steigert sich während der Verhöre", beschreibt sie Karl-Heinz Wäscher, der zuständige Krefelder Oberstaatsanwalt.

In der „Trennung" von ihren drei Ehemännern – der erste starb im Krieg – will sie eine „andere Form der Scheidung" gesehen haben.

Ein unheimliches Verhältnis zum Tod. Sie erklärt das mit ihrer Arbeitsüberlastung in einem mindestens 12-Personen-Haushalt. Wer da krank war, bettlägerig oder sonst endgültig nicht mehr mit anpacken konnte, mußte weg. „Pflegebedürftige Personen konnte ich mir nicht leisten", ist ihre stereotype Begründung.

Offenbar wurde die Frau, die Wäscher als „mutohen-Typ" einstuft, immer dann rabiat, wenn sie ihre Arbeitskraft nicht ungeteilt den Kindern widmen konnte. In der Nachbarschaft galt die Frau als gute, und selbstlose „Oma".

Nach jedem der Todesfälle, die Maria Velten den Ruf einbrachten, vom Schicksal besonders geschlagen zu sein, spielte sie die trauernde Witwe, die „ihre Opfer", so der Oberstaatsanwalt, „immer sehr schön herrichtete".

Parallelen zum Fall Lehmann fallen auf. Auch damals mußte, wenn auch aus ganz anderen Motiven heraus, derjenige „weg", der Christa Lehmanns Lebenswandel störte. „Es hat geholfen", war eine ihrer typischen Wendungen, mit der sie ihre Morde zugab. „Es" war das Gift, das ihr den Weg freimachte, zu einem Leben, in dem immer neue Männer eine große Rolle spielten. Bei Maria Velten waren es die Kinder.

ZU GUTER LETZT

„Vorliebe für Wegwerfstäbchen schlägt Lücken in Japans Wälder." Meldung der Deutschen Presse-Agentur

